

Stenographischer Bericht

30. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 22. Oktober 2002

Inhalt:

Aktuelle Stunde:

Thema: „Versäumnisse in der Asylpolitik“.

Begründung: Abg. Dietrich (2060).

Redner: Landeshauptmann Klasnic, Abg. Hammerl, Landesrat Dr. Flecker, Abg. Mag. Zitz, Abg. Dr. Lopatka, Abg. Dr. Reinprecht, Abg. Dr. Bleckmann, Abg. Mag. Zitz, Abg. Mag. Lackner, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel, Landesrat Dr. Flecker.

1. Zuweisungen, Bekanntgabe von Anträgen und Mitteilungen.
2. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1057/1, betreffend stichprobenweise Prüfung von Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen für steirische Landesstraßen aus dem Landesstraßen-Sonderbauprogramm.
Berichterstatter: Abg. Kasic.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 9.
Beschlussfassung.
3. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 751/1, der Abgeordneten Detlef Gruber und Schleich, betreffend Errichtung einer direkten Anbindung der B 73 an den Autobahnknoten A 9/B 74.
Berichterstatter: Abg. Detlef Gruber.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 9.
Beschlussfassung.
4. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 752/1, der Abgeordneten Böhmer und Schleich, betreffend Errichtung einer Ortsumfahrung bei Prebensdorf, Ilztalstraße.
Berichterstatter: Abg. Detlef Gruber.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 9.
Beschlussfassung.
5. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 765/1, der Abgeordneten Gangl, Schleich und Straßberger, betreffend Studie über die verkehrliche Erschließung von Spielfeld in Richtung Bad Radkersburg und weiter nach Murska Sobota.
Berichterstatter: Abg. Dipl.-Ing. Wöhry.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 9.
Beschlussfassung.
6. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 899/1, der Abgeordneten Detlef Gruber und Kröpfel, betreffend Ausbau der L 672, Retzneistraße im Abschnitt Retznei–Aflenz (Wagna).
Berichterstatter: Abg. Detlef Gruber.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 9.
Beschlussfassung.
7. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1010/1, betreffend Grundeinlösung für das Bauvorhaben „Kapfenberg–Bruck an der Mur“ der Landesstraße B 116, Leobener Straße.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 9.
Beschlussfassung.
8. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1014/1, betreffend Grund- und Objekteinlösungen für das Bauvorhaben „Verlegung im Zuge Ausbau HL-AG. und Umfahrung Feldkirchen“ der L 377, Feldkirchner Straße.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 9.
Beschlussfassung.

9. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1015/1, betreffend Grund- und Objekteinlösungen für das Bauvorhaben „Verlängerung der Gradnerstraße, Durchstich Triester Straße“ der L 321, Südgürtelstraße.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 9: Abg. Hagenauer (2072), Abg. Böhmer (2074), Abg. Gangl, Abg. Detlef Gruber, Abg. Wiedner, Abg. Straßberger, Abg. Mag. Erlitz, Abg. Detlef Gruber, Abg. Ing. Ober, Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Abg. Kasic, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel, Abg. Hagenauer.
Beschlussfassung.
10. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 425/1, der Abgeordneten Lafer, Dr. Bleckmann, Dietrich, Ferstl, Graf, List und Wiedner, betreffend Fahrsicherheit.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 11.
Beschlussfassung.
11. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 467/1, der Abgeordneten Halper und Mag. Lackner, betreffend Führerscheingesetz-Novelle.
Berichterstatter: Abg. Kollegger.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 10 und 11: Abg. Ferstl (2086), Abg. Hamedl.
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 749/1, der Abgeordneten Gennaro, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kollegger, Mag. Lackner, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Stöhrmann, betreffend Arbeitsmarktsituation in der Steiermark.
Berichterstatter: Abg. Gennaro.
Redner: Abg. Lechner-Sonnek (2087), Abg. Gennaro, Abg. Graf, Abg. Bittmann, Abg. Gross, Abg. Mag. Drexler, Abg. Schleich, Landesrat Dipl.-Ing. Paierl, Abg. Wiedner, Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Böhmer, Abg. Schrittwieser, Abg. Majcen, Abg. Straßberger, Abg. Gennaro, Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1006/1, betreffend die Errichtung einer Drogentherapiestation in Kainbach bei Graz – Abschluss einer Kooperationsvereinbarung.
Berichterstatterin: Abg. Halper.
Redner: Abg. Mag. Lackner, Abg. Hamedl, Landesrat Dörflinger.
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 726/1, der Abgeordneten Lafer und Dietrich, betreffend die Aufnahme von 25 Betten der Station Akutgeriatrie/Remobilisation des Geriatrischen Krankenhauses der Stadt Graz als Fondskrankenanstalt.
Berichterstatter: Abg. Lafer.
Redner: Abg. Dietrich, Landesrat Dörflinger, Abg. Rieser, Landesrat Dörflinger.
Beschlussfassung.
15. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 815/1, der Abgeordneten Graf und Lafer, betreffend verstärkte schulärztliche Untersuchungen.
Berichterstatterin: Abg. Graf.
Beschlussfassung.
16. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 965/1, der Abgeordneten Dr. Forenbacher, Kasic, Bittmann und Wicher, betreffend Verunreinigungen bei Sporternährungsprodukten.
Berichterstatter: Abg. Dr. Forenbacher.
Redner: Abg. Dr. Forenbacher, Landesrat Dörflinger.
Beschlussfassung.
17. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1008/1, betreffend den Tourismusbericht 2001.
Berichterstatter: Abg. Tasch.
Redner: Abg. List, Abg. Tasch, Abg. Prattes, Abg. Tschernko, Abg. Margarethe Gruber, Abg. Kasic, Landesrat Dr. Hirschmann.
Beschlussfassung.

18. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 239/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Halper, betreffend Förderung für freie Radios.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Zitz.
Redner: Abg. Mag. Zitz, Abg. Halper, Landesrat Dr. Hirschmann.
Beschlussfassung.
Zur Geschäftsordnung: Abg. Dietrich, Abg. Mag. Zitz.
Beschlussfassung.
19. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1059/1, betreffend stichprobenweise Prüfung des Rechnungswesens der Gemeinnützigen Grazer Wohnungsgenossenschaft reg. Gen.m.b.H., 8010 Graz, Neuholdaugasse 5.
Berichterstatterin: Abg. Dr. Reinprecht.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 21.
Beschlussfassung.
20. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1060/1, betreffend Prüfung eines von der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft der Arbeiter und Angestellten Köflach reg. Gen.m.b.H. errichteten Seniorenwohnhauses in 8580 Köflach, Schulweg 11.
Berichterstatter: Abg. Ferstl.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 21.
Beschlussfassung.
21. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1061/1, betreffend Prüfung einer von der Brucker Wohnbau- und Siedlungsvereinigung reg. Gemeinnützige Gen.m.b.H. errichteten Wohnanlage Bruck an der Mur, Frauenedergasse 6 a.
Berichterstatter: Abg. Hagenauer.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 19 bis 21: Abg. Ferstl, Abg. Hagenauer.
Beschlussfassung.
22. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 630/1, der Abgeordneten Wiedner und Ferstl, betreffend Einführung eines umfassenden Lehrlingsförderprogramms.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Redner: Abg. Gennaro, Abg. Wiedner.
Beschlussfassung.
23. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1011/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2002 (sechster Bericht für das Rechnungsjahr 2002).
Berichterstatter: Abg. Tschernko.
Beschlussfassung.
24. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1004/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft Grundstücke Nr. 12, 13/1 und 13/2 der EZ. 342, GB. 67110 Sankt Gallen im Flächenausmaß von rund 1435 Quadratmeter inklusive Wohn- und Wirtschaftsgebäude um einen Kaufpreis von 231.463 Euro an Hofrat Dipl.-Ing. Dr. Jürgen Thum, 8933 Sankt Gallen, Markt 30.
Berichterstatter: Abg. Tschernko.
Beschlussfassung.
25. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1012/1, betreffend den Verkauf der Liegenschaft Grundstücke Nr. 263 teilweise, Nr. 43 und Nr. 44, EZ. 1006, KG. 60038 Palbersdorf im Ausmaß von zirka 7470 Quadratmeter und Grundstück Nr. 410 teilweise, EZ. 1005, KG. 60066 Thörl im Ausmaß von zirka 9180 Quadratmeter nach Durchführung einer Neuvermessung zum Kaufpreis von a) 63.225 Euro ohne Denkmalschutz oder b) 49.000 Euro unter Denkmalschutz an die Marktgemeinde Thörl.
Berichterstatter: Abg. Tasch.
Beschlussfassung.
26. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1007/1, betreffend den Umweltschutzbericht 2001.
Berichterstatter: Abg. Köberl.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 29.
Beschlussfassung.
27. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 716/1, der Abgeordneten Kasic und Gödl, betreffend Vetomöglichkeit bei Abfallimporten.
Berichterstatter: Abg. Gödl.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 29.
Beschlussfassung.

28. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 713/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend Gipsabbau am Dörfelstein in der zukünftigen Nationalparkregion Gesäuse.
Berichterstatlerin: Abg. Mag. Zitz.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 29.
Beschlussfassung.
29. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 146/10, betreffend Telekommunikationsgesetz zum Beschluss Nr. 296 des Steiermärkischen Landtages vom 23. Oktober 2001 über den Selbstständigen Antrag der Abgeordneten Gödl, Dr. Bachmaier-Geltewa, Wiedner und Mag. Zitz, betreffend die Bewilligung von Antennentrasmastenanlagen im Naturschutzgesetz.
Berichterstatler: Abg. Gödl.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 26 bis 29: Abg. Mag. Zitz, Abg. Halper, Abg. Gödl, Abg. Dietrich, Abg. Dipl.-Ing. Wöhry, Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa, Abg. Köberl, Abg. Mag. Zitz, Landesrat Pörtl.
Beschlussfassung.
30. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Anträge, Einl.-Zahl 459/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend Tierhaltung in Zirkussen, und Einl.-Zahl 528/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend Tierschutz- und Tierhaltegesetz.
Berichterstatlerin: Abg. Mag. Zitz.
Redner: Abg. Böhmer, Landesrat Pörtl.
Beschlussfassung.
31. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1058/1, betreffend stichprobenweise Prüfung der Abwicklung von Förderungen „Wohnungserwerb im Rahmen der Hausstandsgründung von Jungfamilien und Errichtung von Eigenheimen, Erweiterung von Eigenheimen und Eigenheimen in Gruppen“.
Berichterstatler: Abg. Mag. Drexler.
Rednerin: Abg. Mag. Lackner.
Beschlussfassung.
32. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1013/1, betreffend den zweiten Vierteljahresbericht 2002 über den Stand der Europäischen Integration.
Berichterstatler: Abg. Ing. Ober.
Redner: Abg. Ing. Ober, Abg. Graf, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. List, Abg. Dr. Lopatka, Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Abg. Dietrich.
Beschlussfassung.
33. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 398/1, der Abgeordneten Beutl, Pußwald, Wicher und Mag. Koller, betreffend Landtagsenquete zum Thema „Gender Mainstreaming“.
Berichterstatlerin: Abg. Beutl.
Beschlussfassung.
34. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 613/1, der Abgeordneten Gross, Halper und Mag. Lackner, betreffend minderjährige Flüchtlinge.
Berichterstatlerin: Abg. Mag. Lackner.
Redner: Abg. Mag. Lackner, Abg. Mag. Zitz, Abg. Majcen.
Beschlussfassung.
35. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 547/1, der Abgeordneten Wiedner, Dietrich und Ferstl, betreffend keine Verrechnung der Stranded costs.
Berichterstatler: Abg. Wiedner.
Redner: Abg. Dirnberger.
Beschlussfassung.

Beginn der Sitzung: 10.06 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die 30. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Vom Landtagsklub der FPÖ wurde ein Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Versäumnisse in der Asylpolitik“ eingebracht.

Gemäß Paragraph 71 GeoLT wird die heutige Landtagssitzung mit dieser Aktuellen Stunde eingeleitet.

Bevor ich der Erstunterzeichnerin zur Begründung das Wort erteile, freue ich mich, einige Begrüßungen vornehmen zu können.

Ich begrüße die Damen und Herren des Seniorenbundes, Ortsgruppe Andritz unter der Leitung von Frau Obfrau Othilde Enderle. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße die Damen und Herren des Seniorenbundes, Ortsgruppe Birkfeld unter der Leitung von Herrn Obmann Franz Reitbauer. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße die Schülerinnen und Schüler der 3. Klasse der Landwirtschaftlichen Fachschule Grottenhof-Hardt unter der Leitung von Frau Mag. Brigitte Klemm und Herrn Dipl.-Ing. Karl Kienreich. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße die Schülerinnen und Schüler der 1. und 2. Klasse der Landesberufsschule für Tourismus in Aigen im Ennstal unter der Leitung von Frau Berufsschuloberlehrerin Karin Stöger, Frau Helga Töchterle und Herrn Berufsschuloberlehrer Christian Schwaiger. (Allgemeiner Beifall.)

Ich erteile nun der Erstunterzeichnerin Frau Landtagsabgeordneten Waltraud Dietrich zur Begründung das Wort. Die Redezeit beträgt zehn Minuten.

Abg. Dietrich (10.09 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Regierungsmitglieder, werte Abgeordnete, meine Damen und Herren!

Österreich ist ein humanitäres Land und seit Kriegsende haben wir in Österreich mehr als 2,5 Millionen Menschen Zuflucht gegeben. Österreich hat auch im Rahmen der Nachbarschaftshilfe sehr große Leistungen vollbracht. Denken wir in etwa an den Ungarn-Konflikt, an die Tschechien-Krise oder in den neunziger Jahren an den Bosnien-Krieg, wo 90.000 Bosnier nach Österreich gekommen sind, wovon 70.000 auf Dauer hier geblieben sind. Wir liegen auch jetzt vor den meisten anderen EU-Staaten bei der Aufnahme von Flüchtlingen. In den letzten Jahren hat sich ein eindeutiger Trend bemerkbar gemacht, nämlich der Trend, dass immer mehr Asylwerbende nach Österreich kommen wollen. 1999 waren es noch rund 20.000 Bewerber, 2001 schon 30.000 und 2002 gab es wiederum ein Plus im Vergleichszeitraum zwischen Jänner und August um 3300 Asylwerber mehr als im Jahr davor. Eigenartig ist nur, dass dieser Trend in Österreich genau konträr ist zu dem Trend, der in Europa stattfindet. Während in den anderen EU-Ländern die Zahl der Asylwerber um 12 Prozent zurückgegangen ist, stieg sie bei uns im selben Zeitraum – im ersten Halbjahr 2002 – um sage und schreibe 13 Prozent. Faktum ist, dass dieses unumstritten wichtige Recht auf Asyl sehr oft für Einwanderungszwecke missbraucht wird. Auch hier sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache: Seit 1998 hat es insgesamt 105.000 Anträge gegeben. Nur 5 Prozent, nämlich 5700, wurden positiv bewertet. Aber, und das ist das Problem, das wir haben, mehr als 60 Prozent der Verfahren wurden aus dem Grund eingestellt, weil die Asylwerber einfach nicht mehr auffindbar waren, weil sie untergetaucht sind, weil sie zu illegalen Einwanderern wurden. Wie diese illegalen Einwanderer ihren Unterhalt finanzieren, glaube ich, darüber braucht man nicht groß Rätsel raten, denn da gibt es nur sehr wenige beschränkte Möglichkeiten:

Schwarzarbeit, das Problem der Kriminalität, Drogenhandel. Experten schätzen, dass in Österreich bereits mehr als 300.000 illegale Einwanderer wohnen.

Die FPÖ hat als einzige Partei schon jahrelang auf Reformen im Asylbereich gedrängt, weil uns das Problem der illegalen Einwanderung bewusst war. Wir sind sowohl in den Jahren davor, als es noch SPÖ-Innenminister gegeben hat, als auch jetzt leider Gottes sehr oft auf taube Ohren gestoßen. Auch international sind wir mit unserer Forderung nach einer strengeren Asylpolitik nicht allein. Ministerpräsident Aznar forderte zum Beispiel, dass aufgegriffene Illegale sofort abgeschoben werden sollten oder die Ministerpräsidenten Aznar, Berlusconi und Blair fordern sogar Sanktionen für jene Länder, die sich dem Kampf der illegalen Einwanderung widersetzen. Auch Bundeskanzler Schröder könnte mit dem Vorschlag leben. Angesichts dieser internationalen Reaktionen und Forderungen fühlen wir uns bestärkt in unserer Forderung nach einer strengen Asylpolitik und wir glauben, dass wir da auf dem richtigen Weg sind. Unter FPÖ-Regierungsbeteiligung wurden einige Punkte bereits umgesetzt, wie zum Beispiel Verschärfung der Strafen bei Schlepperei, die gesetzliche Grundlage für EU-RODAC wurde geschaffen oder der verstärkte Grenzschutz. Es gibt aber auch noch zahlreiche Punkte, die von uns in das Regierungsprogramm verhandelt, die aber nicht erfüllt wurden. Deshalb haben wir jetzt die Problematik, wie sie zurzeit ist. Wir haben gefordert, dass die Verfahrensdauer verkürzt werden sollte. In anderen EU-Staaten gibt es zwei Instanzen, bei uns noch drei Instanzen. Es dauert oft jahrelang, bis ein Verfahren abgewickelt wird. Ich glaube, das ist unmenschlich dem Asylwerber gegenüber und es ist auch dem Steuerzahler gegenüber nicht zu verantworten. Wir haben für die Einrichtung einer Asylstraße gesprochen. Wir wollten, dass Kettenanträge verhindert werden, die Meldepflicht für Asylanten eingeführt wird und vieles andere mehr. Wir werden diese Forderungen heute noch zu einem anderen Tagesordnungspunkt einbringen. Ich bin neugierig, wie sich die anderen Parteien verhalten werden.

Diese wichtigen Punkte hat Minister Strasser nicht erfüllt. Er muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sich unter seiner Verantwortung die Situation sogar noch verschärft hat. Im Zuge der Nationalratswahl gibt es jetzt populistische Aktionen, motiviert durch parteipolitische und wahltaktische Überlegungen. Ich glaube, da hat die ÖVP sehr wohl ein Glaubwürdigkeitsproblem. Minister Strasser hätte die Chance gehabt, etwas in diesem Bereich zu bewegen. Selbst die SPÖ bedauert in ihrem Antrag, wörtlich: „Seit es zum Bruch der Koalition gekommen ist, ist ein unkoordiniertes Vorgehen seitens des Innenministers zu bemerken!“ Weil der Innenminister seine Hausaufgaben nicht erledigt hat, werden wir Steirerinnen und Steirer zur Kasse gebeten. Allein die Mehrkosten durch die Richtlinie betragen mehr als 3 Millionen Euro zusätzlich. Die Thematik, die wir schon längst hätten lösen können, und das ist eine Thematik, die steiermarkspezifisch ist, wo akuter Handlungsbedarf besteht,

ist jene, dass die Quoten für Asylanten nach dem Ergebnis der Volkszählung den einzelnen Bundesländern zugeordnet werden. Wir alle wissen, dass die Steiermark das einzige Bundesland ist, das bei der letzten Volkszählung bei der Bevölkerungszahl abgenommen hat. Wir wissen, welche Folgen das für uns hat. Wir wissen, dass wir Mindereinnahmen von 39 Millionen Euro hinnehmen müssen, sinkende Ertragsanteile, sinkenden Kopfquotenausgleich, sinkende Bedarfszuweisungen und auch eine sinkende Landesumlage. Wir haben aber noch immer heute, wie vor einigen Jahren, eine Quote für Asylanten von 17,5 Prozent, bei der Bevölkerung von 14,7 Prozent. Wir glauben, es ist höchst an der Zeit, diese Quoten neu mit dem Innenminister zu verhandeln, denn es ist unseren Steirerinnen und Steirern unzumutbar, bei sinkender Bevölkerungszahl eine Mehrbelastung hinzunehmen. Deshalb fordern wir auch Frau Landeshauptmann auf, umgehend diese Quote neu zu verhandeln. Wir wehren uns dagegen, dass diese 130 Asylanten, wie den Medien zu entnehmen war, zusätzlich in die Steiermark kommen, um diese De-facto-Quote, die 1142 ausmachen soll, aufzufüllen. Wir sind der Meinung, dass wir jetzt bereits die Quote erfüllen und im Interesse der Steirerinnen und Steirer handeln, dass diese Quote entsprechend der Volkszählung nach unten revidiert wird. Wir wollen nicht, dass die Steirerinnen und Steirer die Rechnung für die Versäumnisse von Minister Strasser bezahlen müssen. (Beifall bei der FPÖ. – 10.17 Uhr.)

Präsident: Zur Abgabe einer Stellungnahme erteile ich Frau Landeshauptmann Klasnic als zuständigem Regierungsmitglied das Wort. Frau Landeshauptmann, bitte.

Landeshauptmann Klasnic (10.17 Uhr): Herr Präsident, Hoher Landtag!

Ich möchte auf die Ausführungen der Frau Kollegin Dietrich wie folgt antworten und eines gleich vorausschicken: Glaubwürdigkeit, Menschlichkeit, Verantwortung für die Menschen in unserem Land haben oberste Priorität. Das Interesse unserer Steirerinnen und Steirer ist, wenn es Flüchtlinge in unserem Land gibt, wenn es Asylanten gibt, dass sie hier bei uns auch das notwendige Essen, die notwendige Versorgung und auch die Möglichkeit der Nächtigung haben. Wenn wir heute über 130 Personen, wie Frau Kollegin Dietrich das angesprochen hat, sprechen, dann darf ich Ihnen versichern, dass die Quote automatisch im Sinne der Volkszählung berechnet wird. Ich sage aber auch dazu, beim bisherigen Stand war die Quote der Steiermark nicht erfüllt. Aus diesem Grund habe ich gesagt, die Steiermark wird ihrer Verpflichtung nachkommen. Wir sind ein Land, welches nicht nur sagt, wir haben einen Menschenrechtsstaat, sondern wir sind auch ein Land, in dem wir immer das Gefühl vermittelt haben, so wie auch Österreich, dass wir Verantwortung übernehmen. Das ist selbstverständlich. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bin ganz der Meinung von Frau Kollegin Dietrich, dass es so ist, dass wir in den Jahren und Jahrzehnten als Österreicher bewiesen haben, dass wir offen gewesen sind, wenn Menschen Sorgen und Anliegen haben, wenn sie zu uns geflüchtet sind, dass es aber nicht so sein kann, dass es nur benutzt oder überdreht wird.

Aber wir haben Krisenherde in Europa und in der Welt gehabt und es hat eine großartige Einsatz- und Spendenfreudigkeit der Menschen in Österreich, aber auch der verantwortlichen Politik gegeben, dass wir für die Ängste und Nöte der Menschen bereit sind, ihnen zu helfen. Und so sage ich ein Zweites: Wir leben in der Steiermark, wir leben in Österreich, in einem Land, in Frieden und Freiheit, das vielen von uns Wohlstand bietet. Und das möchte ich mit bedenken, wenn wir über die Kopfhaut 130 überhaupt reden. Ich sage das ganz ehrlich, weil ich das fast nicht verstehen kann, weil es auch Menschen sind, die aus der Bundesbetreuung zu uns kommen. Und ich habe aus diesem Grund – und das schicke ich voraus – dem zuständigen Caritaspräsidenten, aber auch in Absprache mit den Bezirkshauptleuten, dass es nicht alle an einem Fleck sind, wo sie untergebracht werden, eine Liste übergeben, wo es Möglichkeit gäbe, 130 Menschen in unserem Land um 14 Euro pro Tag noch Nächtigung, Quartier und Essen zu geben. Dafür stehe ich gerade und das wünsche ich mir. Und das wird die Steiermark aushalten. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Frau Kollegin Dietrich hat Recht, die Zahl der Asylanträge ist enorm gestiegen, damit auch die Zahl der zu betreuenden Asylanträge. Und es hat aus diesem Zweck auch eine Landeshauptleutekonferenz gegeben, die sich am 12. Juni prinzipiell damit beschäftigt hat, wie es in allen Bundesländern gehen soll. Und es gab einen Vorschlag, dass schutzbedürftige Fremde mit einem Kostenaufteilungsschlüssel von 60 Prozent Bund und 40 Prozent Land betreut werden sollen. In der Folge gab es eine Landesfinanzreferentenkonferenz am 25. September dieses Jahres, wo auch ein Beschluss gefasst wurde, der folgenden Inhalt hat und der mit der Landeshauptleutekonferenz vereinbar ist und auch so gemeint ist. Auch Sie haben diesen Vorschlag gemacht, Frau Kollegin Dietrich, und da trennt uns nichts. Es muss zu einer Verfahrenskürzung für beide Seiten kommen. Eine klare Antwort muss rasch verfügbar sein und wir haben auch eine Verpflichtung, mit Menschen, die sich bei uns als Asylanten melden, ehrlich umzugehen. Sie sollen wissen und hören, geht es oder geht es nicht.

Zweiter Teil, klare Richtlinien in einem europäischen Einklang, damit man von vornherein manche Missverständnisse ausräumen kann und vor allem auch Richtlinien, die die Verfahren harmonisieren und dass es eine abgestimmte Liste – und das sage ich bewusst dazu – nicht nur in Österreich, sondern darüber hinaus geben soll über sichere Drittstaaten. Es muss aber auch eine klare Trennung geben zwischen Wirtschaftsflüchtlingen und Asylwerbern. Auch da sind wir einer Meinung und das wissen wir. Wir wissen aber auch, dass ein Wirtschaftsflüchtling und ein Asylwerber das Recht hat auf eine verständliche und auf eine klare Beantwortung seiner Fragen auf raschem Wege. Und dass dies zustande kommt, das verlangen auch die Landeshauptleute in der Landeshauptleutekonferenz, die Länder, die zuständigen Referenten, auch der zuständige Minister. Wir müssen die solidarischen und die eingebundenen Institutionen ansprechen und wir müssen versuchen, dass wir so schnell wie möglich auch zu einer Vereinbarung nach Artikel 15 a kommen, wo es besonders auch um das Bei-

spiel der Rückkehrberatung geht. Aber wo möchte oder sollte man denn Rückkehrberatung machen? Auf der Straße wird es nicht gut möglich sein. Das heißt, Asylmissbrauch lehnen wir ab, aber menschenunwürdige Behandlung lehne ich auch ab. (Beifall bei der ÖVP.)

Darum sage ich, wir haben Hilfesuchenden, wenn sie auf dem Boden unserer Heimat sind, auch eine Möglichkeit zu geben, dass sie unter menschenwürdigen Umständen leben. Ich weiß aber auch und ich sage bewusst, dass es existenzbedrohende Situationen auch in diesem Bereich schon gibt und dass man darüber nachdenkt, wie man mit den Kontingenten neu umgehen wird. Ich sage bewusst „neu umgehen“, das heißt aber auch, dass die Meinungsbildung in den letzten Wochen sich verschärft hat, dass aber wir sehr wohl vorbereitet waren als Land Steiermark – und ich bedanke mich nicht nur beim zuständigen Referenten, nämlich beim Sozialreferenten Kurt Flecker, sondern auch beim Finanzreferenten Herbert Paiarl. Es ist in diesem Landtag das Budget nahezu einstimmig beschlossen, wo die Summen für das Thema Flüchtlingshilfe vom Jahr 2002 auf das Jahr 2003 von 5,8 Millionen Euro auf 9,8 Millionen gesteigen sind, schon auch wissend, dass wir in diesem Bereich eben zu einer neuen Regelung kommen müssen. Parallel darf ich sagen, dass es gut ist und vielleicht für unser Land ein weiterer Schritt, dass die Europäische Kommission jetzt nach dem Irlandreferendum mit neuen Kandidaten im europäischen Gesamtnetz rechnen kann. Wir können sagen, dass wir damit mehr in die Mitte gehen, keine Außengrenze sind und dass es damit zu einer besseren Abstimmung und zu einer größtmöglichen Unterstützung gemeinsam mit den Nachbarländern kommen kann, wo es um die illegalen Zuwanderungen, aber vor allem, wo es darum geht, dass organisierte Schlepperorganisationen unterwegs sind, organisierte Schlepperorganisationen, die den Menschen etwas versprechen, das dann nicht gehalten werden kann und dann ist das Schicksal erreicht. Jeder Mensch hat auch nur ein Leben und möchte in diesem Leben ein Stück Glück erreichen. Das wird dann durch solche Gemeinschaften zerstört.

Ich möchte zum Abschluss auch gleich dazusagen, dass es uns darum geht, Rechte und Pflichten als Bestandteil des Zusammenlebens zu erkennen, in schwierigen Lebenssituationen und in guten. Österreich ist ein Land, das viele Möglichkeiten hat, das zu den Besten gehört, wenn es um die Betreuung, die Unterstützung Hilfe suchender Menschen geht. Dass es nicht so sein kann, dass Österreich die Verantwortung für viele andere Staaten übernimmt, die sich eigentlich dort ein wenig aus diesem Bereich zurückziehen und sagen, die machen das, weil die Österreicher bekannt sind, dass sie ihrer Verantwortung nachkommen und dass sie Menschen nicht im Stich lassen. Und in diesem Sinne bin ich überzeugt, dass es auch gelingen wird, in Zukunft eine ordentliche, eine gemeinsame, eine verantwortliche Arbeit für die Lebenssituationen von Flüchtlingen und Asylanten in unserem Land zu bieten. (Beifall bei der ÖVP. – 10.26 Uhr.)

Präsident: Ich danke der Frau Landeshauptmann für die Stellungnahme und vor allem für die exakte Einhaltung der Redezeit. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Hammerl. Seine Redezeit beträgt bitte fünf Minuten. Herr Abgeordneter, bitte!

Abg. Hammerl (10.26 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, ein großes Danke für deine klare Aussage in diesem Land zum Thema Asylpolitik.

Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren!

Österreich ist das Einfallstor für abertausende Flüchtlinge aus dem Balkan, aus Asien, Afrika geworden, die sich in Europa ein besseres Leben erhofften. Auf 228 Österreicher kommt ein Asylwerber. Das ist im EU-Vergleich absoluter Rekord – Aussage des Chefredakteurs Dr. Zankl am 20. Oktober 2002. Meine Damen und Herren, Österreich ist ein Asylland, doch die Asylbetreuung, ob nun die staatliche oder jene durch die NGOs, ist an der Grenze der Belastbarkeit. Die notwendige Entlassung von Asylwerbern aus der Betreuungsstelle Traiskirchen Anfang Oktober hat einmal mehr verdeutlicht, wie dringend die von Innenminister Strasser geplante Reform des österreichischen Asylverfahrens ist. Unser Land, meine Damen und Herren, hat im EU-Vergleich relativ gesehen die höchste Zahl an Asylanträgen, nämlich 3,7 pro 1000 Einwohner.

2001 wurden allein in den ersten acht Monaten dieses Jahres 23.231 Anträge verzeichnet. Setzt sich dieser Trend fort, meine Damen und Herren – 2000: 18.284 – haben wir 2001 30.127 Asylwerber.

Die zentrale Frage, meine Damen und Herren, bei der Gewährung von Asyl ist der Grund der Flucht. 90 Prozent – und das ist nachgewiesen – der für dieses Jahr erwarteten 40.000 Asylwerber können keinen Asylgrund angeben und sind damit keine Flüchtlinge aus politischen Gründen, sondern klassische Wirtschaftsflüchtlinge. Das bedeutet, dass eine übergroße Zahl sich unter Ausnutzung des Asylsystems Aufenthalt in Österreich verschafft und es jahrelang dauert, bis die Verfahren in den Berufungsinstanzen abgeschlossen sind. Mit 1. Oktober 2002 tritt die neue Richtlinie des Innenministers in Kraft, die genau regelt, welche Asylwerber einen Anspruch auf Bundesbetreuung haben, das heißt Unterkunft, Essen, Kleidung und medizinische Versorgung. Innenminister Strasser hat ein Sofortmaßnahmenpaket zur Bekämpfung der Schlepperei, Senkung der Asylanträge beziehungsweise Erarbeitung von Rückkehrprojekten gestartet. Dazu zählen – keine Frage, das sind Schwerpunkte – Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Nachbarländern in Bezug auf illegale Migration, Wochenendschichten der Beamten in unserem Land, um die anhängigen Verfahren schneller aufzuarbeiten, das passiert bereits jetzt, und eine Verfahrensvereinfachung, die ordentlichen Verfahren zur Zuerkennung des Flüchtlingsstatus dauern zu lange.

Gemeinsam, meine Damen und Herren, mit den NGOs und Hilfsorganisationen müssen jene Asylwerber, die keine Aussicht auf Asyl in Österreich haben, bei der raschen Heimkehr in ihre Heimat unterstützt werden durch konkrete Rückkehrprojekte und konkrete Rückkehrberatung und das passiert bereits jetzt.

Die Bundesbetreuung, meine Damen und Herren, das ist heute schon gefallen, ist nicht hauptsächlich für Wirtschaftsflüchtlinge und Wirtschaftsemigranten zuständig, sondern soll die Betreuung der wirklich politisch hilfsbedürftigen Asylwerber garantieren. (Abg. Gennaro: „Nicht so laut!“) Ich spreche auch für die Damen und Herren hinten, nicht für dich, lieber Freund. (Abg. Gennaro: „Die hören das ohnehin!“)

Die grundlose Kritik der Opposition in den Medien, aber auch hier in diesem Haus, die wird sicherlich kommen. Die SPÖ spielt hier ein „Doppelspiel“ mit dem Schicksal von Asylwerbern. Als Innenminister Strasser im August dieses Jahres eine Beschleunigung des Asylverfahrens vorgeschlagen hat, war die SPÖ einstimmig dagegen. Jetzt benützt die SPÖ Hilfe suchende Menschen für Wahlkampfzwecke, anstatt an einer Lösung des Problems mitzuarbeiten, für die sie – keine Frage – mitverantwortlich ist.

Nicht zuletzt, meine Damen und Herren, sind die Verhältnisse in der Betreuungsstelle Traiskirchen ein Erbe der SPÖ. Im Gegensatz zu den früheren SPÖ-Innenministern hat Innenminister Strasser seit Anfang 2001 die Zahl der Betreuungsplätze von 3000 auf 7000 Plätze, das heißt verdoppelt, erhöht. Auch hier gilt Verbesserung statt destruktiver Kritik. Auch die Bundesländer, allen voran Wien mit Bürgermeister Häupl, sind gefordert, ihre mit dem Bund vereinbarten Quoten zur Aufnahme von Asylwerbern zu erfüllen. Auch der „grüne Wahlkampf“ geht auf Kosten von Asylwerbern. Als „Informationsausflug“ nach Traiskirchen getarnt, veranstalteten die Ausländersprecher der Grünen, Frau Petrovic, Frau Stoisits und Herr Öllinger, eine Wahlkampfshow auf Kosten der betroffenen Asylwerber. Während NGOs und Hilfsorganisationen, wie die Caritas und das Rote Kreuz, mit viel Engagement versuchen, zumindest kurzfristig zu helfen, bleiben die Grünen Lösungen und realistische Vorschläge schuldig. Damit werden die Betroffenen zu doppelten Opfern: Einerseits sind sie Opfer der Schlepper, die falsche Hoffnungen geweckt haben, und andererseits sind sie an der Grenze der Zumutbarkeit, die sie für ihren Wahlkampf gebrauchen, angelangt. Zur Frau Kollegin Dietrich: Die FPÖ hat die Neuwahl verursacht. Die Reform bezüglich Asylverfahren ist daher nicht zustande gekommen. Das ist daher nicht die Schuld der ÖVP. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Asylwerber haben ein Anrecht auf ein zügiges Verfahren auf Rechtssicherheit und im Falle von (Präsident: „Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende!“) Schubhaft, die nicht verhindert werden kann, ein Anrecht auf humane Betreuung und menschenwürdige Anhaltung. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP. – 10.31 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Flecker. Auch seine Redezeit beträgt fünf Minuten.

Landesrat Dr. Flecker (10.31 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Meine Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei: Ich habe vollstes Verständnis für Sie. (Abg. Wiedner: „Ist schon genug!“) Höre zuerst zu. Hat sich das zivilisierte Österreich vor Jahren noch über Ihre Ausländerplakate in Wien empört, sind Sie heute offenbar genötigt, mit einem angeblich christlich-sozialen Innenminister um den rechten Wählerrand in Vorwahlzeiten zu buhlen. Das, meine Damen und Herren, erfordert dann offenbar solche Veranstaltungen, die dazu führen, dass wir hier die großartige Diskussion führen, die letztlich zu einer Diskriminierung all jener führt, die in unserem Land Schutz suchen und wir hier die nötigen Incentives aus ihrer Sicht dafür geben. Es ist auch so, dass offenbar in der ÖVP in diesem Haus zwei Fraktionen bestehen, wenn ich vergleiche, was die Frau Landeshauptmann gesagt hat und was Herr Hammerl von sich gegeben hat. Ich bin in diesem Sinn Frau Landeshauptmann sehr dankbar für das, was sie gesagt hat. Lassen Sie mich generell die Dimensionen etwas zurechtrücken (Abg. Dr. Lopatka: „Auch wir sind der Frau Landeshauptmann sehr dankbar!“): Du kannst das auch in einer Wortmeldung sagen. (Präsident: „Am Wort ist Herr Landesrat Dr. Flecker!“)

Die Überflüssigkeit deiner Zwischenrufe lasse ich mir nicht in meine Redezeit einrechnen. (Abg. Dr. Lopatka: „Ich danke für die Sachlichkeit!“)

Du kannst mir danken. Zuerst dankst du Frau Landeshauptmann, jetzt mir. Ich bin sehr froh, dass du ein so dankbarer junger Mann bist. Meine Damen und Herren! Um die Dimensionen zurechzurücken: Wir haben weltweit 840 Millionen Menschen, die vom Hungertod bedroht sind. Jährlich sterben 6 Millionen Kinder unter fünf Jahren an mangelnder Ernährung. Wir in dieser reichen Welt machen Politik mit dem Thema „Wirtschaftsflüchtlinge“. Wo ist denn da noch das Augenmaß für Humanität, für die Sicht, warum oft Leute hierher kommen? Ist politische Verfolgung jetzt ärger im Vergleich zum Hungertod, zur wirtschaftlichen Unmöglichkeit zu existieren? Solange diese reiche westliche Welt ihren Reichtum bei jedem Fernseher raushängen lässt, hat sie auch die verdamnte Verpflichtung, solange wir nicht unserer Verantwortung gerecht werden, den Menschen so viel zu kommen zu lassen, dass sie dort unten menschenwürdig leben können, uns mit den Menschen, die vor dieser Armut flüchten, zumindest zu befassen (Beifall bei der SPÖ.) und sie nicht als politisches Kleingeld anlässlich von Nationalratswahlen zu wechseln, wie das zum Beispiel Herr Strasser macht, indem er einfach eine Reihe von Ländern erfindet und sagt, alle, die aus diesen Ländern kommen, haben überhaupt keine Chance auf ein Asyl, weil sie angeblich sichere Drittstaaten sind: Georgien, Aserbaidshan, Nigeria. Sie alle wissen, dass das durchaus problematische Länder sind und von heute auf morgen werden diese Menschen auf die Straße gesetzt, jeder Einzelne mit einem Menschenschicksal verbunden und das wegen kommender Nationalratswahlen, um hier ein Wählerklientel abzusahnen, um das Sie beide kämpfen. Ich halte diese Vorgangsweise für menschenunwürdig und ich frage mich, wieso Sie so oft die Namen Caritas und Diakonie in den Mund nehmen, wo Herr Strasser zur Deportation ein eigenes deutsches Unternehmen (Abg. Dr. Lopatka: „Tu aufpassen!“ – Abg. Hammerl: „Das Wort Deportation nehmen Sie aber zurück. Das ist eine Zumutung!“ – Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Unglaublich!“) beauftragt hat, weil ihm offenbar die Humanität in der Diakonie und in der Caritas zu human waren. Meine Damen und Herren! (Präsident: „Herr Landesrat, Ihre Redezeit ist zu Ende!“)

Wenn ich diese beiden kirchlichen Institutionen ausschalte, dann ist das inhuman und dann schalte ich verantwortungsvolle Institutionen aus. Lassen Sie mich abschließend Folgendes sagen: Wenn wir zu einer Lösung des Problems kommen wollen, dann kann ich das in dreierlei Hinsicht tun (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Leute, die solche Worte verwenden, sollten hier gar nicht reden dürfen!“ – Abg. Dr. Bleckmann: „Eine Schande, diese Rede!“):

Erstens: Ein Vorziehen der 15 a-Vereinbarung, wie es Frau Landeshauptmann angesprochen hat. Zweitens: Die Menschen, ohne dass es Lohndumping verursacht, arbeiten lassen. Drittens: Genug Personal, damit die Asylverfahren in zumutbarer Zeit beendet werden können. (Beifall bei der SPÖ. – 10.38 Uhr.)

Präsident: Ich ersuche um strikte Einhaltung der Redezeit. Für die Zwischenrufe habe ich bereits Zeit dazu gegeben, so dass ich glaube, dass es gerechtfertigt ist das einzumahnen. Ich begrüße die Schüler der Landesberufsschule 8 in Graz unter der Leitung von Herrn Dipl.-HTL-Ing. Michael Nestelberger. Ihnen einen herzlichen Gruß. (Allgemeiner Beifall.)

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Sie ist am Wort.

Abg. Mag. Zitz (10.38 Uhr): Guten Morgen, sehr geehrte Regierungsmitglieder, Landtagskolleginnen und -kollegen und sehr geehrte Gäste!

Ich möchte am Anfang von meinen Ausführungen zwei Zahlen bringen. Die eine Zahl, wie viele Asylwerber und Asylwerberinnen aus Ländern mit massiven Menschenrechtsverletzungen könnten in der Steiermark nach der zitierten Länderquote aufgenommen werden? Es sind 1100. Das ist, auf die steirische Bevölkerung bezogen, weniger als ein Promille. Und das Interessante – und jetzt darf ich mir eine Bemerkung zu Ihnen, Frau Landeshauptfrau, erlauben, diese Quote ist bei weitem nicht ausgeschöpft. Die Steiermark nimmt derzeit 970 Personen auf und – jetzt kommt der dritte Aspekt – Herr Innenminister Strasser, Ihr Parteikollege, Frau Landeshauptfrau, und Parteikollege von meinem Sitznachbarn, hat derzeit eine Asylpolitik zu verantworten, die dahin führt, dass Leute von der Bundesbetreuung direkt auf die Straße gestellt werden, kein Essen mehr haben, kein Trinken mehr haben, keine medizinische Grundversorgung mehr haben und oft mit einem Plastiksack in der Hand auf der Straße stehen.

Ich möchte noch eine Zahl bringen: Im Jahr 2001 war bekanntlich Krieg USA gegen Afghanistan und Sie wissen, dass in diesem Zeitraum sehr viele Leute, wenn sie es geschafft haben, auch Frauen und Kinder, geflüchtet sind, etliche es auch zum Glück in den Raum der EU geschafft haben. In diesem Jahr war die Anerkennungsrate von Asylwerbern und Asylwerberinnen in Österreich genau 4,3 Prozent und das trotz Krieg in Afghanistan.

Einen weiteren Aspekt, den ich einbringen möchte: Zur jetzigen Politik von Herrn Innenminister Strasser, der im Landtag teilweise Verbündete hat; ein ÖVP-Abgeordneter hat leider vorhin in diese Richtung gesprochen: Ich nehme Ihre Wortmeldung auch anders wahr als die Aussage von Frau Landeshauptfrau. Dieser Innenminister Strasser setzt Handlungen, die ein Schlag sind gegen die Landeshauptleute und die Leute im Bund, die sich bemühen, österreichweit einen menschenwürdigen Qualitätsstandard für Asylwerber und Asylwerberinnen im Rahmen einer Artikel-15 a-Vereinbarung zu entwickeln. Und noch ein kleiner Hinweis: Sie wissen sehr genau, dass die Leute, die sich im Bereich Migranten und Migrantinnen engagieren, oft Leute sind, die massiv unter Druck gesetzt werden, denen man alles Mögliche vorwirft. Es sind vorher „Drogendealer“ und so ähnliche Worte von dieser Partei gekommen.

Und Sie wissen, dass die Leute, die für Asylwerber aktiv sind, sehr oft aus dem Bereich der kirchlichen Organisationen kommen, die Rückgrat haben auch in Zeiten wie diesen, sich da noch zu engagieren für diese Gruppe von Menschen. Sie wissen, dass das Leute sind, die sehr oft jung sind, dass das Leute sind, die im städtischen und im ländlichen Raum die Art des Umgehens mit Ausländern und Ausländerinnen einfach nicht aushalten. Und ich halte es für absolut unangebracht, was derzeit von Seiten des Bundes läuft, ist nicht nur ein Schlag gegen Ausländer und Ausländerinnen, denen man das Essen und Trinken nicht mehr vergönnt, wenn sie es irgendwie nach Österreich geschafft haben. Es ist auch ein Schlag gegen die so genannte Zivilgesellschaft, gegen die Caritas, gegen Vereine wie Omega, die mit schwer traumatisierten Flüchtlingen arbeiten, gegen die Diakonie, gegen Vereine wie ISOP, Zebra und so weiter und so fort.

Und ein allerletztes Wort noch: Ich nehme derzeit die Politik von der ÖVP – und zur Freiheitlichen Partei möchte ich im Moment beim besten Willen nichts mehr sagen – auch so wahr, dass Sie uns im Bereich Menschenrechtsstandards beim besten Willen nichts ersparen. Ich habe mich sehr gefreut, dass vorher die Position der Grünen erwähnt worden ist. Es wird tatsächlich so sein, dass wir uns für faire Verfahren einsetzen. Die Handlungen von Minister Strasser ermöglichen nämlich gar kein faires Verfahren mehr, weil die Leute direkt von der Bundesbetreuung – und Sie wissen, wie dort die Zustände sind – auf die Straße gesetzt werden. Und wo immer wir als Grüne die Möglichkeit haben, uns dagegen zu wehren durch Kooperation mit NGOs, mit Vereinen und mit Einzelpersonen, auch mit steirischen Pfarren, werden wir diese Möglichkeit mit Vergnügen annehmen. Danke schön! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 10.44 Uhr.)

Präsident: Damit kommen wir zum zweiten Durchgang der Wortmeldungen. Redezeit beträgt weiterhin fünf Minuten pro Redner. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (10.44 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Dieses Problem, das wir heute hier diskutieren, ist in Wirklichkeit nur europäisch zu lösen und auf keinen Fall mit einem kleinkrämerischen Geist. Das kleine Österreich kann hier nur im europäischen Kontext vorgehen. Alles andere würde uns überfordern. Wir müssen einerseits selbstverständlich den tatsächlich von Verfolgung Bedrohten Asyl gewähren, andererseits haben wir aber natürlich auch klar zu sagen, dass wir jenen, die in erster Linie Arbeit und ein besseres Einkommen suchen, was ja legitim ist, aber keinen Schutz brauchen, nicht unbegrenzt bei uns Aufnahme finden können. Das muss man diesen Menschen klar sagen, denn sonst überfordern wir uns.

Und die Zahlen belegen das deutlich: 1997 hatten wir noch 6719 Anträge, diese Zahl stieg auf 30.127 im Jahr 2001 und 2002 werden es mehr als 40.000 Anträge sein. Und das muss ich schon in Richtung Sozialdemokratie sagen – wissen Sie, wie das in sozialdemokratischen Ländern in Europa ist? Dort ist es gegenteilig, dort, wo die SPD und andere sozialdemokratische Regierungen sind, geht die Zahl der Asylwerber im ersten Halbjahr 2000 zurück, während sie bei uns extrem angestiegen ist. Und schauen Sie sich die Asylpolitik der SPD-Grünen Regierung in Deutschland an. Der zuständige EU-Kommissar Rutzenio Vittorino meinte zuletzt beim EU-Gipfel in Sevilla, dass diese Frage auf der Europäischen Tagesordnung ganz oben angesiedelt werden muss, und er forderte alle Staaten auf, genau klar jene Unterscheidung zu treffen, die uns so wichtig ist, nämlich zwischen Emigranten und Flüchtlingen. Schade, dass hier im Haus die Debatte so verlaufen ist, wie sie eigentlich nicht verlaufen sollte, denn Verantwortung wahrnehmen heißt etwas anderes als das tun, was Kollege Flecker gemacht hat, nämlich einerseits hier Kritik zu üben. Aber die Frau Landeshauptmann, die konnte er nicht kritisieren. Denn sie macht im Gegensatz zum Wiener Bürgermeister Häupl genau das, was notwendig ist, nämlich jenen, die Hilfe brauchen, wirklich zu helfen. (Beifall bei der ÖVP.)

Häupl tut das nicht. Es sind hunderte, die er in Wien noch unterbringen müsste, aber er tut es nicht.

Ich sage auch eines abschließend, weil die Redezeit eine kurze ist, wir können nicht zur Tagesordnung übergehen und Frau Präsidentin, ich bitte Sie, weil es die Würde des Hauses gebietet, dass wir nach dieser aktuellen Stunde in der Präsidiale zusammenkommen, denn ich kann es nicht zulassen, dass im Zusammenhang mit der jetzigen Bundesregierung das Wort „Deportation“ unwidersprochen stehen bleibt. Das ist eine Ungeheuerlichkeit und ich bitte um eine Unterbrechung der Sitzung nach dieser Aktuellen Stunde, denn so können wir nicht miteinander umgehen und diese Sprache darf gerade nicht von der Regierungsbank hier einreißen. Deportation, Herr Landesrat Flecker, das ist das nicht, was hier gemacht wird und ich verlange daher eine Unterbrechung der Sitzung nach der Aktuellen Stunde. (Beifall bei der ÖVP. – 10.47 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Reinprecht. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Reinprecht (10.48 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Herr Kollege Lopatka, wenn du dich hier so künstlich aufregst über das Wort „Deportation“, wir können, glaube ich, beide gut genug Latein, um zu wissen, was das heißt. Das heißt abschieben, aus dem Land schaffen, und das ist es ja auch wohl. (Abg. Dr. Lopatka: „Wissen Sie, was Deportation heißt? Verbannung, Zwangsversetzung, Deportationslager, Deportierung. Lesen Sie im Duden nach. Es wird von uns niemand verbannt und zwangsversetzt!“)

Der Begriff Zwangsversetzung ist hier wohl angebracht, wenn diese Cateringfirma „European Homecare“ – wie es so schön heißt – den Auftrag hat, Flüchtlinge innerhalb von einer Woche dazu zu bewegen, aus dem Land zu gehen, ohne Rechtsberatung. (Abg. Dr. Lopatka: „Sie wissen, wer in diesem Jahrhundert deportiert worden ist!“ – Abg. Wiedner: „Wissen Sie, was eine Cateringfirma ist? Ich glaube, Sie sind hier nicht am richtigen Platz!“)

Nun zu einer anderen Sache, nämlich zur Frau Dietrich: Was die Beschleunigung der Asylverfahren anbelangt, muss man ihr natürlich Recht geben, obwohl man auch hier etwas hinzufügen muss. Ich zitiere aus der Zeitschrift der Flüchtlingsorganisation „Zebra“: „Den über 30.000 zu erwartenden Asylanträgen 2002 stehen Kapazitäten der Asylbehörden gegenüber, die für einen Bedarf von zirka 10.000 Anträgen konzipiert sind. Die Ankündigungen des scheidenden Innenministers, die Asylverfahren künftig wesentlich zu verkürzen, ohne jedoch das Personal aufzustocken, können vor diesem Hintergrund nur als gefährliche Drohung aufgefasst werden!“ Ohne ernsthafte Aufstockung von Personal, und zwar von geschultem Personal, wird es wohl nicht gehen, die Asylverfahren drastisch zu beschleunigen. Ein weiterer Punkt zur Frau Dietrich, und zwar spricht sie von verstärktem Grenzschutz. Die Erfahrung aber zeigt, dass mehr Polizei und mehr Sicherheitskräfte an den Grenzen die einwanderungswilligen Personen nicht vermindern. Anscheinend haben hier so genannte „Push-Faktoren“, wie der Terminus technicus heißt, eine größere Bedeutung. Diese Faktoren sind Bürgerkriege, Katastrophen in den Herkunftsländern wie auch soziale und wirtschaftliche Verelendung, die immer mehr Menschen dazu bringen zu versuchen, sich bessere Lebensbedingungen außerhalb ihrer Heimatländer zu schaffen. Hier etwas zum Herrn Lopatka: Sie kritisieren, dass es so viele Menschen gibt, die nur Arbeit und ein besseres Auskommen bei uns oder in anderen Ländern, Kernländern Europas suchen. Das ist richtig. (Abg. Dr. Lopatka: „Ich kritisiere, dass diese Asyl wollen. Das kritisiere ich!“)

Das ist richtig. Auf der anderen Seite muss man ihnen auch entgegenhalten, dass in der letzten Gesetzgebungsperiode die scheidende Regierung auch wieder Gesetze geschaffen hat, die tatsächlich mehr Ausländer ins Land bringen werden, nämlich Schlüsselarbeitskräfte und mehr Saisonarbeiter als bisher. Man fragt sich

wirklich, warum man das macht und solche Leute hierher bringt, ohne sozialrechtliche Absicherung, ohne Möglichkeit, sich in Österreich zu integrieren und warum man nicht großzügiger gegenüber den Menschen ist, die an unseren Grenzen stehen. Derzeit stehen etwa zwei Drittel der Asylwerber auf der Straße. (Abg. Wiedner: „Spenden Sie Ihr Gehalt!“)

Ich habe meine Redezeit mit Hilfe Ihrer Zwischenrufe fast in Anspruch genommen. Herr Abgeordneter Wiedner, es ist nicht unbedingt ein Zeichen von Niveau, wenn man beleidigt wird, vor allem gegenüber einer Frau, weil Sie sonst auch sehr viel von Manieren halten. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Schrittwieser: „Ich würde euch empfehlen nicht die Nerven zu verlieren!“)

Ab 1. Oktober 2002 haben wir ein neues Gesetz, was die Betreuung von Asylwerbern durch den Bund anbelangt. Hier wird unterschieden zwischen Menschen, die absolut ausgeschlossen werden, das sind besonders Menschen aus den EWR-Staaten und jenen Ländern, die derzeit in Beitrittsverhandlungen zur EU stehen. Dann gibt es relative Ausschlussgründe. Dazu zählen Asylwerber aus Russland, Armenien, Türkei, Georgien, Aserbaidschan, Mazedonien, Jugoslawien und Nigeria. Diese werden grundsätzlich aus der Bundesbetreuung genommen oder kommen gar nicht hinein, wenn ihr Asylantrag in der ersten Instanz abgewiesen wird, was aber auf Grund der undurchsichtigen und schleppenden Verfahren sehr häufig der Fall ist. Ausgenommen sind hier nur die Serben aus dem Kosovo, Tschetschenen und Kurden aus der Türkei. (Präsidentin Dr. Rieder: „Frau Abgeordnete, deine Redezeit ist zu Ende!“)

Weiters ist dazu zu sagen, dass es merkwürdig ist, wenn zu diesen relativen Ausschlussgründen die Staatsangehörigkeit eine Rolle spielt. Das ist auch europaweit etwas Einmaliges, dass wir nach der Staatsangehörigkeit vorgehen. Ich verstehe nicht ganz, warum zum Beispiel Mazedonien nach der ersten Abweisung nicht in Bundesbetreuung kommen kann, weil wir ja wissen, was derzeit in Mazedonien los ist, auch wenn das nicht an die große Glocke gehängt wird. (Präsidentin Dr. Rieder: „Frau Abgeordnete, deine Redezeit ist zu Ende!“)

Kritik kommt vor allem vom UNO-Flüchtlingskommissariat, dass sich damit die Situation der Flüchtlinge in Österreich extrem verschlechtert. (Beifall bei der SPÖ. – 10.55 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als nächste Rednerin hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Bleckmann zu Wort gemeldet.

Abg. Dr. Bleckmann (10.55 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Da geht es um etwas Wichtigeres, lieber Kollege Tasch. Es geht darum, dass die Frau Landeshauptmann gesagt hat, die Steiermark wird vieles aushalten. Ich sage Ihnen eines, dass wir uns schwer tun werden, das auszuhalten, nämlich einen Landesrat, der von Deportation spricht. Hätte ein Freiheitlicher das gewagt, in diesem Zusammenhang dieses Wort zu verwenden, wären wir von euch verfolgt, verhetzt und was weiß ich noch alles worden. Das ist der Wahnsinn, der hier passiert. (Beifall bei der FPÖ.)

Von eurer Seite, auch nicht von Herrn Landeshauptmannstellvertreter, der seinen Kollegen vielleicht noch nicht kennt, kam nicht einmal ein Aufschrei, kein Zucken und nichts ist gekommen, dass so eine Diktion von Herrn Landesrat Flecker verwendet wird, das ist etwas, wo sich das Land schwer tun wird, das auszuhalten. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich bedaure es nur, dass es noch keinen Ordnungsruf für ein Regierungsmitglied gibt. Denn das wäre eindeutig ein Ordnungsruf für ein Regierungsmitglied und davon hätten Sie schon mehrere bekommen müssen. Traurig aber wahr. Sie sollten, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ, vor der eigenen Tür kehren, wenn Sie hier irgendetwas sagen. Scheinbar weiß die eine Hand nicht was die andere Hand tut. Es gibt auch eine Mitteilung von der SPÖ Semriach, wo die Asylanten aufgenommen wurden: „Wir fordern eine dringende Gemeinderatssitzung zwecks Protest bei der Landesregierung in Graz und beim Innenministerium in Wien. Es geht um unsere Tourismusgemeinde. Integration darf nicht zum profitablen Geschäft werden!“ Seitens der SPÖ wird das von euch verkündet. Was ist jetzt die Haltung der SPÖ? Seid ihr dafür, seid ihr dagegen? Hier weiß die eine Hand scheinbar nicht was die andere Hand tut. Und das ist euer Problem. (Beifall bei der FPÖ.)

Ihr solltet euch auch endlich einmal bekennen: Wollt ihr, dass es zusätzliche Asylanten gibt oder nicht? Hier steht weiters auch groß: „Asylanten kosten die Steiermark pro Jahr 3 Millionen zusätzlich!“ SPÖ-Chef Voves beschwert sich. Sagen Sie dann endlich einmal Ihre Haltung. Geht es Ihnen nur um das Geld, geht es Ihnen um die Asylanten, geht es Ihnen um die Menschlichkeit? Worum geht es Ihnen? Aussage von Ihnen nach der Regierungssitzung. Worum geht es der SPÖ? Worum geht es Ihnen jetzt? Sie geben einerseits aktuelle Informationen in Semriach heraus und bekritteln, dass es hier zu mehr Kosten kommt. Wenn es aber darum geht, diesen Dingen auch Taten folgen zu lassen, dann redet euer Landesrat, nicht wir, von Deportation. Erschütternd ist diese Haltung von Ihnen. Ich kann die ÖVP bei aller Wertschätzung von Frau Landeshauptmann auch nicht auslassen. Das, was wir in einer Rede von Ihnen und der anschließenden Rede des Kollegen Hammerl gehört haben, waren zwei verschiedene Welten. Das ist ein Doppelspiel von Ihrer Seite oder nicht abgesprochen. Ich verstehe das nicht. Sie wollen anscheinend viele Wähler ins Boot holen, damit sie den einen das sagen und den anderen das sagen. Man müsste wissen, wie eure Haltung dazu ist. (Abg. Hammerl: „Besser zuhören!“)

Ich habe genau zugehört. Du hast gesagt, Kollege Hammerl, Österreich ist an der Grenze der Belastbarkeit. Eine Änderung der Asylpolitik ist notwendig. Bravo. Das ist genau das Gegenteil von dem, was Frau Landeshauptmann gesagt hat. Sie hat gesagt, wir halten das aus und es ist alles möglich. Sie sprach auch von Menschlichkeit. Was ist jetzt eure Haltung? Das würde vielleicht auch für die Bevölkerung ganz interessant sein. Du hast ganz anders geredet als deine Frau Landeshauptmann.

Und wenn Sie von Menschlichkeit sprechen, dann frage ich Sie auch, ist es wirklich menschlich, dass hier Menschen unter falschen Voraussetzungen ins Land gelockt werden, Asylverfahren sich über Jahre hinstrecken, wo sie dann nicht wissen, können sie da bleiben, können sie nicht da bleiben, wir die Kosten übernehmen? Ist das denn menschlich, wenn hier so lange auf eine Entscheidung gewartet werden muss? Die eine Instanz anders entscheidet wie die andere und wenn das Verfahren beendet ist, sofort ein neuer Antrag gestellt werden kann, dass das Ganze wieder von vorne beginnt? Ist das menschlich? Das frage ich sehr wohl. Und sind das seitens der Asylantragsteller dann Ängste oder Dankbarkeit, wenn sie am ersten oder zweiten Tag, nachdem sie den Asylantrag gestellt haben, dann untertauchen? Scheinbar brauchen diese, die dann untertauchen, das Essen und die ganze Versorgung, die es da gibt, nicht, denn jährlich haben wir plus 10.000 Menschen, die illegal in Österreich sind. Das ist dann auch nicht die Dankbarkeit, wie man es sich eigentlich erwartet, wenn sie ins Land kommen können, wir sie versorgen, aber diese Menschen dann untertauchen. Und wir wissen inzwischen alle, was passiert, wenn sie untertauchen. Denn wie sollen sie sich denn ernähren, wenn nicht so, dass sie in die Kriminalität abrutschen? Es ist bitte schon Zehn nach Zwölf, wenn euer Innenminister weiß, dass er so eine Maßnahme setzt. (Präsidentin Dr. Rieder: „Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende!“)

Dann muss der Herr Innenminister das rechtzeitig machen, nämlich diese Maßnahmen schon zwei Jahre zuvor setzen, die hier so absolut notwendig sind. Das hat nichts mit einer aufgelösten Regierung, die euer Bundeskanzler aufgelöst hat, zu tun. Damit hat das nichts zu tun, Kollege Hammerl. (Beifall bei der FPÖ. – 11.01 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Zitz, bitte.

Abg. Mag. Zitz (11.01 Uhr): Hohes Haus! Sehr geehrte Gäste!

Drei Ausführungen möchte ich noch machen. Deutschland ist angesprochen worden. Das ist genau der Qualitätsunterschied zwischen der deutschen Migranten- und Asylpolitik und der österreichischen und deswegen hat die EU Deutschland auch gewürdigt: In Deutschland gibt es nämlich eine sehr klare Unterscheidung zwischen Migranten/Migrantinnen, die dezidiert gewünscht werden auf Grund ihrer Arbeitskraft, auch auf Grund ihrer Möglichkeiten, die deutsche Wirtschaft zu stärken. In Deutschland gibt es nämlich weiters ein Zuwanderungsgesetz, das die Integration von Ausländern und Ausländerinnen systematisch und in einer für sie angebrachten Art und Weise möglich macht. In Österreich haben wir so eine rechtliche Situation nicht und daraus resultiert dann, dass Leute, die nach Österreich kommen, automatisch in die Illegalität gezwungen werden und daran gehindert werden, auch wenn sie es noch so wollen, hier berufstätig zu sein. Das ist ein Teil des Dilemmas, das wir haben. Und zum Glück gibt es von privater Seite Organisationen, die das immer wieder vehement gegen den herrschenden Zeitgeist auch in Teilen der Sozialdemokratie – um das auch kurz anzusprechen – und insbesondere der ÖVP und der Freiheitlichen Partei zum Thema machen.

Punkt zwei, ich wende mich gegen den Begriff „Wirtschaftsflüchtlinge“. Die Leute, die da aus Ländern kommen, wo es oft über Jahrzehnte Bürgerkriege gibt, Nigeria, Sudan, Georgien, das sind Armutsflüchtlinge. Das sind sehr oft Leute, die aus ihrer sozialen Situation heraus gar nicht anders können als wegzugehen von ihren Familien, von ihren Angehörigen und die das mit sehr, sehr wenig Vergnügen machen.

Dritter Aspekt, ich möchte jetzt kurz zu einer Gruppe von Asylwerbern und -werberinnen etwas sagen, die österreichweit kaum wahrgenommen werden. Das sind Minderjährige. Das sind Kinder und Jugendliche, im Jahr ungefähr 1000 Personen, die es ohne Angehörige irgendwie schaffen, nach Österreich zu kommen. Fragen Sie mich bitte nicht, was diese Burschen und teilweise Mädchen mitgemacht haben, um es überhaupt in unser Land zu schaffen. Eine kleine Anmerkung: Von diesen 1000 Jugendlichen – wir reden über Leute unter 18 Jahren, die meisten 15 oder 16 Jahre – sind im Jahr 1999 die Hälfte in Schubhaft gesessen, in Gefängnissen gesessen, die sie drei Monate nicht verlassen haben dürfen, Seite an Seite sehr oft mit österreichischen wirklichen Kriminellen in Gefängnissen gesessen. Und das Ganze ist auf Grund unserer Asylgesetzgebung auch gegenüber jungen Menschen legal.

Noch ein Wort zu diesen jungen unbegleiteten Flüchtlingen. Es gibt keine Daten, wie viele Personen es genau sind, es gibt keine Daten, wie alt sie sind und es gibt keine Daten, aus welchen Ländern diese Personen kommen. Ich möchte Ihnen einfach diesen Aspekt bringen als Teil der österreichischen Realität, was Menschenrechtsfragen und was die so genannte Asylpolitik betrifft. Diese Jugendlichen werden teilweise gezwungen, jahrelang darauf zu warten, ob ihr Asylantrag angenommen wird oder nicht. Wir haben leider Gottes eine Situation, wo der Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, der Einsatz als Kindersoldaten oder Jugendliche und Kinder, die gezwungen werden zu arbeiten, bis sie es nicht mehr schaffen oder geschlechtsspezifische Verfolgung gegenüber Mädchen und gegenüber jungen Frauen de facto nicht als Asylgrund anerkannt werden. Und genau diese Gruppe von Menschen würde laut der Diktion von der ÖVP und von den Freiheitlichen schlimmerweise in Österreich auch unter „Wirtschaftsflüchtlinge“ fallen.

Ein letztes Wort noch: Jugendliche unbegleitete Asylwerber und Asylwerberinnen sind jahrelang Spielball gewesen zwischen dem Innenministerium, das für Asyl- und Fremdenrecht zuständig ist und den Ländern, die für die Jugendwohlfahrt zuständig sind. Und da wünsche ich mir sehr – und es ist ein Wunsch von vielen Fachleuten und Vereinen, die in dem Bereich arbeiten –, dass man endlich jugendgerechte Verfahren anwendet, dass diese Jugendlichen, die schwer traumatisiert sind, entsprechend psychosozial begleitet werden und dass es endlich möglich ist, diesen Jugendlichen das anzubieten, was ihnen zusteht, nämlich eine menschenwürdige Aufnahme und gegebenenfalls selbstverständlich auch eine menschenwürdige Integration. Und das reicht von

Bildungsangeboten über Ausbildungsangebote. Jetzt komme ich zu meinem letzten Punkt, sie haben selbstverständlich ein Recht darauf, in Österreich auf der Straße unterwegs zu sein, ohne dass man rassistisch angepöbelt und beleidigt wird. Und ich kann Ihnen garantieren, dass von Seite der Grünen das ein Themenbereich ist, den wir mit viel Rückgrat über viele, viele Jahre hinweg noch weiter bearbeiten werden. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 11.06 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Es beginnt nun der dritte Durchgang der Aktuellen Stunde. Von der Österreichischen Volkspartei ist kein Redner vorgemerkt. Ich darf daher die Frau Abgeordnete Lackner ans Rednerpult bitten.

Abg. Mag. Lackner (11.07 Uhr): Es ist richtig, dass sich die Meinung in den letzten Wochen und Monaten zugespitzt hat zu diesem Thema Asylrecht und es fragt sich nur, wieso es sich zugespitzt hat. Frau Kollegin Dietrich, wenn Sie jemals im Franziskushaus der Caritas Graz gewesen sind und wenn Sie jemals bei Omega und Zebra gewesen sind, um sich von deren Arbeit mit Flüchtlingen und mit minderjährigen Flüchtlingen auseinander zu setzen, dann hätten Sie sich ein Bild machen können, das Sie nicht in die Lage versetzt hätte, diese Fragen oder einen Großteil dieser Fragen heute zu stellen oder Sie haben sich kein Bild gemacht, Frau Kollegin Dietrich. (Abg. Dr. Bleckmann: „Zahlen und Fakten!“)

Viel mehr ist es aber ungeheuerlich, dass Sie es nicht erkennen wollen, dass Ihre Regierungsmaßnahmen einen Teil der Flüchtlinge in die Illegalität treiben. Sie sagen, Flüchtlinge und Illegalität sind fast gleichzustellen. Das haben Sie am Anfang gesagt. Österreich ist nicht auf sich allein gestellt, weil wir schon gesagt oder gehört haben, wir sollen nicht kleinkrämerisch tun. (Abg. List: „300.000 Illegale!“) Sie setzen Flüchtlinge und Illegalität gleich.

Am 17. Juni dieses Jahres hat Österreich wie andere Mitgliedsstaaten der EU beschlossen, sich der EU-Richtlinie zur Aufnahme von AsylwerberInnen zu verpflichten. Das heißt, Unterkunft, Verpflegung und Zugang zu Gesundheitsversorgung zu garantieren. Der Herr Innenminister ist eigentlich aufgefordert, dieser gesetzlichen Pflicht nachzukommen und diesen Menschen eben dieses Dach über dem Kopf und medizinische Hilfe zur Verfügung zu stellen. (Abg. Hammerl: „Das tut er schon!“)

Das tut er aber nicht. Die Aufnahme in Bundesbetreuung darf nicht willkürlich und kann nicht willkürlich erfolgen, wie das seit kurzem passiert. Zum Hintergrund der Asyldebatte: 23 Prozent der Verfahren zur Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft – wie es heißt – gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention werden anerkannt. Es ist wohl allgemein unbestritten, auch in diesem Haus, dass Georgien, Albanien, Nigeria, Pakistan, Irak, Afghanistan – um einige zu nennen – gute Gründe liefern, damit Menschen auf der Flucht sind. Das schlägt sich auch in den positiv erledigten Anträgen nieder. Was macht aber der Herr Minister der ÖVP? Er schränkt verfahrensrechtliche Mindestgarantien ein. Das ist menschenrechts- und verfassungswidrig. Dazu gehören die Berufung gegen behördliche Entscheidungen, die Information über Rechte, der Aufenthalt in Österreich, bis eine endgültige Entscheidung getroffen ist und deswegen auch eine notwendige Grundversorgung, damit jeder und jede Betroffene am Verfahren mitwirken kann. Unbestritten ist, dass im Verfahren zu klären ist, ob Asylgründe vorliegen. Die Forderung nach einer rascheren Abhandlung ist nicht neu und sie kommt auch von vielen Seiten, auch von der Asylkoordination. Es fehlt aber nicht an den gesetzlichen Grundlagen. Es fehlt an qualifiziertem und an geeignetem Personal, das der Innenminister nicht zur Verfügung stellt. Das ist die Crux.

Was macht der Herr Minister noch? Mit Weisung setzt er Asylwerber und Asylwerberinnen über Nacht auf die Straße. Bewerberinnen im Verfahren obdachlos auf die Straße zu setzen widerspricht rechtsstaatlichen Gesetzen, EU-Richtlinien und der Genfer Konvention. Diese menschenrechtswidrige Behandlung von Flüchtlingen ist einzigartig in Europa. Das ist inhuman, zynisch und zeigt eine beschämende Arroganz des Innenministers. Solche Maßnahmen, diese Menschen im Stich zu lassen, dienen nur einer Sache letztlich gut, nämlich den Fremdenhass, den Rassismus in unserem Land zu fördern und den Fremdenhass zu schüren. Das geht auf das Konto von Innenminister Strasser, diesen Fremdenhass zu schüren. Gerade minderjährige Flüchtlinge leiden ganz besonders darunter. Deren einziges Vergehen ist es, dass sie auf der Flucht sind. Darüber werden wir heute am späten Nachmittag oder am Abend noch bei einem anderen Tagesordnungspunkt Zeit haben uns zu unterhalten. So eine Politik werden und können wir sicher nicht mittragen. (Beifall bei der SPÖ. – 11.13 Uhr.)

Präsident Purr: Meine Damen und Herren! Die Aktuelle Stunde dauert nunmehr bereits 60 Minuten. Gemäß Paragraph 71 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages mache ich von dem Recht Gebrauch, diese um 30 Minuten zu verlängern. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel (11.13 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann, werte Kollegen auf der Regierungsbank, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Kollege Flecker hat mit einer ungeheuren Entgleisung einen tiefen Aufschluss in seine Gedankenwelt gewährt. Ich unterstütze die Forderung nach einer Unterbrechung der Landtagssitzung nach dieser Aktuellen Stunde, weil so etwas darf hier nicht einreißen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Herr Kollege Flecker hat mit der Not der Welt argumentiert. Wir bekommen täglich erschütternde Bilder über das Fernsehen in die Häuser geliefert. Ich sage daher etwas in aller Deutlichkeit: Österreich allein wird die Not von ganz Afrika und Asien nicht lindern können. Daher kann die einzige Lösung nur sein, Hilfe zur Selbsthilfe. Alle Organisationen sind aufgerufen dort zu helfen, wo es Not gibt, nämlich in den jeweiligen Heimatländern. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir müssen den Leuten helfen, ihre Agrarstrukturen, ihre Wirtschaftsstrukturen zu entwickeln, und zwar in ihren Heimatländern. Wir können es nicht akzeptieren, vor allem deshalb nicht, weil wir wichtige Probleme in unserem eigenen Land zu lösen haben. Es gibt bei uns auch wichtige Probleme, die es gilt zu lösen. Für uns kommt Österreich zuerst. Die Österreicherinnen und Österreicher und die Steirerinnen und Steirer, die auch Sorgen haben, stehen für uns im Mittelpunkt. Wir bekennen uns dazu, dass wir Verfolgten Hilfe gewähren, aber jede Maßnahme gegen Asylmissbrauch, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist für uns wichtig und das ist notwendig. Die Probleme liegen auf dem Tisch. Es liegen auch Lösungsvorschläge seit langem auf dem Tisch. Die nächste Bundesregierung wird sich damit ernst und seriös auseinander zu setzen haben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Abschließend möchte ich mich aber noch einmal bei den Soldaten des Österreichischen Bundesheeres bedanken, die in einem großartigen Einsatz, in einem seit zehn Jahren immer wieder verlängerten Provisorium einen Assistenzdienst leisten und uns helfen, gegen die Illegalität, gegen die illegale Einwanderung und vor allem gegen das Schlepperunwesen vorzugehen. Ich denke, dass gerade das Schlepperunwesen zu den schlimmsten Verbrechen neben dem Drogenhandel gehört. Das muss hier auch einmal gesagt werden, weil Menschen unter Vorspiegelung falscher Tatsachen, unter Vorspiegelung von Illusionen über eine Grenze geschleppt werden und dann vor den Trümmern stehen und ihre eigenen Ersparnisse et cetera bereits vollständig aufgebraucht haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gegen dieses Schlepperunwesen ist schärfstens vorzugehen und das unterstützt meine Fraktion. (Beifall bei der FPÖ.)

In diesem Sinne nochmals herzlichen Dank an die Soldaten des Österreichischen Bundesheeres. Ich ersuche um eine Unterbrechung der Landtagssitzung nach der Aktuellen Stunde. (Beifall bei der FPÖ. – 11.16 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht mehr vor. Damit erkläre ich die Aktuelle Stunde für beendet. Ich unterbreche die Sitzung auf die Dauer von 15 Minuten und ersuche die Präsidiale, sich in meinem Büro einzufinden. Ich bitte um Ihr Verständnis. (Unterbrechung der Sitzung: 11.16 bis 11.37 Uhr.)

Präsident: Ich nehme die Sitzung wieder auf und ersuche Sie Platz zu nehmen. Nach der Präsidialsitzung hat sich nunmehr Herr Landesrat Dr. Flecker zu Wort gemeldet. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Dr. Flecker (11.37 Uhr): Meine Damen und Herren!

Sie haben aus dem von mir zitierten Wort einen Zusammenhang mit Verbrechen der Nazizeit offenbar hergestellt. Das ist ein unzulässig hergestellter Zusammenhang, der von mir nicht so gemeint war, weil das würde nämlich eine völlig nicht zu verantwortende Verniedlichung von Verbrechen der Nazizeit bedeuten. Dass ich das nicht tue, werden Sie mir glauben, denn das geschieht anderswo. Ich meinte mit dem Wort Deportieren wegschicken. (Abg. Dr. Lopatka: „Lesen Sie den Duden!“)

Stowasser, Langenscheidt, lieber Herr Lopatka. Wenn es bei Ihnen einen anderen Zusammenhang herstellt hat, dann tut mir das Leid. Ich ersetze daher das Wort mit Abschieben. (Beifall bei der SPÖ. – 11.38 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Wortmeldung. Die Präsidiale war mehrheitlich der Auffassung, dass die Wortwahl „Deportation“ völlig unzulässig in diesem Zusammenhang stand. Ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Hauses, wenn Sie bei der Wortwahl nicht sehr schlüssig sind, bitte Abstand von derartigen Fehlgriffen zu nehmen.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Folgende schriftliche Antworten auf Anfragen aus der Fragestunde vom 22. September 2002 sind in der heutigen Auflage enthalten:

Antwort des Herrn Landesrates Erich Pörtl auf die Anfrage Nr. 264 von Frau Landtagsabgeordneter Waltraud Dietrich, betreffend „Förderungen von Biomasseheizanlagen“.

Antwort des Herrn Landesrates Hermann Schützenhöfer auf die Anfrage Nr. 272 von Frau Landtagsabgeordneter Walburga Beutl, betreffend „Personalsituation im Pflichtschulbereich“ sowie Antwort des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Dipl.-Ing. Leopold Schöggl auf die Anfrage Nr. 277 von Herrn Landtagsabgeordneten Erich Prattes, betreffend „Bau der Überführung Jassingau der B 115“.

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass neun schriftliche Anfragen gemäß Paragraph 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Im Anschluss an diese Landtagssitzung werde ich eine Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft sowie eine Sitzung des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit einberufen, in welchen über folgende Regierungsvorlagen beraten werden soll:

Im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1051/1, betreffend Stahlcord Austria AG., 8280 Fürstenfeld, Jahnstraße 11 bis 13; Beteiligung der Firma Trefil Arbed, Bettembourg S.A., Luxemburg, an der Firma Stahlcord Austria AG. – Einräumung einer Option zum Rückerwerb der per 3. April 1998 der Firma Stahlcord Austria AG. veräußerten landeseigenen Liegenschaft EZ. 1715, KG. 622121 Fürstenfeld.

Im Ausschuss für Gemeinden und Sicherheit:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1017/1, Beilage Nr. 137, Gesetz, mit dem das Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetz 1974 geändert wird, und die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1018/1, Beilage Nr. 138, Gesetz, mit dem die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz geändert wird.

Im Anschluss an diese Ausschusssitzung werde ich die 31. Landtagssitzung einberufen. Gegenstand sind die Berichte des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft sowie des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über die genannten Regierungsvorlagen.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 39 Absatz 3 GeoLT über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß Paragraph 55 GeoLT.

Bei den Tagesordnungspunkten 2 bis 9 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese acht Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

2. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1057/1, betreffend stichprobenweise Prüfung von Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen für steirische Landesstraßen aus dem Landesstraßen-Sonderbauprogramm.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Kasic. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kasic (11.43 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 8. Oktober 2002 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nummer 51, betreffend stichprobenweise Prüfung von Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen für steirische Landesstraßen aus dem Landesstraßen-Sonderprogramm, Einl.-Zahl 1057/1, beraten. Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend stichprobenweise Prüfung von Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen für steirische Landesstraßen aus dem Landesstraßensonderprogramm, wird zur Kenntnis genommen. (11.43 Uhr.)

Präsident:

3. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 751/1, der Abgeordneten Detlef Gruber und Schleich, betreffend Errichtung einer direkten Anbindung der B 73 an den Autobahnknoten A 9/ B 74.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Detlef Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Detlef Gruber (11.44 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren!

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen vom 5. März und vom 8. Oktober 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag mit der Einl.-Zahl 751/1 der Abgeordneten Detlef Gruber und Schleich, betreffend die Errichtung einer direkten Anbindung der B 73 an den Autobahnknoten A 9/B 74, liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor und darin wird wie folgt berichtet:

Zur Verbesserung und Verkürzung der Verkehrsverbindung des oststeirischen Raumes über die Landesstraße B 73, Kirchbacher Straße, an die A 9, Pyhrnautobahn, wird derzeit das Straßendetailprojekt Abschnitt „Gralla“ ausgearbeitet. Wie im erstellten Vorprojekt 2000 ersichtlich, erfolgt von Kirchbach kommend östlich der A 9 das Abschnwenken der neuen Trasse nach Süden. Die Trassierung verläuft direkt entlang der Grundgrenze zur A 9 bis zum derzeitig bestehenden Autobahnstumpf in Gralla.

Die Anbindung der neuen Landesstraße B 73 an die Auffahrts- und Abfahrtsrampen der A 9 sowie an die Landesstraße B 74 erfolgt mittels eines Kreisverkehrsplatzes. Für die zwischen A 9, der Landesstraße B 74 und der verlegten Landesstraße B 73 eingeschlossene restliche Grundfläche besteht die Möglichkeit zur Gestaltung eines Park-and-ride-Parkplatzes.

Die neue Trasse befindet sich in einem ebenen Gelände im Freiland und beansprucht derzeit landwirtschaftlich genutzte Grundflächen. Da die Gemeinde Gralla die Absicht hat, diese Grundflächen zukünftig als Industriegebiet zu nutzen, ist bei Kilometer 46,0 eine Anschlussrampe mittels eines Linksabbiegestreifens vorgesehen.

Durch die Verlegung der Landesstraße B 73 wird das Ortsgebiet von Gralla vom Durchzugsverkehr wesentlich entlastet und führt wegen der Lärm- und Schadstoffverminderung zu einer wesentlichen Verbesserung der Wohnqualität sowie zu einer Hebung der Verkehrssicherheit der Bewohner. Der Anschluss der Abfahrts- beziehungsweise Auffahrtsrampe der A 9 an den geplanten KVP am Autobahnstumpf senkt durch die richtungsgebundene Fahrbahn das Risiko eines irrtümlich falsch Auffahrens auf die A 9.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 751/1, der Abgeordneten Detlef Gruber und Schleich, betreffend Errichtung einer direkten Anbindung der B 73 an den Autobahnknoten A 9/ B 74, wird zur Kenntnis genommen. (11.46 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Wir kommen damit gleich zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 752/1, der Abgeordneten Böhmer und Schleich, betreffend Errichtung einer Ortsumfahrung bei Prebendorf, Ilztalstraße.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Detlef Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Detlef Gruber (11.47 Uhr): Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 5. März sowie am 8. Oktober 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag, Einl.-Zahl 752/1, der Abgeordneten Böhmer und Schleich, betreffend Errichtung einer Ortsumfahrung bei Prebendorf, Ilztalstraße, liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor.

Darin wird Folgendes berichtet:

Die L 360, Ilztalstraße, verbindet im gegenständlichen Bereich die Landesstraße B 54, Wechselstraße, mit der A 2, Südautobahn, Anschlussstelle Sinabelkirchen. Die Landesstraße ist hier bis auf die Abschnitte „Prebendorf“ von Kilometer 6,900 bis Kilometer 7,920 (Bestandsausbau) und den Bereich der Ortsumfahrung „Ortsumfahrung Prebendorf“ von Kilometer 5,680 bis Kilometer 6,850 als gut ausgebaut zu bezeichnen. Das durchschnittliche tägliche Verkehrsaufkommen von 1500 Fahrzeugen mit rund 8 Prozent Schwerverkehrsanteil ist im Vergleich mit anderen Landesstraße aber als eher gering einzustufen.

Auf Grund der beengten Verhältnisse im Bereich der Ortsdurchfahrt wurde im Jahr 1998 das Straßendetailprojekt „Ortsumfahrung Prebendorf“ ausgearbeitet und fertig gestellt. Das Bauvorhaben ist im mittelfristigen Bauprogramm nach wie vor mit der Priorität I gereiht und wird auch seitens der Fachabteilung 18A als vordringlich eingestuft. Auch befindet sich das gegenständliche Projekt auf einer Liste jener Bauvorhaben, die im Zuge einer Vorfinanzierung („Infrastrukturmilliarde“) umgesetzt werden sollen. Eine Entscheidung hierüber ist jedoch noch nicht gefallen. Aus heutiger Sicht und auf Grund der budgetären Situation ist somit die frühestmögliche Aufnahme in ein Jahresbauprogramm im Jahr 2004 möglich.

Für den Abschnitt „Prebendorf“ von Kilometer 6,900 bis Kilometer 7,920 ist ein Bestandsausbau seitens der Fachabteilung 18C, Straßen- und Brückenerhaltung im Jahr 2003 vorgesehen.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 752/1, der Abgeordneten Böhmer und Schleich, betreffend Errichtung einer Ortsumfahrung bei Prebendorf, Ilztalstraße, wird zur Kenntnis genommen. (11.49 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 765/1, der Abgeordneten Gangl, Schleich und Straßberger, betreffend Studie über die verkehrliche Erschließung von Spielfeld in Richtung Bad Radkersburg und weiter nach Murska Sobota.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Dipl.-Ing. Odo Wöhry. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (11.50 Uhr): Ich bringe den schriftlichen Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag 765/1.

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 9. April und am 8. Oktober 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag, Einl.-Zahl 765/1, der Abgeordneten Gangl, Schleich und Straßberger, betreffend Studie über die verkehrliche Erschließung von Spielfeld in Richtung Bad Radkersburg und weiter nach Murska Sobota, liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor.

Darin wird Folgendes berichtet:

„Die FA18B hat aus Anlass der gegenwärtigen Entwicklung der Osterweiterung im Frühjahr 2002 die Regionalverkehrskonzepte für die Regionen Radkersburg und Feldbach zur Ausschreibung gebracht. Seit Juni 2002 steht der jeweilige Bestbieter fest und es gibt bereits konkrete Kontakte zwischen den Planern und der Region.

Die verkehrliche Anbindung der Grenzregionen an die zukünftigen EU-Partner im Allgemeinen und die verkehrsmäßige Erschließung von Spielfeld in Richtung Radkersburg und weiter nach Murska Sobota im Speziellen ist in diesen Regionalverkehrskonzepten ein zentrales Thema und wird in enger Kooperation mit den Regionen erarbeitet. Ziel der Regionalverkehrskonzepte ist die Erstellung der Ausbauprogramme für die Straße und die Schiene sowie Fahrplankonzepte für den öffentlichen Verkehr.

Darüber hinaus gibt es bereits Gespräche über eine konkrete Planung einer neuen eisenbahnmäßigen Verbindung von Radkersburg nach Murska Sobota zwischen österreichischen und slowenischen Vertretern.

Ein weiterer Schritt in die Richtung einer verbesserten Anbindung der steirischen Grenzregionen soll ein Dreiländertreffen sein, bei dem im Oktober 2002 Vertreter der Nachbarstaaten Slowenien, Ungarn und Österreich in Radkersburg zusammentreffen und gemeinsame Ziele und Strategien formulieren.“

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 765/1, der Abgeordneten Gangl, Schleich und Straßberger, betreffend Studie über die verkehrliche Erschließung von Spielfeld in Richtung Bad Radkersburg und weiter nach Murska Sobota, wird zur Kenntnis genommen. (11.52 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 899/1, der Abgeordneten Detlef Gruber und Kröpfl, betreffend Ausbau der L 672, Retzneistraße, im Abschnitt Retznei–Aflenz (Wagna).

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Detlef Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Detlef Gruber (11.52 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zum Antrag, Einl.-Zahl 899/1, der Abgeordneten Detlef Gruber und Kröpfl, betreffend Ausbau der L 672, Retzneistraße, im Abschnitt Retznei–Aflenz in der Gemeinde Wagna, hat der Ausschuss für Infrastruktur seine Beratungen am 25. Juni und 8. Oktober 2002 durchgeführt. Zum Antrag mit der oben genannten Einlagezahl, betreffend Ausbau der L 672, liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor.

Darin wird Folgendes berichtet:

Die L 672, Retzneistraße, verbindet über die L 621, Wagnastraße, den Bereich Leibnitz mit der Landesstraße B 69, Südsteirische Grenzstraße (Region Gamlitz). Der durchschnittliche tägliche Verkehr ist mit rund 1200 Fahrzeugen und einem Schwerverkehrsanteil von 12 Prozent als gering einzustufen.

Der Ausbau der Landesstraße ist im mittelfristigen Bauprogramm auf Grund der beengten und unübersichtlichen Verhältnisse in den Abschnitten „Ortsdurchfahrt Aflenz“ von Kilometer 0,000 bis Kilometer 0,900 und „Aflenz–Retznei“ von Kilometer 0,900 bis Kilometer 2,180 vorgesehen, wobei im Bereich des zweiten Abschnittes mit der „Überführung Steinbruch Retznei“ bereits gemeinsam mit der Firma Lafarge-Perlmooser AG. eine gefährliche Betriebskreuzung niveaufrei gemacht werden konnte. Im Zuge der Errichtung dieser Überführung wurde die Landesstraße auch bereits über 250 Meter ausgebaut.

Die beiden gegenständlichen Abschnitte bilden zusammen mit anderen Bereichen L 662, „Ortsdurchfahrt Frauenberg“, L 631, „Augasse“, L 611, „Quergasse West“, L 611, „Augasse Süd“, L 665 „Quergasse Ost“, L 665, „Kasper-Harb-Gasse“ für die Landesausstellung 2004 wichtige Bauvorhaben. Auf Grund der budgetären Situation ist aber eine Umsetzung des überwiegenden Teiles dieser wichtigen Bauvorhaben ohne Sonderfinanzierung bis 2004 nicht machbar.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 899/1, der Abgeordneten Detlef Gruber und Kröpfl, betreffend Ausbau der L 672, Retzneistraße im Abschnitt Retznei–Aflenz (Wagna), wird zur Kenntnis genommen. (11.55 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

7. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1010/1, betreffend Grundeinlösung für das Bauvorhaben „Kapfenberg–Bruck an der Mur“ der Landesstraße B 116, Leobener Straße.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (11.55 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Grundeinlösung für das Bauvorhaben „Kapfenberg–Bruck an der Mur“. In diesem Regierungsantrag wird dargelegt, dass seitens des Sachverständigen Ing. Heinz Reimitz, Graz, eine Entschädigung ermittelt wurde, die für verschiedene Grundstücksablösen, in dem Fall für Frau Evelyne Liebmann, getätigt werden. Ich ersuche um Annahme dieses Geschäftsstückes. (11.55 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung, Herr Abgeordneter.

8. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1014/1, betreffend Grund- und Objekteinlösungen für das Bauvorhaben „Verlegung im Zuge Ausbau HL-AG. und Umfahrung Feldkirchen“ der L 377, Feldkirchner Straße.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (11.56 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte zur Einl.-Zahl 1014/1, Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Grund- und Objekteinlösungen für das Bauvorhaben „Verlegung im Zuge Ausbau HL-AG. und Umfahrung Feldkirchen“ der L 377, Feldkirchner Straße. In diesem Geschäftsstück sind angeführt die Übereinkommen mit verschiedensten Grundeigentümern über die Ablöse für das vorhin angeführte Baulos. Es sind auch angeführt die genauen Summen und der Sachverständige, der die Ablösen geschätzt hat. Ich ersuche auch in diesem Fall um Annahme des Geschäftsstückes. (11.56 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

9. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1015/1, betreffend Grund- und Objekteinlösungen für das Bauvorhaben „Verlängerung der Gradnerstraße, Durchstich Triester Straße“ der L 321, Südgürtelstraße.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (11.57 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Regierungsvorlage 1015/1 der Steiermärkischen Landesregierung behandelt die „Verlängerung der Gradnerstraße, Durchstich Triester Straße“ der L 321. Es geht hierbei wieder um ein Übereinkommen für eine Ablöse in der Höhe von 673.545,64 Euro an Frau Elisabeth Lurf. In dieser Vorlage ist alles detailliert angeführt, welche Grundstücke um welche Summe abgelöst werden sowie das Schätzgutachten. Ich ersuche auch in dem Fall um Annahme. (11.57 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Wir kommen damit zu den Wortmeldungen. Die erste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Hagenuer. Danach Herr Abgeordneter Böhmer in Vorbereitung.

Abg. Hagenuer (11.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptfraustellvertreter, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer!

Wer, meine Damen und Herren, ist seit Amtsantritt damit beschäftigt, dass er innerparteilich den ganzen Tag Befriedigungsaktionen betreibt und wer ist seit Monaten damit beschäftigt, dass er überhaupt nur mehr sein eigenes Überleben in der Partei sichert? Wer, wenn nicht er. Wer, wenn nicht Herr Landeshauptfraustellvertreter, ist seit Monaten und Jahren überhaupt nicht – und da werden Sie mir alle zustimmen – in der Lage, sich mit der Ressortführung zu beschäftigen, weil er bei Gott andere Dinge zu tun hat? So jemand stellt sich hierher und spricht das Wort aus „Österreich zuerst“. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das unterscheidet uns!“)

Wenn er gesagt hätte „Schögggl zuerst“ oder „Haider zuerst“ oder „Freiheitliche Partei zuerst“ oder „Hackl außaziachn“, die alle hinten drinnenstecken, dann wäre Ihnen mein Beifall sicher gewesen, Herr Landeshauptfraustellvertreter. Einem derartigen Antrag hätten die Grünen sicherlich zugestimmt, wenn Sie gesagt hätten, Sie haben damit sehr viel zu tun und Sie lassen sich von der Ressortführung beurlauben. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Wahlkampf!“)

Wenn Sie jetzt gerade hinter meinem Rücken, und man braucht ihn ja tatsächlich, den Rücken und das Rückgrat in Zeiten wie diesen, sagen, Wahlkampf, und ich erwähne das Wort für das Protokoll, dann in der Tat. Es herrscht Wahlkampf. Wenn man die Stirn hat, von „Österreich zuerst“ zu sprechen, wenn man die Stirn hat, ich zitiere eine heutige Zeitung, wo getitelt wird: „Schögggl: nicht EU-reif!“ In der Tat kann ich nur sagen, wenn man eine derartige verantwortungslose Politik betreibt, erstens keine Verkehrspolitik, kein Wahrnehmen etwa auch jenes Teiles der Regionalpolitik, für den Sie zuständig sind, und damit komme ich zum Tagesordnungspunkt, der uns vorliegt, nämlich das Eisenbahnprojekt Radkersburg–Murska Sobota, dann frage ich mich, wer ist dafür zuständig als Regionalpolitiker, als Verkehrspolitiker? (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Sie sind wie immer schlecht informiert!“) Das ist Herr Landeshauptfraustellvertreter Schögggl. Was ist hier weitergegangen, was ist hier passiert, um den Leuten nicht nur die Ängste zu nehmen, anstatt ihnen welche zu machen, wie Sie das vor einer EU-Erweiterung tun, sondern es geht auch ganz konkret darum, um hier die wirtschaftlichen Entwicklungschancen zu nützen für den Bezirk Radkersburg, für die Steiermark. Was ist denn mit der „Steiermark zuerst“ bei diesem Tagesordnungspunkt? Was ist denn bei der Einstellung der Postbusse, wo jetzt 3 Millionen Kilometer zurückgenommen werden? Wo ist denn da die „Steiermark zuerst“? Wo ist denn beim Generalverkehrsplan die erfolgreiche Durchsetzung der steirischen Interessen geblieben? Wo ist denn die Steiermark bei dem Verkehrschaos im Ballungsraum Graz zuerst? Zuletzt. Innerparteiliche Kriege zuerst und unser Land zuletzt. So schaut es aus. Seit vier Monaten in etwa wurde fix versprochen und vereinbart, dass eine Studie beauftragt wird für die Verlängerung der Eisenbahn von Radkersburg nach Murska Sobota. Das Projekt gibt es schon – wie Sie alle wissen – eigentlich seit 1990. Damals war die Zeit nicht reif, weil ganz andere

politische Verhältnisse geherrscht haben, wie wir alle wissen. Inzwischen steht aber die EU-Erweiterung unmittelbar vor der Tür, auch wenn die Freiheitliche Partei, um ihren endgültigen Untergang zu verhindern, so tut, als ob sie gegen die EU-Erweiterung noch irgendetwas machen könnte und in verantwortungsloser Weise Stimmung macht. Die EU-Erweiterung kommt, wie wir alle wissen. Aus und fertig. Und da bin ich auch nicht unbedingt ein Anhänger dieser These ohne „Wenn und Aber“, das stimmt gar nicht. Man braucht gar nicht ohne Wenn und Aber der EU-Erweiterung zustimmen. Man kann etwas tun. Man kann zum Beispiel die Verkehrsverbindungen in Richtung Beitrittskandidaten erweitern, verbessern und ausbauen. Was macht der zuständige Verkehrsreferent – der unzuständige Verkehrsreferent – des Landes? Seit vier Monaten wird vom Land diese Studie nicht einmal beauftragt. Bei der letzten Konferenz, die am 8. Oktober in Radkersburg stattgefunden hat, wo die Vertreter der Verkehrsministerien aus Österreich, Slowenien und Ungarn vertreten waren, hat man von Seiten des Landes verkündet, dass das noch einmal sechs bis sieben Monate dauern wird, bis diese Studie nur beauftragt wird. Inzwischen wird Slowenien EU-Mitglied und dann gibt es nicht einmal mehr die Förderungen, die es jetzt noch gibt für diese Beitrittskandidaten und die fix gebunden sind an die Herstellung eben dieser „Missing links“, dieser Verkehrsstücke, um die beiden Länder zusammenzuhängen. So viel zum Thema „Österreich zuerst“.

Es sind in diesem Tagesordnungsblock noch einige andere Verkehrsthemen enthalten. Ich möchte aber zu dem Bereich, den ich jetzt behandelt habe, Verschleppung der Bahnverbindungen von Radkersburg nach Murska Sobota, einen Entschließungsantrag einbringen, über dessen Inhalt ich im Wesentlichen jetzt referiert habe.

Ich komme daher nur zum Antragstext selbst.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, anlässlich der zahlreichen Fehler des Landesverkehrsreferenten, zuletzt etwa im Zuge der Planung der Eisenbahnverbindung Bad Radkersburg–Murska Sobota und der drohenden massiven Einstellung von Postbusverbindungen, die Geschäftsverteilung der Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung dahin gehend zu novellieren, dass die Verkehrsangelegenheiten einem anderen Mitglied der Landesregierung übertragen werden.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir meinen das durchaus ernst. Sie wissen ja auch, dass wir uns bemüht haben in der ganzen Periode mit Argumenten um fundiert darauf hinzuweisen, was die Nichttätigkeit des Herrn Landeshauptfraustellvertreters etwa an Hand der Generalverkehrsplandebatte bereits für die Steiermark für einen Schaden angerichtet hat. Zu dem Stichwort „Generalverkehrsplan“ noch eine kurze Anmerkung aus aktuellen Gründen: Es war vor wenigen Tagen eine Meldung in der Öffentlichkeit, die Sie sicher registriert haben, dass jetzt für den Pyhrnkorridor, das heißt für die Pyhrnisenbahn von Linz nach Graz die Ausbaumöglichkeiten untersucht wurden und es sind zwei Dinge herausgekommen, bemerkenswerte nämlich. Das Erste: Man kann für relativ wenig Geld auf diesem Sektor sehr viel einmal erreichen vor allem für den Güterverkehr. Das, wenn Sie sich erinnern, ist von verschiedenen Seiten, von unserer Seite, aber auch von Seite der Wirtschaft seit Monaten und Jahren immer wieder getrommelt worden. Jetzt haben wir es halt schriftlich, besser als gar nichts. Aber wo ist denn jetzt die Aufnahme dieses Projektes in den Generalverkehrsplan, vor allem, wenn man sich vergegenwärtigt, dass der zweite Vorschlag in dem Zusammenhang, man möge diese Maßnahmen mit privaten Geldern finanzieren, wenn man sich das anschaut. Ich bin nur ein kleiner Handelsakademieabsolvent, aber wissen Sie, was ich daraus für einen Schluss ziehe? Wenn sogar der Private in so eine Infrastruktur investiert und dabei seine Rendite erzielt, was ich ihm vergönne und wovon ich ausgehe, warum hat denn dann die Regierung diese Eisenbahntrasse nicht in den Generalverkehrsplan aufgenommen? Wenn mir das jemand erklären kann, bin ich ihm dankbar. Ich habe den grausamen Verdacht – und nicht das erste Mal –, dass das Land Steiermark und hier eben der von uns nicht unbedingt geschätzte zuständige Verkehrsreferent, der angeblich Österreich in den Mittelpunkt seiner Interessen stellt, hier einfach schlicht und ergreifend völlig versagt hat.

Zum Abschluss – wie gesagt – Anmerkungen zu den anderen Tagesordnungspunkten von unserer Seite:

Rechnungshofbericht betreffend Landesstraßenanierung: Hier möchte ich nochmals auf die Anregung des Landesrechnungshofes in dem Zusammenhang hinweisen, was die Mischgutpreise anbelangt, weitere Preisvergleiche anzustellen von Seiten des Landes. Das entspricht auch unseren leider immer wieder gemachten Beobachtungen, dass erhebliche Unterschiede beim Mischgut auftreten in der Steiermark, dass – wie sich erst jüngst wieder herausgestellt hat – ein Anbieter in einer Region, die nicht seine ist, die weiter entfernt ist, den günstigeren Preis angeboten hat als in seinem Nahbereich. Bei allem Respekt vor wirtschaftlichen Gegebenheiten und Konkurrenzkampf, der Rechnungshof sagt auch hier nicht zu Unrecht, dass bei überhöhten Preisen auch ein Widerruf der Ausschreibung ins Auge zu fassen sei.

Und der zweite Punkt, die Anbindung der B 73 an die A 9, Autobahnabfahrt Gralla Fortsetzung. Ich rufe in Erinnerung, sofern Sie das beobachtet haben, die leidenschaftlichen Bemühungen von Seiten des Landes, im Raum Wildon eine Verbindung vom Bezirk Feldbach her mit erheblichen Kosten Murüberquerung, Eisenbahnüberquerung, Tunnel durch den Wildoner Berg zu realisieren. Das ist derselbe Verkehr, von dem hier gesprochen wird, wo man sagt, man soll ihn von Kirchbach kommend an die A 9 bei Gralla anbinden. Ist richtig, ja! Nur, einmal mehr stelle ich fest, dass hier derselbe Verkehr zweimal verkauft wird, dass hier einmal mehr auf Geld in der Vergangenheit nicht unbedingt Wert gelegt wurde, Gott sei Dank, sondern die Bundesstraßen inzwischen verländert und Gott sei Dank ist es auch um dieses Projekt in Wildon sehr still geworden. In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 12.10 Uhr.)

Präsident: Ich nütze die Gelegenheit, um Dank für diese Zeitdisziplin zum Ausdruck zu bringen. Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Böhmer, danach Herr Abgeordneter Gangl.

Herr Abgeordneter Böhmer, Sie sind am Wort.

Abg. Böhmer (12.10 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Werte Zuseher!

Meine Wortmeldung betrifft die Errichtung einer Ortsumfahrung in Prebendorf, Ilztaler Straße. Wie Kollege Gruber in seiner Antragstellung bereits vorgelesen hat, ist die Ilztalstraße mit einer Ausnahme von zirka 2 Kilometer zwischen Pesendorf und Prebendorf durchgehend ausgebaut und nur mehr zwei kleine Baulose, die aber von großer Bedeutung sind, gilt es fertigzustellen. Zum einen ist der Abschnitt Prebendorf mit einem Kilometer, der bereits für das Jahr 2003 im Bauprogramm die Priorität I bekam, bereits genehmigt, und zum anderen hat der Kollege Gruber heute vorgelesen, dass im Ausschussantrag steht, die Ortsumfahrung Prebendorf ist 2004 möglich. Und genau auf dieses „... ist 2004 möglich“ bezieht sich meine Stellungnahme. Wer den Ort Prebendorf kennt, weiß, dass dort Gott sei Dank noch 100 Volksschülerinnen und Volksschüler leben, weiß, dass dort ein Kindergarten mit über 35 Kindern besteht, weiß, dass immer mehr an Verkehrsentwicklung passiert und weiß aber auch, dass nicht einmal zwei Klein-Lkws bei der Ortsdurchfahrt Prebendorf aneinander vorbeifahren können. Das heißt, dieses Nadelöhr Prebendorf, diese Ortsdurchfahrt Prebendorf ist sowohl für die Kinder als auch für die dort wohnenden Menschen und natürlich auch für die durchfahrenden Gewerbetreibenden eine mehr denn große Belastung. Daher an Sie nun, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schöggel, mein oder unser Drängen, diese beiden Baulose zeitgleich, das heißt ohne zeitliche Trennung, über die Bühne gehen zu lassen.

Ich stelle daher unseren Unselbstständigen Entschließungsantrag. Der Steiermärkische Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das fertig geplante Projekt der Ortsumfahrung Prebendorf zeitgleich mit der Verwirklichung des Bestandsausbaues im angrenzenden Abschnitt Kilometer 6,9 bis Kilometer 7,92 der L 360 umzusetzen, die Finanzierung dafür sicherzustellen und dies nicht erst ein Jahr später in Angriff zu nehmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 12.13 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Gangl, danach Herr Abgeordneter Gruber. Herr Abgeordneter, bitte!

Abg. Gangl (12.13 Uhr): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich beziehe mich auf den Tagesordnungspunkt 5, den Antrag der Verkehrsstudie für den Bezirk Radkersburg. Wir in Radkersburg sehen in der EU-Erweiterung nicht nur ein großes Friedensprojekt, sondern auch viele Möglichkeiten von regionaler und überregionaler Entwicklung durch den Abbau von Grenzen. Unser Bezirk sowie die gesamte Südoststeiermark bekommen wieder Hinterland und rücken somit in die Mitte. Vom Bezirk Radkersburg aus erreicht man zukünftig in zirka 60 Fahrminuten zirka 930.000 Menschen ohne Grenzbehinderungen.

Der Bezirk Radkersburg hat von allen angrenzenden Bezirken zu Slowenien die längste Grenze zu Slowenien und die Mur stellt außerdem eine natürliche Barriere dar. Wir sind daher zukünftig auf leistungsfähige Straßen im Bezirk Radkersburg angewiesen, um den auf uns zukommenden Verkehr zu bewältigen beziehungsweise auch um die wirtschaftlichen Chancen nutzen zu können. Die Anbindung an den Korridor 5 durch Straße und Bahn sowie die Verbesserung der gesamten Verkehrssituation ist notwendig. Mit den Vertretern der ÖBB, dem Land Steiermark, dem Ministerium und den Staatsbahnen aus Slowenien sowie Vertretern aus Ungarn – wie wir heute schon gehört haben – hat am 7. und 8. Oktober ein Dreiländertreffen in Bad Radkersburg zum Thema „Wiederherstellung der Eisenbahnlinie Murska Sobota in den Korridor 5“ stattgefunden. Erstmals war deutlich spürbar, dass Slowenien und Ungarn durchaus Interesse an diesem Lückenschluss zeigen. Es besteht daher tatsächlich Handlungsbedarf. Die verkehrsmittelübergreifende Studie, die heute im Landtag beschlossen wird, ist ein weiterer Schritt, um konkrete Maßnahmen aufzuzeigen, die es ermöglichen, die Verkehrssituation im Bezirk und in der Region zu verbessern. Ziel des Regionalverkehrskonzeptes ist die Erstellung von Ausbauprogrammen für Straße und Schiene sowie die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs. Ein weiteres Ziel ist es auch, dass das erstellte Konzept in den Generalverkehrsplan aufgenommen wird. Da dieses Verkehrskonzept mit der Region erarbeitet wird, sollte es auch mit Rechten und Pflichten versehen sein. Die Pflichten der Region werden in der Raumordnung der Gemeinden zu finden sein. Damit soll sichergestellt werden, dass über einen bestimmten Zeitraum hinaus die Umsetzungsgrundlagen für Baumaßnahmen entlang der Verkehrswege nicht durch Baumaßnahmen der Gemeinden behindert werden. Natürlich erwarten wir uns dann im Gegenzug dazu, dass in diesem Zeitraum auch gebaut und umgesetzt wird. Eine vertragliche Festlegung für den Bezirk Radkersburg ist vorstellbar. Die Firma INGENOS wurde beauftragt, die Verkehrsstudie mit der Region zu erstellen. Die ersten Gespräche sollen am 30. Oktober stattfinden. Ich bitte daher, dem Antrag, betreffend Studie über die verkehrliche Erschließung von Spielfeld in Richtung Bad Radkersburg bis in den Korridor 5, Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall bei der ÖVP. – 12.17 Uhr.)

Präsident: Ich danke, Herr Abgeordneter. Jetzt am Wort ist Herr Abgeordneter Detlef Gruber. Danach Herr Abgeordneter Wiedner.

Abg. Detlef Gruber (12.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zum Tagesordnungspunkt 3, betreffend Errichtung einer direkten Anbindung der B 73 an den Autobahnknotenpunkt A 9/B 74, liegt uns eine Stellungnahme der Landesregierung vor. Dieses Projekt ist schon seit Jahrzehnten ein längst fälliges, seit die Autobahn in Richtung Spielfeld errichtet wurde. Dieser so genannte Autobahnstumpf Gralla gehört zu einem der vielen unvollendeten Bauwerke in unserem Land. In dem jetzt vorliegenden Projekt wäre eine Möglichkeit gegeben, in einer sparsamen Variante diesen längst fälligen Anschluss, nämlich die Anbindung an die Bezirkshauptstadt Feldbach einerseits, aber auch den Zusammenschluss mit der Anbindung an das Sulmtal Richtung Deutschlandsberg wesentlich besser zu gestalten. Die Steiermärkische Landesregierung hat in dieser Stellungnahme dieses Projekt sehr begrüßt, es positiv beschrieben, aber es fehlt jegliche Aussage zur Sicherstellung der Finanzierung dieser Baumaßnahme und der Zeitplan der Umsetzung. Die Marktgemeinde Gralla ist durch den jetzt verlaufenden Verkehr extrem belastet und die Straße, die jetzt als Zubringer zur A 9 verwendet wird, führt auch an der Volksschule, am Kindergarten und an kommunalen Einrichtungen vorbei, was natürlich zu erhöhten Gefahren führt. Im Sinne einer Verbesserung der Verkehrssicherheit und einer Verkürzung der Fahrzeit aus dem östlichen Teil unseres Landes in Richtung A 9 möchte ich den Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit den maßgeblichen Stellen des Bundes, den Straßengesellschaften und im eigenen Wirkungsbereich dafür Sorge zu tragen, dass die Finanzierung und Umsetzung des vorliegenden Projektes der Anbindung der B 73 an die A 9 und an die B 74 schnellstens vorangetrieben wird. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 12.20 Uhr.)

Präsident: Ich danke, Herr Abgeordneter, auch für das Einhalten der Redezeit. Wir kommen damit zur Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Wiedner. Danach Herr Abgeordneter Straßberger.

Abg. Wiedner (12.20 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Debatte über die Straßen ist scheinbar nicht mehr sehr interessant. Die Luft ist auf Grund der Asylanten-debatte draußen. Ich stelle das allgemein fest, weil das Thema interessiert scheinbar keinen. Ich schließe daraus, weil es wenige interessiert, dass die Straßensituation in der Steiermark als eine sehr gute zu bezeichnen ist, weil sonst würde es einen großen Aufschrei und eine gewaltige Forderungsliste geben. (Beifall bei der FPÖ.)

Einzig und allein Kollege Hagenauer, der natürlich wieder seinen Auftritt abgeliefert und einen Frontalangriff gegen Herrn Landeshauptmannstellvertreter gestartet hat, der abzulehnen ist. Herr Kollege Hagenauer, es ist abzulehnen, was Sie hier immer wieder machen. Sie sind ein Mensch, mit dem man in den Unterausschüssen wirklich sachlich und fachlich bestens arbeiten kann. Darum verstehe ich nicht, welcher Teufel – verzeihen Sie mir diesen Ausdruck – Sie hier reitet und Sie losfahren mit Argumenten, die noch einmal als unhaltbar zu bezeichnen sind und unter jeder Gürtellinie laufen. (Beifall bei der FPÖ.)

Das sind völlig unqualifizierte Angriffe, Halbwahrheiten – zu ein paar konkreten Sachen komme ich noch – und eine hasserfüllte Vorgangsweise, die mir unverständlich ist, Herr Kollege. Man kann über so wichtige Dinge sachlich und fachlich reden und nicht einem Menschen, der sich bemüht, wie es Herr Landeshauptmannstellvertreter tut, nämlich die Straßen- und Schienensituation in der Steiermark zu verbessern, Herr Kollege, sagen Sie es ehrlich, einen Misstrauensantrag umhängen. Nichts anderes ist Ihr Antrag: Radkersburg, Murska Sobota, der sich als Entschließungsantrag darstellt, aber im Endeffekt ist er ein Misstrauensantrag. Sagen Sie, was Sie wollen und bekennen Sie Farbe. Ziehen Sie nicht durch einen Antrag etwas herbei, was nicht richtig ist. Diese ewige Besserwisseri, Herr Kollege. Ich sehe keine Chancen für Sie, auch wenn Frau Kollegin Lichtenberger sich hinauskatapultiert hat, dass Sie Ihre Stelle einnehmen können. Wir haben über die Straßen schon des Öfteren diskutiert. Wir haben des Öfteren über den Generalverkehrsplan diskutiert und ich darf einige Dinge wiederholen, weil scheinbar manche es noch immer nicht begreifen wollen. Es ist im Generalverkehrsplan für Straße und Schiene jeweils rund eine Milliarde Euro für die Steiermark vorgesehen. Zahlreiche Projekte stehen zur Verwirklichung an. Wir liegen bei der Schiene im Bundesländervergleich auf Platz vier, also auf einem ganz guten Platz. Dass gerade im Schienenbereich in letzter Zeit sehr viel aufgeholt wurde, das können nicht einmal Sie, Herr Kollege Hagenauer, und kein anderer bestreiten. Es wird die Ostbahn weiterhin verbessert, und zwar die Ostbahn so weit, dass man bei einer Osterweiterung einen Anfall von plus 600 Prozent in den Griff bekommt. Ein Anfall von plus 600 Prozent wird durch die jetzige erste Ausbauphase der Ostbahn abgefangen mit diversen Ausweichen, so dass wir an die Grenze Jennersdorf und Mogersdorf in dieser Kapazität hinüberkommen. Es ist auch die Verbindung der Ostbahn mit der Koralmbahn sichergestellt. Auch das ist eines der größten Projekte, das es bis dato gegeben hat. Es sind auch die Bahnhofsneubauten zu erwähnen, die in dieser Periode passiert sind sowie der zweigleisige Ausbau Richtung Süden.

Auch eine Forderung, die Sie jetzt wieder so groß erhoben haben. Jetzt ist es weitergegangen beziehungsweise jetzt geht es weiter. Dieser zweigleisige Ausbau wurde jahrelang von der ÖBB verschleppt und erst jetzt, auf Druck des Herrn Landeshauptmannstellvertreters, ist hier eine Übertragung von den ÖBB an die HL-AG. erwirkt worden. (Beifall bei der FPÖ.)

Bitte, auch im Bereich der Schiene, der Ihnen ein Anliegen ist und der auch uns ein Anliegen ist, ist in letzter Zeit sehr viel weitergegangen.

Zu den Straßenproblemen hat nicht einmal der Herr Kollege Hagenauer eine Negativmeinung vorgebracht. Auch hier hat er einmal gesagt, kann ich mich erinnern, da passiert in der Steiermark schon fast zu viel. Ich glaube, ich kann mich hier richtig erinnern. Also ein positiver Trend im ganzen Bereich der Verkehrswege.

Jetzt zu ein paar Dingen, die hier noch angebracht wurden:

Zum Antrag der SPÖ bezüglich der Anbindung der A 9 und der B 74, wir ziehen das gerne vor, Herr Kollege Gruber und Kollege Kröpfl, wenn Sie unseren Antrag der Vorfinanzierung unterstützen, wir die Möglichkeit bekommen, verstärkt Mittel zu lukrieren. Gerne! Aber du weißt, dass wir in Sachen Gralla speziell, wenn es nicht anders möglich ist, mit 2004 beginnen werden. Wenn aber eine Vorfinanzierung, die alle unterstützen hier in diesem Hause, möglich ist, dann werden wir vorher beginnen können. Detto in der Prebersdorfer Sache und ebenso in der Sache mit der Retzneier Straße. Es hängt alles an Vorfinanzierungen. Wenn wir die Möglichkeit bekommen, auf mehr Budgetmittel zurückzugreifen, dann werden wir das schneller machen, werden wir schneller bauen. Und der Herr Landeshauptmannstellvertreter will nichts anderes als schnell und viel bauen, um anständige Verkehrswege für die Steiermark zu schaffen. (Beifall bei der FPÖ.)

Dem Eisenbahnantrag, habe ich schon erwähnt, das ist ein reiner Misstrauensantrag, lieber Kollege Hagenauer, dieser Sache können wir beim besten Willen nicht zustimmen. Ich würde Sie bitten, dass sie das nächste Mal wirklich Misstrauensantrag draufschreiben und es nicht unter einem Antrag verstecken oder verdecken.

Im Großen und Ganzen darf ich dann noch unseren Unselbstständigen Entschließungsantrag über die Vorfinanzierung einbringen. Der Antragstext – glaube ich – ist Ihnen bekannt. Ich brauche diese Anführung der gesamten Straßen nicht extra bringen. Ich darf Sie nur ersuchen, im Sinne eines verstärkten und zügigen Ausbaues unserer Infrastruktur diesem Antrag zuzustimmen. Ich bedanke mich dafür. (Beifall bei der FPÖ. – 12.27 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter Wiedner, danke auch für das Einhalten der Zeitvorgaben. Wir kommen damit zur Wortmeldung vom Herrn Abgeordneten Straßberger, danach Herr Abgeordneter Erlitz. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Straßberger (12.28 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Verehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter! Liebe Damen und Herren Abgeordneten! Hohes Haus!

Wenn hier im Hohen Haus die Verkehrspolitik auf der Tagesordnung steht, dann gibt es eigentlich nur immer Vorwürfe, Schuldzuweisungen und dergleichen. Ich darf das so sagen, ich möchte mich aber nur zu einigen ganz wenigen Punkten äußern, zu dem Entschließungsantrag von den Freiheitlichen, was die Vorfinanzierung von vielen Projekten betrifft. Erstens sind diese Projekte nicht neu, das hat die steirische Volkspartei schon 1998 aufgelistet und sich Gedanken gemacht, um eine offensive Verkehrspolitik zu unterstützen. Wir haben ja heute im Rechnungshofbericht auch gehört, dass wir hier bereits 500 Millionen Schilling seinerzeit für den Straßenbau 1998/1999/2000 beschlossen haben. Ich meine daher, eine Vorfinanzierung ist nicht gut, denn wenn ich heute Vorgriffe auf Budgetansätze mache, diese Vorgriffe werden dann immer von den nachfolgenden Budgets bezahlt. Wir, verehrte Damen und Herren, wenn ich sage wir, alle Abgeordneten der steirischen Volkspartei haben am 23. Oktober 2001 einen Antrag eingebracht, und zwar zur Installierung einer Landesstraßenfinanzierungsgesellschaft, dass man hier eine Gesellschaft gründet, wie auch immer diese Form aussieht, um hier zusätzliche Mittel für den Straßenbau, sprich für den Landesstraßenbau, zu bekommen. Es wurde uns dann eine Regierungsvorlage übermittelt, wo sehr ausführlich über dieses Projekt berichtet wurde, aber letztendlich steht da drinnen, dass wir die Zustimmung vom Finanzministerium betreffend EU-Konformität benötigen. Meine Frage, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geht in diese Richtung, wie weit ist diese Einholung der Stellungnahme des Ministeriums gediehen oder ist es so, dass man an und für sich so eine Finanzierungsgesellschaft letztendlich nicht installieren will? Ich glaube, das wäre vernünftig, budgettechnisch vernünftig und gescheit. Ich wiederhole mich, Vorgriffe auf nächste Budgets sind sicherlich nicht gut. Ich meine daher, dass man zumindest jetzt einmal gewisse Umschichtungen im Budget vornimmt. Wir wissen genau, seit 1. April des heurigen Jahres wurde die Verländerung durchgeführt, wo auch vermehrt Mittel vorhanden sind und natürlich auch ein größeres Straßennetz. Bis man hier eine geeignete Finanzierungsmöglichkeit für den Ausbau unserer Landesstraßen in der Steiermark findet um auch vermehrte Wirtschaftsbelebung und Wirtschaftsimpulse zu schaffen, muss man vorweg das bestehende Budget genau anschauen, wo wir Freiräume schaffen können.

Ich darf daher von unserer Seite sagen, dass wir schon sehr mit Spannung deinen Aktivitäten, Herr Landeshauptmannstellvertreter, entgegenblicken. Wir werden dich wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft für eine offensive Verkehrspolitik in der Steiermark unterstützen und ich bin überzeugt, auch vom Finanzlandesrat wird es hier dementsprechende Unterstützung geben. In diesem Sinne, verehrte Damen und Herren, bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 12.32 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Erlitz, danach der Herr Abgeordnete Detlef Gruber. Herr Abgeordneter Erlitz, Sie sind am Wort.

Abg. Mag. Erlitz (12.32 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine Damen und Herren!

Ganz so erfreulich kann die Situation der steirischen Straßen nicht sein, alles ist nicht paletti, sonst hätte sich heute nicht eine überparteiliche Bürgerinitiative von Frohnleiten hier eingefunden und im Beisein von meinem Kollegen Wolfgang Kasic und mir dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter rund 2000 Unterschriften über-

reicht, um auf die brisante Situation in Frohnleiten hinzuweisen. Und ich möchte auch hier die Situation noch einmal kurz erläutern:

Die Verkehrssituation in diesem besagten Ortsteil von Frohnleiten auf dem linken Murofer, ich sage Weißenbacher Kreuzung, den Weißenbacher kennt jeder, ein weithin bekanntes Gasthaus, die Verkehrssituation in diesem Bereich und in weiterer Folge dann in Richtung MM-Kartonfabrik ist seit langem unerträglich sowohl für die Bewohner in diesem Bereich als auch für die Geschäfte und für die Lokale. Es sind rund 1000 bis 1100 Schwerst-Lkw, die tagtäglich dort diesen Bereich passieren. Und aus diesem Grund hat die Stadtgemeinde, damals noch Marktgemeinde, Frohnleiten vor mehr als drei Jahren damals zur Initiative gegriffen. Es wurde eine Vereinbarung, ein Vertrag geschlossen zwischen dem Land Steiermark und der Stadtgemeinde Frohnleiten, um eben diese brisante Verkehrssituation dort zu entschärfen. Und so eine Vereinbarung – wie wir wissen – ist natürlich keine Einbahnstraße.

Beide Vertragspartner sind damit Verpflichtungen eingegangen und es existiert ein bestehender und gültiger, von der Landesregierung abgesegneter Vertrag. Das Land Steiermark hat sich darin verpflichtet, die Landesstraße L 121 als Umfahrungsstraße zu verlegen und auf dem linken Murofer neu anzulegen und in diesem Zuge auch ein neues Brückenbauwerk im Norden von Frohnleiten zu errichten, um den Schwerverkehr von dieser Weißenbacher Kreuzung wegzubekommen. Der Schwerverkehr fährt dann von der Schnellstraße direkt über diese neue Brücke im Norden zu den beiden Firmen Bauernfeind und MM Karton. Das ist im Vertrag festgehalten. Das Land Steiermark ist aber diesen Verpflichtungen trotz Beschlusses bisher nicht nachgekommen – Kollege Kasic wird ja nachsetzen und wir reiten gemeinsam für das gleiche Projekt aus und es gibt eine komplette, totale Übereinstimmung zwischen ihm und mir –, dieses Projekt aus dem laufenden Budget zu finanzieren. Aus diesem Grund, weil im Land Steiermark nichts weitergeht, hat sich im Sommer eine überparteiliche Bürgerinitiative gegründet, bestehend aus betroffenen Bewohnern, bestehend aus dem Kollegen Kasic und mir und auch aus dem Kollegen der FPÖ im Gemeinderat, Herrn Heuberger, den ich übrigens sehr schätze. Die Stadtgemeinde Frohnleiten hat hingegen alle in dieser Vereinbarung festgelegten Hausaufgaben längst erledigt und in einem nicht unbeträchtlichen Ausmaß, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Es sind rund 30 Millionen Schilling, das sind 2,13 Millionen Euro, bereits investiert worden – ich habe diese Auflistung hier. Unter anderem hat die Stadtgemeinde Frohnleiten eine Landesstraße übernommen, im Gemeindebereich die Straße ausgebaut, einen Fußgängerweg und die Beleuchtung gebaut und so weiter. Das heißt, wir, die Stadtgemeinde Frohnleiten hat ihren Teil übernommen und ihre Hausaufgaben erfüllt. Wird dieser Vertrag vom Vertragspartner Land Steiermark nicht erfüllt, ist der Stadtgemeinde klarerweise ein beträchtlicher Schaden entstanden. Satt 30 Millionen Schilling, die wir nicht ausgegeben hätten, wäre nicht ein bestehender Vertrag vorhanden. Es wäre, wie schon gesagt, ein beträchtlicher Schaden entstanden, der ohne diesen Vertrag nicht aufgetreten wäre. Das ist eigentlich erschütternd, weil Herr Landeshauptmannstellvertreter gesagt hat, es ist erschütternd, was Herr Landesrat Flecker gesagt hat, wie man Gemeinden heute im Stich lässt. (Abg. Straßberger: „Der Vergleich hinkt!“) Es ist auch erschütternd. Ich würde sagen „Österreich zuerst“ ist toll, aber die „Gemeinde zuerst“, die „Kommunen zuerst“ wäre besser. Das wäre mir sehr recht, wenn das Herr Landeshauptmannstellvertreter auch so sehen würde. Eine entsprechende Schadenersatzforderung, das heißt, Frohnleiten hat 30 Millionen Schilling eingebracht, das Land Steiermark erfüllt den Vertrag nicht, bei Nichterfüllung ist eine logische Konsequenz, eine logische Folge und wurde auch der Landesregierung bereits unterbreitet und mitgeteilt.

Jetzt kommt noch etwas dazu, was das Ganze verschärft: Dazu kommt, dass die Stadtgemeinde Frohnleiten in gutem Glauben, dass das Land Steiermark die eingegangenen Verpflichtungen auch realisieren und einhalten wird, auch eine Vereinbarung eingegangen ist mit den Österreichischen Bundesbahnen. Die Gemeinde Frohnleiten hat jetzt auch einen Vertrag mit den Bundesbahnen geschlossen. Im Zuge der Neuerrichtung und Verlegung dieser Landesstraße sollten auch zwei beschränkte Bahnübergänge durch Unterführungen ersetzt werden. Auch hier hat die Stadtgemeinde Frohnleiten finanzielle Vorleistungen erbracht. Unterführungen bringen klarerweise erstens mehr Sicherheit für die betroffenen Menschen dort – ich selbst war mehrere Male bei Unfällen als Feuerwehrmann dabei – und zweitens bringen diese Unterführungen auch eine finanzielle Entlastung für die ÖBB beziehungsweise Belastung für die ÖBB, wenn jetzt diese Unterführungen nicht errichtet werden können, weil diese Signalanlagen weiterhin bedient werden müssen. Das heißt, es kommen auf die ÖBB wieder entsprechende Ausgaben hinzu, finanzielle Belastungen, mit denen sie nicht mehr gerechnet haben. Das heißt, nur wenn die Straße gebaut wird, können auch diese Unterführungen entsprechend errichtet werden. Natürlich versuchen sich die ÖBB bei der Stadtgemeinde Frohnleiten schadlos zu halten. Sie sagen, die Straße ist jetzt nicht errichtet worden, wir können die Unterführungen nicht bauen, die Signalanlage muss bestehen bleiben, kostet uns soundso viel Geld, die Stadtgemeinde muss zahlen. Das heißt, eine weitere Belastung kommt auf die Stadtgemeinde Frohnleiten durch Versäumnisse letztlich des zuständigen Regierungsmitgliedes zu, wer auch immer verantwortlich ist.

Ich lese kurz den Text des Schreibens noch einmal vor, damit Sie nicht glauben, ich erzähle hier Märchen, das von den ÖBB am 14. Oktober 2002 an die Stadtgemeinde Frohnleiten gerichtet wurde: „Wir fordern Sie daher umgehendst auf, Ihr vorgesehene Straßenbauvorhaben unbedingt dahin gehend zu betreiben und auch durchzuführen, so dass die Auffassung auch der zweiten Eisenbahnkreuzung in Bahnkilometer 179.860 spätestens bis Jahresende 2003 erfolgen kann. Sollte dies nicht der Fall sein, sehen wir uns leider gezwungen, diesbezüglich den Rechtsweg zu beschreiten sowie alle entstehenden direkten Kosten und auch Folgekosten einzuklagen!“ Das schreiben die ÖBB jetzt der Stadtgemeinde Frohnleiten. Meine Damen und Herren! Ich bitte nochmals von dieser Stelle aus namens dieser überparteilichen Bürgerinitiative, die heute vor dieser Sitzung Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schöggel die rund 2000 Unterschriften überreicht hat, um auf die Dringlichkeit dieses

Bauvorhabens nochmals hinzuweisen, auch namens der betroffenen Menschen dort, auch namens der betroffenen Betriebe klarerweise, so rasch wie möglich die mit diesem gültigen Vertrag eingegangenen Verpflichtungen umzusetzen. Das ist keine Drohung, was ich jetzt sage, die Volksseele in Frohnleiten kocht. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel: „Ihr tuts alles dazu!“) Es ist auch die FPÖ dabei. Es geht um die betroffenen Menschen. Die Volksseele kocht und Sie haben es heute selbst mitbekommen, und das sind keine Sozialdemokraten. Die Bürgerinitiative überlegt sich bereits weitere Protestaktionen. Sie sprechen sogar schon von der Sperrung der S 35. Ich bitte nochmals, guten Willen zu zeigen, damit wir auf diese Protestaktionen wirklich verzichten können. Ich bin der Letzte, der zu Protestaktionen aufruft, überhaupt nicht. Ich bitte, Herr Landeshauptmannstellvertreter, dass Sie in unserem Sinne, im Sinne der Menschen in Frohnleiten initiativ werden. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 12.41 Uhr.)

Präsident: Ich danke, Herr Abgeordneter. Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Detlef Gruber. Danach Herr Abgeordneter Ing. Ober.

Abg. Detlef Gruber (12.41 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Protestaktionen wird es, den Tagesordnungspunkt 6 betreffend, in nächster Zeit wahrscheinlich nicht geben. Sehr wohl ist aber dieses Verkehrsprojekt ein ausgesprochen dringendes. Wenn Kollege Wiedner sagt, wir müssen schauen, wie wir es vorfinanzieren können, dann werden wir sicherlich sehr intensiv darüber nachdenken, wie wir behilflich sein können. Man muss sich aber in der derzeitigen Verkehrssituation auch nach sich neu entwickelnden Strömungen richten. Ich kann nicht sagen, das hat irgendwo eine Priorität in der Stufe eins, fünf oder vier, sondern man muss sich auch vor Ort anschauen, wie sich der Verkehr entwickelt. Die L 672, die Retzneistraße, ist nun einmal die kürzeste Verbindung aus dem südsteirischen Weinland aus dem Bereich Gamlitz und Ehrenhausen in die Bezirkshauptstadt nach Leibnitz. In den letzten Jahren hat es ein ständig steigendes Verkehrsaufkommen zu verzeichnen gegeben und dem muss Rechnung getragen werden. Es gibt Stellen in diesem Straßenabschnitt, wo ein Aneinandervorbeifahren von Fahrzeugen, die eine etwas größere Breite haben, nicht möglich ist, wo man den Retourgang einlegen muss, um aneinander vorbeizukommen. (Abg. Wiedner: „Wo?“) Auf der L 672, lieber Karl. Ich fahre mit dir dorthin, damit du dir das anschauen kannst. Ich hoffe, dass wir keine Begegnung mit dem Linienbus haben werden, wenn wir das machen. Abgesehen davon steht uns die Landesausstellung in dieser Region ins Haus. Ich möchte aber nicht nur die Landesausstellung zum Anlass nehmen, dass man sagt, wir brauchen infrastrukturelle Maßnahmen in diesem Bereich, obwohl sich aber die Erfahrung der letzten Jahre als sehr positiv, gescheit und klug bestätigt hat, dass man im Umfeld von Landesausstellungen intensiv in verkehrstechnische Maßnahmen investiert.

Es gibt zahlreiche sehr, sehr positive Beispiele in unserem Land, wenn ich daran denke, dass anlässlich der Landesausstellung in Gamlitz vor rund zehn Jahren, es ist schon ein bisschen mehr, die B 69 in eine Form gebracht wurde mit einem Radweg, von dem wir heute alle profitieren – eine sehr, sehr positive Entwicklung. Und im Sinne der Landesausstellung 2004 wäre das eine zusätzliche Bereicherung.

Ich möchte aber nicht verhehlen, dass auch Dinge bereits erledigt wurden, die noch in der Stellungnahme der Landesregierung als durchzuführen erwähnt sind, wie die Quergasse West in Leibnitz. Das ist bereits erledigt und dafür sind wir im Namen der Bevölkerung dort auch sehr dankbar.

Auf Grund der geschilderten Situation möchte ich daher den Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alles zu unternehmen, um die Finanzierung und die Umsetzung des Ausbaues der L 672, Retzneistraße im Abschnitt Retznei-Aflenz, Gemeinde Wagna sowie der weiteren für die Landesausstellung wichtigen Bauvorhaben L 662, „Ortsdurchfahrt Frauenberg“, L 631, „Augasse“, L 611, „Augasse Süd“, L 665, „Quergasse Ost“ sowie die L 665, „Kaspar-Harb-Gasse“ rechtzeitig vor der Landesausstellung 2004 sicherzustellen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 12.45 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Ober. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort, danach Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Grabner.

Abg. Ing. Ober (12.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter! Werte Damen und Herren!

Zum Thema Straßenbau ist heute schon sehr viel gesprochen worden und ich weiß, dass es sehr viele dringliche Anliegen gibt. Aber ich glaube, irgendwo sollte man sich dazu aufraffen, einen Prioritätenkatalog zu erstellen. (Abg. Wiedner: „Den gibt es. Man muss sich nur daran halten!“) Wenn es den gibt und wenn der auch funktioniert, dann würden wir im Bezirk Feldbach nicht für eine Bundesstraße B 68 seit Jahren vertröstet werden. Und ich glaube, dass einfach geografische Voraussetzungen und Lagen berücksichtigt werden sollten in dieser Priorität. Der Bezirk Feldbach liegt im EU-Osterweiterungsgebiet, hat eine sehr, sehr schlechte Straßenverbindung. Anfänglich sind vielleicht die lokalen Probleme, dass man sich nicht einig war, eine Lösung herbeizuführen, als Ausrede gefunden worden. Jetzt gibt es diese lokale Einigung, jetzt bräuchten nur mehr die Grundeinlöseverfahren und auch die rechtlichen Verfahren abgeschlossen werden. Ich verstehe das nicht, dass hier eine Region, die nicht von der Technologieachse Graz-Maribor profitieren kann, auch nicht an der A 2, an der Autobahnachse liegt, sondern eher in einem abgeschiedenen südöstlichen Teil einschließlich des Bezirkes Radkersburg sich befindet und hier Prioritäten im Ausbau so hintangestellt werden, dass in dieser Region eine

sinkende Kaufkraft und auch eine schlechtere wirtschaftliche Entwicklung sich sehr stark abzeichnet. Ich appelliere noch einmal an Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, dieses Thema wirklich ernst zu nehmen, da eine gesamte Region von 90.000 Einwohnern davon betroffen ist, als eine große Unterschriftenaktion gelaufen ist. Und ich weiß nicht, wenn das nicht in den nächsten Monaten entschieden wird, wie die Bevölkerung auf das auch reagieren wird. Wir erwarten uns nicht ad hoc den gesamten Ausbau, aber zumindest die ersten Maßnahmen einer Grundeinlöse, einen Abschluss aller relevanten Verfahren, die dafür notwendig sind und dann eine zügige Umsetzung in den nächsten Jahren. Aber dieses Signal erwartet sich diese Region, gleichzeitig auch das Anliegen der B 73, die eine weitere starke Erschließung dieser Region ermöglichen würde. Es ist immer noch der Abschnitt Hühnerberg–Hausmannstätten in Schwebelage. Auch dieser Punkt müsste erledigt werden, damit dieser westliche Teil des Bezirkes Feldbach eine gute Anbindung bekäme. Wir wollen hier nicht groß auftrumpfen, aber man muss einfach Fakten zur Kenntnis nehmen, dass eine Region von einer Verkehrserschließung abhängig ist und deren wirtschaftliche Entwicklung damit in großem Zusammenhang steht. Und darum bitte ich nochmals, meine Damen und Herren, Sie hier im Steiermärkischen Landtag, aber vor allem auch Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, dieses große Anliegen dieser Region ernst zu nehmen und in den nächsten Monaten die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass diese Region auch eine Zukunft hat. Ich danke Ihnen herzlichst dafür! (Beifall bei der ÖVP. – 12.49 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Grabner. Sie sind am Wort, Herr Abgeordneter.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (12.49 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Zwei Dinge sind es, die ich zu dem Antrag der freiheitlichen Kollegen zu sagen habe, weil Sie der Tatsache, dass wir diesem Entschließungsantrag zustimmen werden, möglicherweise geneigt sind, die falschen Schlüsse zu entnehmen. Ich habe also richtigzustellen, wir stimmen diesem Ihrem Entschließungsantrag zur Finanzierung der notwendigen Infrastrukturprojekte deshalb zu, weil wir sie auch für notwendig erachten, aber nicht deshalb, weil Sie zuerst einbelegen und sagen, der Generalverkehrsplan ist so toll, dass er jedenfalls zur Verbesserung der Infrastruktur in Österreich beitragen werde, wenn Sie gleichzeitig – und das ist der Punkt, warum ich aber auch darauf hinweisen muss – wenn Sie gleichzeitig mit der Textierung Ihres Vorspanns zum Entschließungsantrag, wo ich entnehme, die dafür ordentlichen Budgetmittel können nicht ... und so weiter, weil dadurch der Landesstraßenbau völlig zum Stillstand käme, zugeben, dass das Desaster der Bundesfinanzpolitik Sie in die Malaise gebracht hat, dass Sie nunmehr für die Erfüllung Ihrer Pflichten im Lande, nämlich die Pflichten, dass Sie die Landesstraßen ordnungsgemäß ausbauen, zu Sonderfinanzierungen greifen müssen, weil der Bund allein schon durch die Abschiebung der Kompetenz und der Verantwortung und der Finanzierbarkeit der Bundesstraßenvorhaben auf Landesebene Ihnen die Möglichkeiten und die Finanzmittel entzogen hat und nunmehr in einem Maße wir zu Modellen greifen müssen, die derzeit überhaupt noch nicht erkennbar und sichtbar sind. Ich muss sagen, ich habe auch einen zweiten Grund, gerne Ihrem Antrag beizutreten, weil praktisch alle die von Ihnen aufgelisteten Straßenvorhaben im Detail jenen entsprechen, die wir vor einem halben Jahr schon hier eingebracht haben und dem Sie nicht zugestimmt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen (Beifall bei der SPÖ.), und weil der Kollege Straßenberger meint, die wir verabsäumt haben. Ja, Herr Kollege, dann erkundige dich einmal, sieh dich um in deiner engeren Umgebung. In meiner engeren Umgebung sieht es folgendermaßen aus: Hans-Joachim Ressel hat bis Großlobming hin die Straße gebaut und von Großlobming weg hinaus nach Möbersdorf wird sie nunmehr auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Ja, meine Damen und Herren, dem können wir natürlich nicht zusehen und deshalb müssen wir sagen: Go, go, go – aber nicht unter dieser Prämisse, dass dafür irgendwelche eigentümlichen Sonderfinanzierungen gesucht werden müssen. Sie sind unseren Vorschlägen beigetreten, das ist okay. Wir können Ihrem Vorspann, dass das also eine tolle Sache wäre mit dieser Vorfinanzierung, mit Sicherheit nicht beitreten, aber aus den genannten Gründen dem Antrag sehr wohl. (Beifall bei der SPÖ. – 12.52 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Kasic, dann liegt keine weitere Wortmeldung derzeit mehr vor.

Abg. Kasic (12.52 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nachdem die Umfahrung von Frohnleiten angesprochen worden ist, möchte ich dazu ganz kurz ein paar Bemerkungen machen.

„Auf konstruktive Gespräche und Interventionen statt sinnloser SPÖ-Aufrufe zu Blockademaßnahmen hat damals der Landtagskandidat Wolfgang Kasic in der Frage der Umfahrungsstraße Frohnleiten gesetzt!“ Oder etwa: „Büro Landesrat Ing. Hans-Joachim Ressel sagt, die Umfahrung Frohnleiten wird gebaut!“ Meine Damen und Herren, diese beiden Pressemeldungen beziehen sich auf eine Entscheidung und auf einen Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung vom 2. Oktober 2000. Es wurde beschlossen, dass die Umfahrung Frohnleiten mit Gesamtkosten von rund 50 Millionen Schilling über ein Konzessionsmodell auszuschreiben und zu realisieren ist und die Bedeckung der jährlichen Konzessionsraten aus dem laufenden Landesvoranschlag zu erfolgen hat. Bis heute – und das ist eigentlich das Problem, meine Damen und Herren, und basierend auf den vom Kollegen Erlitz schon angesprochenen Vertrag – ist leider nichts passiert. In diesem Vertrag aus dem Jahr 1999 hat sich das Land verpflichtet, die entsprechenden Schritte rasch einzuleiten. Die entsprechenden Verfahren

rasch einzuleiten – doch bis heute ist außer dem eisenbahnrechtlichen Verfahren noch nichts eingeleitet worden. Und ich frage Sie daher schon, Herr Landeshauptmannstellvertreter, wie man denn nun in dieser Sache gedenkt weiterzuarbeiten, wenn nicht einmal die im Vertrag festgelegten Punkte, ein privatrechtlicher Vertrag übrigens, hier eingehalten werden.

Ich glaube, das wäre einer der wichtigsten Punkte, dass zumindest auch Sie in Ihrer Verantwortung für das Land Steiermark dafür Sorge tragen, dass die Punkte des Vertrages eingehalten werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Denn, und das muss man betonen, meine Damen und Herren, die Stadtgemeinde Frohnleiten hat schon Gesamtinvestitionen von 30 Millionen Schilling zur Erfüllung dieses Vertrages getätigt. Wir haben die Landesstraße übernommen und, und, und. Daher ist es notwendig, dass das eingehalten wird. Ich bin aber auch deswegen etwas verwundert, Herr Landeshauptmannstellvertreter, weil Sie haben in zwei Anfragebeantwortungen schon so getan, als würde man sofort zu bauen beginnen. In einer schriftlichen Anfragebeantwortung vom Jänner 2001 haben Sie bereits festgelegt, „dass derzeit in Abstimmung mit den zuständigen Stellen im Land und einem Wirtschaftsberater die rechtlichen Rahmenbedingungen für dieses Konzessionsmodell festgelegt werden“. Es ist festgelegt, dass das Baulos im Jahr 2001 ausgeschrieben wird und mit einem Baubeginn Ende 2001 beziehungsweise Anfang 2002 zu rechnen ist. Sie haben weiters in der Landtagssitzung vom 3. Juli 2001 festgelegt, dass für Sie drei Projekte im Straßenbau absolute Priorität genießen. Das sind die Projekte, die Sie angeführt haben, nämlich die Neugestaltung der Flughafenzufahrt, der Anschluss des Terminals Werndorf und das dritte Projekt, das wir finanzieren wollen und müssen, ist die Umfahrung von Frohnleiten. Das waren Ihre Worte am 3. Juli 2001, zitiert aus den stenografischen Protokollen. Ich frage mich, was wir nun mit diesen Worten anfangen sollen, wenn bis heute nichts weitergegangen ist. Gleichzeitig, meine Damen und Herren, gibt es einen Beschluss der Landesregierung zur Vorfinanzierung wichtiger Straßenbauprojekte, wo Sie den Antrag für den Ausbau des Autobahnknotens, den Bau des Zubringers für den Flughafen, und nicht für die Stadt Frohnleiten – wie Sie es in der Sitzung am 3. Juli 2001 angekündigt haben –, das Projekt des Ausbaus L 381 Großsülzstraße eingebracht haben und hier 18,5 Millionen Euro als Vorfinanzierung genehmigt worden sind. Ich darf Sie daher, Herr Landeshauptmannstellvertreter, höflichst und dringendst ersuchen, im Interesse der Bürger von Frohnleiten tätig zu werden. Es waren heute, quer durch alle Parteien, Vertreter hier, die 2000 Unterschriften der Betroffenen übergeben haben, damit endlich diese Verkehrsmisere ein Ende findet. Ich bitte Sie daher nochmals eindringlich, tätig zu werden. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 12.57 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel (12.57 Uhr): Ich danke vielmals für die Worterteilung. Zu den Unterschriften für die Umfahrung Frohnleiten darf ich gleich eingangs Folgendes sagen: Ich hätte darum gebeten, mir diese Unterschriften in diesem Rahmen im Landtag zu übergeben. Es ist den beiden Herren wichtiger gewesen, einen Auftritt für das Regionalfernsehen vor der Tür zu machen. Das soll mir auch recht sein. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir nach dem Eingang von Unterschriftensammlungen arbeiten könnten und würden, dann müssten wir jetzt die alten Unterschriften aus der Ressel-Ära aus dem Keller holen. Es liegen tausende Unterschriften noch vor, die abzuarbeiten wären. Dies wäre schlecht und unrichtig. (Abg. Kaufmann: „Ist ja klar!“)

Wenn wir mit dieser Methode überall arbeiten, Blockaden, Unterschriftenaktionen, dann würde immer – (Abg. Kröpfel: „Das habt ja ihr gemacht bei Temelin!“)

Interessiert es Sie oder interessiert es Sie nicht? Es interessiert ohnehin wenige. Viele sind beim Empfang für den Dalai Lama. Die Infrastruktur interessiert wenige. Es ist so, dass, wenn wir uns auf diese Methode einigen – je mehr Unterschriften für ein Projekt eingereicht werden, das Projekt dann vorreihen, dann würde immer das Umland von Graz gewinnen. Seien Sie sich dessen bewusst. Es sind immer die Grazer Umlandgemeinden, die in der Lage sind, die meisten Unterschriften zu sammeln, weil die Bevölkerungsdichte die größte ist. Dann bestünde die Gefahr, dass wir in Gebieten wie Murau, Mürztal, Leibnitz, Deutschlandsberg, Hartberg, Aussee Projekte, weil wir den Unterschriften entgegenkommen müssen, nicht umsetzen können. Ich warne auch ein bisschen vor den vorgelegten Zahlen.

Herr Abgeordneter Erlitz hat gerade von über 1500 Schwerlastfahrzeugen gesprochen. (Abg. Mag. Erlitz: „1002 habe ich gesagt!“) Das ist falsch. Herr Kollege Erlitz, Sie verwechseln das. Darf ich bitte aussprechen, weil ich habe Ihnen auch zugehört. Jetzt bitte ich auch Sie mir zuzuhören.

Wir reden bei der Umfahrung von Frohnleiten von einem TDV, von einem täglichen Durchschnittsverkehr von 1500 Fahrzeugen und einem Lkw-Anteil von etwa 10 Prozent. Das sind etwa 120 bis 140 Schwerlastfahrzeuge, die diese Straße benützen werden. Entschuldigen Sie vielmals, der Verkehr ist gezählt, ermittelt, erhoben. Verkehre dieser Art mit 1500 Fahrzeugen – TDV – werden als niedrig und gering eingestuft. Im Vergleich dazu haben wir bei der Umfahrung Feldkirchen einen TDV von 16.000, Krottendorf-Gaisfeld, wo wir uns sehr um den Bau bemühen, 18.000, Umfahrung Hausmannstätten 10.000, Umfahrung Hartberg 17.000. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das waren jetzt nur einige Beispiele. Wir müssen Prioritäten setzen und dazu bekenne ich mich auch. Darum bedaure ich auch, dass Kollege Paierl beim Dalai Lama ist, weil sonst hätte ich ihm gerne diese Unterschriften mitgegeben.

Ich komme jetzt zum Thema Vorfinanzierung. (Abg. Straßberger: „Das war unfair!“) Wir teilen uns das und wir tragen die Last gemeinsam. Es ist leider zu Tage gekommen, dass all jene Vorschläge zur Vorfinanzierung von Infrastruktur, die bisher auf dem Tisch liegen, am Problem der Maastrichtkonformität scheitern – ich sage das

ganz klar. Verhandlungen mit dem Finanzministerium unterstütze ich, selbstverständlich. Ich habe auch meine persönlichen Kontakte, aber die Vorfinanzierung ist Sache des Finanzreferenten. Das ist ganz klar in der Geschäftseinteilung festgelegt.

Ich bin derjenige, der plant, umsetzt, die Dinge einleitet, die Verfahren abwickelt. Die Verhandlungen mit dem Finanzministerium sind aber Sache des Finanzreferenten. Wenn es uns gelingt, diese Vorfinanzierung – und ich sage ganz klar, es geht dabei sehr wohl um Mittel, die aus dem eigenen Ressort in der Zukunft bedeckt werden müssen, das ist richtig – umzusetzen, dann ist uns allen geholfen, denn das Land muss auch unternehmerisch denken. Wenn es schon darum geht, den Wirtschaftsstandort zu verbessern, dann müssen wir das jetzt tun. Darum sind diese Vorgriffe auch gut und richtig. Außerdem ist es auch wichtig, dann zu bauen, wenn die allgemeine Baukonjunktur dies erfordert. Das heißt, jetzt wäre es notwendig als Initiative für die Baukonjunktur zu bauen, weil man auch günstige Baupreise hat. Es hat keinen Sinn, dann zu bauen, wenn die Baukonjunktur – und es ist zu erwarten und hoffentlich zu erwarten, dass sie wieder anzieht – hoch ist, dann noch eines draufzusetzen mit dem öffentlichen Straßenbau und wesentlich höhere Preise in Kauf nehmen zu müssen. Ich baue daher lieber jetzt und greife vor und kann um dasselbe Geld etwa 10 Prozent mehr Projekte umsetzen. Das heißt, 10 Prozent mehr Kilometer.

Ich möchte ein für alle Mal mit einer Legendenbildung aufräumen, die da lautet: Mit der Verlängerung der Bundesstraßen sei der Finanzreferent zu großzügig gewesen und hätte das Füllhorn über mein Ressort ausgeschüttet. Das ist nicht so. Wir haben genau jenen Teil, der vom Bund im Zuge der Verlängerung für die Bundesstraßen vorgesehen war, übertragen bekommen, und zwar wieder zum Bau der Bundesstraßen, die jetzt keine Bundesstraßen mehr sind. Das wird natürlich für diesen Zweck eingesetzt – das ist gar keine Frage. Wir haben allerdings ein Problem und das ist auch die Frage in den Verhandlungen der Landeshauptleutekonferenz gewesen. Ich habe das mit Frau Landeshauptmann auch besprochen, wo auch die Aufteilung des Katastrophenfonds geregelt wurde. Da hat die Steiermark nicht gut abgeschlossen. Das habe ich auch mehrfach festgestellt, weil der Katastrophenfonds faktisch auch nach der Kilometeranzahl im Land aufgeteilt und nicht auf die entsprechenden Projekte bezogen wird. Es haben andere Bundesländer aus diesem Katastrophenfonds sich einen größeren Anteil holen können als vorher, wo die Steiermark sich aus dem Katastrophenfonds gut bedienen konnte. Das ist ein Problem, das aber auf eine Einigung in der Landeshauptleutekonferenz zurückzuführen war. Ich komme nochmals kurz auf Frohnleiten zurück: Ich habe gehört, dass von der Stadt Frohnleiten auch leitende Beamte meines Ressorts, bei denen ich mich übrigens für die hervorragende Arbeit bedanken möchte, geklagt wurden. Wir haben im Tagesordnungspunkt 2 einen Bericht des Landesrechnungshofes vorliegen, der diesen Beamten eine hervorragende Arbeit bestätigt und eine sehr wirtschaftsorientierte und wirtschaftliche Denkweise bescheinigt. Herzlichen Dank für diese Leistungen und ich bitte auch in Zukunft darum. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Wie schon gesagt, zwei leitende Beamte wurden zwischenzeitlich von der Stadt Frohnleiten geklagt oder werden geklagt, es ist zumindest eine Klagsandrohung vorhanden. Ich halte das auch nicht für eine zielführende Vorgangsweise, wenn das in dieser Weise gemacht wird. Ich wollte das nur festgestellt haben. Außerdem war die Stadt Frohnleiten auch nicht immer eines Sinnes, was die Ausführung und die Planung des Projektes anbelangt. Es steht zum Beispiel ein Brückenprojekt kurz vor der Fertigstellung. Es ist die wasserrechtliche Bewilligung des Projektes im Gange und wird bei der Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung eingereicht und muss natürlich jetzt auch auf Grund der neuen Erkenntnisse aus dem letzten Hochwasser geprüft werden.

Über den TDV, täglichen Durchschnittsverkehr, habe ich schon gesprochen. Ich hoffe, dass es uns gelingt, diese Vorfinanzierung gemeinsam auf die Beine zu stellen. Wie gesagt, der TDV würde es zulassen, dass dieses Projekt nicht als dringlich geführt wird. Wir werden uns aber trotzdem auch in Zukunft dafür einsetzen.

Ich komme nun zu den anderen Tagesordnungspunkten und werde das etwas systematisch abarbeiten.

Zum Tagesordnungspunkt drei, der Beschlusstext ist: „Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei den maßgeblichen Stellen auf Bundesebene dafür einzusetzen ...“, und so weiter, da geht es um diesen Knotenanschluss Gralla. Es ist so, dass die Bundesstellen durch die Verlängerung der Bundesstraßen nicht mehr in der Form existieren. Darum ist dieser Antrag an und für sich in der Form nicht ganz korrekt. Aber wir werden uns bemühen, diesen Anschluss zu machen. Das Vorprojekt wurde 2000 erstellt. Die Baumaßnahmen können im Jahr 2004 begonnen werden, aber es kostet auch immerhin 1,5 Millionen Euro. Ich hoffe, dass wir diese wichtige Maßnahme setzen können.

Zur Umfahrung Hausmannstätten, die heute auch schon angesprochen wurde: Die Umfahrung kostet in etwa 27 Millionen Euro. Das muss man auch in dieser Form einmal sagen. Wissen Sie, alle Forderungen, die heute so auf den Tisch gelegt wurden, wenn man die so überschlagsmäßig zusammenrechnet, sind etwa drei komplette Jahresbudgets. Und Sie wissen, dass etwa die Hälfte des Jahresbudgets, das verfügbar ist, für die Instandhaltung, für den Winterdienst – jetzt kommt der Winter, wir müssen uns wieder auf den Winter einrichten – aufzuwenden ist. Wir haben natürlich auch Probleme mit den Grundstücksablösen – und Sie werden heute ja einige Grundstücksablösen beschließen, die uns wieder in die richtige Richtung weiterbringen –, es ist natürlich sehr, sehr schwierig mit diesen Projekten, die sehr leicht einfach gefordert sind, umzusetzen. Aber auch bei der Finanzierung gibt es natürlich sehr große Fragen zu lösen. Also die Umfahrung Hausmannstätten ist in etwa ein Jahresbudget insgesamt. Es sollen jetzt Probebohrungen für den Erkundungsstollen durchgeführt werden, aber auch hier treten bereits die ersten Probleme mit einem Grundeigentümer auf. Und wir haben immer wieder das Problem und gerade die Grünen haben eine sehr ambivalente Verkehrspolitik, nämlich immer dann, wenn es ernst wird, gibt es immer irgendjemand, der dagegen Einwendungen hat, der die Trasse verhindert, der letztlich

das Ganze bis zum Obersten Gerichtshof durchjudiziert und wir wissen, dass das jedes Projekt, das ist inzwischen ein bisschen modern geworden, auf zehn bis 15 Jahre verzögern kann. Wir arbeiten an einer Planungsgebietsverordnung, die dann die Trassensicherung in dem Bereich Hausmannstätten einmal vorantreibt und absichert, aber dort sind noch sehr, sehr wichtige Punkte zu erfüllen.

Zum Tagesordnungspunkt 4, Ilztalstraße, Umfahrung Prebendorf. Das ist eine Frage, die auch in diese Vorfinanzierungsthematik fällt. Der Abschnitt Prebendorf zwischen Kilometer 6,9 und Kilometer 7,9 wird nächstes Jahr seitens der Fachabteilung 18C saniert. Eine Startrate aus dem ordentlichen Budget kann aus heutiger Sicht gegebenenfalls ab 2004 vorgesehen werden. Das Projekt ist fertig gestellt und als vordringlich eingestuft. Wir werden uns darum bemühen, dass dieses raschestmöglich umgesetzt werden kann.

Zum Tagesordnungspunkt 5, das ist die Frage der Eisenbahnverbindung Radkersburg–Murska Sobota. Meine sehr verehrten Damen und Herren und Herr Kollege Hagenauer, Sie operieren da mit nicht vollständigen Informationen. Es wäre auch für mich eine Versuchung, eine gewisse Wahlkampfretorik und Polemik an den Tag zu legen. Das überlasse ich Ihnen, die Sache ist nur zu ernst. Zu Murska Sobota: Ich war derjenige, der dieses Dreiländertreffen initiiert hat. Es hat am 8. Oktober stattgefunden. Ursprünglich war das Interesse seitens Sloweniens an dieser Planungsbeauftragung sehr, sehr gering. Am 8. Oktober hat dieses Treffen stattgefunden zwischen slowenischen Vertretern, österreichischen – sprich steirischen Vertretern und ungarischen Vertretern. Jetzt geht es darum, diesen Planungsauftrag zu erteilen, wobei es aber schon auch darum geht – und jetzt geht es wieder ums Geld, meine sehr verehrten Damen und Herren –, dass es uns gelingen muss, auch die Freunde aus den benachbarten Ländern zumindest in einem gewissen Maß an der Finanzierung der Planung mitwirken zu lassen und da wird gerade verhandelt. Das ist zu diesem Thema zu sagen. Es ist wie gesagt bei diesem Treffen zu dieser Entscheidung gekommen.

Weiters möchte ich zu diesem Antrag, der da dazupasst, des Kollegen Hagenauer doch einige Dinge feststellen, insbesondere was die Geschichte mit der Post betrifft. Wissen Sie, Herr Kollege Hagenauer, da gibt es ein Gesetz, das ist das ÖPNRV-Gesetz. Da hat die Post mit dem Bund einen Vertrag geschlossen über eine Förderung von 1,2 Millionen Euro jährlich degressiv auslaufend mit 2004. Gesetze haben für mich höchste Vertrauenswürdigkeit. Und wenn die Post jetzt entgegen dieser gesetzlichen Regelung sagt, ich kann nicht mehr weiter und mir am 26. September eine entsprechende Mitteilung macht und zwischenzeitlich auch von den anderen Referenten leider kein Interesse bekundet wurde, an einer Lösung mitzuwirken, werden meine Beamten oder mein Ressort weiterverhandeln und ich bin überzeugt davon, dass es eine vertretbare Lösung für die Bevölkerung, für den regionalen Nahverkehr geben wird.

Die Fragen auch des GVP, Herr Hagenauer, muss ich Ihnen sagen, der GVP wird immer nur schlechtgeredet. Der ist nicht so schlecht. Ich habe einmal überlegt, ich habe ein Taferl vorbereitet, so ein schönes Taferl haben wir schon lange keines mehr gehabt. Und wenn Sie sagen, der Pyhrnkorridor, wissen Sie, beim Pyhrnkorridor sind wir in der Steiermark sehr weit. Die Probleme beim Pyhrnkorridor liegen in Oberösterreich, und zwar in der Summerauer Bahn. Und das ist der Bereich zur Grenze, zum Ausland, zu Tschechien. Das ist das Problem bei uns. Einige Dinge werden verbessert, die sind im Laufen. Der Pyhrnkorridor, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein Korridor, der uns sehr, sehr wichtig ist, und gerade die von Ihnen angesprochene Basler-&-Partner-Studie, die zeigt es ganz deutlich, erstens bestätigt sie den GVP und zweitens sind von einem Investitionsbedarf von 76 Millionen Euro nur 5 Millionen Euro in der Steiermark wirksam. Das heißt, wir sind in der Steiermark, was den Ausbau des Pyhrnkorridors und des GVP betrifft, auf einem sehr guten Weg.

Wenn Sie die Verkehrsentwicklung im Raum Graz noch ansprechen, die Stadt Graz und namentlich der Verkehrsstadtrat Ferk ist nicht der Partner, den man sich oft vorstellen würde. Nur als Beispiel, wir haben bisher eine Regelung gehabt, dass wir bei Ampeln eine 50-zu-50-Beteiligung haben und das ist im Moment auch nicht mehr in dem Maße machbar wie es ursprünglich gemacht wurde.

An der Transitproblematik wird sehr wohl gearbeitet. Ich könnte viele, viele Details zu diesem Thema noch feststellen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Zum Tagesordnungspunkt sechs: Da geht es darum, dass im Abschnitt Retznei–Aflenz an der Sulm ein Projekt fertig zu stellen gewünscht ist. Auch hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, beträgt der tägliche Verkehr derzeit rund 1200 Fahrzeuge pro Tag und ist damit als gering einzustufen. Ich weiß, dass immer Baumaßnahmen auch im Zusammenhang mit Landesausstellungen gewünscht werden und auch richtig sind.

Das Problem dabei ist, dass Landesausstellungen geplant werden und die Frage der Infrastruktur budgetär nicht berücksichtigt wird. Das heißt, es gibt dann immer wieder sehr zähe Verhandlungen mit den Initiatoren und den Ausrichtern der Landesausstellungen. Wir werden in Zukunft darauf achten, dass bei Landesausstellungen die entsprechenden Straßenprojekte mit eingeplant und mit finanziert werden sollen, aber natürlich nicht ausschließlich aus den Mitteln des Verkehrsressorts, sondern aus dem Gesamtbudget, das für die Landesausstellungen vorzusehen ist.

Kapfenberg–Bruck an der Mur ist nur eine Grundstückseinlöse, die Sie heute beschließen werden. Auch HL-AG.-Projekte sind Fragen, die bereits eingeleitet sind. Wir sind gerade dabei, was das HL-AG.-Projekt und die Eisenbahnprojekte betrifft, und das ist schon mein Schlusswort, Lösungen auszuarbeiten.

Ich bedanke mich bei allen, die hier konstruktiv an diesen Lösungen mitarbeiten, denn es sind großartige Projekte vorgelegt: Graz-Puntigam, Werndorf sind die größten Projekte, die derzeit in Österreich laufen. Auch der Ausbau Wald am Schoberpaß, der in die Endphase geht, ist in Ordnung. Auf der Straße, meine sehr verehrten

Damen und Herren, haben wir die größten Baustellen Österreichs in der Steiermark. Ich bin davon überzeugt, dass es uns mit Ihrer Hilfe gelingen wird, die notwendigen Finanzierungsmittel aufzutreiben, um zügig weiterbauen zu können. Glück auf! (Beifall bei der FPÖ. – 13.16 Uhr.)

Präsident: Ich habe noch eine weitere Wortmeldung vorliegen, und zwar von Herrn Abgeordneten Hagenauer. Herr Abgeordneter, Sie sind schon am Wort.

Abg. Hagenauer (13.16 Uhr): Ich bitte um Verständnis, dass ich mich noch einmal zu Wort melde. Könnte man bitte die Zeituhr einstellen? Ich danke dem Herrn Präsidenten für die Worterteilung. Ich mache das ausnahmsweise, weil Herr Landeshauptfraustellvertreter eine ganze Reihe von unsachlichen, Herr Kollege Wiedner, beziehungsweise unrichtigen Feststellungen getroffen hat. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Woher wissen Sie das?“)

Hören Sie mir zu. Ich werde es Ihnen gleich sagen. Es ist falsch, dass die Summerauer Bahn das Problem ist, das der Pyhrnkorridor hat, weil die Pyhrnautobahn von Selzthal Richtung Linz und Passau geht und weiter nach Rotterdam und das die Verbindung ist Richtung Deutschland, wo 80 Prozent der steirischen Exporte nach wie vor laufen. Man kann schon weiterfahren über die Summerauer Bahn nach Prag. Auf dem Sektor geschieht auch etwas dank der oberösterreichischen Grünen. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Ich war bei der Pressekonferenz!“)

Die steirische Industrie, wenn Sie sich die ganzen Pressemeldungen anschauen, fordert die Pyhrneisenbahn, weil diese ganzen Bahnverbindungen nicht über die Summerauer Bahn in die Tschechei laufen, sondern Richtung Rotterdam. Lernen Sie Geografie, hätte Herr Ex-Bundeskanzler Kreisky an der Stelle gesagt. Es ist weiter falsch, dass es sich hier um einen Generalverkehrsplan handelt, wenn Sie sagen, in der Steiermark liegen nur 5 Millionen Euro Investitionsvolumen. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Pyhrnkorridorstudie!“)

Für das ist ja der Generalverkehrsplan da, dass man nicht sagt, das ist bei uns und das andere müssen die Oberösterreicher machen, wie Sie uns das erzählen wollen. Das ist eben nicht der Sinn eines Generalverkehrsplanes, dass man sagt, wir sind die Steirer und das andere sind die Oberösterreicher und die sind schuld. Genau dazu war der Generalverkehrsplan – wie das Wort das schon sagt – eigentlich da. Nur hat die gloriose Frau Ministerin Forstinger samt ihrem Vorgänger das einfach nicht erhoben und hat nur die Landeshauptleute zusammengefangen und das ist auch herausgekommen dabei. Die Steirer haben sich halt nicht durchgesetzt.

Es ist auch weiter falsch, wenn Sie sagen, dass Graz nur das Problem mit Herrn Stadtrat Ferik hat. Ich habe auch etliche Probleme, denn man braucht nur beim Fenster hinauszuschauen und das Chaos beobachten. Die Stadt Graz hat ein zweites größeres Problem und das heißt Josel. Ich weiß nicht, ob Sie den Namen kennen. Er ist eigentlich zuständig für die Verkehrsplanung in der Stadt Graz. Es ist auch weiter falsch, wenn Sie zum Punkt Eisenbahnverbindung Murska Sobota–Radkersburg sagen, dass es jetzt darum geht, den Planungsauftrag zu erteilen. Dies wurde vor vier Monaten vereinbart, erstens, und zweitens stimmt es auch nicht, wenn Sie sich jetzt darauf berufen, dass die Slowenen etwas dazuzahlen sollen. In der Tagung, von der Sie selbst gesprochen haben, am 8. Oktober, war ausdrücklich die Rede von einem anderen Problem, dass nämlich der regionale Planungsbeirat, Herr Kollege Gangl kann mir das vielleicht sogar bestätigen, des Bezirkes Radkersburg mit dem Projekt Eisenbahnausbau Radkersburg–Murska Sobota sich beschäftigen soll. So war jedenfalls dort die Stellungnahme des zuständigen Beamten der Landesregierung, richtig, und nicht, wie Herr Landeshauptfraustellvertreter sagt und noch dazu hier von mir Seriosität und Sachlichkeit einfordert, dass die Slowenen hier zur Kasse gebeten werden sollen. Ich habe es schon vorhin in meiner Wortmeldung gesagt, Sie lassen Unsummen von Geldern liegen, wenn Sie jetzt nicht rechtzeitig dieses Projekt betreiben. Es ist für uns ein Riesengeschäft, diese Sache vorzufinanzieren, die Planung zu bezahlen, weil nicht nur wir wirtschaftlich davon sehr profitieren, sondern weil es eben jetzt auch noch EU-Förderungen für dieses Projekt gibt, die nur Slowenien beantragen kann, weil Slowenien ist der Beitrittskandidat, der jetzt diese Förderungen bekommt. Zum Abschluss, weil Sie darauf hinweisen, dass die Slowenen dazuzahlen sollen: Das bestätigt mir eigentlich genau in meiner ersten Wortmeldung der vorhin eingebrachte Antrag, dass man die Ressortveränderung teilen sollte. Das bestätigt mir genau das. Die Freiheitliche Partei, die genau jetzt in diesen Tagen versucht, in wilder Verzweiflung sich als EU-Erweiterungsgegner zu profilieren, ist die falsche Partei, um genau diese Projekte, die wir jetzt brauchen, voranzutreiben. Dass das kein Misstrauensantrag geworden ist, hat unter anderem diesen Grund. Es ist nämlich ein Misstrauen gegenüber der Freiheitlichen Partei, die nicht in der Lage ist, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Das ist der Punkt. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Da unterscheiden wir uns von den Grünen, die schon die Ministerämter verteilen!“)

Zum Abschluss eine Anmerkung zum Kollegen Wiedner: Herr Kollege Wiedner, weil Sie sagen, dass der zweigleisige Ausbau auf der Ostbahn jetzt forciert wird und von 600 Prozent Steigerung in dem Zusammenhang gesprochen haben: Was ist passiert? Es wurden drei Ausweichen für die Pendlerzüge, denen wir schon seit zehn Jahren nachlaufen, gemacht. Das ist alles, was passiert ist auf der steirischen Ostbahn. Von der Anbindung, wie schon einmal die Rede davon war, sogar mit einer Hochleistungsbahn Richtung Ungarn, ist überhaupt keine Rede davon. Das Einzige, was passiert ist, Gott sei Dank, sei anerkannt, ist die Verbindung vom Autocluster von Thondorf Richtung Feldkirchen. Das ist das Einzige. Richtung ungarischer Grenze passiert sonst gar nichts.

Zum Abschluss einmal mehr das berühmte Ranking: Weil Sie Sachlichkeit einfordern, Herr Kollege Wiedner, sage ich Ihnen die Prozentzahlen, weil ich sie auswendig kenne: Den ersten Platz beim Generalverkehrsplan hat Niederösterreich mit einem Anteil von 55 Prozent des Investitionsvolumens, das dort vorgesehen ist. Der zweite Platz geht an Wien mit 20 Prozent und dann kommt in der Tat die Steiermark am vierten Platz mit in etwa 8 Prozent. Das ist so, wie wenn von der Nationalmannschaft drei Schiläufer antreten und ich fahre auch mit und ich bin dann der Vierte. Das hätten Sie mir vorher auch sagen können, dass ich dann der Vierte bin – Kunststück. Sie müssen, wenn Sie schon Sachlichkeit einfordern, dann auch schon dazusagen, wo wir im Feld und mit wie viel Milliarden beziehungsweise Stunden Rückstand abgeschlagen an dem, zugegebenermaßen, richtigen vierten Platz gelandet sind. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 13.24 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1057/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 751/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Errichtung einer direkten Anbindung der B 73 an den Autobahnknoten A 9/B 74, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters der Einl.-Zahl 752/1 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Errichtung einer Ortsumfahrung bei Prebendorf-Ilztalstraße, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters der Einl.-Zahl 765/1 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Konsequenzen aus der Verschleppung der Bahnverbindung nach Murska Sobota, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters der Einl.-Zahl 899/1 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Ausbau der L 672, Retzneistraße, im Abschnitt Retznei-Aflenz bei Wagna, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters der Einl.-Zahl 1010/1 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters der Einl.-Zahl 1714/1 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Vorfinanzierung von für die Steiermark wichtigen Infrastrukturprojekten, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters der Einl.-Zahl 1015/1 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 10 und 11 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

10. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 425/1, der Abgeordneten Lafer, Dr. Bleckmann, Dietrich, Ferst, Graf, List und Wiedner, betreffend Fahrsicherheit.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (13.28 Uhr): Herr Präsident! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Meine Damen und Herren!

Ich berichte zur Einl.-Zahl 425/3. Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 425/1. Darin wird Folgendes berichtet:

Dem letzten veröffentlichten Jahresbericht des Kuratoriums für Verkehrssicherheit ist zu entnehmen, dass der Straßenverkehrsunfall für Jugendliche die bei weitem häufigste Todesursache ist.

Zu dem im Punkt I geforderten Fahrsicherheitspaket für 18- bis 23-Jährige ist festzuhalten, dass seitens des Verkehrsministeriums Novellen zum Führerscheingesetz und zur Durchführungsverordnung zum Führerscheingesetz vorliegen, mit welchen die Einführung einer Mehrphasenausbildung vorgesehen ist.

Im Rahmen dieser zweiten Ausbildungsphase sind erstens Feedbackfahrten auf Straßen mit öffentlichem Verkehr, zweitens ein Fahrsicherheitstraining und drittens ein verkehrspsychologisches Gruppengespräch zu absolvieren.

Zu dem im Punkt II betreffenden Bonussystem ist festzuhalten, dass dies nur durch die Versicherungswirtschaft im Rahmen der Gestaltung der Verkehrssicherheitsprämien zur Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung geregelt werden könnte. Das Land Steiermark besitzt weder die legislatischen noch die finanziellen Möglichkeiten, ein derartiges System einzuführen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Bericht soll zur Kenntnis genommen werden. (13.30 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Wir kommen damit zur Berichterstattung des Tagesordnungspunktes

11. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 467/1, der Abgeordneten Halper und Mag. Lackner, betreffend Führerscheingesetz-Novelle.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Kollegger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kollegger (13.30 Uhr): Danke, Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 9. Oktober 2002 sowie am 8. Oktober 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag, Einl.-Zahl 467/1, der Abgeordneten Halper und Mag. Lackner, betreffend Führerscheingesetz-Novelle, liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor. Darin wird Folgendes berichtet:

Zu Punkt eins und zwei:

Der Landeshauptmann als derzeit noch zuständige Behörde erster Instanz (zukünftig die Bezirksverwaltungsbehörden) besitzt keinerlei Kontrollkompetenz bezüglich der Preisgestaltung in Fahrschulen. Die Überprüfung von allfälligen Preisabsprachen obliegt im Rahmen der Wettbewerbskompetenzen dem Wirtschaftsministerium. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass derzeit keinerlei diesbezügliche positive Erhebungsergebnisse bekannt sind.

Zur Ergänzung sei angeführt, dass sich die Kosten für einen Führerschein der Klasse A derzeit auf zirka 725 Euro, jene für die Klasse B auf zirka 1200 Euro belaufen. Werden beide Klassen zugleich gemacht, so kostet die Fahrschule zirka 1670 Euro. Im Falle, dass die Klassen A, B, C und E ausgebildet werden, ist mit Kosten von zirka 2100 Euro zu rechnen. Dabei handelt es sich um Durchschnittswerte.

Natürlich besteht daran Interesse, die Kosten für die Fahrschüler möglichst gering zu halten, jedoch darf es dabei zu keinem Qualitätsverlust kommen. Ergänzend wird nochmals darauf hingewiesen, dass es sich hinsichtlich der Kostengestaltung um rein marktwirtschaftliche Überlegungen der Fahrschule handelt, in die nicht eingegriffen werden kann.

Zu Punkt drei:

Ein Prüfungskandidat, welcher die Klassen A, B, C und E gemeinsam machen möchte, hat insgesamt an Stempelgebühren, Bundesverwaltungsabgaben und Prüfungsgebühren 236,40 Euro zu entrichten, wobei die Gebühren für die ärztliche Untersuchung nicht enthalten sind.

Der Anteil der behördlichen Gebühren exklusive Untersuchungsgebühren beträgt somit zu den Gesamtkosten zirka 11,6 Prozent, der sich wie folgt zusammensetzt. Ich glaube, die Gebühren liegen jedem schriftlich vor, ich verzichte auf die Verlesung.

Die Gebühren und Abgaben werden durch den Bund festgelegt und mit dem Ziel der Kostendeckung kalkuliert. Zum jetzigen Zeitpunkt wird diskutiert, wie man öffentliche Abgaben senken kann, was aber nur im Zuge der Verwaltungsreform näher erläutert werden kann. Die Prämisse Kostendeckung muss aber bestehen bleiben.

Zu Punkt vier:

Diesbezüglich besteht prinzipiell kein Einwand und wird dies Forderung für die nächste Führerscheingesetz-Novelle vorgemerkt und sodann in Vorschlag gebracht. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass in Zukunft dafür die Bezirksverwaltungsbehörden zuständig sein werden.

Zu Punkt fünf:

Diese Forderung war bereits im Entwurf einer Novelle zum Führerscheingesetz im Herbst 2001 enthalten. Nach den letzten Informationen soll nunmehr eine Regierungsvorlage dem Nationalrat vorgelegt werden, in der die Forderung insofern verwirklicht ist, als die Führerscheinprüfung von der Bezirksverwaltungsbehörde am Sitz der Fahrschule abgenommen werden kann.

Zu Punkt sechs:

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass Fahrschulinhaber bestimmte gesetzlich genau umrissene fachliche Voraussetzungen erfüllen müssen, damit seitens der Behörde eine Errichtungs- und Betriebsbewilligung erteilt wird. Im Falle des Todes des Fahrschulbesitzers hat das Gesetz eine Übergangslösung vorgesehen. Diese Übergangslösung besteht darin, dass für die Fahrschule ein verantwortlicher Leiter zu bestellen ist, der die gleichen fachlichen Voraussetzungen haben muss wie der bisherige Inhaber der Fahrschule.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es in der übrigen Wirtschaft auch nicht üblich ist, dass ein Betrieb geschlossen wird, wenn ein Ehepartner stirbt.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 467/1, der Abgeordneten Halper und Mag. Lackner, betreffend Führerscheingesetz-Novelle, wird zur Kenntnis genommen. (13.34 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die ausführliche Berichterstattung. Beim Tagesordnungspunkt 11 besteht auch die Möglichkeit, dass Bundesräte von ihrem Rederecht Gebrauch machen. Die erste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Ferstl. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abg. Ferstl (13.35 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Als ich vor 45 Jahren den Führerschein gemacht habe, hat es 200.000 Fahrzeuge in Österreich gegeben. Jetzt ist es so, dass es pro Einwohner fast ein Fahrzeug gibt und im selben Verhältnis sind auch die Unfälle gestiegen. Es wäre daher wegen der Fahrsicherheit wichtig, einige Feststellungen zu treffen. Jeder dritte Fahranfänger ist innerhalb eines Jahres in einen Verkehrsunfall verwickelt und häufig enden diese mit schweren Verletzungen oder gar mit dem Tod – das war die Erklärung des Direktors des Kuratoriums für Verkehrssicherheit. Jeder zweite tödliche Fahranfängerunfall ist ein Alleinunfall, das heißt, nur ein Fahrzeug ist beteiligt. Offenbar stellt eine leere Landstraße für junge Lenker eine Aufforderung dar, auf das Gas zu steigen und die Autobahn wird dann zum tödlichen Computerspiel. Jährlich sterben zirka 60 Führerscheineulinge im Alter zwischen 18 und 19 Jahren auf Österreichs Straßen. Seitens der Bundesregierung wurde nun beschlossen, die Führerscheinausbildung in Österreich zu reformieren und der Kernpunkt der Novelle zum Führerscheingesetz ist es, das Ausbildungssystem zur Erlangung des Führerscheines nun in Form einer Mehrphasenausbildung vorzunehmen. Besitzer einer Lenkerberechtigung für die Klassen A und B haben anlässlich des erstmaligen Erwerbs dieser Lenkerberechtigungen innerhalb von einem Jahr nach Erteilung eine zweite Ausbildungsphase zu durchlaufen. Im Rahmen dieser zweiten Ausbildungsphase sind Perfektionsfahrten auf Straßen im öffentlichen Verkehr, ein Fahrsicherheitstraining und ein verkehrspsychologisches Gruppengespräch zu absolvieren. Diese Maßnahmen werden von allen österreichischen Verkehrssicherheitsexperten begrüßt. Die Mehrphasenfahrtausbildung sieht ein zusätzliches Fahrsicherheitstraining sowie zwei Feedbackfahrten im Straßenverkehr vor. Diese sind drei, sechs und neun Monate nach der Prüfung abzuhalten, ähnlich wie das in den Niederlanden der Fall ist, wo es in vier Schritten notwendig ist den Führerschein zu machen. In den Niederlanden, die dieses System schon eingeführt haben, ist nach jedem dieser Module ein Test abzuschließen. Sicherlich erwirbt man die Fahrsicherheit erst durch langjährige Praxis, jedoch sind die geplanten Maßnahmen sicherlich ein Schritt dahin, das Unfallrisiko von Führerscheineulingen zu senken. Im verkehrspsychologischen Gruppengespräch können die Führerscheineulinge nochmals auf ihr erhöhtes Unfallrisiko aufmerksam gemacht werden. Die meisten Unfälle von Führerscheineulingen passieren auf Grund von Selbstüberschätzung und überhöhter Geschwindigkeit. Im Interesse der jungen Führerscheinbesitzer bleibt zu hoffen, dass durch die Führerscheinnovelle sich der Führerschein nicht unnötig verteuert. Die FPÖ hat schon einmal einen Antrag eingebracht, um erfolgreichen Absolventen bei langer Unfallfreiheit Kosten zurückzuerstatten und das hat man anscheinend so berücksichtigt, dass zurzeit bereits Personen, die an einem Fahrsicherheitstraining teilnehmen, von einigen Versicherungsanstalten ein Bonus bei der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung gewährt wird. Durch ein verpflichtendes Fahrsicherheitstraining könnte daher auch für Führerscheineulinge ein Bonus bei der Haftpflichtversicherung möglich sein. Ich bitte, unterstützen Sie diesen Bericht und diesen Antrag. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 13.39 Uhr.)

Präsident: Ich danke für diese prägnante Redezeit und erteile Herrn Abgeordneten Hamedl das Wort. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abg. Hamedl (13.39 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Zwei Punkte zu diesen zwei Anträgen: Natürlich stimmen wir diesen Anträgen zu, denn sie haben im Grunde ihre Berechtigung. Dem Kuratorium für Verkehrssicherheit ist zu entnehmen und das hat Kollege Ferstl schon erwähnt, dass vor allem die 15- bis 24-Jährigen die meistgefährdete Gruppe darstellen. Die Unfallzahlen sind zum Teil auch erschreckend und es gibt auch die meisten Toten im Alter von 18 und 20 Jahren. Öster-

reich liegt europaweit an der vordersten Front. Vielleicht einige Zahlen dazu: Im Jahr 2001 wurden 17.620 Jugendliche bei Verkehrsunfällen verletzt und im Alter von 15 bis 24 Jahren wurden 220 getötet. Dies hat, und Kollege Ferstl hat das auch erwähnt, mit überhöhter Geschwindigkeit, mit Überschätzen des Fahrkönnens oder Leichtsinnigkeit zu tun. Ich kenne das auch aus meinem Beruf her. Diese Mehrphasenausbildung ist in Finnland erprobt worden und hat dort zu einer Reduktion der Unfälle um 50 Prozent geführt. Bei einer Umfrage des ÖAMTC und ARBÖ wurde auch festgestellt, dass sogar 70 Prozent der Österreicher mehr bezahlen würden, wenn diese Ausbildung umgesetzt wird. Wer das Gesetz genau gelesen hat, weiß, dass die zweite Ausbildungsphase, nämlich ein Fahrtraining, eine verkehrspsychologische Ausbildung und Gruppengespräche, drei bis zwölf Monate beinhaltet. Meine Damen und Herren, dieses Fahrsicherheitspaket wurde bereits am 9. Juli 2002 im Parlament einstimmig beschlossen und diese Regelung tritt mit 1. Jänner 2003 in Kraft. Ebenso gibt es zwei Punkte im Antrag von Halper und Mag. Lackner, dass man den Führerschein nicht nur in seiner Heimatgemeinde machen kann. Das ist bereits mit 1. August in Kraft getreten, und auch bezüglich Landeshauptmann ist diese Regelung mit 1. Oktober bereits in Kraft. Ich glaube, damit erübrigt sich die weitere Debatte. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 13.42 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 425/1 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 467/1 ihre Zustimmung geben, ersuche ich ebenfalls um ein Handzeichen. Danke.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

12. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 749/1, der Abgeordneten Gennaro, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kolleger, Mag. Lackner, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Stöhrmann, betreffend Arbeitsmarktsituation in der Steiermark.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (13.43 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es liegt ein schriftlicher Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vor. Der Ausschuss hat in seinen Sitzungen am 9. März und 10. September sowie am 8. Oktober 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Es ergingen seitens der Landesregierung Stellungnahmen aus dem Verkehrsressort, aus der Wohnbauförderung und von der Fachabteilung 20A. Der Inhalt ist sehr umfangreich und Ihnen bekannt. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 749/1, der Abgeordneten Gross, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kolleger, Mag. Lackner, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Stöhrmann, betreffend Arbeitsmarktsituation in der Steiermark, wird zur Kenntnis genommen. (13.43 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung, Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. In Vorbereitung Herr Abgeordneter Gennaro.

Abg. Lechner-Sonnek (13.44 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren im Zuschauerraum!

Ich finde es außerordentlich schade, dass der Raum so leer ist, wenn wir über die Situation am Arbeitsmarkt hier debattieren im Landtag. Ich gestehe gleich ein, ich hätte ihn auch gern kennen gelernt, den Dalai Lama. Ich hätte heute die Supergelegenheit gehabt und ein großer Teil der Sitze, die jetzt leer sind, ist deswegen leer, weil es einen Empfang gibt. Ich denke mir aber, dass man im Zweifelsfall schon nicht aus dem Auge verlieren sollte, welchen Job man hat und welches Mandat man übernommen hat. Ich würde mir wünschen zum Beispiel den zuständigen Wirtschafts- und Finanzlandesrat Paierl auf der Regierungsbank sitzen zu haben, weil ich ganz konkrete Wünsche und Anliegen an ihn habe. Es ist mir nicht bang, ich werde sie ihm auch anders mitteilen, aber das ist eigentlich nicht der Sinn der Sache, dass man sich den Landesrat – (Abg. Majcen: „Er hört im Internet zu!“) Er hört im Internet zu. Ich möchte mit ihm ja in eine Debatte eintreten, Herr Kollege Majcen. Das schätze ich besonders, wenn man wirklich offen debattieren kann und ich habe das Gefühl einfach im Moment nicht, weil er nicht anwesend ist.

Zum Thema: Sie alle wissen, dass die Arbeitslosigkeit ein ganz großes Problem ist, dass die Zahlen so schlecht sind wie sie es schon lange nicht mehr waren. Was mich an der Situation in Österreich und in der Steiermark so ärgert, ist, dass immer darauf hingewiesen wird, dass das ja ein europäischer Trend ist. Und überhaupt ist die Wirtschaftslage so, dass man sich nicht wundern darf, dass wir viele Arbeitslose haben. Es klingt fast ein bisschen so, wie wir heute schon gehört haben vom Kollegen Klubobmann Lopatka, der hat gesagt in anderer Sache, das ist ein Thema, das man nur auf EU-Ebene miteinander lösen kann. Und unausgesprochener Beisatz, Nebensatz, ist dann, deswegen brauchen wir nichts tun. Das ist das Problem, das ich habe. Das ist überhaupt nicht gesagt, dass, wenn es wirtschaftlich gesehen auf der ganzen Welt eher eine Lage der Rezession, einen

Zustand der Rezession gibt, soweit es überhaupt so stimmt, dass das heißen muss, dass wir die Hände in den Schoß legen können. Es hat das Land, es hat der Bund Aufgaben in Bezug auf Arbeitsmarktpolitik und gerade in solchen Zeiten sind alle Ebenen massiv gefragt, diese Aufgaben auch wahrzunehmen. Ich denke, jeder geneigte Beobachter, jede kompetente Beobachterin kann sehr wohl wahrnehmen, ob Land und Bund ihren Pflichten nachkommen oder nicht. Wenn wir es nicht wahrnehmen können, hat uns die EU eine kleine Hilfestellung geleistet. Die vergleicht nämlich die Programme in Bezug auf Arbeitslosigkeit, auf Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf EU-Ebene, die Programme der Länder und hat heuer im Sommer, nämlich im August, eine eindeutige Rückmeldung gegeben. Ich habe das unlängst schon zitiert, kurz zusammengefasst: Österreich hat nicht wirklich erkennenswerte sinnvolle Maßnahmen gesetzt, um die Beschäftigungsraten zu steigern, um die Arbeitslosigkeit zu senken, die Schere von Männer- und Fraueneinkommen ist weit auseinander gegangen, das Kindergeld ist in seiner Auswirkung auf die Frauenbeschäftigung schon sichtbar, nämlich restriktiv und verzerrend. Denn die Personen, die Karenzgeld- und Kindergeldbezug haben, werden in der Statistik den arbeitenden Personen zugerechnet. Das heißt, es stimmt nicht, die Zahlen sind viel schlechter als sie ausschauen. Die Zahl bei den Beschäftigten ab 55 ist für Österreich sowieso nichts, worauf man stolz sein sollte, da liegen wir im hinteren Feld, der Anteil 28,6 Prozent. Und was mit Sicherheit Bundesgesetzgebung ist und von Bundesgesetzgebung entscheidend geprägt wird, wir haben immer neue Formen von prekären Beschäftigungsverhältnissen. Gesetzgebung ist hier eine liberalisierende und gestattet viel auf Kosten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Und ein Punkt, mit dem ich mich heute besonders auseinander setzen möchte, die Arbeitslosenversicherung: Der Topf der Arbeitslosenversicherung wurde in den letzten Jahren geplündert und man kann es eigentlich so zusammenfassen: Die Arbeitslosen und die Berufstätigen haben die Öffentlichkeitsarbeit, das Marketing des Finanzministers Grasser bezahlt, niemand anders. Er hat gesagt, er hat sein Budget saniert. Erstens stimmt es nicht, was wir mittlerweile wissen und zweitens ist es durch einen Griff, durch einen ganz tiefen Griff in den Arbeitslosentopf geschehen, was er getan hat. Und das muss man doch wirklich sagen, ist nicht Sinn der Sache und da hat auch der Minister für Wirtschaft und für Arbeitsmarktpolitik Bartenstein vollkommen ausgelassen. Wenn Sie aber denken, ich will nur der schwarz-blauen Regierung am Zeug flicken in dieser Hinsicht, muss ich Ihnen schon erzählen, dass es auch schon zur Tradition der großen Koalition gehört hat, Budgetsanierung mit dem Griff in den Arbeitslosentopf zu betreiben. In den Jahren 1995 bis 1999 sind für Budgetsanierung über 25 Milliarden Schilling, das ist ein großer Brocken, von der Arbeitslosenversicherung abgezweigt worden. Es waren das um 4 Milliarden mehr als zur selben Zeit an Arbeitslosen- und Notstandsgeld ausbezahlt worden ist. Also mehr als die Hälfte dessen, was die berufstätige Bevölkerung angespart hat für Krisenzeiten, ist für die Budgetsanierung ausgegeben worden. Die Arbeitslosen, die auf diese Leistungen angewiesen sind, wurden mehrfach getroffen. Zum Ersten, weil sie innerhalb von fünf Jahren ein komplettes Jahr Arbeitslosengeld an den Bund für Budgetsanierung abgeliefert haben. Das ist so, ein Jahr nur Budgetsanierung. Und zum Zweiten, weil sie von Leistungskürzungen und Verschärfungen bei der Inanspruchnahme von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe betroffen waren. Im Jahr 1997 sind 10 Milliarden Schilling aus der Arbeitslosenversicherung genommen worden und in den Pensions- und Krankenversicherungstopf abgezweigt oder umgeschichtet worden. Man sieht, aus dem Arbeitslosentopf haben sich viele in vielen Jahren sehr gerne und ohne großen Genierier bedient. Und was auch ganz klar auf der Hand liegt, besonders im internationalen Vergleich, was wir in Österreich für aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung haben, weil uns die Regierung nicht viel zugesteht, gehört zu den geringsten Quoten in Europa und so schaut es auch aus. Im Übrigen die schwarz-blaue Koalition hat das Ganze noch ein bisschen intensiviert. Es ist nicht so, dass nicht nur die große Koalition entnommen hat, wenn man sich die Zahlen anschaut, ist all das eingestellt worden, bei weitem übertroffen worden, was den Zugriff auf den Arbeitslosentopf betrifft.

Nun zur aktiven Arbeitsmarktpolitik, ich habe es schon erwähnt, da ist Österreich nicht das Land, das stolz sein kann, weder auf seine Vorhaben noch auf die Umsetzung von Vorhaben. Im Formulieren ist da jemand zwar allerdings Weltmeister oder Europameister. Es heißt nämlich im nationalen Aktionsplan für Beschäftigung 2002 unter Beschäftigungsfähigkeit und Präventionsleitlinie eins: „Als nationales Ziel“ – und das hat die schwarz-blaue Bundesregierung formuliert – „ist der Übergang in Langzeitarbeitslosigkeit bis zum Jahr 2002 zu halbieren. Und darüber hinaus nehmen aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen einen immer größeren Stellenwert ein.“

Das klingt sehr schön, es stimmt aber nicht. Die aktive Arbeitsmarktpolitik, um das zu erläutern, ist das, was man tut, um aktiv gegen Beschäftigungslosigkeit anzukämpfen, ist das, was man tut, wenn man will, dass Personen, die arbeitslos sind, nach der Maßnahme, nach der Intervention Beschäftigung haben. Das ist das, was man tut, wenn man entscheiden will, wie viele Personen in die Notstandshilfe gehen aus der Arbeitslosigkeit und wie viele Personen aus der Arbeitslosigkeit in die Berufstätigkeit zurückgehen. Das ist sozusagen der wesentliche Unterschied und der wesentliche Input. Macht man aktive Arbeitsmarktpolitik, dann ändert man etwas an der Situation. Zahlt man nur Notstandshilfe und Arbeitslose aus, was auch sehr wichtig ist, ändert sich an der Situation nichts.

In der Steiermark ist es so, dass es eine Zusammenarbeit gibt vom Land Steiermark, deswegen hätte ich mir den Landesrat auch hier gewünscht, und der Landesgeschäftsstelle des AMS, ein kooperatives Beschäftigungsprogramm, und darin sind Maßnahmen für die Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit enthalten. Zwei Maßnahmen, Arten, möchte ich Ihnen nennen. Das sind die sozialökonomischen Betriebe und die Beschäftigungsgesellschaften. Und um Ihnen ein Bild davon zu geben, was die leisten und was ihr Wirkungsgrad ist: Bei den sozialökonomischen Betrieben und Beschäftigungsgesellschaften der Steiermark sind derzeit an die 1000 Personen, die wieder über Schulung, über Anlernen in den Berufsprozess integriert werden sollen und es gibt eine sehr

hohe Quote, wo das auch gelingt. 1000 Personen sind in diesen Maßnahmen, können in diesen Maßnahmen betreut werden. Im September 2002 hat es in der Steiermark 1500 Langzeitarbeitslose gegeben. Wenn es ein Ziel ist, Langzeitarbeitslosigkeit zu reduzieren und entscheidend zu bekämpfen, dann kann man daraus ableiten, dass sozialökonomische Betriebe und Beschäftigungsgesellschaften, wenn sie zwei Drittel aktuell, zwei Drittel der betroffenen Personen aktuell in Betreuung haben, ein wirkungsvolles Instrument zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit sind.

Diese sozialökonomischen Betriebe und Beschäftigungsgesellschaften wurden gegründet, weil es Menschen gibt, die mit den normalen Kursen, wie sie ein BFI, ein WIFI oder welcher Träger auch immer anbietet, nichts anfangen können. Der Grund dafür kann sein, dass jemand Schreib- und Leseschwierigkeiten hat. Der Grund kann auch sein, dass eine Person die Grundrechnungsarten gar nicht beherrscht und so vom Kursangebot nicht profitieren kann. Dass dieser Ansatz funktional ist, solchen Personen etwas anderes anzubieten, nämlich im Arbeiten wieder in die Arbeit hineinzufinden, wird mittlerweile in zahlreichen Studien auch bewiesen. Ich will dabei einen sehr anerkannten Sozialforscher, nämlich David Freyer aus Schottland, zitieren, der sagt, es gibt definitiv Menschen, die von den üblichen Kursen nicht profitieren können und scheitern. Es ist eine verhängnisvolle Spirale, die zum Tragen kommt, dass durch das fortwährende Scheitern und in eine Kursmaßnahme kommen und wieder scheitern der Selbstwert so absinkt, dass die Personen wirklich nicht mehr in der Lage sind, ab einem gewissen Zeitpunkt zu arbeiten. Es ist auch nicht nur eine private persönliche Situation. Auch das Umfeld solcher Personen wird massiv geschädigt. Es gibt Untersuchungen, dass die Kinder von Personen in einer solchen Lebenssituation sich in der Schule schwerer tun, damit wieder schlechtere Berufschancen haben und so weiter und so weiter. Die Spirale hat sozusagen auch noch mehrere Ebenen. Es ist daher ganz klar, dass Langzeitarbeitslosigkeit verhindert werden muss, und zwar mit geeigneten Mitteln. Es sind aber nicht alle Mittel geeignet. Diese Beschäftigungsgesellschaften und sozialökonomischen Betriebe sind übrigens angehalten, nicht nur mit dem Geld zu arbeiten, das sie über AMS und Land für die Schulung der Langzeitarbeitslosen bekommen, sondern sie müssen einen relativ hohen Anteil ihrer eigenen Kosten erwirtschaften. Das heißt, sie müssen in Unternehmensbereiche hinein und sie tun das auch erfolgreich, wo andere gar nicht sind, wo „normale Firmen“ nicht hineingehen, weil es nicht lukrativ ist.

Ein Beispiel: Ich kenne einen sozialökonomischen Betrieb in der Oststeiermark, der entrümpelt, kleine Haushaltsreparaturen macht und Gartendienste anbietet. Es gibt erwiesenermaßen – es hat bei den betroffenen Firmen eine Umfrage gegeben – kein Interesse der normalen Firmen, der profitorientierten Unternehmen, in diesen Bereichen zu arbeiten, weil es sich nicht lohnt. Man kriegt nicht einmal jemanden aus diesen Firmen, der bereit ist, solche Arbeiten zu übernehmen. Das heißt, man schadet dem üblichen Wirtschaftsleben nicht und kann auf diese Art und Weise Dienstleistungen anbieten, die es sonst nicht gibt, zum Beispiel für Menschen, die schon älter sind und die sich selber nicht helfen können und, und jetzt kommt etwas ganz Entscheidendes, speist auch enorme Beträge ein: Finanzamt, Gebietskrankenkasse. Das sind Betriebe, die den normalen Regeln unterworfen sind, außer dass sie keine Gewinne machen dürfen. In der Oststeiermark, um das zu quantifizieren, gibt es derzeit eine solche Erhebung bei den Maßnahmen im beschäftigungspolitischen Bereich. Der derzeitige Stand der Evaluierung besagt, dass diese verschiedenen Projekte im arbeitsmarktpolitischen Bereich einen Jahresumsatz von 25 Millionen Euro haben. Das ist ein Wirtschaftsfaktor, das ist ein Wirtschaftsbereich, meine Damen und Herren. Das ist nicht diese Sache Sozialbereich, dass wir ein bisschen was hingeben und die sollen zufrieden sein. Das ist mittlerweile ein Wirtschaftsfaktor. Ich möchte und muss Ihnen mitteilen, dass die sozialökonomischen Betriebe und die Beschäftigungsgesellschaften von massiven Einsparungen betroffen sind und das seit Jahren. Dass es jetzt soweit ist, dass sie null Rücklagen haben, die sie aber eigentlich bilden müssen, dass sie seit Jahren keine Investitionen machen können, dass sie den Anforderungen der „Abfertigung neu“ nicht gehorchen werden können, dass ihnen gestern mitgeteilt worden ist, dass im nächsten Jahr die gleichen Summen im Budget angesetzt sind, das heißt de facto Kürzung, ist für mich nicht zu akzeptieren. Sie alle wissen, dass es Vorrückungen gibt, Sie alle wissen, dass es Inflation gibt. Diese Betriebe sind ausgehungert, ausgeblutet in den letzten Jahren, sollen weiter reduziert werden. Für das Jahr 2004 sind ganz konkrete deutliche Kürzungen in Aussicht gestellt worden, und zwar nicht von irgendwem, sondern von der Landesgeschäftsstelle des AMS. Das heißt, das, was erfolgreich in Sachen Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit in der Steiermark läuft, wird derzeit gerade kaputt gemacht. Deswegen meine Aufforderung an die Steiermärkische Landesregierung, in allen Gremien und mit allen Mitteln, und sei es die Landeshauptleutenkonferenz, darauf hinzuweisen, dass es aus sein muss mit dem Ausbluten des Arbeitslosentopfes, denn das ist die Argumentation auf Bundesebene: „Wir haben ja kein Geld für das AMS!“ Diese Gelder haben Menschen in Arbeit angespart für Zeiten, wo sie Unterstützung brauchen und sie und nur sie haben ein Recht darauf, dieses Geld auch zu bekommen. (Präsident: „Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist abgelaufen!“)

Herr Präsident, einen Satz noch: Ich wünsche mir vom Land ganz dezidierte Worte dem Geschäftspartner Landesgeschäftsstelle AMS gegenüber, wo klar sein muss, dass in der Steiermark alles getan werden muss, um Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern und zu vermindern. Und das ist im Rahmen des kooperativen Beschäftigungsprogrammes ausgewiesenermaßen eine Aufgabe des Landes Steiermark, Wirtschaftsressort, und der Landesgeschäftsstelle des AMS. Ich habe hier Erwartungen und ich werde auch dran bleiben. Es tut mir Leid, denn ich kann zu den Anträgen der anderen Parteien nichts mehr sagen. Sie werden an unserem Abstimmungsverhalten erkennen, was wir davon halten und was wir meinen. Ein Satz vielleicht zum FPÖ-Antrag: Es ist eine Mixtur – Herr Kollege Wiedner war heute ungewöhnlich still – aus vagen, undifferenzierten Botschaften an den Bund, sogar teilweise widersprüchlich. Manche haben den Charakter von frommen Wünschen. Das können wir nicht unterstützen. Weil sich unter dem, was Sie hier schreiben, Strategien verbergen können, wie Sie die Pro-

bleme im arbeitsmarktpolitischen Bereich lösen und weil das unsicher ist und weil das so wenig präzise und so wenig aussagekräftig ist, werden wir diesen Antrag nicht unterstützen. Ich wünsche mir aber, dass Sie uns unterstützen im Druck auf den Wirtschaftslandesrat, dass er etwas unternimmt. (Beifall bei den Grünen. – 14.01 Uhr.)

Präsident: Ich habe noch eine Reihe von Wortmeldungen vorliegen, meine Damen und Herren. Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Gennaro. Danach Abgeordneter Bittmann.

Abg. Gennaro (14.01 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn wir heute zur Arbeitsmarktsituation in der Steiermark sprechen, so glaube ich einstimmig sagen zu können, Arbeit bedeutet verdienen, verdienen bedeutet Kaufkraft und die beste Wirtschaftsförderung für unser Land ist eine Vollbeschäftigung, damit diese Ziele erreicht werden können. Wenn man grundsätzlich zur wirtschaftspolitischen Situation etwas dazusagen muss, dann bedaure ich es gleich wie meine Vorrednerin, dass Landesrat Paiarl nicht anwesend ist. Ich hoffe nicht, dass er Buddhist auch noch wird, weil er sich so interessiert für den Dalai Lama. (Abg. List: „Wo ist deiner?“)

Er ist für die Wirtschaft zuständig. Unser Landeshauptmannstellvertreter begleitet Frau Landeshauptmann, damit sie sich zurechtfindet, wenn er dabei ist. Das ist der feine Unterschied. Die Situation, meine Damen und Herren, ist aber für mich ernst genug. Ich glaube, die EU hat uns den Spiegel vorgehalten und Romano Prodi hat sehr kritisch das ausgesprochen, was sich viele denken. Diesen Spruch haben bereits viele übernommen. Man muss überlegen, ob wir durch die Situation am Arbeitsmarkt am Stabilitätspakt festhalten können. Wir müssen derzeit zuschauen, wie sämtliche Länder in der Arbeitslosenrate und in der Beschäftigung Probleme bekommen. Schlüssel steht für Stabilität. Wer, wenn nicht er, ist verantwortlich für das Chaos? Diese politische Situation am Arbeitsmarkt hat unsere Bundesregierung und teilweise auch das Nichtstun der Landesregierung zu verantworten, meine Damen und Herren. Mit 42 Milliarden Schilling haben wir die Arbeitnehmer belastet. Wir haben weiters die höchsten Steuern und, und, und. Wir haben ein Nulldefizit propagiert und wir haben seit 1999 neuerlich um 5 Milliarden Schilling Schulden mehr. Wir haben alles geopfert, damit wir heute bedauerlicherweise 200.000 Arbeitslose haben. Die „Presse“ ist sicherlich keine sozialdemokratische Zeitung. Wenn drinnen die Sorge des AMS veröffentlicht wird, dass im Winter 320.000 Arbeitslose erwartet werden, meine Damen und Herren, dann finde ich das durchaus gerechtfertigt. Das können Sie sich auf der Zunge zergehen lassen. Man hört dann nämlich auf, Späße zu machen und das ins Lächerliche zu ziehen. Wenn das eintritt, ich hoffe aber, dass das nie eintreten wird, dann würden wir uns in Österreich schön anschauen, weil der ganze Sozialstaat von der Vollbeschäftigung, meine Damen und Herren, lebt. (Abg. Kasic: „Rot-Grün in Deutschland!“)

Du kannst schreien, was du willst! (Abg. Kasic: „Schau dir Rot-Grün in Deutschland an!“) Ich habe kein Problem, ich kann da heraußen viel lauter sein wie du da drinnen. Ich könnte das ausnützen, bin aber kein Schauspieler, aber ich rede schon laut genug. (Allgemeine Heiterkeit.) So ein Schauspieler wie du bin ich sicherlich nicht, weil ihr habt das Reinhard-Seminar besucht und ich bin ja nur Volks- und Hauptschule gegangen und sage das, was ich mir innerlich denke und zu dem stehe ich, meine Damen und Herren.

Es ist natürlich ein Problem, wenn wir wissen, die hohe Arbeitslosigkeit, wenn wir wissen, dass über 34.000 Jugendliche im September noch immer keine Arbeit haben. (Abg. Wiedner: „Aber nicht in der Steiermark!“) Nein, in Österreich, ja 34.000 Jugendliche, in der Steiermark haben wir fast 6000 Jugendliche, die keine Beschäftigung haben. Ist ja bedauerlich genug, da sind wir einer Meinung, dass wir hergehen und sagen, wir müssen einfach aus steirischer Sicht die Dinge in die Hand nehmen. Und wir haben x Forderungen und Anträge gestellt, wo dann dieses Spiel herauskommt. Beim Reden in der Öffentlichkeit seid ihr Weltmeister. Wenn es um das Umsetzen geht, stimmt ihr die Anträge alle da im Haus nieder, weil sie euch politisch nicht reinpassen. Für uns als Sozialdemokraten ist Beschäftigung, ob das ältere Menschen sind, ob das Frauen sind, ob das Jugendliche sind, innerliches Anliegen und ein Herzensbedürfnis, hier einzuschreiten, nicht nur Lippenbekenntnisse zu machen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wenn ich mir das anschau, ich habe eine „News“ herausgenommen, ich lese sie sonst nicht, ich weiß, dass es euch jetzt zusammenzieht. Ich weiß schon, weil das ist sehr, sehr peinlich. Ich habe es dreimal gelesen, weil ich mir gedacht habe, das kann ja nicht wahr sein. So eine Zeitung schreibt, der Bankrott des Kanzlers. Und da haben wir die Plakate auch oben, dass der Schüssel wieder Kanzler werden will, der schreibt, dass Schüssel eine neue Regierung unter seiner Führung verspricht, ist eine gefährliche Drohung. Da habe ich einmal geschluckt und mir gedacht, recht hat er – Schwechater. Und dann geht es noch weiter, dass bitte der politische Totalschaden, das schreibt „News“, das ist ja kein Sozialdemokrat. (Abg. Wiedner: „Überhaupt nicht!“)

Ihr könnt euch beschweren. Der Wolfgang Schüssel tritt vor die Kamera und spricht davon, dass das blau-schwarze Desaster für ihn eine interessante und gute Erfahrung war, gar nichts bedauert. Also wenn diese Situation nicht zu bedauern ist, wie wir zurzeit in Österreich die Arbeitsmarktsituation haben, und ich habe es früher schon gesagt, den Spiegel der EU vorgehalten bekommen, dann muss man in Zukunft überlegen, ob man an dem festhält. Ich freue mich nur, dass das, was wir Sozialdemokraten vor zweieinhalb Jahren schon gesagt haben, dass diese Auswirkung katastrophal für die Österreicherinnen und Österreicher werden wird, dass das eingetreten ist. Und jetzt – Gott sei Dank – hoffe ich, dass alle so vernünftig werden, dass dieses schwarz-blaue Chaos am 24. November eine bekommt, dass er bei der Oberlichten hinausrutscht, meine Damen und Herren. Und wenn die Regierung – vielleicht ist die Oberlichten eh zu klein, dann müssen sie schauen, wie sie durch hinaus kommen, damit sie nicht zertreten werden – und wenn die Regierung im letzten Moment, meine Damen

und Herren, das Strukturpaket schnürt, dann sind das auch Forderungen, die wir schon sehr lange in dem Haus – alle haben in irgendeiner Form schon etwas mitgetan –, dass wir diese Forderungen erhoben haben. Dann sage ich in Wahrheit, ich stehe auch dazu. Gott sei Dank haben Sie in der letzten Zeit etwas gemacht, aber nur weil die Wahl da ist. Aber dazugesagt hat niemand, dass die Sozialtöpfe ausgeräumt werden, dass diese Entlastungen nicht den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute kommen. Da holen sich ein paar das heraus. Und, Herr Landesrat Paierl, der inzwischen eingelangt ist, ich habe geglaubt, Sie werden ein Buddhist, aber jetzt nehme ich das zurück, Sie sind sicher da, Sie haben gesagt, wie schaut das aus mit den 1000 Euro Lehrlingsförderung, kriegen die das auch, die im September angefangen haben, das auch, weil ich habe eine andere Information gehabt, da haben Sie gesagt, alle. Ich gestehe zu, ich habe in der Zwischenzeit die Information bekommen, dass das alle bekommen. Nur, wenn man sich die Situation vor Ort anschaut, geht es wieder ganz gleich. Das ist in Wahrheit nichts anderes als eine Gießkanne, dass alle, wo schon Lehrlinge drinnen sind, Friseurlehrlinge und, und, und, die bekommen die 1000 Euro, kommen nie mehr unter. Man hat weder auf Qualifizierung noch auf branchenbedingte Arbeitslosigkeit Bedacht genommen. Dass die Branchen, die Wirtschaftszweige das brauchen, die Lehrlinge bekommen, weil wir das für unsere Situation, für die wirtschaftliche Situation in Österreich brauchen. Daher ist es eine Notmaßnahme in der Form und man kann über die Inhalte diskutieren. Das würde sehr lange dauern, aber da reicht die Redezeit nicht aus.

Und zur Wirtschaftsförderung, Konsumation und dazu, dass die Kaufkraft angeregt wird. Wir haben jetzt wieder unsere erfolgreichen Kollektivvertragsverhandlungen abgeschlossen. Wir sind bei 1247 Euro Mindestlohn angelangt, von dem was man redet. Meine Damen und Herren, man muss einmal alle der Ehrlichkeit halber ausnehmen, die tatsächlich nicht 1000 Euro verdienen können. Das muss man differenzieren, den Unterschied zwischen Vollbeschäftigung, da bin ich voll bei euch. Aber wenn einer nur 15 oder 20 Stunden arbeitet, das ist die Teilzeit, die so gepriesen wird, wird es schwerlich vertretbar sein, dass die das Gleiche bekommen wie einer, der voll arbeitet. Nur damit man es differenziert. Aber 77.000 Beschäftigte bei Vollbeschäftigung liegen unter 1000 Euro. Das gehört sicherlich repariert. Ich fordere alle auf. Ihr habt in der Wirtschaft die Möglichkeit, der Landesrat Paierl hat dem Schützenhöfer eine aufgelegt, weil er gesagt hat, er verlangt 1000 Euro für alle als Mindestgehalt. Keine Frage, in der Zeitung nachlesbar. Sie waren der, der gesagt hat, das ist nicht verkraftbar. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wo?“) Ich zeige Ihnen den Zeitungsartikel.

Und wenn man hergeht und sagt, für die Wirtschaft muss dann noch mehr entlastet werden, was ist denn das? Dann zahlen alle anderen hinein, damit die 1000 Euro zahlen können und dafür sich keine Sozialversicherungsbeiträge und, und, leisten können, was wieder das System gefährdet.

Und, meine Damen und Herren, zur Wirtschafts- und Einkommenssituation gehört auch die Situation der Wohnbeihilferegelung dazu, weil wir nicht zur Kenntnis nehmen, aber wissen, dass es immer mehr Fälle gibt, Beschwerden, Ängste, Existenzängste von Ausgleichszulagenbezieherinnen und -bezieher, die durch den Wegfall der Wohnbeihilfe und durch den Entfall, dass die Betriebskosten da mitbezahlt, gefördert werden, in Existenzängste kommen. Ich habe einen Sprechtag im Sozialzentrum gehabt, Floßlendstraße, Pensionisten. Mindestpensionisten, 650 Euro Einkommen, Miete rund zwischen 280 und 350 Euro, Förderungsentfall zwischen 120 und 60 Euro. Und wenn du dort dann hörst, dass eine Frau mit 657 Euro Einkommen um 120 Euro weniger Wohnbauförderung bekommt und die dann sagt, wenn ich alles herunterrechne, weil ich habe erhöhte Medikamentenkosten und, und, und, mir sind im letzten Monat 7 Euro übrig geblieben, dann fange ich als Sozialdemokrat zum Nachdenken an. Das kann nicht so sein und es wird Ihnen allen gleich gehen bei den Sprechtagen, dass Leute zu euch kommen werden, die sagen, bitte, wir können uns das Wohnen nicht mehr leisten. Und jetzt hat die Regierung den Härtefonds geschaffen. Und dann habe ich gesagt, ja, warum sucht ihr beim Härtefonds nicht an, da gibt es ja etwas für euch, da könnt ihr ja etwas bekommen. Und dann haben sie mir das Formular, ich habe es noch nicht gekannt, gezeigt. Ich weiß nicht, wer es von euch gesehen hat. Drei, vier Seiten, eine sind die Erläuterungen. Allein bei dem, was zum Ankreuzeln ist, da tut sich ein Älterer so schon schwer. Und dann kommt der Hammer: Zum Schluss gibt es eine Verpflichtungserklärung. Dort muss jeder unterschreiben, wenn er aus dem Härtefonds etwas zurückbekommt, dass er das mit 0,5-prozentiger Verzinsung jährlich zurückzahlen muss. Jetzt sage ich euch auch gleich ein Beispiel dazu, nur für die zwei Jahre. Wenn ich meine Mutter in einer Wohnung habe, die zum Beispiel Wohnbauförderung bekommt und nach eineinhalb oder zwei Jahren muss ich sie herausnehmen, weil sie allein nicht mehr wohnen kann, dann weiß sie, dass sie das zurückzahlen muss. Ich kann meiner Mutter helfen. Aber wie viele andere gibt es, die das nicht zurückzahlen können? Und deswegen, meine Damen und Herren, haben wir so wenig Anträge, weil die Leute Scheu und Angst davor haben, berechtigt, zu unterschreiben und sich zu verpflichten, dass sie das zurückzahlen müssen, wenn sie es nicht können. Und da kann einer sagen was er will, das ist Faktum, da kann er nicht darum herumreden. Daher, meine Damen und Herren, haben wir alles, wenn wir Sozialen und ihr Christlichsozialen und alle nur darüber reden, weil oft denke ich mir, was ihr mit eurem Caritaspräsidenten aufführt, da seid ihr weit weg vom Christlichen, dass wir da einsteigen und sagen, dieser Härtefonds muss sofort nicht mehr zurückzahlen sein, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Das ist eine soziale Geschichte und deswegen möchte ich sagen, wir werden auch den Antrag der Freiheitlichen unterstützen und in dem Sinne sage ich noch etwas dazu, weil drei Minuten habe ich noch. Über den Vorspann könnte man reden. In Wahrheit seid ihr es von der ÖVP gewesen, die diese Belastungswelle oder die Wohnbaugesetznovelle mit beschlossen habt. Ich freue mich aber, dass ihr heute draufkommt und sagt, eigentlich ist das sehr ungerecht und wir müssen da eine Änderung machen, meine Damen und Herren. Natürlich, sonst könnt ihr ja nicht den Antrag stellen, dass auch das, was ich jetzt ausgeführt habe, da drinnen wortwörtlich

steht. Und ich freue mich, und deshalb werden wir zustimmen. Nicht, weil ihr den Antrag gestellt habt, sondern weil in eurem Antrag unsere sozialdemokratischen Forderungen, die wir von Beginn an gemacht haben, heute drinnen stehen. Daher werden wir zustimmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, die Liste hätte ich hier. Ich könnte jedem Einschau geben, weil die Liste ist geprüft worden. Ich habe sie in der Rechtsabteilung prüfen lassen und habe gefragt, was war Wohnbauförderung alt, was war Wohnbauförderung neu. Die Differenz ist nachlesbar und das ist von der Abteilung gekommen. Deswegen möchte ich einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Gennaro, Schleich und Schrittwieser einbringen. Nachdem die SPÖ schon vor der Einführung der neuen harten Wohnbeihilferegelung – mit der Novellierung der Durchführungsverordnung zum Wohnbauförderungsgesetz – vehement dagegen eingetreten ist, bisher aber leider in allen Verhandlungen an dem Widerstand von ÖVP und FPÖ gescheitert ist, hat nunmehr auch die FPÖ erkannt, dass der Härteausgleichsfonds, den ÖVP und FPÖ zur Entschärfung der neuen Wohnbeihilfe vorgesehen haben, bei weitem nicht ausreicht, um soziale Härten auszugleichen. Da der Arbeitsmarktantrag der SPÖ der Wohnbauförderung mit ihrer Auswirkung auf die Kaufkraft der Steirerinnen und Steirer einen breiten Raum beigemessen hat, wird dies zum Anlass genommen, nochmals zu versuchen, die unsoziale neue Wohnbeihilfenregelung für geförderte Wohnungen zu entschärfen. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, auf Basis der zahlreichen durch die Neuregelung der Wohnbeihilfe vorliegenden Härtefälle die Wohnbeihilfe so zu verändern, dass es zu keinen Rückzahlungen kommen kann und letztlich keine sozialen Härtefälle mehr eintreten können. Jetzt, meine Damen und Herren, können Sie Ihr Sozialgewissen mit vertreten und dokumentieren, wenn Sie unserem Antrag die Zustimmung erteilen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.16 Uhr.)

Präsident Ing Kinsky: Meine Damen und Herren, bevor ich mit der Tagesordnung fortfahre, begrüße ich die Schülerinnen und Schüler des 5. Jahrganges der Höheren Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe der Schulschwester Graz-Eggenberg unter der Leitung von Herrn Mag. Karl Jöbstl recht herzlich. (Allgemeiner Beifall.)

Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (14.16 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gerade bei diesem Thema bin ich der Meinung, dass man die Vergangenheit beleuchten muss, um die Gegenwart zu verstehen und auch um die Zukunft planen zu können. Was leuchtet rot in dieser Vergangenheit? Rot leuchtet, dass die sozialistische Koalition die Arbeitsplätze versprochen hat, tatsächlich aber steigende Arbeitslosenzahlen hingenommen hat. In den neunziger Jahren haben die Arbeitslosenzahlen die Grenze von 300.000 mehrmals übertroffen. Lag die durchschnittliche Arbeitslosigkeit bei 142.000 Menschen, so ist sie bereits im Jahr 1998 auf 238.000 angestiegen, obwohl zu dieser Zeit das Bruttoinlandsprodukt um 3,5 Prozent zugenommen hat. Die Freiheitlichen haben zu Beginn ihrer Regierungsbeteiligung eine Durchschnittsarbeitslosigkeit von 221.000 vorgefunden. Die Zahl der offenen Lehrstellen ist ebenso gesunken von fast 20.000 im Jahr 1990 auf 2000 im Jahr 1999. Auch beim Budget haben wir etwas vorgefunden, was Sie wissen müssten. Im Jahr 2000 hat Österreich mehr als 145.000 Milliarden Euro Schulden gehabt, 2000 Milliarden Schilling an Schulden plus außerbudgetäre Schulden von 20,3 Milliarden Euro, das sind 297 Milliarden Schilling. Wir alle wissen, dass jeder 7000 Schilling mehr in seiner Geldtasche haben könnte, wären diese Schulden nicht gewesen. Wenn man unter diesem Aspekt die so berühmte Krawatte von Herrn Finanzminister Edlinger betrachtet, so könnte man meinen, er hat damit keine Sparschweinchen gemeint, sondern er hat damit die Österreicherinnen und Österreicher gemeint, nämlich als Steuerschlachtschweine. (Beifall bei der FPÖ.)

Auch bei der Steuer haben wir Belastungspakete 1996 und 1997 gehabt, denn da ist die Steuer- und Abgabenquote auf 45 Prozent gestiegen. 30 Jahre SPÖ-Finanzpolitik führte dazu, dass die lohnabhängigen Abgaben über dem europäischen Durchschnitt lagen und wir mit einem Budgetdefizit von 2,1 Prozent an hinterster Stelle im Durchschnitt der EU gewesen sind. Auf Grund dieser Vorgaben, dieser dramatischen Situation, sahen und sehen wir es als Hauptaufgabe an, Arbeit zu schaffen. Weil Sie von den Konjunkturpaketen gesprochen haben, möchte ich etwas sagen – Herr Gennaro hat anscheinend nur eines mitbekommen: Tatsächlich gab es zwei mit 1500 Millionen Euro, eines mit 900 Millionen und eines mit 600 Millionen, die auch der Steiermark zugute gekommen sind. Weil Sie auch erwähnt haben, es sind keine Berufe dabei, die Zukunftschancen haben, möchte ich Sie daran erinnern, dass 2000 Personen für Betreuungs- und Pflegeberufe im Rahmen dieser Konjunkturpakete ausgebildet werden, dass 5000 Jugendlichen ohne Schulabschluss oder Schulabbrechern mit zertifizierten Abschlüssen und Vorbereitungsmaßnahmen geholfen wird und dass 3000 Jugendlichen im Rahmen des Jugendsicherungsgesetzes Lehrgänge zur Verfügung gestellt werden. Ich glaube, das sollten Sie alles nicht vergessen. In diesem Bereich ist auch nicht zu vergessen, dass der freiheitliche Minister die Heimfahrtsbeihilfe wieder eingeführt hat, die von der SPÖ gestrichen wurde. (Beifall bei der FPÖ.)

Lehrlinge und Schüler, die am Wochenende von ihren Ausbildungsplätzen zu ihren Eltern nach Hause fahren wollten, wurden von der SPÖ massiv beschnitten und die Eltern mussten diese Heimfahrtsbeihilfen selbst zahlen. Hier hat die FPÖ eingegriffen und Ihre ach so gerechte Sozialpolitik wieder einmal aufräumen müssen. (Beifall bei der FPÖ.)

Neben diesen zahlreichen Initiativen haben wir auch wirklich historische Verbesserungen bei den Arbeitnehmern durchgesetzt, nämlich die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten, von denen alle anderen leider nur lange gesprochen haben, wie auch die „Abfertigung neu“. Auch darüber wurde seit den siebziger Jahren lange gesprochen. Unter unserer freiheitlichen Regierungsbeteiligung wurde die „Abfertigung neu“ end-

lich zur Wirklichkeit und die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik wurden auf über 800 Millionen Euro erhöht und die zur Verfügung stehenden Mittel wurden um 76 Prozent gegenüber dem Jahr 1996 erhöht. Mit dieser Maßnahme ist es uns nicht nur gelungen, für die Arbeitnehmer da zu sein, nämlich wirklich da zu sein und nicht nach dem Motto anderer „tarnen und täuschen“, sondern wir haben auch den höchsten Beschäftigungsstand der Zweiten Republik mit 3,248.000 Arbeitnehmern erreicht. Konjunkturreinbruch, Terroranschläge, Börsencrash: Wir haben wirklich schwere Schläge bei der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt hinnehmen müssen, aber wir konnten trotz alledem unsere internationale Stellung als Wirtschaftsstandort und auch im Bereich des Arbeitsmarktes erhalten und verbessern. Vergleichen wir uns mit Deutschland, denn Sie legen in anderen Bereichen viel Wert, sich immer mit Deutschland zu vergleichen. Vergleichen Sie sich hier mit Deutschland mit 4 Millionen Arbeitslosen, mit der Abwanderung von zahlreichen Betrieben, wie auch gestern wieder in den Medien propagiert wurde und auch damit, dass drei Tage nach der Wahl zwei deutsche Banken 5000 Mitarbeiter freigesetzt haben und dass die Börse einen Tag nach der Wahl und nachdem feststand, dass Rot und Grün wieder die Regierung übernehmen werden, hier einen massiven Verlust hinnehmen musste. Vergleichen wir auch Wien innerhalb von Österreich betreffend Arbeitslosenzahlen, nämlich 8,4 Prozent, wo sozialdemokratische Herrschaft dort den Arbeitsmarkt bestimmt. Vergleichen wir dann die Steiermark mit unseren 6 Prozent. Seien Sie auch so fair, dass Sie nicht nur in diesen Bereichen, wo Sie die Möglichkeit finden zu vergleichen, sondern wirklich hier offen und ehrlich zu diskutieren. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir wollen uns einsetzen und bemühen für die Steiermark und auch für Österreich, denn wir wissen auch, dass jeder Arbeitslose einer zu viel ist. Unser Entschließungsantrag beschäftigt sich auch damit. Ich wollte noch kurz anmerken, was die SPÖ hier in diesem Bereich vorhat, um das Problem des Arbeitsmarktes anders zu lösen oder das Problem für die Arbeitnehmer anders zu lösen. Wenn die SPÖ die Möglichkeit hat, sich in der Regierung zu beteiligen, dann will sie die Steuerbegünstigung für Sonderzahlungen abschaffen. Das heißt so viel wie volle Besteuerung des Urlaubs-, des Weihnachtsgeldes und der Abfertigung und Sie wollen auch den Entfall der Steuerbegünstigung für die ersten fünf Überstunden. (Abg. Schrittwieser: „Das, was du sagst, glaubst du selber nicht!“) Ich habe das nicht erfunden. Das steht auf der SPÖ-Homepage, falls Sie es nicht lesen konnten. Das steht auf der SPÖ-Seite. Tatsache war, dass Sie wollen, dass Urlaubs-, Weihnachtsgeld und Abfertigung voll versteuert werden und auch die Steuerbegünstigung für die fünf ersten Überstunden entfällt. Vielleicht sollten Sie besser in anderen Bereichen etwas aufräumen als hier den Arbeitnehmern in Zukunft etwas wegzunehmen. (Abg. Stöhrmann: „In fünf Wochen werdet ihr eh erlöst!“)

Aber nun zu unserem Entschließungsantrag, in dem die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert wird, an die Bundesregierung heranzutreten, nachfolgende Vorschläge zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen umzusetzen:

Reform des Arbeitsmarktservice, so dass die Vermittlung von Arbeitslosen besser, schneller, familienfreundlicher und effizienter erfolgt, effiziente Bekämpfung der Schwarzarbeit, 1000 Euro Mindestlohn in allen Kollektivverträgen, wo dieser Betrag als Mindestlohn noch nicht erreicht wird, Modernisierung der Lehrlingsausbildung in Österreich, weit reichende Erneuerung der österreichischen Berufsschulen und Verbesserung der Ausbildung der Berufsschullehrer, Gestaltung neuer Berufsbilder, Erleichterung des Berufswechsels, Maßnahmen zur Attraktivierung der Lehrlingsausbildung, Ersatz des Polytechnischen Lehrganges durch ein Berufsfundungsjahr, verstärkte Förderung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, Förderung der Eigeninitiative von Arbeitslosen, Beseitigung von Beschäftigungsschranken von älteren Arbeitnehmern, Umschulung von Arbeitnehmern über 45 Jahren mit einer Arbeitslosigkeit von mehr als drei Monaten auf neue Zukunftsberufe sowie Förderung des Arbeitsplatzes statt der Arbeitslosigkeit.

Und ich denke, wenn Sie sich das durchlesen, dann können Sie wirklich erkennen, dass die Freiheitlichen sich weiterhin so für die Arbeitnehmer einsetzen, wie sie das in den letzten zweieinhalb Jahren trotz des Nachteils der Übernahme der Schulden und der Politik, die die SPÖ hinterlassen hat, getan haben. Wir werden uns weiterhin für die Steirerinnen und Steirer in diesem Bereich einsetzen. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 14.26 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster hat sich Herr Abgeordneter Bittmann zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Bittmann (14.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Meine Herren Landesräte! Meine Damen und Herren Abgeordneten und vor allem liebe Zuhörer!

Ich darf mich vorstellen: Ich bin Benedikt Bittmann, Landtagsabgeordneter seit zwei Jahren und Unternehmer und es ist immer leicht, nach einer grünen Abgeordneten oder nach einem SPÖ-Abgeordneten zu reden. Das war die Märchenstunde und ich darf jetzt, weil auch viele junge Zuhörer hier sind, zu den Fakten kommen.

Österreich nimmt im internationalen Vergleich in der Jugendarbeitslosenquote mit 7 Prozent den zweitbesten Platz ein. Wenn man bisher den Abgeordneten aus der grünen Fraktion und aus der SPÖ-Fraktion zugehört hat, dann könnte man meinen, es ist hier grauenhaft und schrecklich und das ist es Gott sei Dank nicht. Wir sind zweitbestes EU-Land mit der zweitniedrigsten Jugendarbeitslosigkeit. Und das ist eine Leistung auch der Bundesregierung und der Steiermärkischen Landesregierung, an der Spitze Wirtschaftslandesarat Herbert Paierl. (Beifall bei der ÖVP.)

Und wenn wir auch Nummer zwei sind, so hat es sich die Steiermark in vielen Bereichen zum Ziel gesetzt, Nummer eins zu werden. Und deswegen ist von der Bundesregierung und durch die Landesregierung unterstützt das Jugendausbildungssicherungsgesetz 5 gekommen. Es können hier Lehrstellen suchende Jugendliche mit

besonderen Vermittlungshemmnissen mit abgeschlossener Schulpflicht oder Teilnehmerinnen und Teilnehmer an früheren Jugendausbildungssicherungsgesetzlehrgängen eine weitere Ausbildung machen. Es wird in der Steiermark zwischen 600 und 650 zusätzliche Ausbildungsplätze geben, 5,2 Millionen Euro kostet dieses Projekt, zur Hälfte von Herrn Landesrat Paierl finanziert. Ich danke, Herr Landesrat! (Beifall bei der ÖVP.)

Frau Sonnek, Sie haben gesagt, dass die Bundesregierung und die Landesregierung die Hände in den Schoß legen. Und das ist natürlich nicht der Fall, sonst hätten wir nicht so gute Zahlen. Denn Deutschland – hier ist eine Regierung am Werken, die ich mir nicht für Österreich wünsche –, Deutschland hat in der Relation eine doppelt so hohe Arbeitslosenquote und ein Bombenbudgetdefizit.

Das ist ein Schreckensszenario, das ich mir für Österreich nicht wünsche. Wir sind in Österreich in der Arbeitslosigkeit drittbestes EU-Land. Gott sei Dank! Und Betriebe siedeln sich an und wandern nicht ab und der Börsenkurs fällt nicht. Es ist bezeichnend, obwohl der Herr Hagenauer in Unverständnis das letzte Mal gesagt hat, er sei über Nacht arm geworden, aber es ist kein positives Zeichen, wenn der DAX um 5 Prozent fällt. Das ist keineswegs eine positive Leistung einer rot-grünen Regierung in Deutschland.

Herr Abgeordneter Gennaro, du hast gesagt, die Äußerung von Prodi verstehst du. Es geht nicht darum, ob du sie verstehst oder nicht. Es geht darum, ob für alle Länder die gleichen Regeln gelten oder nicht. Du vermischst da zwei Sachen. Du würdest gerne das Geld mit vollen Händen ausgeben, du würdest gerne die Steuern senken, du schimpfst auch über die 1000 Euro, die dankenswerterweise die Bundesregierung als Lehrlingsförderung eingeführt hat und im gleichen Moment sagst du, na ja, das bekommt aber jeder. Ich schaue mir an, wenn das nicht jeder bekommen hätte, dann sagst wieder, die armen Friseurlehrlinge, die bekommen nichts. Dir kann man es nicht recht machen, es tut mir leid. Ich bin sehr froh, ich als Unternehmer – und ich habe von einem Unternehmer auch noch nichts anderes gehört – ich bin sehr froh über die lang geforderte 1000-Euro-Lehrlingsausbildungsprämie. (Beifall bei der ÖVP.)

Und ich bin froh, dass die Lehrlinge unterstützt werden, wenn sie künftig keine Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherungsbeiträge in den ersten beiden Lehrjahren zahlen. Und das ist ein Teil der lang geforderten Lohnnebenkostensenkung, die die Wirtschaft jetzt von der Bundesregierung, an der Spitze mit Bundeskanzler Schüssel und mit Minister Bartenstein Gott sei Dank erreicht hat und dafür bin ich dankbar und froh.

Außerdem hat die Bundesregierung einen Kostenersatz für Betriebe bei Freizeit- und Arbeitsunfällen beschlossen.

Frau Sonnek, ein schönes Tratscherl führen Sie jetzt, es interessiert Sie nur, wenn Sie selber reden, aber wenn wir dann hier im Landtag das Problem diskutieren, dann wäre es auch fein, wenn Sie auch andere Meinungen, auch wenn Sie sie nicht akzeptieren, sich anhören würden. (Abg. Lechner-Sonnek: „Tue ich!“) Weil Sie waren ja hier als erste Rednerin heraußen, also wäre es auch eine Sache des guten Benehmens, wenn Sie der Debatte folgen würden und sich nicht hier unterhalten.

Ich wollte erwähnen, dass es auch für die Betriebe sehr, sehr fein ist, dass es einen Kostenersatz bei Freizeit- und Arbeitsunfällen gibt für Betriebe bis zu 50 Mitarbeitern und auch das neue Vorsorgemodell für Unternehmer ist positiv zu erwähnen. Abgesehen von der Abfertigung neu, die Sie gänzlich unter den Tisch fallen lassen. Ich weiß nicht, Kurtl Gennaro, ist das auch jetzt schlecht, die Abfertigung neu? Oder darf man nichts Positives erwähnen? Sind wir hier im Landtag, dass wir nur negativ reden? Alles ist schlecht, alles ist furchtbar. Wir tun nur alles schlecht reden. Ich darf dir sagen, das ist das Letzte, was die Wirtschaft braucht. Die Wirtschaft braucht die nötigen Rahmenbedingungen, die müssen von der Politik vorgegeben werden, die müssen zufriedenstellend sein. Die Wirtschaft braucht gute Mitarbeiter, die dann auch gut entlohnt werden. Und noch etwas zur 1000-Euro-Mindestlohn-Diskussion, also weil du hier irgendetwas erwähnt hattest, dass sich unsere Landesräte nicht einig wären. Ich kann dir erzählen, wir haben voriges Jahr im Jänner schon und nicht das erste Mal als ÖVP, aber voriges Jahr im Jänner bei der ersten ÖVP-Klubtagung die 1000 Euro besprochen und es gibt keinen Widerspruch innerhalb unserer Partei, mein lieber Herr Gennaro, wenn ich dir das sagen darf.

Katastrophal und Chaos, das sind die Worte die du verwendest, Schwarzmalerei und über 300.000 Arbeitslose, das wird alles nicht eintreten, wenn es beim Bundeskanzler Schüssel bleibt und bei einer Frau Landeshauptmann Klasnic und Wirtschaftslandesrat Herbert Paierl. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 14.33 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zur Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Gross.

Abg. Gross (14.33 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek hat etwas gesagt, dass auch die SPÖ Gelder aus dem Arbeitslosentopf umgeschichtet hat. Ja, das stimmt. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen haben bis zum Jahr 2000 sehr viel Kraft und Energie auch dafür aufgewendet, das Angebot für alle arbeitslosen Menschen auf einen Arbeitsplatz oder auf eine Ausbildung sicherzustellen, indem Gegensteuerungsmaßnahmen gesetzt wurden.

Auch das war aktive Arbeitsmarktpolitik. Aber was passiert denn jetzt? Kollegin Graf redet hier ganz locker von Arbeit schaffen. Es scheint nicht bis zu ihr durchgedrungen zu sein, dass wir derzeit – Kollege Bittmann hat jetzt auch davon gesprochen, er redet von den guten Werten, von den guten Quoten, ich möchte uns auch nicht schlecht reden, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, und es beruhigt mich nicht, dass Deutschland eine beinahe doppelt so hohe Arbeitslosenquote hat, uns macht Sorge, uns beunruhigt, dass wir trotz all dieser tollen

Wirtschaftspolitik, die Herr Landesrat Paierl laut ÖVP in der Steiermark macht (Beifall bei der ÖVP.) und die eure schwarz-blaue Regierung macht, wie es ÖVP und FPÖ auch heute wieder unisono behaupten – die höchste Arbeitslosenrate seit dem Jahre 1945 haben. Lieber Herr Landesrat Paierl, ich höre dich ja schon sagen, jetzt auch unisono mit Kollegin Graf, und du wirst mir sicher wieder darauf antworten, wir haben so viele Menschen in Beschäftigung wie wir noch nie Beschäftigung hatten. Ja, das stimmt. Moment, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber wovon reden wir denn bitte? (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Du kennst die Zahlen mittlerweile auch schon!“) Von welcher Beschäftigung reden wir denn bitte, vor allem für Frauen. Von der Wirtschaft wird eine wunderschöne, eine neue und eine flexible Arbeitswelt vorgegaukelt. Von gerade dieser Wirtschaft werden aber immer mehr Frauen in atypische Beschäftigung abgedrängt und das sind deine Zahlen, lieber Herr Landesrat. Meine Damen und Herren, diese Arbeitsformen schicken Frauen, lieber Kollege Tasch, und auch Männer in eine neue Armut. (Beifall bei der SPÖ.)

Die atypische Beschäftigung artet immer mehr in ein Armutszeugnis für unseren Sozialstaat aus.

Viele Unternehmer versuchen, aus arbeits- und sozialrechtlichen Dienstverhältnissen einfach auszubrechen, um auf billigere und flexiblere Joblösungen auszuweichen. Das ist nicht die Arbeitsmarktpolitik, wie wir sie als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verstehen. Was zusätzlich ein Nachdenken verlangt und bedenklich stimmt ist die Tatsache, dass die geringfügige Beschäftigung im Alter deutlich zunimmt. Dass aus Zwecken der Kostenersparnis immer mehr Unternehmen diese Arbeitsformen anbieten, ist sozialpolitisch fahrlässig meines Erachtens, weil vor allem Frauen mittel- und langfristig in eine akute Armutsgefährdung geraten, denn niedriges Einkommen mit wenig Versicherungszeiten heißt auch niedrigere Pension. Im Falle einer Trennung, weil keiner von uns übernimmt eine Garantie bei der Hochzeit, werden die Probleme noch deutlicher: unzureichende sozialrechtliche Absicherung, weniger arbeitsrechtlicher Schutz, die Aufstiegschancen sind schlecht und die Jobs wenig dauerhaft. Ein eigenes gesichertes Existenzeinkommen ist mit diesen McJobs oft nicht erzielbar. Was umso bedenklicher stimmt ist die Tatsache, dass mehr als ein Drittel der nur geringfügig Beschäftigten nicht einmal sozialversichert sind. Meine Damen und Herren, das ist auch kein Wunder, weil bei einem Durchschnittseinkommen in diesen Jobs von rund 113 Euro ist selbst die vergleichsweise günstige freiwillige Kranken- und Pensionsversicherung von rund 42 Euro zu viel.

Meine Damen und Herren! Neue Entwicklungen, wie der Anstieg der atypischen Beschäftigung, verschärfen die Einkommensungleichheiten zusätzlich und führen zu einer Spaltung selbst des Frauenarbeitsmarktes. Nur mehr ein kleiner Teil der Frauen, meine Damen und Herren, befindet sich nämlich im Kernarbeitsmarkt. Ein immer größerer wird nämlich an den Arbeitsmarktrand gedrängt. Einer der Gründe, warum Frauen an diesen Rand gedrängt werden, sind die noch immer fehlenden Rahmenbedingungen. Meine Damen und Herren! Die schwarz-blaue Bundesregierung redet immer von der Wahlmöglichkeit der Frauen zwischen Beruf und Familie. Viele Frauen wollen aber beides: Kinder und Beruf. Darum brauchen wir auch dementsprechende Kinderbetreuungseinrichtungen, nämlich diejenigen, die schon bestehen und solche, die neu geschaffen werden müssen, neue Kinderbetreuungseinrichtungen, die garantieren, dass auch Frauen voll berufstätig sein können. In diesen Kinderbetreuungseinrichtungen benötigen wir flexiblere Öffnungszeiten, um Männern und Frauen die Berufstätigkeit zu ermöglichen. Uns geht es um die Entscheidung, um die Entscheidung der Frauen, zu Hause bleiben zu können oder auch einen Beruf auszuüben.

Noch eines zur Erinnerung: Mit der Kinderbetreuungsmilliarde, die zwischen 1997 und 2000 geschaffen wurde, wurden in Österreich über 32.000 neue Kinderbetreuungseinrichtungsplätze geschaffen. Die jetzige Bundesregierung hat diesen Budgetposten ersatzlos gestrichen und seit damals gibt es auch kaum mehr einen Ausbau im Bereich der Kinderbetreuung. Jene EU-Länder, die nämlich auch die geringsten Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen haben, haben ein dichtes Netz an professioneller Kinderbetreuung aufgebaut. Ich verweise hier nochmals in diesem Haus auf die skandinavischen Länder, aber auch auf Frankreich und Belgien. Die Ursachen der neuen Armut – lesen Sie das Protokoll der Armutskonferenz – sind Arbeitslosigkeit, schlechte Ausbildung und die Zunahme von atypischen Beschäftigungsformen. Meine Damen und Herren! Frauen, einschließlich Alleinerzieherinnen müssen von ihrem Einkommen auch leben können. Dass die Frauenerwerbstätigkeit grundsätzlich ansteigt, ist ausschließlich auf die Zunahme von Teilzeitjobs und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zurückzuführen. Meine Damen und Herren, ein Beispiel: Im Einzelhandel, auch ein Niedriglohnbereich, auch im Vollerwerb, beträgt der Frauenanteil 77 Prozent. Neueinstellungen in diesem Bereich gibt es großteils nur im Teilzeitbereich.

Meine Damen und Herren, ich muss meine Rede leider etwas verkürzen und sage noch etwas einfach zum Nachdenken: Je höher die Erwerbstätigkeit, desto sicherer sind auch die Pensionen. Wenn nur 41 Prozent der unselbstständig erwerbstätigen Frauen ausschließlich vom eigenen Einkommen leben können, dann ist natürlich auch die mangelnde Alterssicherung der Frauen ein spezielles Thema. Meine Damen und Herren, Vollbeschäftigung für alle, für Männer und Frauen, hat oberste Priorität. Daher fordern wir die Landesregierung auf, zu den bereits getroffenen Maßnahmen raschestmöglich weitere Maßnahmen im Sinne unseres Entschließungsantrages umzusetzen. (Beifall bei der SPÖ. – 14.42 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Drexler. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Drexler (14.43 Uhr): Herr Präsident, sehr verehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Herren Landesräte!

Ich habe ein bisschen ein Déjà-vu-Erlebnis. Wir führen eine ähnliche Debatte von der Struktur her wie bei der letzten Sitzung. Es wird versucht darzustellen, wie furchtbar und grauslich es in der Steiermark um den Arbeitsmarkt, um die wirtschaftliche Performance bestellt ist, wie viele Arbeitslose es gibt und dergleichen mehr, das alles noch verbunden mit dem rührenden Aufruf des Kurt Gennaro, dass man das in Ernsthaftigkeit, ohne das ins Lächerliche zu ziehen, diskutieren soll. Auf das Angebot würden wir an sich gerne einsteigen. Dann müssen wir uns aber der Frage Arbeitsmarkt in Österreich auch in einem Maße nähern, der Ernsthaftigkeit seitens der steirischen Sozialdemokratie erkennen lassen würde. Wenn hier Entschließungsanträge und diese Anträge und jene Anträge gestellt werden, so frage ich die hohe steirische Sozialdemokratie einmal, mit welchem Antrag geht ihr am nächsten Sonntag in den Bundesparteitag der SPÖ zum Thema Arbeitsmarkt? Mit welchem Antrag wendet ihr euch an die Wiener SPÖ und an Bürgermeister Häupl? Man muss schon einmal feststellen, wie das mit der Arbeitslosigkeit in Österreich ist. Wien hat einen Anteil an der Wohnbevölkerung von 20 Prozent. 20 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher sind Wienerinnen und Wiener. Wie viel Prozent der Arbeitslosen in Österreich sind in Wien gemeldet, das dem Vernehmen nach seit der letzten Gemeinderatswahl und Landtagswahl in Wien absolut rot regiert wird? Die kurzen Einsprengselungsphasen vergessen wir. Wien ist absolut rot seit Beginn der Ersten Republik. Wir haben in Wien einen Anteil der Arbeitslosigkeit an der Gesamtarbeitslosigkeit von Österreich von 35,23 Prozent. Es kann uns nur Angst und Bange werden, wenn die Sozialdemokraten dereinst wieder irgendwann einmal für die Arbeitsmarktpolitik in diesem Land verantwortlich sein sollten. (Abg. Schrittwieser: „Das ist nur deshalb, weil in Wien so viele Steirer beschäftigt sind!“)

Es geht noch weiter, denn es gibt noch einige interessante Zahlen. Obwohl heute zu Recht gefordert wird, die Effizienz des Arbeitsmarktservices zu steigern, muss man sagen, dass auch das Problem der Effizienz des Arbeitsmarktservices dort, wo Sozialdemokraten in einziger Linie Verantwortung tragen, nämlich in Wien, schon besondere Kennzahlen aufweist.

Die durchschnittliche Arbeitslosenzeit im Juni 2002 betrug in Österreich 116 Tage, Wien 172 Tage. (Landesrat Dörflinger: „Möchtest du das unter dem Motto ‚Die Steiermark darf nicht Wien werden‘?“)

Guter Zwischenruf! Bitte, die Steiermark darf keinesfalls Wien werden in dem Zusammenhang, vollkommen richtig erkannt. Deswegen habe ich euch ja auch gefragt, was ihr eigentlich mit euren eigenen Parteifreunden in Wien macht. Denn das wahre Arbeitsmarktproblem Österreichs liegt nur dort in der Bundeshauptstadt. Und nicht nur deswegen, weil dort irgendeine schwierige Struktur ist, sondern weil dort die Effizienz im Arbeitsmarktservice die geringste ist. Denn 172 Tage in Wien und 116 in Restösterreich ist schon eine Zahl, die ich gerne einmal erklärt haben möchte. Oder 46 Prozent des bundesweit zu verzeichnenden Lehrstellenrückganges, 46 Prozent des Lehrstellenrückganges allein in der Bundeshauptstadt Wien. Also tut eure gut gemeinten Anträge und all diese Dinge, die hier empfohlen werden der erfolgreichen Wirtschaftspolitik hier in der Steiermark, tut das einmal den Wienern empfehlen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Bitte, da wäre einmal ein Markt dafür.

Also bitte, das wäre im Aggregat betrachtet für Österreich das sinnvollste. Vielleicht konzentriert ihr einmal, schickt eine Taskforce hin oder ich weiß ja nicht, nachdem wir so großartige Arbeitsmarktexperten hier beieinander haben.

Zweites Beispiel – Wien einmal das Erste – jetzt das Zweite: Nachdem wir uns immer Belehrungen über Arbeitsmarktpolitik verbunden mit diesen Appellen, dass wir das doch ernst nehmen sollen, wir nehmen es nämlich eben ernst, von Sozialdemokratie und Grünen hören, schauen wir halt einmal in die Bundesrepublik Deutschland. So, jetzt komme ich nicht mit der billigen Zahl von den mehr als 4 Millionen Arbeitslosen. Ist nicht das Thema, ist schlimm und furchtbar. Das wollte man ursprünglich halbieren oder ein Drittel weniger vom Bundeskanzler Kohl her, nicht gelungen, abhaken. (Abg. Gross: „Ich habe gesagt, wir müssen uns nicht mit den Schlechteren vergleichen!“) So, aber jetzt auch einmal ein paar interessante Zahlen in diesem rot-grün regierten Deutschland. Wie lange bleibt dort jemand in Arbeitslosigkeit, der einmal in Arbeitslosigkeit gefallen ist? Im Jahr 2001 im Durchschnitt 33 Wochen lang. 33 Wochen lang! So, jetzt haben der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder, seine Unterstützer und Apologeten erklärt, sie werden den Herrn Volkswagen-Manager Hartz bitten, dass er ihnen jetzt die Ratschläge geben soll. So, jetzt hat die Hartz-Kommission das veröffentlicht und hat gesagt, übrigens unter mehrfacher Bezugnahme auf Beispiele aus dem benachbarten Ausland, darunter Österreich, die 33 Wochen, die durchschnittlich ein Deutscher oder eine Deutsche in Arbeitslosigkeit ist, ist zu lang, das gehört verkürzt, ehrgeizige Maßnahme, großes Ziel des Gerhard Schröder. Wisst ihr, was sein Ziel ist? Durchschnittliche Verweildauer in der Arbeitslosigkeit 22 Wochen. Ich wiederhole: 22 Wochen! Wisst ihr, was in Österreich der Fall ist im Jahr 2001 im Schnitt? 15 Wochen! Also bitte, nur nicht zu viel Rot-Grün, das kann uns nur schaden und das muss auch bis zum 24. November wohl das sein, worauf wir uns hier konzentrieren müssen. Denn eines bei allem – die Kollegin Graf hat darauf hingewiesen – bei allem, was sich weltwirtschaftlich getan hat und in sonstigen Umfeldbedingungen in den letzten Jahren, muss man dieser Bundesregierung und insbesondere auch unserer steirischen Landesregierung ein ganz großes Lob aussprechen. Wir haben in Wahrheit hier in der Steiermark von den Auswirkungen her beinahe den Zug der Weltkonjunktur nach unten verpasst. Das ist die Wahrheit. Wir sind konjunkturresistent geworden in einem erheblich stärkeren Ausmaß als andere Bundesländer und in einem erheblichen stärkeren Ausmaß als rot-grün regierte Nachbarstaaten. Das gilt es einmal in aller Deutlichkeit festzustellen.

Und abschließend, weil ich hier noch drei Minuten angezeigt bekomme, weil die Kollegin Gross zuvor wieder darauf hingewiesen hat, dass die steigenden Beschäftigtenzahlen einzig und allein in furchtbaren atypischen Verhältnissen und geringfügig Beschäftigten und so weiter sind. Das Phänomen gibt es und das kann man nicht bestreiten. Natürlich gibt es Leute, die in atypische Beschäftigungsverhältnisse gezwungen werden, natürlich gibt es Leute, die in geringfügige Beschäftigung gedrängt werden, natürlich gibt es Leute, die in Teilzeit gedrängt werden. Aber ich behaupte, es gibt mindestens ebenso viele, die gerade in Teilzeit arbeiten wollen, die gerade geringfügig beschäftigt arbeiten wollen und die in einer modernen Arbeitswelt als IT-Techniker oder weiß der Teufel was genau in atypischen Verhältnissen arbeiten wollen. Oder glauben Sie, alle werden gezwungen? Das ist ja bitte keine „brave new world“ hier, dass jeder gezwungen wird, das ist ja nicht George Orwell oder sonst irgend etwas, sondern es gibt negative Auswirkungen eines Grundzugs in unserer Gesellschaft, den ich aber nicht von vornherein verdammen darf. Das Problem ist, dass insbesondere die institutionellen Arbeitnehmervertretungen ÖGB und – (Abg. Gross: „Ich weise nur darauf hin, welche Folgewirkungen es gibt!“)

Es gibt negative Beispiele. Nur, jetzt frage ich Sie schon, warum hat der ÖGB auf diesen gesellschaftlichen Trend keine andere Antwort in den letzten zehn Jahren gefunden als zu sagen, es darf halt nicht sein, wo es das aber real gibt? (Abg. Gross: „Das stimmt nicht!“) Das ist Realitätsverweigerung. Bemühen wir uns doch gemeinsam, ein neues Arbeitsrecht zu kodifizieren, bemühen wir uns doch gemeinsam, dass freie Dienstnehmer auch von der Arbeiterkammer vertreten werden. Wer hindert uns denn daran, das zu realisieren und diese schlechte Rolle dieser atypischen Verhältnisse zumindest ein wenig ins rechte Lot zu rücken? Also, was bleibt aus dieser Debatte heute aus meiner Sicht, was die Beiträge von SPÖ und Grünen betrifft, ist Folgendes: Wir müssen uns zum wiederholten Mal, jetzt weiß ich nicht, ich glaube, wir haben vor der Nationalratswahl noch eine Landtags-sitzung, da wird das wieder kommen, wir müssen uns wiederholt anhören, dass, obwohl alle Kennzahlen dagegensprechen, alles grauslich und furchtbar ist, wir müssen uns immer wieder anhören, wie schlimm die Entwicklung ist und wir werden halt immer wieder darauf hinweisen müssen, dass dort, wo Sozialdemokraten Verantwortung tragen, dort, wo Sozialdemokraten im Extremfall noch mit Grünen gemeinsam Verantwortung tragen, die Zahlen erheblich schlechter sind als bei uns. Hören Sie auf damit die Steiermark schlecht zu machen, arbeiten wir für dieses Land. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.52 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile es ihm.

Abg. Schleich (14.52 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Landesräte! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn heute hier bei dieser Wirtschafts- und Arbeitspolitikdebatte Aussagen fallen, dass man glaubt, man ist irgendwo anders, das kann nicht wahr sein, dann muss ich sagen, ich muss mich schon bei meinem Vorredner bedanken, dass er so klare Fronten vorangibt, dass er sagt, das wirkliche Arbeitsmarktproblem liegt in Wien. Jetzt muss ich aber wirklich sagen, ist das eine ÖVP-Meinung, dass die 28.500 Arbeitslosen in der Steiermark für euch kein Problem sind? (Abg. Hammerl: „Das hat ja niemand gesagt!“) Ist das die Antwort dazu? Weil ich habe es so vernommen, dass das bei uns kein Problem ist. Ich sage, es ist für uns ein großes Problem. 28.500 Arbeitslose, die sind nicht nur zu viel, sondern jeder Einzelne muss für uns ein großes Problem sein, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn heute so oft der Vergleich mit Deutschland gekommen ist, die Wiedervereinigung in Deutschland war eine große Sache und es waren Sozialdemokraten und natürlich dort auch die christlich-soziale Partei dafür und unter Kohl sind sie dort eingezogen. Nur, die Menschen haben dann nachher den Sozialdemokraten die Verantwortung übergeben, weil sie gesehen haben, wer das besser meistern kann. Und diese große Aufgabe werden sie meistern. Natürlich ist das ein großes Problem und dieses Problem, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen sie dort erledigen und auch lösen. Und die Mehrheit der Deutschen hat eben den Sozialdemokraten und dieser Koalition auch das Vertrauen gegeben.

Liebe Kollegen aus der rechten Reichshälfte, wenn ich dann so viel von Wirtschaft höre und feststellen muss, dass Wirtschaften halt auch das Wort beinhalten soll, nicht nur, dass ich verwalte, sondern auch wirtschaftete, dann muss man den internationalen Vergleich trotzdem anschauen und da brauchen wir nicht jammern.

Es ist einfach so, dass in den meisten EU-Ländern in den letzten Jahren die Investitionen, die Sozialausgaben, die Steuererleichterung im Bereich der Wirtschaftskrise forciert wurden. Was ist bei uns passiert? Steuererhöhungen, Rezession, die Kaufkraft ist gesunken. Jetzt soll mir einer sagen, dass das Wirtschaften ist. Das kann nicht Wirtschaften sein. Wir wissen ganz genau, dass wir an vorletzter Stelle beim Wirtschaftswachstum in der EU sind – das ist Tatsache. Das aber erst, seit es eine schwarz-blaue Regierung gibt, denn vorher war das nicht so: EU-Schlusslicht bei der Einkommensentwicklung. Das waren wir vor 1999 auch nicht, wenn Sie sich das anschauen. Es ist das erste Mal, dass die Rekordinflation im EU-Durchschnitt darüber ist. Das waren wir vorher auch nicht. Vorher waren wir unter dem Durchschnitt. Leider habe ich nicht so viel Zeit dafür, daher kann ich auch nicht näher auf Ausgaben in der Forschung und in der Wirtschaft eingehen. Eines muss ich aber schon sagen: Die gewerbliche Technologie- und Forschungsförderung wurde gegenüber 1999 um mehr als ein Drittel gekürzt. Wer in der Forschung und Technologie kürzt, der muss nachdenken, ob das richtig ist. Vergleicht man ein praktisches Beispiel im Verkauf und Verscherbeln, so seid ihr sowieso Weltmeister. Würde das jemand in der Wirtschaft machen, hätte er wahrscheinlich keine Bonität mehr, würde auch keinen Kredit bekommen und könnte auch nicht mehr investieren. Das Mahnmal dafür ist wirklich Semperit. Man hat ein Werk wie Semperit, wo man genau weiß, die Autoindustrie boomt, sterben lassen.

Ich sage Ihnen ein anderes Beispiel: Würde in der Wirtschaft, meine sehr geehrten Damen und Herren der rechten Reichshälfte, jemand, wenn er mehrere Betriebe hat, seinen besten Betrieb verkaufen, dann würde man wahrscheinlich fragen, was mit ihm passiert ist. Ein anderes Beispiel: Die Austria Tabakwerke haben zwischen vier und fünf Jahren so viel Gewinn gemacht, dass das einen Kaufpreis ausgemacht hätte. Ich frage mich wirklich, welcher Intelligenz es bedarf, weil brauchen wir später kein Geld? Brauchen wir später im Bund und Land kein Geld? Wir werden Einnahmen brauchen. Wenn ich mir die ganzen Ausgliederungen anschau und sehe, wer das dann zurückzahlen wird, muss ich sagen, keiner, der je vorher regiert hat, hat mehr Schulden gemacht als das heute der Fall ist. Das wissen Sie ganz genau. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Wiedner: „Das glaubst du selber nicht!“)

Ich brauche nur nachzulesen. Ich erzähle euch jetzt etwas aus der Finanzpolitik und aus der Praxis. Ein Land muss sich in Wirklichkeit vorbereiten, wenn unsere Nachbarn zur EU kommen, ob das jetzt Slowenien oder Ungarn ist oder später vielleicht auch Kroatien. Das heißt, ich muss in die Bildung investieren. Ich muss aber auch ein Steuersystem haben, dass die Wirtschaft investiert. Was habt ihr gemacht? Euch ist zuerst einmal eingefallen, und zwar als Wirtschaftspartei, wie ihr euch nennt, denke aber, das muss ein Sprachfehler sein, den IFB abzuschaffen, der einzige Investitionsfreibetrag, den ich in Wahrheit brauche, dass die Unternehmer investieren. Ich denke an Kreiskys Zeiten zurück, wo es 50 Prozent gegeben hat. Hören Sie mir zu, denn jetzt erzähle ich Ihnen etwas, liebe Wirtschaftler: Slowenien hat einen Investitionsfreibetrag von 40 Prozent. In einem Zeitungsartikel habe ich gelesen, dass der Wirtschaftslandesrat gesagt hat, wenn unsere Unternehmer in Slowenien investieren, dann fördert es in der Steiermark Arbeitsplätze. Dieses Rätsel konnte ich bis heute noch nicht lösen. Man hätte höchstens den Betrieb hier verschulden können, um dort ein Geld zu kriegen. Ich habe das sonst noch nirgends gehört. Kroatien hat einen 100-prozentigen IFB, eine vorzeitige Abschreibung. Jetzt müssen Sie sich vorstellen, was auf uns zukommt. In Wirklichkeit heißt das die Wirtschaft fit machen, Freunde. Die Sozialdemokraten werden jedenfalls dafür eintreten, dass wir die Wirtschaft fit machen, damit unsere Menschen eine Arbeit haben, und nicht (Beifall bei der SPÖ.) nur Härtefonds gründen müssen, wie das im Wohnbau der Fall ist, damit die Leute am Schluss nicht zu einem Fonds gehen müssen, dass sie ein Geld kriegen, um überhaupt überleben zu können. So kann es nicht sein. Ich frage mich, warum nehmen sie den Härtefonds nicht an? Überlegen Sie einmal warum. Es hat natürlich jeder Angst vorm Zurückzahlen. Was kommt noch dazu? Sie müssen vorher zum Bruder, zur Schwester, zur Oma gehen. Ich erlebe das in der Praxis immer wieder. Jeder wird nach einem Geld gefragt. Es wird nicht angesucht darum, weil sie Angst haben vor dem Tag, wo sie das Geld zurückzahlen müssen. Das Vertrauen im Familienkreis ist wahrscheinlich wesentlich größer. Das ist der Punkt. Deshalb ist es heute ein entscheidender Faktor, dass wir hier etwas weiterbringen.

Liebe Wirtschaftsexperten, ich erzähle euch noch etwas, weil das haben mir Steuerberater gesagt und diese sind unverdächtig, dass sie Sozialdemokraten sind. Ich habe sie gefragt, was die Hauptaufgabe in den letzten Jahren als Steuerberater war. Wissen Sie, was ich für eine Antwort bekommen habe? Früher haben wir beraten, wie der Unternehmer weniger Steuern bezahlt, wie er seine Bilanz erstellt. Heute hat sich unsere Tätigkeit um mehr als 50 Prozent dahin gehend verschoben, dass wir eigentlich mit ihm, dem Unternehmer, das Gespräch führen müssen, wie er seinen Betrieb sanieren kann, dass er weiter bestehen kann.

Das haben wir mit dem Steuersystem gemacht, mit der höchsten Steuer in Österreich, nicht zu investieren. (Abg. Straßberger: „Das ist in zwei Jahren passiert?“)

Ich habe sie danach gefragt, und zwar, was haben sie in den letzten zwei Jahren gemacht. Ihr müsst euch mit den Leuten aus der Praxis unterhalten. Ich weiß daher schon, wovon ich rede, denn das kommt aus der Praxis.

Liebe Freunde! Was wir in der Wirtschaft brauchen ist Risikokapital und einen Vergleich mit der Wirtschaft. Jetzt erzähle ich Ihnen noch etwas aus der Wirtschaft: Glaubst du, dass der Vergleich mit der Wirtschaft ist, wenn ich heute sage, gehe hinaus in die Region, investiere draußen, siedle dich in einer Gemeinde an, wenn ich vorher als Bund beschließe, dass die Postämter zusperrn, dass die Finanzämter verlegt werden, dass die Bezirksgerichte zugemacht werden, dass ich bei der Sicherheit spare? Glaubst ihr dann, dass der Gewerbetreibende dahin gehend ein Vertrauen hat, wenn ich als oberstes Organ vorgebe, dass ich dort abziehe? Liebe Freunde, ich könnte mich mit euch stundenlang unterhalten und könnte euch das wirkliche Tageslicht darbringen, wenn man es auch manchmal nicht sieht. Ich habe manchmal wirklich das Gefühl, dass bei euch Wirtschaft dann ist, wenn ich Fonds gründe, wenn es den Leuten schlecht geht und dann den Leuten etwas gebe, was sie wieder zurückzahlen müssen. Ich denke, man sollte ihnen so helfen, dass die Wirtschaft wächst, dass Steuern hereinkommen und dass sie mit jenen Steuern natürlich dann auch wirtschaften können, sparen können und auch unser Budget senken. Schaut euch die Wiener an. Die Wiener haben zum Vergleich die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung, Kärnten hat die höchste.

Ich darf jetzt einen Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten der Sozialdemokraten einbringen. Am 22. Jänner 2002 haben alle Landtagsabgeordneten der SPÖ einen Antrag betreffend die Arbeitsmarktsituation in der Steiermark in den Landtag eingebracht, mit dem der Landesregierung Maßnahmen vorgeschlagen wurden, durch die im Wege von Änderungen bei der Wohnbauförderung die Kaufkraft der Steirerinnen und Steirer gestärkt, Infrastrukturmaßnahmen vorgezogen, die Konjunktur belebt, die Lehrlingssituation verbessert und Hilfestellungen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt getroffen werden sollten. Dieser Antrag wurde vom Finanz-Ausschuss am 5. März 2002 der Landesregierung zur Stellungnahme übermittelt. Die ersten diesbezüglichen Stellungnahmen der Landesregierung gingen dem Ausschuss am 10. September, weitere am 8. Oktober 2002 zu. Mit Bedauern musste dabei festgestellt werden, dass dieses Thema den zuständigen Wirtschaftslandesrat leider nicht zur Formulierung einer Stellungnahme veranlasst hat. Leider hat sich in der Zwischenzeit die Arbeitsmarktsituation in der Steiermark dramatisch verschlechtert. In Österreich gab es im Jahr

2001 durchschnittlich 214.000 Arbeitslose. Das bedeutet eine Arbeitslosenquote von 6,1 Prozent. Die Prognosen lauten für die Jahre 2002 und 2003 235.000 Arbeitslose und damit eine Arbeitslosenquote von 6,9 Prozent. Das heißt, dass die Situation am Arbeitsmarkt mittelfristig eher schlechter als besser wird. Die Steiermarkzahlen nehmen von der Tendenz her einen ähnlichen Verlauf. 2001 gab es 30.000 Arbeitslose und damit eine Arbeitslosenquote von 6,5 Prozent. 2002 und 2003 ist mit zirka 35.000 Arbeitslosen und damit einer Arbeitslosenquote von 7,5 Prozent zu rechnen. Der Vergleich der Jugendarbeitslosenzahlen vom September 2001 mit denen vom September 2002 zeigt leider einen Zuwachs von 800 Personen in der Gruppe der 19- bis 25-Jährigen von 4200 auf rund 5000, das ist eine Steigerung von 18,9 Prozent.

Der Vergleich der Daten vom September 2001 mit denen des Jahres 2002 zeigt bei den vorgemerkten Arbeitslosen eine Steigerung von 24.715 auf 27.984 und damit eine Arbeitslosenquote, die von 5,3 auf 6 Prozent gestiegen ist. Die Landesregierung ist daher dringend aufgefordert, zu den bereits getroffenen Maßnahmen raschestmöglich weitere Maßnahmen im Sinne des folgenden Antrages umzusetzen.

Dieser Antrag lautet auf neun Punkte, er liegt Ihnen allen vor. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe auf eine bessere Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in der Steiermark. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.05 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Paierl. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (15.05 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Nach den sehr lichtvollen Ausführungen einer Lichtgestalt im Unternehmerbereich wie des Franz Schleich habe ich mir gedacht, melde ich mich wirklich zur Auflockerung und vielleicht auch zur Verlebendigung dieser Debatte zu Wort, obwohl ich an sich den Ausführungen von Christopher Drexler und Benni Bittmann nichts hinzuzufügen hätte. Sie haben einerseits sehr wohl die Daten richtiggestellt, was offensichtlich in der SPÖ-Fraktion nicht möglich ist auf die letzten verfügbaren Daten zurückzugreifen, zum anderen haben sie auch die richtigen politischen Zusammenhänge hergestellt. Wenn es so leicht wäre, meine Damen und Herren, sich herzustellen und zu sagen, wir brauchen nur die politische Farbe von den jeweiligen Regierungschefs verändern, Sie haben ja die richtigen Antworten bekommen, wie schaut es denn mit den Regierungschefs und ihren Verantwortlichkeiten in der Arbeitsmarktpolitik etwa in Wien oder in Deutschland aus? Wie schaut es wirklich aus? Sie haben die Antworten gekriegt. Ich könnte auch hergehen, ich tue es bewusst nur theoretisch, symbolhaft, ich könnte hergehen und sagen, schauen Sie sich die Septemberwerte für die Steiermark an im Jahre 1996, einer Zeit, wo Sie einen Kanzler gehabt haben, an den Sie heute noch glauben, Franz Vranitzky. Er wird ja da oder dort hergezeigt und tritt auf. Da war es in der Steiermark so, Herr Kollege Gennaro, bitte aufpassen, die Zahlen hätten Sie auch, aber Sie verwenden sie nicht, 30.264 Arbeitslose in der Steiermark. Im schwierigen Jahr 2002, September 2002, 27.884. Er hört nicht zu, der Kollege Schleich. Wenn er zuhören würde, würde er bemerkt haben, dass er die falsche Zahl gehabt hat, er hat nämlich gesagt 28.500. In diesem Fall – bitte – ein Minus an Arbeitslosen, obwohl die Konjunkturlage des Jahres 1996 um vieles besser war als die des Jahres 2002. Auch bei den Beschäftigten, es ist schon gesagt worden, selbstverständlich gibt es einen Wandel am Arbeitsmarkt, nämlich zu geringfügig Beschäftigten – Teilzeitarbeit, zum Teil etwas, wenn ich da Ihre Programme anschau, auch von den Grünen, dann wünschten Sie immer das, Flexibilität, Teilzeitarbeit, mehr Mobilität am Arbeitsmarkt. Auch da bitte nur eine Zahl, ich will Sie nicht verwirren, aber ich sage es Ihnen ja jedes Mal. Nur, es hilft nur nichts, deswegen stehe ich zwischendurch auf, weil ich habe gesehen, es sind noch einige Wortmeldungen von der linken Seite zu erwarten. Vielleicht kann man da Ihre Manuskripte ein bisschen anreichern in diese Richtung. 418.000 in der Vranitzky-Zeit Beschäftigte in der Steiermark und jetzt unter einer ÖVP-Kanzlerschaft könnte ich sagen, politisch wird man es auch sagen müssen, wenn man sozusagen mit dem konfrontiert wird, was Sie hier verzapfen, 441.000 plus 23.000 Jobs mehr – bitte, woanders sind weniger geworden. Das ist Realität. Woanders sind die Arbeitslosen gestiegen in dieser Zeit und bei uns hat die Struktur, der Strukturwandel es mit sich gebracht, dass die Arbeitsplätze gestiegen sind, die Jobs und die Arbeitslosen trotz einer ganz schwierigen Umfeldbedingung, einer ganz schwierigen internationalen Konjunkturlage hat sich dieser Strukturwandel in der Steiermark Gott sei Dank für die Beschäftigten – nicht für die Wirtschaft – für die in der Wirtschaft Beschäftigten verbessert. Bitte, es wäre durchaus sinnvoll, diese Differenzierung einmal vorzunehmen. Ich weiß, wir werden noch einmal – Christopher, da hast du Recht, es wird noch eine Landtagssitzung geben vor dem 24. November, ein paar Tage vorher werden wir dieselbe Geschichte erleben, wir haben sie bereits im September erlebt.

Liebe Barbara Gross, auch das sagte ich schon an deine Adresse, du hast ja gute Verbindungen auch zum AMS, bitte, lass dir doch diese Zahlen geben, die nicht von mir sind, sondern AMS-Zahlen. Bei den Frauen auch wiederum hier 1996-Vergleich, könnte man sagen, Vranitzky-Regierung, 17.133 arbeitslose Frauen in der Steiermark, jetzt, unter schwierigsten Bedingungen unter der Kanzlerschaft von Wolfgang Schüssel 13.519, ein absolutes Minus.

Und jetzt komme ich auf noch etwas, weil da die andere Problemgruppe oder die andere Zielgruppe politischen Auftritts angesprochen wurde, nämlich die Jugendarbeitslosigkeit. Auch da gibt es schöne Vergleichszahlen. Die Jugendarbeitslosigkeit in der Steiermark im Jahr 1996, Septemberwert vergleichbar, war höher als derzeit. Bei den Lehrlingen waren es überhaupt 1800 Lehrstellen suchende Jugendliche zum gleichen Zeitraum wie jetzt, und jetzt sind es nur mehr 1062 ohne die Maßnahmen, wo wir selbstverständlich teilnehmen. Deswegen verstehe ich nicht, warum es einen Antrag gibt, dass wir teilnehmen sollten an den Maßnahmen und das Land hier kofinanziert. Wir tun es ja seit zwei Jahren als einziges Bundesland und haben daraus Gott sei Dank auch positive Aspekte.

Meine Damen und Herren, auch ein anderes Phänomen noch im Zusammenhang mit den Lehrplätzen: 1996 – könnte ich auch wieder sagen, Vranitzky-Zeit – hat der Lehrplatzandrang und die Lehrlingsquote, nämlich vom Geburtenjahrgang, der da auf den Markt gekommen ist, in der Steiermark 41,1 Prozent betragen und jetzt sind weniger Jugendliche, weil eben die geburtenschwächeren Jahrgänge kommen, 42 Prozent trotz einer schwierigen Situation. Das heißt, die Quote der Lehrlinge hat sich an dem Geburtenjahrgang in der Zeit erhöht. Ich will gar nicht in die Richtung, dass ich Sie jetzt sozusagen mit positiven Zahlen so stimme, dass Sie sagen, wir haben kein Problem. Das ist nicht meine Intention. Selbstverständlich haben wir permanent, das, was insbesondere die Frau Landeshauptmann damals auch noch, als sie Wirtschaftsreferentin war und dann auch in der weiteren Folge in den Regierungen Klasnic eins und jetzt auch Klasnic zwei absolutes Thema Nummer eins Strukturwandel im Bereich Arbeitsmarkt und Wirtschaft. Meine Damen und Herren, das ist Thema Nummer eins und da werden Sie auch durch wahlbedingte Polemik uns nicht davon abbringen können. (Beifall bei der ÖVP.)

Und lassen Sie mich auf das eingehen, er ist so da, aber nicht auf seinem Abgeordnetenplatz, auf das, was wie gesagt der Unternehmer, es tut mir manchmal Leid, Franz Schleich hier von sich gibt, nämlich die Frage, ob eine arbeitsteilige Wirtschaft, die wir haben, über die Regionen hinweg für die Steiermark etwas bringt. Ja oder nein, meine Damen und Herren, wenn sich das nämlich praktisch, nicht theoretisch, arbeitsmarktpolitisch, beschäftigungspolitisch, wirtschaftspolitisch noch nicht durchgesprochen hat, dann tun Sie mir wirklich Leid. Selbstverständlich gäbe es etwa bei uns AE & E, Comtech, nur um ein paar ganz konkrete und aktuelle Themen und Fälle zu nennen, in der Steiermark nicht, dann würde ich dich bitten, rede mit dem Peter Gottlieb, der ist dir ja bekannt, Bürgermeister von Frohnleiten, ob es Comtech mit 90 Leuten, mit 100 Leuten in Frohnleiten als „Start Up“, als neues Unternehmen im High-Tech-Bereich, im Ökologiebereich, nicht im autonativen Bereich, gäbe, wenn die nicht ihre billigeren Fertigungen mit dem eigenen Unternehmen in Slowenien fertigen könnten. Ob es das gäbe? Ich bitte, das ist wirklich zu billig, sich herzustellen und zu sagen, um Gottes willen, das ist alles miteinander ein Ausverkauf und ein Verrat an steirischen Arbeitsplätzen. Im Gegenteil, durch diese Arbeitsteiligkeit haben wir gerade in den letzten zehn, 15 Jahren auf Grund der Öffnung dieses Wirtschaftsraumes massiv gewonnen. Wir sind die Gewinner Nummer eins dieser wirtschaftlichen Annäherung in dieser Zukunftsregion, die die Frau Landeshauptmann seit Jahren nicht nur definiert hat, sondern auch lebt.

Und dieses Leben dieses Wirtschafts- und Lebensraumes bringt uns auch zu dieser Neupositionierung, nämlich dass wir eine High-Tech-Region sind, und keine Billigregion mehr. Lieber Herr Kollege Gennaro, Ihr Versuch, zwischen Hermann Schützenhöfer und mir nur ein Blattl Papier hineinzubringen in der Frage, ist nicht möglich. 1984 waren wir zwei es, ich war damals nicht in der Politik, die im Rahmen des AAB und im Rahmen von Zukunftswerkstätten diese Frage diskutiert haben. Ich stehe zu dieser differenzierten Form, ernsthaft. Er ist der Einzige, denn andere haben sich auf den Zug draufgeschmissen, sei es drum, in der Frage 1000 Euro Mindestlohn, der das so vertritt wie es nämlich möglich ist – differenziert. Das ist ein politisches Ziel, das genauso wie die Verhinderung von Arbeitslosigkeit ein politisches Ziel ist. Es wird hier keiner bestreiten, dass jeder Arbeitslose einer zu viel ist und dass das Ziel immer sein wird, Vollbeschäftigung zu haben, Verhinderung von Arbeitslosigkeit, selbstverständlich auch Erhöhung der Wertschöpfung, das ist es letztlich, so dass die Leute auch das verdienen. Ich sage Ihnen noch etwas, auch wenn das gar nicht so populär ist: Es würde zum Beispiel Hermann Schützenhöfer in der Form als Arbeitnehmervertreter – als glaubwürdiger – gar nicht so formulieren. Ich formuliere es: Manchmal schäme ich mich, wenn ich in Unternehmungen komme und Menschen noch arbeiten sehe in Bereichen um einen Lohn, der vielleicht sogar über dem Mindestlohn ist, wo ich sage, ich würde mir wünschen, wenn wir dort eine Maschine hätten, meine Damen und Herren. Es gibt noch genug Betriebe, und darum müssen wir ringen, dass wir die Effizienz, dass wir die Wertschöpfungsmöglichkeiten, dass wir auch den Wohlstand und das Einkommen mehren. Das sind billige Sprüche, um irgendwo ganz banal und primitiv etwas aufrechnen zu wollen vor Wahlen – unbrauchbar. Glauben Sie mir, die Leute glauben Ihnen das nicht. Da sind wir Gott sei Dank schon in einem geschützten Raum. Die Damen und Herren, die hinten sitzen, tun mir ein bisschen Leid. Wir brauchen uns nicht Leid tun, weil wir wissen ohnehin, wie bedeutungslos in der Frage wir hier eigentlich sind, weil es läuft anders auch. Es läuft so ab, dass jedes Unternehmen natürlich versucht, möglichst viel an Wertschöpfung zu erreichen, damit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch genug bezahlt werden kann. Wenn wir es uns leisten könnten, wäre ich sofort dafür, dass wir diese McJobs und die Billigjobs im Handel zum Beispiel nicht brauchen. Da oder dort wollen aber die Menschen das auch. Hermann hat gestern in der Pressekonferenz gesagt, diese müssen wir ausnehmen, damit wir sie nicht gefährden. Das ist auch richtig so. In dieser differenzierten Form, meine Damen und Herren, ist es ein politisches Ziel, dem wir alle uns unterwerfen sollen. Es ist wurscht, denn da gibt es keinen Klassenkampf, ob Wirtschaft oder Arbeitnehmervertreter. Das ist ein Ziel, dem wir uns alle stellen sollten und wo wir letztlich auch ein gutes Stück in dieser Frage vorangekommen sind, gerade in der Steiermark, weil auch hier der Aufholprozess der Steiermark ein unbestrittener ist, auch wenn man politisch da oder dort jetzt versucht, das anders auszulegen. Politisch wäre es durchaus komfortabel verwertbar zu sagen, was damals unter einer SPÖ-Kanzlerschaft war und was ist jetzt unter einer ÖVP-Kanzlerschaft. Eindeutig, die Steiermark hat gewonnen. Danke sehr! (Beifall bei der ÖVP. – 15.18 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile es ihm.

Abg. Wiedner (15.18 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, sehr verehrte Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung!

Es ist scheinbar die selbst gewählte Rolle der SPÖ in den letzten zwei Jahren, die sich als Oppositionspartei in diesem Haus ausgibt, gegen alles zu sein, was in der Steiermark gemacht wird. Das, meine lieben Damen und Herren, ist der falsche Weg. Sie gehen immer wieder her und stellen Forderungen auf und sehnen sich zurück in die Zeiten der siebziger Jahre, weil die Rezepte, die Sie hier vorbringen, sind aus den siebziger Jahren. Sie wollen damit die Probleme von 2002 bis 2005 lösen. Das wird Ihnen sicherlich nicht gelingen. Ich kann mich hier nur den Worten meiner Kollegin Graf, die eingangs schon davon gesprochen hat, und auch den Worten des Kollegen Drexler anschließen. Beide haben alle Daten und Fakten richtig aufgezeigt. Ich darf dabei an die Diskussion bei der letzten Landtagssitzung zurückerinnern, als ich auch hier gestanden bin und mit ähnlichen Worten das gesagt habe, was heute Graf und Drexler gesagt haben. Ein Vergleich mit Wien, mit Deutschland und mit vielen anderen Bundesländern macht uns sicher, dass wir in der Steiermark und dass wir in Österreich weit besser liegen. (Abg. Kröpfl: „Deutschland ist noch kein Bundesland von uns!“) Das macht nichts, weil auch ein Vergleich über die Grenzen hinaus schadet nicht, lieber Kollege Kröpfl. (Abg. Böhmer: „Das ist Wunschenken!“)

Nein, das ist kein Wunschenken. Das kann nur eine Horrorvision sein, was in Deutschland passiert. Schauen Sie die Vorschläge der Hartz-Kommission an. Diese gehen in eine völlig andere Richtung als das, was ihr hier fordert. Das geht in eine totale Flexibilisierung, bei der wir überhaupt nicht mitgehen wollen. (Beifall bei der FPÖ.)

Es wurde angesprochen, dass wir hier nicht mehr in einem geschlossenen Wirtschaftsraum leben. Wir leben mit offenen Grenzen. Es sind viele Dinge, die uns betreffen, fremdbestimmt, wo wir gar keine Chance haben, eine Eigenbestimmung zu haben. Wenn Kollege Schleich, der mir Leid getan hat bei seinem Auftritt, weil er müsste das als Unternehmer in weiten Bereichen viel besser wissen als er das hier vertreten hat, Beispiele wie Semperit bringt, dann zeigt das genau die verfehlte Wirtschaftspolitik der SPÖ aus früherer Zeit. Die SPÖ hat Semperit an Conti verscherbelt. Unsere Bundesregierung muss jetzt die Scherben zusammenklauben. (Beifall bei der FPÖ. – Landesrat Dörflinger: „Die SPÖ hat Semperit verscherbelt?“) Es war die Vranitzky-Ära, lieber Kollege Dörflinger, falls du das nicht mehr wissen solltest. Auch der CA-Verkauf und die ganzen Geschichten stammen alle aus der Zeit der SPÖ. Dort hat man Familiensilber verscherbelt, dort hat man Werte ins Ausland verkauft und nicht in der jetzigen Zeit. (Abg. Kröpfl: „Austria Tabak haben auch wir verkauft?“ – Abg. Graf: „Konsum!“)

Freunde, ihr seid immer noch in der Zeit der siebziger Jahre. Ihr seid von dem Denken noch immer nicht weggekommen. Der Konsum tut euch immer noch weh – das ist mir schon klar.

Das war eines der drei Standbeine der SPÖ, Freunde. Diese Standbeine sind euch beinhart zusammengebrochen. Es ist natürlich auch klar, dass ihr jetzt hergeht und auf das Vergessen der Bevölkerung setzt und sagt, alles, was vor 2000 war, geht uns eigentlich nichts an, weil da waren wir nicht dabei. Es waren Vranitzky, Klima, Einem. Die kennen wir nicht mehr. Man zieht einige im Wahlkampf zwar wieder hervor, aber im Endeffekt will man damit nichts zu tun haben. Bei der Arbeitslosigkeit würde ich aber um eines bitten, und zwar nicht alles schwarz-weiß zu beurteilen. Es gibt auch sehr viele Grautöne zwischen drinnen. Es gibt auch sehr viele Eindrücke dabei, wo wir, wenn wir in die Betriebe hinkommen, auch sehr viel Negatives hören, was bitte nicht immer für den Arbeitnehmer spricht. Ich bitte, auch das zu sehen und auch zu sehen, dass es sehr oft auch der Wunsch der Arbeitnehmer nach einer atypischen Beschäftigung ist, Frau Kollegin Gross. Es kommen speziell sehr viele Frauen, die sagen, ich möchte bitte in Teilzeit arbeiten. Ich möchte nur geringfügig arbeiten, weil ich habe schon dort einen Job und ich habe da einen Job. Darum möchte ich geringfügig arbeiten, weil dann komme ich nicht in die Steuerlast hinein. Ich bitte, das auch so zu sehen und nicht nur immer schwarz-weiß zu malen in diesen ganzen Angelegenheiten und auch nicht die Steiermark und Österreich tot zu reden, Freunde. Das hilft uns nicht weiter. Es hilft uns nur eines weiter, gemeinsam anzupacken und gemeinsam für dieses Land zu arbeiten. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich komme zu einem anderen Thema, das auch im Tagesordnungspunkt 12 behandelt wird. Es geht um die Wohnbauförderung. Es geht hier um einige Anträge in diese Richtung, speziell aber um unseren Antrag, den ich vortragen möchte, aber auch ein paar Worte dazu möchte ich im Vorhinein sagen: Es freut mich, dass jetzt auch Kurt Gennaro in seiner Wortmeldung auf unsere Forderungen, die Kollegin Bleckmann und ich vorige Woche in einer Pressekonferenz vorgetragen haben, eingeht. Ich komme zurück zu dem, was voriges Jahr im Herbst passiert ist und was hier beschlossen wurde bei der „Wohnbeihilfe neu“.

Prinzipiell, noch einmal, zu dem System im Großen und Ganzen haben wir ja gesagt. Wir haben unter zwei Bedingungen ja gesagt. Wir haben gesagt einmal, wir bringen einen Antrag ein mit vier Punkten, um die Diskussion über die Wohnbeihilfe am Leben zu erhalten, um einen Ausschuss einzurichten, der gemeinsam mit der Landesregierung – winkt ihr mir zu? Habt ihr da eine Geheimsprache mit dem Herrn Präsidenten? Bitte mich einzuweihen auch da in diese Geheimsprache, damit ich weiß, was ich machen soll. (Landesrat Dörflinger: „Bist du einsam?“) Du hilfst mir ja, ich bin nicht einsam!

Unter zwei Bedingungen, wie gesagt, diesen Antrag einzubringen und die Diskussion weiterzuführen, wobei ich wieder sagen möchte, SPÖ, liebe Freunde, ihr habt gegen diesen Antrag gestimmt, wenn es nach euch ginge, gäbe es gar keine Diskussion zur Wohnbeihilfe. Und der zweite Bereich war der Härtefonds, wo sich ja unser Landeshauptmannstellvertreter dankenswerterweise sehr stark eingesetzt hat, dass es diesen Härtefonds gibt und dass aus dem Härtefonds die Möglichkeit besteht, Härten – wie es so schön heißt – auszugleichen. Nur jetzt, nachdem ein paar Monate das System greift, haben wir gesehen, speziell im Härtefonds gibt es Bereiche,

die nicht akzeptabel sind. Das hat der Kollege Gennaro schon gesagt, es ist die Rückzahlbarkeit aus dem Härtefonds heraus, die Verzinsung, weil im Endeffekt ist der Härtefonds dann ein günstiges Darlehen und nicht mehr und es ist unserer Meinung nach der Einkommensbegriff. Es zählt im Endeffekt beim Härtefonds nahezu alles, was jemand bekommt zum Einkommen. Also völlig divergierend zu dem Einkommensbegriff, der bei der Wohnbeihilfe verwendet wird, wo es viele Ausnahmen gibt und wo wir auch sagen, man müsste zumindest in diesen beiden Bereichen, wenn wir schon in der ganzen Steiermark in anderen Bereichen nichts schaffen, den Einkommensbegriff vereinheitlichen. Alimente zum Beispiel zählen bei der Wohnbeihilfe nicht zum Einkommen, jedoch im Härtefonds sehr wohl. Und darum ist es auch sehr schwer, an diesen Fonds heranzukommen, wahrscheinlich heißt er deswegen Härtefonds, es ist sehr hart, an den Fonds heranzukommen, und darum hat es auch nur diese etwa 90 Anträge bis dato gegeben, wo es 31 positiv bescheidete gibt. Und da haben wir gesagt, das kann es nicht sein. Wenn hier wirklich 70 Millionen für die Härtefälle zur Verfügung stehen, muss es Möglichkeiten geben für jene, die ihn wirklich brauchen, auch an ihn heranzukommen. Wir haben deshalb diesen Unselbstständigen Entschließungsantrag eingebracht, den ich hiermit vortragen möchte, wo ich mir den Eingangstext erspare und auf den Antrag eingehe, der die Punkte beinhaltet, dass der Härtefonds auch tatsächlich dafür verwendet wird, um finanzielle Belastungen, die im Rahmen der „Wohnbeihilfe neu“ entstanden sind, abzufedern; die Kriterien zum Bezug einer Leistung aus dem Härtefonds so geändert werden, dass vor allem die benachteiligten Gruppen, wie Alleinerziehende mit einem Einkommen von rund 700 Euro und Mindestpension einen Anspruch haben; eine pauschalierte, einmalige, nicht rückzahlbare Unterstützung vor allem für Alleinerziehende mit einem Einkommen von rund 700 Euro und Mindestpension im Falle eines Umzuges in eine kleinere Wohnung für Provisionen, Vergebührung des neuen Mietvertrages et cetera bekommen. Das ist eine ganz wichtige Sache. Viele sagen, ich würde eine kleinere Wohnung nehmen, nur, sie bekommen sie teilweise nicht und sie können sich die Kosten des Umzuges nicht leisten.

Der nächste Punkt ist, die Leistung aus dem Härtefonds nicht mehr rückzahlbar zu machen und als Letztes eine Einrichtung einer Wohnungshotline bei jeder BH als zentrale Anlaufstelle für jegliche Anliegen und Anfragen, um hier mit dem ganzen System näher an den Bürger zu kommen.

Ich bitte Sie in dem Fall um Unterstützung unseres Antrages. Ich darf noch sagen, dass wir den Antrag der SPÖ in dieser Richtung, nachdem er abgeändert wurde, zustimmen können und ich ersuche, Herr Präsident, den Antrag der SPÖ hinsichtlich der Arbeitsmarktsituation in der Steiermark, diese neun Punkte, punktuell abzustimmen. Ich bedanke mich, das war es. (Beifall bei der FPÖ. – 15.29 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier-Geltewa. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (15.29 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Also, Herr Kollege Wiedner, wenn Sie jetzt „draufkommen“, dass Sie seit zwei Monaten Verbesserungen bei der Wohnbeihilfe fordern und vergessen haben, dass wir das schon seit zwei Jahren tun, dann tut es mir wirklich für Sie Leid. Ich überlasse es jetzt der Beurteilung der Zuhörer, sich davon ein Bild zu machen. Und wenn ich auf die anderen Dinge eingehen würde, die Sie hier verbreitet haben, wo noch sehr, sehr vieles dazu zu sagen wäre, dann würde dies leider meine Redezeit sprengen. Deshalb erspare ich mir das jetzt.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde heute schon sehr vieles zur Arbeitsmarktsituation gesagt und alles, was meine Kolleginnen und Kollegen von unserer Fraktion bereits dargelegt haben, kann nur doppelt und dreifach unterstrichen werden. 200.000 Arbeitslose, die wir zurzeit haben, wobei bis 2003 320.000 Arbeitslose prognostiziert werden, sind schlichtweg eine Katastrophe. Das ist die höchste Arbeitslosenquote seit Kriegsende. Zu verantworten hat dies die derzeitige Bundesregierung, die in ihrer falsch angelegten Sparwut vor allem auf jene losgeht, die sich nicht wehren können. Ich erlebe es tagtäglich bei meiner Arbeit in der Arbeiterkammer, was es bedeutet, unverschuldet arbeitslos zu werden und mit 45 Jahren bereits zum alten Eisen zu zählen, mit äußerst geringen Chancen auf einen geeigneten Arbeitsplatz. Diese zahlreichen Menschen müssen oft jahrelang dahindarben mit einer Notstandshilfe, die außerdem von dieser Regierung drastisch gekürzt wurde. Ich würde jedem Verantwortung tragenden Politiker dringend anraten, sich einmal mit dem Schicksal eines Arbeitslosen näher auseinander zu setzen, sich wenigstens nur kurze Zeit in diese Situation hineinzudenken und sich zu vergegenwärtigen, was es bedeutet, mit der Hälfte dessen, was man vorher hatte, weiterleben zu müssen, Miete, Strom, Heizung, Essen, notwendige Kleidung zu berappen, wobei zusätzlich an Belastungen noch die Kürzung der Wohnbeihilfe, Ambulanzgebühren, Studiengebühren et cetera hinzukommen.

Was mich in diesem Zusammenhang so betrübt ist, dass Österreich eines der reichsten Länder der Erde ist und diese herzlose Regierung dennoch derart radikal die Schwächeren zur Kasse bittet. Sparen ist gut, aber dort, wo es sinnvoll ist, zum Beispiel beim Nichtankauf von Abfangjägern. Diese Regierung hat in den zweidreiviertel Jahren ihres Schreckensdaseins die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen besonders geschöpft. Zum Beispiel Aliquotierung des Urlaubes, Abschaffung des Postensuchtages bei Selbstkündigung, Verlängerung der Probezeit bei den Lehrlingen und Verkürzung deren Behaltezeit, um nur einiges zu nennen. Auf der anderen Seite propagiert diese Regierung die Gleichstellung der Arbeiter und Angestellten, die Ihr Bundeskanzler Schüssel wahlwerbend als vollzogen abhakt. Und das ist schlicht die Unwahrheit, die hier verbreitet wird, meine Damen und Herren. Es gibt keine Gleichstellung der Arbeiter und der Angestellten.

Und, liebe Kollegin Graf, bevor Sie Unwahrheiten hier verbreiten, bitte, erkundigen Sie sich vorher darüber. Denn das war nicht richtig, was Sie gesagt haben, dass auf der Homepage der SPÖ die Besteuerung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes sowie die Nichtsteuerbegünstigung der ersten fünf Überstunden stehen würde. Da würde ich Sie schon bitten, wenn Sie behaupten, dass das auf unserer Homepage steht, dass Sie uns das auch zeigen. Wir haben es jedenfalls darauf nicht gefunden. Sie stellen da irgendetwas in den Raum und es bleibt offen, wie so vieles, was Sie behaupten. Hören Sie mir bitte genau zu, damit Sie das nächste Mal wissen, dass wir noch sehr weit weg sind von der Angleichung der Arbeiter mit den Angestellten.

Und zwar gibt es nur einen Punkt, wo das gemacht wurde. Es gibt nur einen Punkt, und das war bei der Lohnfortzahlung. Da wurden die Arbeiter den Angestellten angeglichen, aber sogar hier gibt es einen Unterschied. Und zwar während der volle Anspruch bei den Angestellten bereits nach einem halben Jahr wieder entsteht, muss der Arbeiter ein Jahr darauf warten. Weitere große Unterschiede sind beim Krankenversicherungsbeitrag. Er beträgt bei den Angestellten 3,4 Prozent vom Bruttoverdienst, bei den Arbeitern 3,95 Prozent. Weitere Unterschiede sind bei den Kündigungsfristen, die bei den Arbeitern viel kürzer sind – oft nur eine Woche und weniger. Bei den Angestellten hat der Arbeitgeber jedoch eine Mindestkündigungsfrist von sechs Wochen nach Paragraph 20 Angestelltengesetz einzuhalten. Ja, Frau Kollegin Graf, wenn Sie mir nicht zuhören, werden Sie das nie wissen und immer falsch sagen. Sie können ruhig auch etwas dazulernen. Ich möchte Sie bitten, nicht irgendwelche Unwahrheiten zu verbreiten, dagegen verwehre ich mich! (Beifall bei der SPÖ.)

Weitere Unterschiede: Bei den Sonderzahlungen, beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld gebührt bei Austritt oder bei Entlassung den Arbeitern keine Sonderzahlung, den Angestellten sehr wohl. Bei Dienstverhinderung gebührt den Arbeitern weniger Freizeit als den Angestellten, weil bei den Angestellten der Paragraph 8 Angestelltengesetz gilt, der die notwendige Zeit vorsieht. Was macht diese Regierung, liebe Kollegin Graf? Sie macht in diesem Punkt den Leuten ein X für ein U vor.

Sie sind auf dem richtigen Weg, liebe Kollegin Graf, wenn Sie sagen, sie macht das Richtige. Wenn wir nach dem 24. November eine Fortsetzung dieser Regierung haben, dann „danke schön“. Diese Regierung verbreitet die Unwahrheit, und das ist die Tatsache. Die Menschen glauben Ihnen, wenn Sie sagen, die Angleichung der Arbeiter ist erfolgt, weil sie das nicht so genau wissen. Gerade diese Vorgangsweise ist unseriös, meine Damen und Herren. Auch wenn Wahlkampf ist, so ist doch diese falsche Propaganda des Herrn Bundeskanzlers nicht in Ordnung und daher entschieden abzulehnen, meine Damen und Herren der beiden Regierungsparteien. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.36 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile es ihr.

Abg. Lechner-Sonnek (15.37 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Landesrat!

Zuerst möchte ich noch zur Debatte etwas sagen: Mir wäre es auch lieber, wir würden stringenter über Beschäftigungspolitik debattieren. Wenn man das als Verfehlung bezeichnen will, dann haben auch Blau und Schwarz heute sehr dazu beigetragen. Zwei Punkte muss ich allerdings ansprechen: Ich halte es für ignorant, die Arbeitslosenzahlen in Deutschland immer als Vergleich heranzuziehen. Es ist gute zehn Jahre her, dass die Wiedervereinigung gelungen ist, was eine große historische Leistung war. Dass sie auch einen hohen Preis hat, das wissen wir auch alle. Ich glaube nicht, dass Deutschland derzeit mit einem anderen oder zumindest mit Österreich vergleichbar ist – zum Ersten. Zum Zweiten: Es muss schiach sein, wenn die von Ihnen so herabsetzend beurteilte rot-grüne Regierung in Deutschland wieder, dem Wählerwillen entsprechend, in die Verlängerung gegangen ist. Das tut Ihnen weh, ist sichtbar und verstehe ich auch. Es ist aber Tatsache und man muss das zur Kenntnis nehmen. Noch etwas, Herr Kollege Drexler: Ich halte es für zynisch, wenn Sie sagen, es ist niemand gezwungen, in ein prekäres Beschäftigungsverhältnis zu gehen. Es können sich nicht alle ihren Lebensunterhalt absichern, indem sie Landtagsabgeordnete sind. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Manche Personen, besonders Frauen und besonders solche mit einer schlechten Ausbildung müssen oft froh sein, einen Job zu bekommen und haben nicht so viel Auswahl und können sich die Rahmenbedingungen nicht selbst gestalten. Noch etwas Grundlegendes: Gleich zu Beginn haben die Herren Drexler, Bittmann und Wiedner gesagt, Rot-Grün haben heute alles wieder einmal schlecht geredet. Ich möchte Ihr Gedächtnis auffrischen, denn ich habe mich ausschließlich mit den Langzeitarbeitslosen in der Steiermark beschäftigt. Ich stehe nicht an hier auch zu sagen, dass ich nicht glaube, dass alles schlecht ist, was an Beschäftigungspolitik in der Steiermark passiert – bestimmt nicht. Ich würdige auch die Verdienste regelmäßig in meinen Reden. Ich denke, Sie sollten etwas genauer hinhören und an Ihrer Wahrnehmung arbeiten. Sie selber haben ein Klischee ganz offensichtlich. Wenn jemand aus der grünen Fraktion, aus dem grünen Klub an das Rednerpult geht, glauben Sie immer, dass alles schlecht ist und dass wir alles schlecht machen. Ich denke mir, das ist Ihr Problem, dass Sie das so wahrnehmen. Hören Sie einmal genau hin. Sie können halt schlecht umgehen mit konstruktiven Beiträgen und Sie können so schlecht umgehen damit, dass wir auch Kritik üben. Das ist aber fundierte Kritik und wir wollen mit Ihnen darüber reden. Das Land braucht diesen Diskurs und Sie leisten der Steiermark keinen guten Dienst, wenn Sie das immer gleich als Angriff auf Ihre Person und dann gleich auf das Land interpretieren.

Jetzt zum eigentlichen Thema: Ich muss noch einmal kurz mein Anliegen präsentieren, da Herr Landesrat zu Beginn nicht da war. Es geht um die Langzeitarbeitslosen in der Steiermark. Wir haben hervorragende Angebote der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die erwiesenermaßen sehr effizient sind, die erwiesenermaßen sich innerhalb von zwei bis vier Jahren amortisieren und danach volkswirtschaftlichen Gewinn abliefern, die erwiesener-

maßen ein großer Wirtschaftsfaktor sind. Ich habe vorhin die 25 Millionen Euro Umsatz aus diesen Projekten allein in der Oststeiermark schon erwähnt und will daher nichts mehr hinzufügen. Die Damen und Herren, die hier waren, wissen das schon. Ich denke, Herr Landesrat weiß das sicher auch. Diese SÖBs, diese sozial-ökonomischen Betriebe und Beschäftigungsgesellschaften sind in den letzten Jahren wirklich fast fertiggemacht worden. Sie sind ausgehungert worden und haben ihre sämtlichen Rücklagen auflösen müssen, was man eigentlich als Geschäftsführer, Geschäftsführerin gar nicht tun dürfte, weil das eine Gefährdung der Firma darstellt. Sie haben Personal kündigen müssen, Schulungspersonal, was die Auswirkung hat, dass auch weniger Personen auf den Berufswiedereinstieg vorbereitet werden konnten. Sie haben schon jahrelang keine Investitionen machen können. Gestern haben sie in einem Gespräch mit der Landesgeschäftsstelle erfahren, dass das Jahr 2003 ganz gleich budgetiert wird wie das Jahr 2002. Das ist de facto eine Kürzung, weil es keine Inflationsabgeltung gibt, weil es keine Abgeltung der Vorrückungen gibt und so weiter, weil sie auf der Basis dieses Budgets nicht in der Lage sein werden, den Anforderungen der Abfertigung neu zu genügen. Das heißt, das ist jetzt wirklich eine existenzielle Bedrohung dieser so erfolgreichen Projekte, um die 1000 Langzeitarbeitslose betreuen zu können und mit einer hohen Quote in den Beruf wieder hineinzubringen beziehungsweise sie dabei zu unterstützen. Diese Leistungen sind massiv gefährdet und das halte ich für eine Aufgabe des Landes, und zwar nicht nur ich halte das für eine Aufgabe, weil das ist festgeschrieben im kooperativen Beschäftigungsprogramm. Ich bitte Sie, Herr Landesrat, darum, bei Ihrem Geschäftspartner, der Landesgeschäftsstelle, ganz deutliche Worte zu sprechen. Wir können uns das nicht leisten. Ich möchte, dass die Entwicklung in der Steiermark so gut, aber noch viel besser weiterläuft in Bezug auf Beschäftigungspolitik. Es wird sicher nicht der Fall sein, wenn diese erfolgreichen Projekte zusperrt werden müssen. Weiters möchte ich eine getrennte Abstimmung des SPÖ-Antrages zur Arbeitsmarktsituation beantragen, weil wir dem Punkt drei nicht zustimmen können, dass die Zweckmittelbindung der Wohnbauförderungsdarlehen, Verkäufe und so weiter nicht vollzogen werden soll. Wir sehen das etwas differenzierter und würden gerne mit Ihnen allen darüber debattieren. Das geht jetzt hier aber nicht. Wir können dem Punkt drei nicht zustimmen, würden aber gerne allen anderen Punkten zustimmen. Ich danke! (Beifall bei den Grünen. – 15.43 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Böhmer. Ich erteile es ihm.

Abg. Böhmer (15.43 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Einige Bemerkungen oder Aussagen der ÖVP-Abgeordneten haben mich ein bisschen gereizt, das Wort zu ergreifen. Ich würde dich ersuchen, lieber Franz Riebenbauer, dass du deinen verbalen Statistik-Guru Drexler einmal mit in den Bezirk Hartberg nimmst. Lade ihn ein, um 4 Uhr in der Früh von Pöllau mit 20 Frauen nach Wien hinaus in den Supermarkt zu fahren und am Abend um 20 oder 22 Uhr wieder zurückzufahren. Lade ihn ein, das ein Jahr zu tun. Dann weiß vielleicht auch er, was atypische Berufe sind. Sollten wir noch einen Platz haben, nehmen wir den Kurtl Tasch auch mit.

Es hilft nichts, wenn wir einen Steirerball in Wien veranstalten und dort die Arbeiterinnen und Arbeiter balsamieren und dann vielleicht auf die Bundeshauptstadt Wien losschlagen. Franz, das weißt du selber auch. Aus dem Bezirk Hartberg und vielleicht auch hier eine Zahl: Über 8000 Frauen und Männer fahren als Wochen- oder Tagespendler hinaus.

Und wenn man dann sagt, dieses Wien, ich stehe hier und sage, ich bin froh (Abg. Wiedner: „Dass es Wien gibt!“), dass es Wien gibt!

Herr Landesrat Paierl hat gesagt, die Steiermark hat gewonnen. Herr Landesrat, mag in Ihren Augen richtig sein. Vorige Woche waren wir bei Danzas und haben uns dieses weltweit wirkende Logistikcenter angeschaut. Der dort Verantwortliche meinte unter anderem: Der Bezirk Hartberg hat in den letzten Jahren in puncto Betriebsansiedelungen verloren, euch hat der Herr Landesrat im Stich gelassen.

Sie haben heute von der Lehrlingssituation gesprochen und ich möchte kurz schildern, wie sich das in den letzten zehn Tagen in Hartberg zugetragen hat. Von zehn Lehrlingen, Buben und Mädchen, sind drei in der Steiermark auf einem Ausbildungsplatz, vier im Burgenland und drei in Niederösterreich. Und allen voran diese jungen Leute, die in Niederösterreich sich niederlassen (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wissen Sie, wie viele Burgenländer in der Steiermark sind?“), wählen die Steiermark höchstens noch als Zweitwohnsitz. Kollege Riebenbauer wird das bestätigen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wissen Sie, wie viele Burgenländer in der Steiermark sind?“)

Im Bezirk Hartberg zum Beispiel, Herr Landesrat, sehr wenige. Ich habe es nicht im Kopf, aber ich sage es Ihnen vom Monat September, diese Zahl habe ich im Kopf. 25 Lehrstellen standen 116 Jugendlichen zur Verfügung. Und von diesen 25 waren zehn in der Gastronomie, drei im Fleischerbetrieb und die restlichen haben sich auf alle Berufe aufgeteilt, wobei wir in den letzten fünf Jahren keinen einzigen Bürolehrling hatten.

Ich komme aber zu etwas anderem. Ich möchte sagen, es gibt andere Bundesländer, Herr Landesrat, die uns eigentlich mit Vorbild vorangehen und es gibt auch Regionen in der Steiermark, die uns mit Vorbild vorangehen. Als Erstes möchte ich das immer wieder auch von uns zitierte – man soll ja nicht immer nur raunen und jammern, sondern etwas sagen, was sehr positiv ist in der Steiermark. In der Region Aichfeld – Judenburg, Knittelfeld, Zeltweg, Fohnsdorf – wird ein System der Lehrlingsausbildung bevorzugt, das meines Erachtens Zukunft hat und verstärkt gefördert werden muss. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wer fördert das?“) Ich weiß, Herr Landesrat! Ich spreche das triale System an, mehr brauche ich nicht zu erklären. Ich habe aber in der Oststeiermark, wenn ich

die Bezirke Hartberg, Fürstenfeld und Feldbach hernehme, herausgefunden, dass in den letzten beiden Jahren über 70 Betriebe nahezu 100 Lehrstellen weniger zur Verfügung gestellt haben. Das ist eine Zahl, die ich aus der Statistik der Arbeiterkammer entnommen habe und mir ist zufällig auch dieser Firmenausbildungsverbund aus Oberösterreich in die Hand gekommen. Ich kann nur sagen: Dieser Firmenausbildungsverbund Oberösterreich könnte auch für die Firmen in der Steiermark, vor allem aber in der strukturschwachen Oststeiermark, zukunftsweisendes Beispiel sein. Kurzum gesagt, worum geht es hier? In Oberösterreich haben sich einzelne Betriebe zusammengeschlossen, die nicht mehr ein vollständiges Berufsbild anbieten können, dass eben Jugendliche im Rahmen ihrer Berufsausbildung in mehreren Betrieben letztendlich ihr Berufsbild richtig ausfüllen können. Und ich glaube, Herr Landesrat, dass man das absolut befürworten, dass man das auch bei uns fördern sollte. Man soll den Betrieben in unserer Steiermark dieses oberösterreichische Modell zukommen lassen. Es geht um unsere Jugendlichen und ich sage wieder, ich bleibe bei mir in der Oststeiermark, im Bezirk Hartberg. Es schaut nicht gut aus. Denn was hat der Bezirk Hartberg mit dem Bezirk Imst in Tirol gleich? Wir beide sind, was die Kaufkraft und die Wertschöpfung anlangt, am Ende in Österreich. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 15.49 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Abgeordneter Schrittwieser. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrittwieser (15.50 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bedanke mich bei allen in unserem Klub, die heute bereits versucht haben, die Märchenstunde, die von Schwarz-Blau hier jedes Mal bei einer Wirtschaftsdebatte vom Stapel gelassen wird, zu beenden. Es ist ja fast schon unerträglich. Ich verstehe zwar, dass man als Landesrat viereinhalb Wochen vor Wahlen versucht, die Dinge so darzustellen, wie man sie selbst gerne hätte. Vielleicht habt ihr auch einen guten Willen gehabt, aber es leider nicht besser zusammengebracht, meine Damen und Herren. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Bitte nimm jetzt deine Objektivität her!“) Ich werde objektiv und in belegbaren Zahlen noch einmal versuchen nachzuweisen, dass das – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Kann ich mitschreiben?“) du kannst mitschreiben, kannst eine Kopie von mir haben! –, was hier passiert, wirklich nicht der Realität entspricht und dass ihr genauso wie eure Freunde in der Bundesregierung nichts zusammengebracht habt. Heute geht ihr nur mehr daran den Schaden zu begrenzen. Aber es wird euch nichts nützen, meine Damen und Herren. Wenn Sie von Budgetkonsolidierung sprechen, kann ich Ihnen folgende Zahlen vorweg schicken: Die Staatsschuldenquote wurde von 1996 bis 1999 um 3 Prozent gesenkt. Ich möchte das nur dazusagen.

Das Budgetdefizit von 1996 bis 1999 wurde um 2,1 Prozent gesenkt, das ist ein Minus von 2,9 Prozent, meine Damen und Herren. Gleichzeitig, du musst aufpassen, ich komme auch zu euren Positionen! (Abg. Wiedner: „Kollege!“) Karl, tu zuhören, du kannst etwas lernen jetzt!

Ich möchte noch dazusagen, dass aber gleichzeitig in dieser Zeit das Wirtschaftswachstum, wenn ich mir das Jahr 1998 anschau, um 3,5 Prozent gestiegen ist, was heute leider nicht der Fall ist. Und wenn ich mir dann zum Beispiel das Wirtschaftswachstum in eurer Regierungsphase anschau, wo das Budgetdefizit sich erhöht hat, aber das Wirtschaftswachstum trotzdem nur ein Prozent war. Und nach drei Jahren, das muss ich dazusagen, damals, 1998, gab es um 61.000 Arbeitsplätze mehr als 1996. Ihr habt ein Wirtschaftswachstum von nur einem Prozent, habt nach drei Jahren FPÖ- und ÖVP-Regierung 30.000 zusätzliche Arbeitsplätze, aber durchschnittlich um 600.000 Arbeitslose mehr als 1999. Meine Damen und Herren, wenn ihr euch auch bemüht habt, aber ihr habt es nicht zusammengebracht, weil ich glaube, dass ihr die Dinge falsch angegangen seid. Ich kann nicht mehr Geld einnehmen und trotzdem eine höhere Arbeitslosigkeit haben. Ich möchte euch das beweisen. Bitte, genau anschauen, das ist keine Quelle aus der SPÖ-Homepage, sondern das ist eine Quelle von deinem Finanzminister. (Abg. Wiedner: „Noch eine Tabelle!“) Tu zuschauen, lieber Freund! Das ist die Quelle Bundesministerium für Finanzen, ich glaube, da gibt es einen freiheitlichen Finanzminister, und aus dieser Homepage haben wir Folgendes abgerufen:

Ihr habt in diesen drei Jahren 90 Milliarden Schilling, liebe Freunde, Staatsschulden gemacht. Wenn ich die Staatsschulden hernehme von 1970 bis 1982, waren es 369 Milliarden in 13 Jahren und ihr habt in drei Jahren 90 zusammengebracht. Wenn ich die SPÖ-ÖVP-Koalition hernehme, weil die ÖVP immer so tut, ihr habt ja mit dem Ganzen, mit der Staatsverschuldung nichts zu tun, dann muss ich euch sagen, dass wir im Gegensatz zu euch Werte geschaffen haben und Österreich moderner wurde. SPÖ/ÖVP haben in diesen Jahren, wo wir eine Koalition gehabt haben, von 1987 bis 1999 1006 Milliarden Schilling Staatsverschuldung gemacht, meine Damen und Herren.

Ihr könnt euch nicht abputzen und sagen, das geht euch nichts an und heute im Wahlkampf so tun, als wenn ihr diese Schulden nicht gemacht hättet. (Abg. Wiedner: „Das glaubt dir keiner!“) Ihr habt ja – glaube ich, wenn ich mich richtig erinnere, von 1983 bis 1986 waren die Freiheitlichen in der Bundesregierung – 201 Milliarden Schilling neue Staatsschulden gemacht.

Das heißt, liebe Freunde, ihr habt überhaupt nichts anderes gemacht. Der Unterschied war nur, dass früher die Leute in Österreich etwas gehabt haben, dass sie gratis studieren konnten, dass sie keinen sozialen Absturz erleiden mussten, im Gegensatz zu heute, wo es mehr Staatsverschuldung gibt und die Leute mehr Belastung haben als je zuvor. (Beifall bei der SPÖ.) Das ist der Unterschied zwischen uns. Bitte, Karl, schau her, da kannst du wieder zuschauen, weil man das grafisch so schön sichtbar machen kann, auch für die Zuschauer. Das ist eine ganz wichtige Sache. Der Schuldenstand steigt weiter. Herr Finanzminister und Herr Bundeskanzler sagen uns

immer wieder, Nulldefizit, weniger Schulden, keine neuen Schulden. Man kann hier deutlich sehen – das kommt vom Herrn Grasser. (Abg. Wiedner: „Du arbeitest mit völlig falschen Zahlen. Redest du von den 100 Milliarden? Nur Zinsen zahlen!“)

Höre zu, sonst muss ich länger reden. Schuldenstand – weil ihr immer sagt, ihr macht keine neue Schulden – 1999 in Österreich 1623 Milliarden Schilling, 2002 1712 Milliarden, meine Damen und Herren. Ihr habt die Situation der Österreicherinnen und Österreicher drastisch verschlechtert und trotzdem einen höheren Schuldenstand. Das wollt ihr nicht hören, aber das ist das Faktum.

Nächster Punkt, auch das ist nachvollziehbar nicht von mir, falls du es vergisst, weil du vergisst sehr gerne, Steuern um 20 Prozent höher als 1999, meine Damen und Herren! Was habt ihr denn mit diesem Geld gemacht? Habt ihr es eventuell den Besserverdienenden oder den Kapitalisten hinten nachgeschoben? Den Arbeitnehmern habt ihr es weggenommen! (Abg. Wiedner: „Eure Schulden bezahlt!“)

Also auch hier der Beweis. Angetreten ist diese Koalition mit „keine höheren Steuern“, in drei Jahren um 20 Prozent höhere Steuern für die Österreicherinnen und Österreicher. Lohnsteuer, meine Damen und Herren, ihr habt viel höhere Einnahmen, weil es ja keine Lohnsteuersenkung gegeben hat, die ihr versprochen habt. Steuerreform habt ihr gesagt, machen wir. Nichts habt ihr zusammengebracht! Schaut euch das einmal an, du brauchst nicht mitzuschreiben, Herr Landesrat, ich gebe dir das alles! Lohnsteuer explodiert. 1999 14,75 Milliarden Euro Einnahmen an Lohnsteuer, im Jahre 2000 waren es 17,08 Milliarden. Wir treten dafür ein, dass diese Lohnsteuerbelastung sofort beendet wird. (Abg. Wiedner: „Sicher!“) Aber nicht so wie ihr, dass ihr es verspricht und nichts anderes macht, als die Unwahrheit zu sagen, weil ihr es nicht zusammengebracht habt.

Nächster Punkt, liebe Freunde. (Abg. Wiedner: „Finanziert über die Abfangjäger!“) Schaut her, Wachstum von Löhnen und Gehältern in Österreich. Höhere Steuern, weniger Einkommen, höhere Einnahmen des Staates, weniger Arbeitsplätze. 1996 hat das Wachstum von Löhnen und Gehältern ein reales Wachstum von 0,5 Prozent gehabt 1999, als wir abgetreten sind, war das reale Wachstum 1,9 Prozent und 2000, als ihr angetreten seid, war sogar ein Minus bei den Löhnen und 2001 war das ebenfalls ohne ein Wachstum, meine Damen und Herren. Auch da habt ihr, wo ihr kleinere und mittlere Einkommen anheben wolltet, es nicht zusammengebracht, aber vielleicht ist das Geschäft der Politik nicht eures, darum werden ja die Österreicherinnen und Österreicher am 24. November eine neue Regierung damit beauftragen.

Die Steuern, meine Damen und Herren, nehmen wir die EU her: Nur in Österreich gab es Steuererhöhungen. Ihr könnt euch das anschauen. Schaut schön her, und nicht wegschauen von der Realität. Steuern in der EU, wir haben die höchsten Steuererhöhungen. Irland hat ein Minus von 1,9, wir haben in Österreich als einziges Land 1,3 Prozent Steuererhöhungen. (Abg. Wiedner: „Irland ist kein gutes Beispiel!“)

Und weil ihr die Bundesrepublik Deutschland heute immer wieder angeschnitten habt und Vergleiche gezogen habt. Ich ziehe diesen Vergleich auch. 2001 hat es in Deutschland bei den Steuerbelastungen ein Minus von 1,2 Prozent gegeben, bei uns ein Plus von 1,3! Das ist eben der Unterschied und das wird natürlich bei den Menschen spürbar. Dazu kommt das Wirtschaftswachstum 2002, Österreich an vorletzter Stelle. Ich wünsche mir das nicht, aber wenn ich natürlich diese Budgetpolitik mache, bei der ich nirgends lenkend eingreifen kann, dann ist es so. Die Politik muss gestalten und Initiativen und Investitionen setzen, wenn die Wirtschaft einen Durchhänger hat. Das ist ja das, was das Natürlichste der Welt ist. Nur, das habt ihr auch nicht gemacht, weil ihr bei euren Zahlen, die ihr gemacht habt, Buchhalter hingesetzt habt und keine Politiker. (Abg. Wiedner: „Dich wünsche ich mir als Firmenchef!“)

Einkommenszuwachs 2002, meine Damen und Herren. Österreich in der EU an letzter Stelle mit 0,7 Prozent. Wir können uns schämen, dass wir in einem der reichsten Länder der Welt nicht mehr zusammengebracht haben und dass wir die niedrigsten Einkommenszuwächse haben. Wir sind in der EU das zweit- oder drittreichste Land und sind an letzter Stelle mit 0,7 Prozent, wo es in der EU so viele ärmere Länder gibt! Das ist ja blamabel, meine Damen und Herren. Und die Arbeitslosenquoten, um das auch noch zu sagen, sind in Österreich stärker gestiegen als überall anders mit einigen geringeren Ausnahmen. Ich möchte damit nur sagen, das, was ihr hier macht, meine Damen und Herren, ist reine Märchenstunde. (Abg. Wiedner: „Das sagst gerade du!“) Ich glaube, dass ich mit den Zahlen, die ich jetzt vorgelegt habe – (Präsident Ing. Kinsky: „Herr Abgeordneter, die Redezeit ist überschritten!“) Herr Präsident, ich bin schon fertig. Ich wollte damit nur zeigen, dass das nicht – und ich wiederhole mich – Zahlen sind aus der SPÖ-Homepage, sondern von eurem Finanzminister Grasser. Ich würde sie zur Hand nehmen, aber jetzt ist es für euch ohnedies schon zu spät. Ich hoffe, dass die Österreicherinnen und Österreicher Schwarz-Blau für diese Zahlen die Rechnung präsentieren werden. (Beifall bei der SPÖ. – 16.01 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile es ihm.

Abg. Majcen (16.01 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist schon sehr viel gesagt worden und trotzdem darf manches nicht unwidersprochen bleiben. Ich habe nachgedacht, ob ich das, was ich jetzt sagen möchte, sagen soll. Ich muss es sagen, weil es ein Licht auf die teilweise beschämende Debatte wirft, weil wir mit Zahlen konfrontiert werden, die sich bei näherer Beleuchtung dann sehr häufig als sehr falsch herausstellen, diese Zahlendarstellungen aber oft dazu geeignet sind, Mitleid hervorzurufen oder eine Situation besonders drastisch darzustellen. (Abg. Schrittwieser: „Mehr als die Zahlen des Herrn Ministers hier vorzulegen kann ich nicht!“) Nein, ich habe nicht von dir geredet, Siegi, bitte fühle dich

nicht betroffen. Ich meine jetzt andere Zahlen, ich meine die Diskussion zum Thema Wohnbeihilfe. Ich stelle noch einmal fest, dass die Steiermark die höchsten Wohnbeihilfen Österreichs zahlt, dass die Steiermark für Wohnbeihilfen pro Jahr, wenn es sozusagen zu keiner Änderung kommt, von den 4 Milliarden, die uns zur Verfügung stehen, eine Milliarde für Wohnbeihilfen aufwendet und wir haben uns prinzipiell dazu bekannt. Wir haben dann eine Änderung herbeigeführt, die durchaus da oder dort natürlich zu Problemen führt, weil wenn jemand weniger Beihilfe bekommt, als er bisher bekommen hat, dann ist das für ihn ein realer Verlust, das ist einzusehen. Aber wenn dann hergegangen wird und mit Entschließungsanträgen Panikmache betrieben wird, dann muss man sich dagegen wehren, wenn falsche Dinge dazu führen. Wenn die Frau Lackner in der Zeitung abgebildet ist, dass sie sich um eine Dame kümmert, die plötzlich keine Wohnbeihilfe mehr bekommt, dann muss man sagen, dass für diese Wohnbeihilfenanrechnung – und ich stelle das nur klar – nach unseren Richtlinien mit dem Einkommensbegriff, der in der Wohnbeihilfe gilt für diese Familie 146 Euro als Einkommen gewertet werden. Das tatsächliche Familieneinkommen zu aller Information beträgt 2670 Euro, das sind 36.738 Schilling, und ich finde es eigentlich ungerechtfertigt, um nicht zu sagen beschämend, wenn man mit solchen Beispielen operiert, um hier Mitleid hervorzurufen. Das ist eigentlich dieses Hauses auch nicht würdig. Wir sollten uns wenigstens bei den Zahlen an die richtigen Zahlen halten und nicht falsche Zahlenbeispiele herbeiführen, wo dann alle sagen, wie furchtbar dieses Land bei der Gewährung der Wohnbeihilfe ist. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 16.04 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Straßberger (16.04 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Verehrter Herr Landesrat! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Hohes Haus!

Ich wollte mich ursprünglich zu diesem Thema nicht melden, aber nachdem hier wirklich vermessene Argumente, was die Steuerpolitik betrifft, gesagt wurden und ich mich hier ein bisschen auskenne, erlaube ich mir schon etwas in Erinnerung zu rufen. Ich habe das Gefühl, das Kurzzeitgedächtnis von der SPÖ dauert nur von 12 Uhr bis zu Mittag. Ich sage das deshalb, weil Wirtschaftspolitik ist gleich Steuerpolitik. Und, verehrte Damen und Herren, wenn ich mir die Steuerpolitik anschau, die unter SPÖ-Finanzministern passiert ist von Lacina über Klima und Edlinger, dann lassen Sie mich einige Beispiele anführen. Die SPÖ ist hergegangen und hat den Unternehmen das Geld aus den Betrieben gesaugt. Ich weiß das, weil ich 37 Jahre bei einer Institution beschäftigt bin, wo ich Jahr für Jahr gesehen habe, wie sich die Gewinne verändern und die wirtschaftliche Entwicklung bei den Unternehmungen stattfindet. Verehrte Damen und Herren, was ist denn passiert? Man hat die nicht „entnommenen Gewinne“ abgeschafft. Das heißt, heute beklagt man, dass die Unternehmungen kein Eigenkapital haben. Das waren ja jene Mittel, die im Betrieb geblieben sind.

Zum Zweiten, man ist hergegangen und hat die „Investitionsrücklage“ abgeschafft. Das waren Vorkehrungen für Investitionen im nächsten Jahr.

Und zum Nächsten: Man ist hergegangen und hat die vorzeitige Abschreibung abgeschafft. Was hat der Unternehmer gemacht? Ich glaube, Herr Schleich hat heute gesagt, er hat mit einem Betriebsberater oder Steuerberater geredet. Was haben denn die gemacht? Im Oktober hat er sich das angeschaut, aha, das Jahr ist einigermaßen gut, bevor ich dem Fiskus zahle, investiere ich es, verehrte Damen und Herren. Das war Wirtschaftspolitik und letztendlich auch Arbeitsplatzsicherung und -schaffung. Das möchte ich zu dem einen sagen. (Abg. Schrittwieser: „Das habt ihr abgeschafft!“)

Und dann ist man noch hergegangen, gerade unter eurer Verantwortung und hat die Investitionsfreibeträge ständig verändert. Man hat die Unternehmungen gepflanzt, einmal 12 Prozent, dann 6 Prozent, dann 9 Prozent und wieder 6 Prozent. Das ist eine Ungeheuerlichkeit.

Und jetzt komme ich zu den Arbeitnehmern. (Abg. Schrittwieser: „Das sagt die Statistik!“) Mit dieser Statistik kannst dich abschminken, denn die hast du selber gemacht.

Verehrte Damen und Herren, was hat man denn bei den Arbeitnehmern gemacht, dass der Eindruck hier nicht entsteht, ich bin nur Unternehmervertreter.

Verehrte Damen und Herren, lassen Sie mich noch in der Steuerpolitik die Arbeitnehmer – (Abg. Schrittwieser: „Wie der Schelm denkt, so ist er!“)

Ich habe dir das bei der Fernsehdiskussion gesagt, da warst du schön schmähad, da hast du eh nichts gewusst, Herr Klubobmann.

Was hat man für den Arbeitnehmer gemacht? Für den Arbeitnehmer waren Möglichkeiten im Sonderausgabenbereich, für den Häuslbauer oder zum Schluss auch für die Althausanierung. Was haben eure Finanzminister gemacht? Man hat Topsonderausgaben gemacht. Ein Alleinverdienender hat 80.000 Schilling ausgeben müssen, dann hat er 20.000 Schilling nachweisen können, von diesen 20.000 Schilling hat er 3000 oder 4000 Schilling vom Fiskus bekommen. Und das ist kein Anreiz. Genauso bei der Althausanierung, als die Althausanierung eingeführt wurde, war das eine gute Sache. Man darf nicht anstehen, auch gute Dinge, egal von wem sie kommen, zu loben. Da hat man gemerkt, dass auch hier am Bausektor Bewegung aufgekommen ist. Und auf einmal ist man hergegangen und hat auch diese Möglichkeiten runtergestrichen. Die Verantwortung liegt ausschließlich bei den roten Finanzministern, verehrte Damen und Herren. Und hier herauszugehen und große Töne spucken, vom 4. Feber 2000 bis – was weiß ich – 20. Oktober 2002 wäre unser Land in ein Chaos geschlittert (Abg. Schrittwieser: „Das musst du beweisen!“), das ist ja ungeheuerlich, das ist ja vermessen, verehrte Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe das unlängst auch gesagt, Siegfried, du weißt es genau, es ist ungeheuerlich, dass eine politische Gruppe in der Steiermark, die nicht unwesentlich groß ist, das Land nichts wie nur schlecht macht und vermiest, das ist eine altsozialistische Ideologie und ihr werdet am 24. bestraft werden. Danke vielmals! (Beifall bei der ÖVP. – 16.09 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

Abg. Gennaro (16.09 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es ist ungeheuerlich, mit welcher Frechheit du dich da herstellst, lieber Freund Straßberger, ich habe dir das schon einmal gezeigt, euer Maskottchen ist ein Hase. Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts. Ihr tut so, als wenn ihr nicht dabei gewesen wäret. Und selbst der Herr jetzige kleine Bundeskanzler Schüssel, auf Gnaden des Barentales Bundeskanzler zu sein, hat auf die Frage – (Abg. Straßberger: „Zur Sache!“)

Damit du siehst, wie weit dein Horizont geht, du unterstellst der sozialdemokratischen Fraktion, dass unser Denken nur von in der Früh bis Mittag geht. Wir denken wenigstens bis Mittag. Bei dir habe ich manchmal das Gefühl, du kannst überhaupt nicht denken, weil du nicht weißt, von was du redest. Das ist der feine Unterschied. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Herr Bundeskanzler Schüssel hat in einer Fernsehsendung auf die Frage des Redakteurs dort gesagt: „Sagen Sie einmal, Herr Bundeskanzler, Sie sind ja selber lange in der Regierung gewesen, Sie verabschieden sich von den Staatsschulden und tun so, als wie wenn Sie nicht dabei waren!“ Das einzige, was der nicht gehabt hat, den Mut, weil beim ORF hat jeder müssen Federn haben, wenn er etwas anderes sagt, wird er gleich rausgehaut. Das einzige, was der Bundeskanzler Schüssel glorreich von sich gegeben hat, da sieht man den Intelligenzgrad, dass er gesagt hat: „Ja, das ist etwas anderes, wir haben damals nicht den Finanzminister gestellt, das waren die Sozialdemokraten!“ Dabei waren sie schon, aber dass die Regierungsbeschlüsse einstimmig gefasst werden, das ist auf einem anderen Blatt Papier. Da siehst du schon, welchen Horizont man da hat, wenn man das sagt. Wir stehen zu dieser Schuldenpolitik. Ich kann dir die zweite Geschichte machen. Wir haben gelernt daraus, nur auch zu deiner Erinnerung, weil du nur denkst von in der Früh, von siebene bis viertel acht. Die genaue Statistik, die kommt nicht von uns. Da seid ihr nicht dabei gewesen und vorne waren die Freiheitlichen dabei. Gut, dass ihr das auch wisst. Also tun wir nicht hin- und herschieben, wir haben etwas gelernt.

Es ist das Argument, ich stehe nicht an zu sagen, das ist sicherlich reingegangen, denn eines steht fest, wir haben immer gesagt als Sozialdemokraten, Schulden muss ich dann machen, wenn die Privatwirtschaft nicht in der Lage ist, die Investitionen zu tätigen, da muss der Staat eingreifen, damit die Beschäftigung gefördert wird. Da haben alle mitprofitiert einschließlich der Unternehmer und wir haben im gewerkschaftlichen Bereich viele gemeinsame Aktionen gestartet gegen die Bundesregierung, weil die Unternehmer, die am Verhandlungstisch sitzen, eine andere Meinung haben, lieber Straßberger. Du magst zwar in der Finanz dort sitzen und dich auskennen, das bestreite ich nicht, aber auch eingeschränkt, sonst würdest du viele Sachen hier nicht sagen, meine ich.

Wir sind Garant, die Investitionssteuer haben nicht wir abgeschafft, die habt ihr jetzt abgeschafft. Und eines sage ich euch, die Sozialdemokraten werden am 24., wenn wir die Regierung stellen, das einführen, dass die Unternehmer wieder Investitionsfreibeträge bekommen. So schauen wir aus, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wir können heute reden und ich kann euch versichern, die nächste Landtagssitzung wird harmlos sein. Ich warte nur auf den 24., und nach der Sitzung werden wir dann eine Gaudi haben in dem Haus. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 16.13 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Paierl. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (16.13 Uhr): Ich glaube, ich muss wieder das Mikrofon meines Freundes und Nachbarn benutzen, weil meines ist eingegangen. Hört man mich jetzt, ja, danke.

Weil von Ignoranz die Rede war, ich kann kürzer sein, weil ich schon Gelegenheit hatte, zwischendurch mich einmal zu Wort zu melden, meine Damen und Herren, und das hat, glaube ich, die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek verwendet und ich darf da auch bei Kurt Gennaro anschließen. Wirklich ignorant wäre zu übersehen, dass dann nicht mehr investiert wird und dann nicht mehr Arbeitsplätze abgesichert werden, die schon bestehen beziehungsweise neu geschaffen werden, wenn sich dieses Investieren nicht mehr rechnet. Das wäre ignorant. Und, meine Damen und Herren, das wird sich keine Bundesregierung, nicht einmal die deutsche – und dieses bundesrepublikanische Beispiel ist für Gesamteuropa sehr lehrreich – mehr leisten können.

Sie müssen jetzt ohnedies Maßnahmen setzen – man sieht das jetzt –, Joschka Fischer hat vor ein paar Tagen von sehr harten Schnitten gesprochen. Das Modell, dass der Staat, Herr Kollege Gennaro, einspringt, weil die Privaten nicht mehr investieren, bitte das ist nicht nur theoretisch nicht mehr machbar, sondern auch praktisch völlig widerlegt. Dieses real sozialistische Modell, dass der Staat einspringt für die nicht mehr leistungswilligen oder leistungsfähigen oder leistungsbereiten Privaten alle miteinander, und zwar Arbeitgeber und Arbeitnehmer – nicht Klassenkampf, alter Zuschnitt –, wenn sich der Private das nicht mehr leisten kann, weil ihm der Staat zu viel aus dem Sackerl nimmt, dass dann der Staat einspringt, bitte hören Sie auf damit! (Abg. Gennaro: „Muss man nicht einen Anreiz geben?“)

Das ist Ignoranz, das wäre Ignoranz! Ich hoffe und ich bin sehr überzeugt, meine Damen und Herren, dass die österreichischen Wählerinnen und Wähler da genau unterscheiden können. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Ja wohl, ganz richtig!“) Insofern ist es ganz gut, wenn Sie das aussprechen, es ist nur keine Presse mehr da, dass Sie sich diesbezüglich so geoutet haben. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Es ist gut, dass uns das unterscheidet!“) Welches Modell einer Arbeitsmarktpolitik, einer Beschäftigungspolitik Sie wählen und welches eigentlich nur möglich ist, nämlich das, das auch diese Bundesregierung in Wien mit uns zusammen gewählt hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Und weil ich mir gerade da hier auch das vom Kollegen Böhmer aufgeschrieben habe. Er sagt, es schaut nicht gut aus in Hartberg. Meine Damen und Herren, ich würde Sie wirklich einladen, nehmen Sie die Arbeitsmarktstatistik des Landes AMS vom September 2002, also letztes Datum, dann werden Sie sehen, dass der Bezirk Hartberg im Schnitt von Steiermark und damit auch Österreich liegt, auch bei den von Ihnen genannten Jugendlichen, auch bei den von Ihnen genannten Lehrstellensuchenden besser als der Steiermarkschnitt. Es kommen nämlich hier auf 63 Lehrstellensuchende, wie sie hier ausgewiesen sind, 33 Lehrstellenangebote. Das ist eine Antragsziffer von eins zu zwei, besser als im Steiermarkschnitt, im Steiermarkschnitt ist es eins zu drei. Also ich verstehe nicht, warum Sie einfach jede Gelegenheit und auch diese hier nützen, um herauszukommen und zu sagen, es ist alles so miserabel. Es gibt Probleme am Arbeitsmarkt, selbstverständlich! Das habe ich nie gesagt – Sie können das in den Protokollen nachlesen –, dass es keine Probleme gäbe, aber so wie Sie es darstellen, stimmt es einfach nicht. Und weil Sie mir Modelle überreichen, ich gebe Sie Ihnen zurück, ich komme dann zu Ihnen, wenn Sie ein oberösterreichisches Modell nehmen, dieses Ausbildungsverbundmodell nehmen, warum nehmen Sie nicht die steirischen Modelle, die hier praktiziert werden, und zwar mit Erfolg, auch die Verbände, die wir haben, gemeinsam, und zwar unabhängig von Herkunft. Ich bin nicht hergegangen und habe gesagt, die Lehrwerkstätten der ÖBB oder der Post sind sozialdemokratisch oder sozialistisch, im Gegenteil, da hat es eine Kooperation gegeben der Klein- und Mittelbetriebe im Aichfeld-Murboden-Bereich, der mittelständischen Wirtschaft und der ÖBB-Lehrwerkstätte oder auch im Postbereich, bei der Telecom hier in Graz. Das rechne ich Ihnen wirklich hoch an, Frau Klubobmann, dass Sie sagen, es gibt hier hervorragende Angebote der Arbeitsmarktpolitik in der Steiermark, da werden wir sogar permanent von Brüssel besucht, da werden die steirischen Modelle auch in den Regionen studiert, wie gesagt die Steiermark ist hier europaweit vorbildlich, man merkt es bei den Zahlen. Aber Sie gehen her und sagen, nur weil es den 24. November gibt, ist die Steiermark diesbezüglich hinterwäldlerisch und ein Entwicklungsland. Es stimmt nicht.

Ich bedanke mich – was ich hier immer mache, meine Damen und Herren – ganz ausdrücklich bei jenen Unternehmungen, die es in der Steiermark verstehen, auch als eine der wichtigsten Investitionen ihrerseits für ihre Zukunft, nämlich in den Nachwuchs, in die Ausbildung zu investieren. Das tun viele! Sie tun es nicht nur im jugendlichen Bereich, sondern vermehrt auch – und werden von uns auch gefördert – im älteren Bereich und auch bei den Langzeitarbeitslosen. Ich könnte Ihnen noch einmal die Zahlen bringen, aber ich will Sie nicht verwirren, hier sind wir bei weitem besser als der Österreichschnitt, gar nicht zu reden von Wien. Selbstverständlich ist das auch ein regionales Thema, wie weit die Regionalregierungen mit der Bundesregierung zusammenarbeiten. In diesem Fall ist es gut gelungen und ich hoffe, dass wir auch in Zukunft genauso erfolgreich weiterarbeiten können. Danke sehr! (Beifall bei der ÖVP. – 16.19 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 12 liegt nicht vor. Wir kommen damit zu einer Reihe von Abstimmungen.

Ich ersuche zunächst die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Zum Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Arbeitsmarktsituation in der Steiermark, gibt es den Antrag einer punktuellen Abstimmung. Ich bitte um Aufmerksamkeit, es dreht sich hier um neun Punkte.

Der Antrag lautet, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, ich komme zum Punkt eins, in einer Novellierung der Durchführungsverordnung zum Wohnbauförderungsgesetz die gesetzlich höchstzulässigen Zinssätze für Darlehen in der Wohnbauförderung zu senken. Wer diesem Punkt eins seine Zustimmung gibt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Punkt zwei lautet: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, raschestmöglich Verhandlungen mit den Banken, betreffend eine Zinssenkung auch für Altdarlehen in der Wohnbauförderung, aufzunehmen, da dieser Eingriff für die Darlehensnehmerinnen und -nehmer einen Vorteil darstellt und damit bei Zustimmung der Banken rechtlich keine Probleme auftreten können. Wer diesem Punkt zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle auch hier die Einstimmigkeit fest.

Punkt drei lautet, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die durch mehrheitliche Landtagsbeschlüsse aufgehobene Zweckbindung der Erlöse aus den Verkäufen der Wohnbauförderungsdarlehen nicht zu vollziehen und diese Erlöse wieder zur Gänze dem Wohnbau zuzuführen. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Punkt hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich komme zum Punkt vier. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alles zu unternehmen, um auch die von einer Studie von Basler & Partner, Zürich empfohlenen und von den Verkehrsreferenten der Länder Oberösterreich und Steiermark gemeinsam geforderten vorgezogenen Ausbau der Pyhrnachse sowie eine zeitliche Vorreihung der für die Steiermark weiters unbedingt erforderlichen Schienenprojekte bei Südbahn, Ostbahn und im Ennstal durchzusetzen. Wer diesem Punkt vier seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Punkt fünf lautet: Dem Landtag raschestmöglich eine Liste der baureifen Bahn- und Straßenprojekte in der Steiermark samt Finanzierungskonzept vorzulegen, um im zweiten Schritte möglichst viele dieser Projekte sofort zu starten. Wer dem Punkt fünf seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Punkt sechs, alle großen touristischen Projekte, vor allem Thermenprojekte, wie zum Beispiel Gabelhofen und Leibnitz, möglichst weit gehend zu unterstützen, damit eine rasche Inangriffnahme möglich ist. Wer dem Punkt sechs seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Punkt sieben: Die Steiermärkische Wirtschaftsförderungsgesellschaft als Landes-GBI mit den Aufgaben Sanierung und Beteiligung nach dem Muster der erfolgreichen GBI des Bundes zu beauftragen. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Punkt acht lautet: Die im Bereich der Impulszentren gebundenen Vermögenswerte wiederum Projekten der Wirtschaftsförderung zuzuführen. Wer diesem Punkt acht seine Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Punkt hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Punkt neun lautet: Die vom Landtag bereits einstimmig eingeforderte Maßnahme zur Verbesserung der Lehrlingssituation im Wege eines Fonds, in den nicht ausbildende Betriebe zugunsten von ausbildenden Betrieben einzahlen, umzusetzen. Wer diesem Punkt seine Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Punkt hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Abschaffung der unsozialen Wohnbeihilferegulierung, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Änderung der Wohnbeihilfe Neu, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

13. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1006/1, betreffend die Errichtung einer Drogentherapiestation in Kainbach bei Graz – Abschluss einer Kooperationsvereinbarung.

Berichterstatteerin ist Frau Landtagsabgeordnete Michaela Halper. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Halper (16.26 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Steiermärkische Landesregierung hat in ihrer Sitzung am 28. Jänner 2002 die Errichtung einer Drogentherapiestation in Kainbach bei Graz im Rahmen einer Fremdfinanzierung genehmigt. Gleichzeitig wurden die zuständigen Abteilungen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung beauftragt, die weiteren Veranlassungen im Hinblick auf den Abschluss einer diesbezüglichen Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Steiermark und dem Konvent der Barmherzigen Brüder zu treffen.

Die Kernpunkte dieser Vereinbarung liegen darin, dass der Konvent der Barmherzigen Brüder auf einem von der Ordensprovinz zur Verfügung gestellten Grundstück auf dem Areal des Johannes-von-Gott-Pflegezentrums eine Drogentherapiestation mit insgesamt 28 Betten errichten und betreiben wird, wobei die Finanzierung für die Errichtung und den Betrieb seitens des Landes zu sichern ist.

Im Einvernehmen mit der Landesfinanzabteilung werden die Errichtungskosten in der präliminierten Höhe von 4,14 Millionen Euro über Darlehen finanziert.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 1. Juli 2002 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Dem Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Steiermark und der Ordensprovinz beziehungsweise dem Konvent der Barmherzigen Brüder Graz-Eggenberg und Kainbach bei Graz, betreffend die Errichtung und den Betrieb einer Drogentherapiestation in Kainbach bei Graz, wird antragsgemäß zugestimmt. Ich bitte um Annahme. (16.28 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lackner. Ich darf es dir erteilen.

Abg. Mag. Lackner (16.28 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Es war im Oktober 2001, ziemlich genau vor einem Jahr, als Landesrat Günter Dörflinger eine Bürger- und Bürgerinneninformation am Areal der Barmherzigen Brüder in der Gemeinde Kainbach durchgeführt hat, um eine entsprechende Information an alle zu geben, die an diesem Projekt beteiligt sind, vor allem auch für die Anrainer und Anrainerinnen. Und ich erinnere mich noch sehr gut an die Statements der Anrainer, an die Statements der Politiker, an das, was Frater Wolfgang gesagt hat, an das, was die Ärzte und die Wissenschaftler gesagt haben.

Aber ich erinnere mich vor allem sehr, sehr gut an das, was eine junge Frau gesagt hat, die – ich zitiere jetzt – „durch die Hölle gegangen ist auf dem Weg heraus aus der Sucht“. Sie hat dort vor allem geschildert, wie es ihr ergangen ist, von ihrer Drogensucht loszukommen. Und sie hat auch gesagt, wenn sie damals schon die entsprechenden Therapiemöglichkeiten gehabt hätte nach dem Entzug, dann wäre es ihr bedeutend besser gegangen auf diesem sehr schlimmen Weg ihres Lebens. Sie kann in Wirklichkeit allein ermessen, welche Dimension die Verwirklichung der Drogentherapiestation in Kainbach hat, wie wichtig sie sein wird für alle die, die davon Nutzen haben werden. Und diese Drogentherapiestation in Kainbach ist ein wichtiger Baustein in dem Netzwerk von Unterstützung und Hilfe für jene, die bereits erkrankt sind.

Wie Sie wissen, gibt es in der Steiermark ein flächendeckendes Netzwerk. Für den stationären Bezug sind zuständig die Barmherzigen Brüder, das Landeskrankenhaus, das Krankenhaus Siegmund Freud und auch der Kastanienhof in Graz. Für die ambulanten Therapien gibt es 16 Einrichtungen in der Steiermark, angefangen von BAS und der Drogenberatung des Landes bis hin zum Hilfsweg. Kainbach ist ein wesentlicher Netzwerkstein im Bereich der stationären Therapie, zusammen mit dem Grünen Kreis, der in der Oststeiermark seine Einrichtung hat.

Heute beschließen wir die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Steiermark und dem Konvent der Barmherzigen Brüder, betreffend die Errichtung und Betreibung der Drogentherapiestation.

Schon im Jänner 2002 hat die Landesregierung dieses Projekt grundsätzlich genehmigt. Das Grundstück liegt auf dem Areal des Johann-von-Gott-Pflegezentrums in Kainbach. Die Station umfasst 28 Betten, wobei acht für den Entzug und weitere 20 für die Therapie danach sind. Für diese Finanzierung werden insgesamt 4,14 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Möglich ist diese Finanzierung geworden, weil im Sommer im Rahmen der Budgetdebatten die Landes-Lustbarkeitsabgabe erhöht wurde und ein Teil dieser erhöhten Abgabe der Finanzierung der Drogentherapiestation zur Verfügung gestellt wird.

Kainbach mit der Drogentherapiestation, die 2004 quasi gestartet wird, ist in diesem Sinn ein wichtiger Baustein im steirischen Drogenkonzept, um ausreichende Therapieangebote, wie gesagt, für bereits Erkrankte zu schaffen. Die Voraussetzung, dort stationär aufgenommen zu werden, ist die Freiwilligkeit, sich dieser Therapie zu unterziehen.

Alle Fraktionen des Landtages hatten im Laufe des letzten Jahres die Möglichkeit, sich bei Exkursionen, die von Günter Dörflinger federführend organisiert worden sind, solche Einrichtungen anzuschauen. Wir waren in Wien und in Mödling und wir konnten uns von diesen erfolgreichen Projekten dort überzeugen. Solche Projekte sind Vorbild für eines, das auch in der Steiermark erfolgreich und überzeugend sein wird.

Der Weg zu dieser Drogentherapiestation ist ein langer. Nach Diskussionen um verschiedene Standorte, die leider auch von FPÖ und ÖVP sehr erschwert worden sind, hat Landesrat Günter Dörflinger im März 2000 die Gespräche letztlich mit den Barmherzigen Brüdern aufgenommen und in diesem Konvent einen überzeugten und verlässlichen Partner gefunden. Schon wenige Monate später waren die Verhandlungen bereits abgeschlossen.

Was im Gemeinderat von Kainbach möglich war, das ist allen anderen Projekten im Bereich der Suchtprävention und der Behandlung Suchtkranker nur zu wünschen. Nach eingehender Diskussion, Informationen und auch ernsthaften Gesprächen haben sich die Fraktionen im Kainbacher Gemeinderat einstimmig dazu entschlossen, für die Errichtung dieser Drogentherapiestation zu stimmen. Und stellvertretend für alle möchte ich mich jetzt bedanken bei Bürgermeister Schöninger und bei Gemeindegassier Werner Ranftl für die Bereitschaft, mit dem Land und mit dem Konvent der Barmherzigen Brüder diese Verantwortung zu übernehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich bedanke mich aber auch – und da möchte ich dir, lieber Freund List, zuvorkommen – bei Günter Dörflinger. Ich danke dir für dein unbeirrbares Festhalten und dein Beharrungsvermögen, auch gegen alle politischen Widerstände von anderen Fraktionen durchzuhalten, nämlich im Sinne derer, die Unterstützung und Hilfe brauchen (Beifall bei der SPÖ.), aber auch für die, die Angehörige sind, weil ja nicht nur eine Einzelperson davon betroffen ist, sondern das gesamte private, familiäre Umfeld.

Ich wünsche von dieser Stelle aus dem Fortgang des Projektes viel Erfolg und alles Gute. (Beifall bei der SPÖ. – 16.35 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstem erteile ich dem Herrn Abgeordneten Hamedl das Wort.

Abg. Hamedl (16.35 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Frau Kollegin Lackner hat eigentlich schon sehr viel vorweggenommen und sie hat, glaube ich, ganz gut angefangen, sie hat gesagt, welche schwierigen Wege nicht nur die Süchtigen, sondern auch die Angehörigen gehen. Das kann ich nur voll und ganz bestätigen. Vor einer Woche hat mich eine Frau angerufen, deren 20-jähriger Sohn süchtig ist. Sie hat gefragt, ob ich ihr helfen kann, einen Therapieplatz für diesen jungen Mann zu finden. Er braucht jeden Monat zirka 1500 Euro für die Drogen, das sind umgerechnet 20.000 Schilling und sein einziger Gedanke in der Früh ist, wie komme ich zu diesen Drogen. Ich habe versucht, ihr zu helfen.

Ein paar Dinge möchte ich aber doch noch dazusagen. Jahrelang hat man in Graz die Drogensituation nicht erkannt, man hat sie verharmlost. Und wenn es auch jetzt noch immer Parteien gibt, die meinen, den Drogenkonsum freizugeben und alles andere ist nicht so arg, dann ist es schon eine Frage, welchen Weg wir hier gehen wollen. Wir wissen – und ich brauche das nicht zu wiederholen –, das Einstiegsalter wird immer jünger, die Hemmschwelle Drogen zu nehmen sinkt auch weiter. Erst vor kurzem war in der Zeitung auch zu lesen, unser Drogenkoordinator hat ein Statement abgegeben, wie schaut es wirklich mit den Drogen in der Steiermark aus und er hat auch wieder massiv bekrittelt, dass es noch immer keine Drogentherapiestation in der Steiermark gibt. Laut einer Studie würde sich jeder Dritte einer Therapie unterziehen, hat aber bis dato in der Steiermark noch keine Möglichkeit dazu. Für diese 8000 Entzugswilligen, die es in ganz Österreich gibt, gibt es nur 500 Betten. (Abg. Stöhrmann: „Warum habt ihr euch dann so lange quergelegt?“)

Ich komme gleich dorthin, was du sagst, warte ein bisschen. Wir wissen, wie wichtig es ist, dass die Süchtigen, die bis jetzt keine Möglichkeit gehabt haben, einen Therapieplatz zu bekommen und die selbst sogar in die Therapie gehen wollen, einen Platz bekommen. Vor allem schaffen wir mit dem Therapieplatz auch eine Möglichkeit, dass die Süchtigen nicht im Ersatzdrogenprogramm bleiben müssen. Ich sage immer – das wiederhole und erwähne ich immer wieder –, das Ziel einer Drogenpolitik kann vor allem nicht die Abgabe von Ersatzdrogen sein, so wichtig sie zu einem gewissen Zeitpunkt auch sind. Das Ziel muss sein: Therapie, Wegkommen von den Drogen! (Abg. Stöhrmann: „Landesrat Dörflinger war sehr regel!“)

Es stimmt, Herr Landesrat Dörflinger war dann sehr rege, aber es hat schon einer Dringlichen Anfrage unserer Partei bedurft, das möchte ich schon dazusagen, dass es so weit gekommen ist.

Die jahrelangen Versäumnisse, meine Damen und Herren, die in dieser Politik von verschiedenen Parteien passiert sind, haben uns schon dahin geführt, wo wir jetzt sind. Ich brauche jetzt das Ganze nicht zu wiederholen, mit der Annahme dieses Kooperationsvertrages zwischen dem Land Steiermark und den Eggenbergern, wo diese 28 Betten – sie sind aufgelistet – eingerichtet wurden und wo auch die Finanzierung in der Höhe von 4,4 Millionen Euro durch verschiedene Initiativen sichergestellt ist, ist ein langes Kapitel in der Drogenpolitik positiv abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, eines kann ich Ihnen versichern, wir werden nicht müde werden uns weiter einzusetzen, dass es weitere Therapieplätze gibt und dass weitere geschaffen werden und dass vor allem die Jugendlichen durch eine gute Wirtschaftspolitik, durch eine gute Ausbildungspolitik und Freizeitgestaltung nicht in die Sucht abgleiten. Auch die Dealer dürfen wir da trotzdem nicht vergessen, sie müssen mit aller Härte verfolgt werden. Ich möchte hier an dieser Stelle die Arbeit meiner Kollegen der SOKO erwähnen, die in kurzer Zeit – seit 1. Oktober ist diese Gruppe erst zusammen – den offenen Straßenhandel in Graz massiv eingeschränkt haben. Die Leute rufen bei der Polizei an und bedanken sich, dass jetzt der offene Drogenhandel nicht mehr in diesem Ausmaß stattfindet. Ich sage Ihnen auch in Zahlen, was die SOKO in dieser kurzen Zeit geleistet hat. Zehn Dealer wurden festgenommen, Dealer, keine Konsumenten, damit man nicht immer sagt, wir kriminalisieren die Konsumenten. 50 Personen wurden angezeigt in der kurzen Zeit und mehr als 20.000 Euro wurden an Drogengeldern beschlagnahmt. Dass diese SOKO zustande gekommen ist, hat auch einiger Anstrengungen bedurft, weil auch hier seitens des Behördenleiters einige Versäumnisse waren. Meine Damen und Herren, mit dem Bau dieser Drogenstation wird für die Kranken jetzt endlich die Möglichkeit geschaffen, vielleicht ihrer Sucht zu entkommen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 16.40 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Abschließend zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dörflinger.

Landesrat Dörflinger (16.41 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Das Hineinreden ist auch ein bisschen eine Sucht und das soll man ein bisschen durchgehen lassen. Ich wollte mich eigentlich nicht zu Wort melden, aber die Wortmeldung des Abgeordneten Hamedl veranlasst mich doch, ein paar Sachen aus meiner Sicht darzustellen, wie sie sich mir dargestellt haben und ich sie ein bisschen anders sehe, als du sie siehst.

Der erste Punkt, ich finde es faszinierend, wie ihr euch in der Frage der Drogenpolitik im Kreis dreht, ohne dabei schwindlig zu werden. Ich versuche das einmal anhand der SOKO ein bisschen nachzujustieren. Als die Sozialdemokraten vor zirka einem Jahr in diesem Hohen Hause den Innenminister kritisiert haben, dass soundso viele Dienstposten nicht besetzt sind, bist du herausmarschiert und hast gesagt, es ist alles Wahnsinn, das stimmt nicht, wir haben ohnedies genug da. Am Sonntag habe ich eine Zeitung aufgeschlagen, eine Gratiszeitung in Graz, da lässt sich der Spitzenkandidat der Grazer ÖVP dafür feiern, dass der Innenminister jetzt so viele Dienstposten nachbesetzt hat, die bisher nicht nachbesetzt waren und jetzt ist ein effizientes Handeln gegen den Drogenmissbrauch in Graz erkennbar. Wenn es vorher nicht zu wenig gegeben hat, kann er nicht mehr nachgeben, es fehlen jetzt noch immer welche, Edi. (Abg. Hamedl: „Die werden nachbesetzt!“) Und eines bei aller Freundschaft, Edi, eines verzeihe ich dir nicht, was du heute da gemacht hast, dieses üble Abputzen auf andere

Beamte, den Polizeidirektor Stingl, den Behördenleiter dafür verantwortlich zu machen, dass er zu wenig Leute hat und dass er das da nicht machen kann, das ist so ziemlich das Letzte, was ein Kollege tun kann. Das geht nämlich nicht, was ihr da macht. (Beifall bei der SPÖ.)

Also Freunde, dieses Spielchen ist ja überhaupt klass, zuerst sagen wir, regt euch nicht auf, es ist ohnedies alles in Ordnung, dann merkt man, dass diese Argumentation nicht funktioniert, dann sagen wir, huch, der Polizeidirektor ist schuld. Das ist mir zu einfach. Mich erinnert das ein bisschen an diese blöde Geschichte, wo du vorne einen hinsetzt, ihm eine Bleiweste umhängst, die Füße zusammenbindest, die Hände zusammenbindest, dann wirfst du ihn in das Schwimmbad hinein und sagst, schwimm die 25 Meter, dann sauft er dir nach einem Meter ab und du sagst, schau der Wabblar kann nicht einmal schwimmen. So geht es ja bitte nicht. Ihr wisst ganz genau, dass euer Innenminister hier extreme Versäumnisse gehabt hat (Beifall bei der SPÖ.), dass euer Innenminister hier die Polizei nicht ausgestattet hat. Und eines sage ich auch dazu, ich habe weniger den Eindruck, dass das eine späte Erkenntnis war, als viel mehr den Eindruck, dass es die normative Kraft des Faktischen war, nämlich der Wahltermin im November und der Wahltermin im Jänner, dass ihr gesehen habt, wir müssen da jetzt etwas tun und wir tun es weiter. Ich sage das nur dazu.

Der zweite Punkt, auch wieder ganz ehrlich und ganz offen. Die Krokodilstränen, dass wir diese Drogentherapiestation jetzt zwar bekommen, aber sie viel zu spät bekommen. Ich habe das in diesem Haus drei- oder viermal schon gesagt.

Ich wäre froh gewesen und ich danke euch allen, wie ihr da sitzt, dafür, dass wir bei dieser Dringlichen Anfrage zu einer gemeinsamen Lösung gekommen sind. Ich danke euch dafür, allen. Aber wenn diese Erkenntnis eineinhalb Jahre früher gekommen wäre, würden wir jetzt nicht einen Spatenstich bei der Drogentherapiestation machen, sondern könnten wir die Drogentherapiestation schon eröffnen. Weil eines ist auch klar, wir mit unseren Mandaten, die wir da haben, können allein überhaupt nichts machen.

Und noch einmal dazu, lieber Edi Hamedl und auch von der ÖVP-Fraktion, es war eure Fraktion, die ein bereits im Entstehen begriffenes Projekt in Eggenberg in Wirklichkeit umgebracht hat. Es waren eure Leute – und ich sage noch einmal, ich verteile die Zettel gerne –, wo man bei einer Drogentherapiestation in Eggenberg draußen von eurer Fraktion eine Bezirkszeitung herausgegeben hat, wo man gesagt hat, Eltern, passt auf, da werden die Dealer herumliegen, da werden die Spritzen herumliegen, da wird es Blutlacken auf den Gehsteigen geben und da wollt ihr eure Kinder hinlassen. Es war nicht lustig dann bei den diversen Bürgerversammlungen Eltern mit Transparenten zu sehen, wo oben steht: „Herr Landesrat, sind Ihnen Drogendealer wirklich mehr wert als unsere Kinder?“

Ich sage das noch einmal dazu, in dieser Frage werden wir eh nur gemeinsam weitergehen können. Und das, was die Abgeordnete Lackner so richtig gesagt hat, ich ziehe meinen Hut vor dem Leiter des Konvents der Barmherzigen Brüder in Kainbach draußen. Ich ziehe meinen Hut vor dem schwarzen Bürgermeister und ich ziehe meinen Hut vor dem roten Gemeindekassier. Die haben nämlich doch einer sehr massiven Bewegung, die es draußen gegeben hat, die Stirn geboten, sie sind nicht drübergefahren, sondern haben mit den Leuten argumentiert und haben mich dort nicht alleine gelassen. Wenn das in anderen Gemeinden auch der Fall gewesen wäre, bräuchten wir heute nicht über einen Kooperationsvertrag reden, sondern könnten wir morgen oder übermorgen zur Eröffnung schreiten. Das wäre mir 1000-mal lieber, aber, wie gesagt, es war leider so.

Nur, jetzt so zu tun, es kommt alles zu spät und es wäre alles besser, halte ich angesichts dessen, was ihr auch wisst, nicht für fair. Ist mir Wurst, ist erledigt. Wir werden das hinbauen. Und auf eine etwaige Zusatzfrage von dir, ob ich dann selber noch eröffnen werde oder nicht, antworte ich dir wie bei der vorigen Sitzung – es ist Wurst. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 16.47 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine Wortmeldung liegt nicht mehr vor.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zustimmen, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

14. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 726/1, der Abgeordneten Lafer und Dietrich, betreffend die Aufnahme von 25 Betten der Station Akutgeriatrie/Remobilisation des Geriatrischen Krankenhauses der Stadt Graz als Fondskrankenanstalt.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lafer (16.47 Uhr): Ich berichte über den Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler zum Antrag, Einl.-Zahl 726/1, der Abgeordneten Lafer und Dietrich, betreffend die Aufnahme von 25 Betten der Station Akutgeriatrie/Remobilisation des Geriatrischen Krankenhauses der Stadt Graz als Fondskrankenanstalt.

Der Ausschuss hat am 29. Jänner und 8. Oktober 2002 getagt.

In diesem Antrag wurden drei Punkte behandelt. Der Bericht liegt Ihnen vor, Sie sind in Kenntnis über den Inhalt. Deshalb verlese ich nur mehr den Antrag.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler zum Antrag, Einl.-Zahl 726/1, der Abgeordneten Lafer und Dietrich, betreffend die Aufnahme von 25 Betten der Station Akutgeriatrie/Remobilisation des Geriatrischen Krankenhauses der Stadt Graz als Fondskrankenanstalt, wird zur Kenntnis genommen. (16.47 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Das Wort hat Frau Klubobfrau Dietrich. Bitte.

Abg. Dietrich (16.48 Uhr): Geschätzte Frau Präsident, geschätzte Herren Landesräte, meine Damen und Herren!

Heute ist schon sehr eindringlich im Hinblick auf die Nationalratswahlen diskutiert worden, und da denken wir, auch beim Gesundheitsbereich sollten wir eine kleine Parallele ziehen.

Wenn wir uns das anschauen – das habe ich mir vom Internet ausdrucken lassen, wofür die SPÖ steht: „Gesundheit, die sich jeder leisten kann. Wir wollen ein hochwertiges Gesundheitssystem für alle. In der Gesundheitspolitik hat eine erstklassige Gesundheitsversorgung für alle oberste Pflicht!“ Dazu noch: „Die SPÖ wird alles in Bewegung setzen, damit allen Österreicherinnen und Österreichern ein exzellentes Gesundheitssystem zur Verfügung steht.“ Das ist einmal die Forderung. Klingt recht gut! (Beifall bei der SPÖ.)

Applaus, ja. Aber gestern in den Medien war folgender Bericht über dieses so exzellente Gesundheitssystem. Es hat ein Patient des Spitalsverbundes LKH Knittelfeld gemeint: „Mich hat das natürlich gestört, wie ich reingekommen bin, habe ich gesehen, dass am Bett zerrissene Bettdecken sind, die erst zwei Tage später ausgetauscht wurden. Vor meiner Tür sind am Gang Betten aufgestellt worden. Die Damen mussten sich am Gang ausziehen und die ganze Wäsche unter das Bett legen!“ Weiter: „Ich musste zur Computertomographie und habe nur einen Pyjama angehabt und dann musste ich in den Keller. Da hat es nur 10 Grad gehabt und ich musste mich neben einer Baustelle niedersetzen, wo 20 Handwerker arbeiteten. Da kann man sich jederzeit eine Lungenentzündung oder sonst irgendetwas holen!“

Sie kennen alle das Kinderspiel „Wahrheit oder Lüge“, und es möge sich jeder sein eigenes Bild darüber bilden, was Wahrheit ist, was Lüge ist, was Faktum ist und was Versprechen sind.

Ich möchte aber meine Wortmeldung dahin gehend ausnutzen, um einen Antrag einzubringen. Antrag der Abgeordneten Dietrich und Lafer, betreffend Spitalsverbund Judenburg-Knittelfeld. Die Begründung, glaube ich, können wir uns ersparen, nachdem wir schon so oft über diesen unglückseligen Spitalsverbund diskutiert haben. Aber es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass unabhängige Experten die Prozessanalyse im Spitalsverbund zur Kontrolle der Qualität der medizinischen Versorgung sowie einen Folgekostenvergleich zwischen einer Neubaulösung und der Verbundlösung überprüfen. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 16.52 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Herr Landesrat Dörflinger hat sich zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Landesrat Dörflinger (16.52 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich begrüße das Loch Ness der steirischen Gesundheitspolitik, das so regelmäßig wiederkommt wie kein anderes.

Ich lasse mir jetzt gerade den Zusatzantrag von euch geben und sage aber sehr ehrlich und sehr offen dazu, was diese Patientin oder dieser Patient geschildert hat, tut mir Leid. Es tut mir Leid, weil es in Wirklichkeit im Jahre 2002 keinem einzigen Patienten in einem steirischen Spital passieren soll und passieren darf.

Aber, und jetzt sage ich dazu, aber. Was glauben Sie, warum wir um 20 Millionen Euro in Knittelfeld in drei Wochen mit dem Bau eines Zubaues beginnen, wenn wir nicht wissen würden, dass es dort Probleme gibt? Ich sage ganz ehrlich dazu, es wäre doch ein Wahnsinn, wenn wir, wenn alles in Ordnung wäre, hergehen und 20 Millionen Euro investieren würden, um etwas zu verbessern. Wir tun das ja, weil wir wissen, das es dort nicht funktioniert.

Aber trotzdem noch ein paar Fakten dazu, Frau Abgeordnete Dietrich. Zu den Betten auf den Gängen: Eine Unwahrheit wird nicht deswegen mehr wahr, wenn man sie oft genug wiederholt. Wir haben im Krankenhaus Knittelfeld eine Auslastung von 86 Prozent. Diese 86 Prozent sind uns österreichweit von allen Krankenhausplanern vorgeschrieben. Wenn wir weniger als 85 Prozent hätten, würde nämlich wahrscheinlich eure Fraktion oder auch eine andere Fraktion in diesem Haus aufstehen und würde sagen: „Es ist ja ungeheuerlich, die Auslastung ist dort so schlecht, das ist wirtschaftlich nicht vertretbar!“

Der wirkliche Unterschied – und da bitte ich euch, der Wahrheit endlich einmal eine Gasse zu hauen –, der Unterschied zu anderen Krankenhäusern besteht darin, dass es auch dort diese so genannten Gangbetten gibt, weil wir nämlich an 20, 30 Tagen im Jahr, der Primarius Forenbacher und alle, die im Krankenhaus etwas zu tun haben, werden es bestätigen, das Problem haben, dass diese Betten nicht ausreichen; in jedem anderen Krankenhaus auch. Dann gibt es so genannte Zusatzbetten, die halt überall dort, wo wir Zimmer haben, die groß genug sind, die modern ausgestattet sind, dazu hineingestellt werden, bis die systemisierten Betten frei werden. Wir haben das Problem und ich wiederhole das hier im Landtag, dass die Steirerinnen und Steirer leider so undiszipliniert sind und sich nicht nach unseren Vorgaben ins Krankenhaus begeben, sondern die gehen dann ins Krankenhaus, wenn sie es brauchen.

Leider häuft sich das manchmal und dann ist es wieder leer. In Judenburg das Problem, oder überhaupt die Frage mit den Bauarbeiten, ich bin baff, wenn du das kritisierst oder wenn du das sozusagen heranziehst. Ich verstehe einen Patienten, der sagt, es ist unangenehm, neben mir ist gebaut worden, ich bin über eine Baustelle drübergeführt worden. Ja, Freunde, was schlägt denn ihr vor? Wie sollen wir die Situation verbessern? (Abg. Dietrich: „Der Patient hat gesagt, er ist dort gesessen, daneben haben sie mit der Flex geschnitten, es hat

gestaubt, überall anders ist eine Plastikabdeckung, dass man nicht direkt angestaubt wird!“) Ich habe mir, Frau Abgeordnete Dietrich – und ich lade dich auch ein, das selber zu machen – eine Baustelle, worüber zweimal hintereinander eineinhalb Seiten in einer Tageszeitung gestanden sind, angeschaut. Eine dieser Baustellen war ein Wasserrohrbruch, der eineinhalb Meter lang war, der aufgemacht wurde und der am nächsten Tag wieder zugemacht wurde und für den Patienten, der dort hingekommen ist, war das ein Problem. Aber ich sage noch dazu, er ist dort zu einer CT gekommen, zu einer Computertomographie, die wir vorzeitig nach Knittelfeld gebracht haben, sonst würde es die nicht geben. Die steht jetzt im Keller, jawohl, und das ist auch nicht angenehm für die Patienten, aber ich frage mich, ob es angenehmer wäre, wenn wir die CT erst in zwei Jahren hinaufgeben würden, wenn der Neubau steht. Wir haben gesagt, wir machen es bewusst vorher.

Noch etwas zur Bettensituation, weil ich Sie und euch wirklich bitte, mit den Leuten so zu reden. Wir haben oben die Neurologie vorgezogen, wir haben oben die Stroke-unit vorgezogen. Wir wollen, dass ein Schlaganfallpatient – und das ist Teil sozialdemokratischer Gesundheitspolitik, das ist genau das, was du vom Alfred Gusenbauer vorgelesen hast –, der in Judenburg oder Knittelfeld einen Schlaganfall hat, genau die gleiche Chance hat zu überleben und gleich gut zu überleben wie einer in Graz und deswegen haben wir das dort oben gemacht. (Beifall bei der SPÖ.)

Und genau deswegen haben wir auf der internen zum Teil weniger Platz. Das Problem ist nur, wenn dann jemand am Gangbett liegt, kann er sich zum Glück noch beschweren. Ein Patient, der vor vier oder fünf Jahren oben einen Schlaganfall erlebt hätte und dann im Rettungswagen auf dem Transport nach Leoben oder irgendwo das nicht überlebt hätte, beschwert sich nicht. Das ist der Unterschied. Wir hätten es uns auch da leicht machen können. Wir hätten gesagt, okay, wir bauen die Neurologie, wenn wir den Neubau hinkriegen, vorher gibt es nichts, wenn es da einen erwischt, der kann sich ohnedies nicht beschweren.

Nächster Punkt, die unheimlich gestiegenen Transporte zwischen Judenburg und Knittelfeld, wird immer wieder gesagt, wird immer wieder hereingebracht. Die Transporte zwischen Judenburg und Knittelfeld haben sich, überhaupt die Transporte von Krankenhaus zu Krankenhaus, im vergangenen Jahr um 13 Prozent reduziert. Nachweisbar, überprüfbar, es fährt keiner zur Gaude mit dem Rettungswagen dort spazieren und führt Kranke herum. Es stimmt auch diese Geschichte nicht.

Der nächste Punkt und da bitte ich auch jetzt wirklich – es ist eine grundsätzliche Frage. Es wird oben den Leuten erzählt, da werden Schwerkranke von einem Krankenhaus ins andere ohne Arzt transportiert. Peter Rieser, du warst dabei, Heinz Grabner war dabei. Ich habe gesagt, sagt mir wann, sagt mir wer, sagt mir wo, das ist ungeheuerlich, das wird abgestellt. Nur, wenn man dann fragt, wer, wann, wo, hört man nichts. Ich sage dazu – und das meine ich ganz ehrlich – es ist eine unglaubliche Sauerei den Leuten gegenüber, die dort arbeiten. Wer glaubt denn wirklich, dass ein verantwortungsvoller Arzt hergeht und sagt, mein Gott, der ist zwar schwer krank, schauen wir, ob er es überlebt, wenn wir ihn nach Knittelfeld transportieren. Glaubt wirklich irgendwer, dass wir solche Leute in den Spitälern beschäftigt haben? Jeder nimmt dort oben seine Verantwortung wahr, jeder bemüht sich, das Beste zu machen. Wir investieren, wir machen.

Und eines zum Schluss, die Begeisterung für den Neubau. Alles das, was du jetzt kritisierst oder wo du von Kritik berichtest, alles das ist in spätestens eineinhalb Jahren, maximal zwei Jahren vorbei, mit dieser Lösung, die wir jetzt haben. Wenn wir einen Neubau gemacht hätten, wie ihr ihn fordert, würden wir diesen Zustand nicht eineinhalb Jahre haben, sondern fünf oder sechs Jahre. Das dauert viel länger, das ist viel komplizierter und ich kann die Ersatzinvestitionen nicht machen. Ich sehe ganz einfach nicht ein, dass man ununterbrochen ein Projekt, wo österreichweit Pilgerfahrten stattfinden, die niederösterreichischen Finanz- und Gesundheitspolitiker – bei Gott keine Roten – zu uns kommen und fragen, Freunde, wie macht ihr das, wir würden uns das gerne anschauen, das ist ein Vorbild für eine Lösung, die wir dort oder da machen. Das österreichische Fernsehen dreht in einem Gesundheitsmagazin Berichte über vorbildhafte Lösungen wie hohe medizinische Qualität und wie man trotzdem kostengünstig arbeiten kann, bringt die Beispiele Judenburg, Knittelfeld, das Beispiel LKH West als Vorzeigeprojekt. Nur bei uns funktioniert das nicht! Ich verstehe, dass die Leute – ich meine das wirklich ehrlich –, die dort am Gang liegen, betroffen sind, dass Angehörige, die ihre Mutter, ihre Verwandten dort liegen haben, sagen, das geht ja nicht so. Aber ich glaube, dass zur verantwortungsvollen Politik auch gehört, dass man sagt, wir sind dabei, das zu beheben, wir sind dabei, das zu verändern, wir sind dabei, das besser zu machen und wir haben auch schon einiges hier besser gemacht. Ich würde wirklich sagen, nehmen wir das so, wie es ist. Wenn es konkrete Missstände gibt, kommt her, sagt das, wir stellen das mit Sicherheit ab, aber erzählen wir nicht irgendwelche Geschichten, damit es schlechter aussieht, als es in Wirklichkeit ist.

Wir werden – und das sage ich im Namen meiner Fraktion – dem Antrag zustimmen, weil wir überhaupt nichts zu verbergen haben. Wir stimmen der Begründung und den Motiven natürlich nicht zu und es tut mir Leid, dass ihr das so hineingeschrieben habt, weil ihr das wider besseres Wissen macht. Ihr wisst, dass es nicht so ist, wie ihr das hineinschreibt. Das soll aber nichts zur Sache tun, wir stimmen dem Antrag zu. Und eines sage ich auch noch dazu, bei aller Begeisterung für Berater, für externe Experten. Manchmal würde ich mir wünschen, dass wir das Geld, das wir für externe Berater ausgeben, für die Verbesserung von Situationen für tatsächliche Maßnahmen intern verwenden könnten, dann würden wir nämlich mehr zusammenbringen. Aus meinem Budget heraus bezahlen werde ich diese Experten mit Sicherheit nicht, aber es wird sich schon jemand finden, der das bezahlt. (Beifall bei der SPÖ. – 17.01 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter Rieser bitte.

Abg. Rieser (17.02 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, Hoher Landtag!

Wenn wir heute über dieses Thema Krankenhausverbund Judenburg-Knittelfeld eigentlich abseits der Tagesordnung diskutieren, so wollte ich mich zuerst nicht zu Wort melden und melde mich jetzt trotzdem. Weil es eine sehr sachliche Diskussion in Knittelfeld gegeben hat und ich danke dir, Herr Landesrat, ich sage das offen, für diese sachliche Aussprache in diesem Kreis mit dem Primarius, Kollegen Grabner und mit dem Vorstand der KAGES. Wir können das Problem nicht wegdiskutieren, wir haben einen Lokalausweis vorgekommen, es ist Tatsache und das ist für mich unbegreiflich – du hast es ja selbst auch gehört –, dass es an einem Wochenende 45 Neuaufnahmen gegeben hat. Und ich muss mir in diesem Zusammenhang natürlich die Frage stellen, ob die Relation, die Fläche, die dort zur Verfügung steht, auch aufgerechnet auf die Anzahl der Betten richtig ist. Ich weiß es nicht. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang auch an die Frage eines Fachmannes aus deinem Büro, zeigen Sie uns das Journalbuch, wie viele Patienten hatten wir um null Uhr. Alles in Ordnung. Wir müssen aber bereit sein, dieses heiße Eisen, dieses Thema, das es bei uns in der Region gibt, offen anzusprechen, weil es geht eigentlich um zwei Punkte. Erstens, dass die Qualität der Patientenversorgung oberste Priorität haben muss und zum Zweiten, dass wir die Wirtschaftlichkeit nicht aus den Augen verlieren dürfen. Wir müssen hier sehr offen diskutieren. Österreich liegt im internationalen Vergleich im Bereich des Gesundheitswesens an führender Stelle und das soll auch in Zukunft so sein beziehungsweise so bleiben.

Trotzdem müssen wir nun nüchtern und kritisch auch dementsprechend, weil ja die Bevölkerung Arges befürchtet, diesen Vergleich herstellen. Deshalb werden wir auch von der Volkspartei hier zustimmen in der Erwartung, dass dieses Gutachten, das vorzulegen ist, auch Ruhe in die Region bringt. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 17.05 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dörflinger. Bitte.

Landesrat Dörflinger (17.05 Uhr): Ich mache es kurz, Peter. Die Vorgangsweise halte ich nach wie vor für gaudig, dass wir beschließen, eine gewisse Vorgangsweise in einer Region zu wählen, nämlich die Verbundlösung zu machen, alle baulichen und alle organisatorischen Vorkehrungen treffen und nachher eine Überprüfung machen, ob wir das richtig machen. Also ich bin schon sehr gespannt, wie das insgesamt funktioniert.

Eine Bitte habe ich an euch alle noch. Rechnen, streng sein, genau sein, glasklar alles auf den Tisch legen, dafür bin ich, dafür kennen Sie mich auch, dafür kennt ihr mich. Eines würde ich euch aber bitten: Lassen wir den Faktor Mensch nicht ganz draußen. Bei der ganzen Diskussion über die Gangbetten in Judenburg und Knittelfeld können wir das Problem morgen lösen, Peter Rieser, wir können es morgen lösen. Das hast du auch oben gehört. Es handelt sich auf der Internen Station in der Regel um ältere Patienten, multimorbide Patienten, die also mehrere Krankheiten haben. Ich habe kein einziges Gangbett oben, wenn ich mich um diese Menschen nicht schere, wenn ich nämlich sage, die Frau mit 80 Jahren, die nach einer Lungenentzündung dort liegt, wird am Dienstag entlassen. Sie braucht nur um 9 Uhr das Krankenhaus verlassen, sie muss es verlassen. Und dann kommt die 80-jährige Frau zum Doktor und sagt: „Herr Doktor, die Schwiegertochter könnte mich abholen, ich habe keinen Bus dorthin, wo ich hin muss und, Herr Doktor, kann ich noch bis 2 Uhr da bleiben, weil die Schwiegertochter arbeitet bis ein Uhr und kommt mich dann holen!“

Ich stehe auch dazu, dass man sagt, dann lassen wir die Frau bis 2 Uhr drinnen und dann muss halt ein anderer das in Kauf nehmen, dass er am Gang liegt, obwohl das auch nicht spannend und klass ist. Aber ich möchte auch ein System nicht haben, wo ich sage, um 9 Uhr musst du draußen sein, weil da rennt dein Ticket ab und es ist mir Wurst, was du tust, und ich stelle 80-, 90-jährige Frauen in der Kälte oder sonst was vor die Tür und sage, danke, weil ich will kein Gangbett haben.

Die Statistik würde dann viel schöner ausschauen, ob die Situation dann besser wäre, wage ich zu bezweifeln. Ich werde so etwas auf jeden Fall nicht machen. (Beifall bei der SPÖ. – 17.07 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Spitalsverbund Judenburg-Knittelfeld, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

15. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 815/1, der Abgeordneten Graf und Lafer, betreffend verstärkte schulärztliche Untersuchungen.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (17.08 Uhr): Ich darf berichten: Der Ausschuss für Generationen und Bildung hat in seinen Sitzungen am 7. Mai und 8. Oktober 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Zurückgegangen ist es auf einen Antrag der Abgeordneten Graf und Lafer, betreffend verstärkte schulärztliche Untersuchungen.

Von der Fachabteilung wurde eine Stellungnahme übermittelt, die besagt, dass es zweifelsfrei grundsätzlich erforderlich ist, dass an den steirischen Schulen intensiv auf mögliche psychosoziale Probleme der Schülerinnen und Schüler geachtet wird. Vorrangig trifft diese Aufgabe die Pädagogen und Pädagoginnen, die auch weitere Schritte einzuleiten haben. Es wird auch versichert, dass Schulärztinnen und -ärzte informiert werden.

Zusätzlich wurden auf Initiative der Fachabteilung alle steirischen Gemeinden mit Erlass darauf aufmerksam gemacht, dass sie ihrer gesetzlichen Verpflichtung hinsichtlich der jährlichen schulärztlichen Untersuchung an Pflichtschulen nachzukommen haben.

Es werden auch Institutionen seitens des Landes gefördert, die sich in Projektarbeiten mit dem Problem auseinander setzen.

Ich stelle daher den Antrag – der Ausschuss für Generationen und Bildung stellt den Antrag –, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung zum Antrag mit der Einl.-Zahl 815/1, betreffend verstärkte schulärztliche Untersuchungen, wird zur Kenntnis genommen. Danke! (17.09 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

16. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 965/1, der Abgeordneten Dr. Forenbacher, Kasic, Bittmann und Wicher, betreffend Verunreinigungen bei Sporternährungsprodukten.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Dr. Helmut Forenbacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Forenbacher (17.10 Uhr): Der Ausschuss für Kultur und Sport hat sich am 8. Oktober mit Verunreinigungen bei Sporternährungsprodukten beschäftigt.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass in der Steiermark in Fitnesscentern, die mit dem Gesundheitsgütesiegel ausgezeichnet wurden, ausschließlich gesundheitlich unbedenkliche Sporternährungsprodukte, die vorher vom Dopingkontrolllabor in Seibersdorf freigegeben wurden, verkauft werden dürfen. Ich bitte um Annahme. (17.11 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Forenbacher. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Dr. Forenbacher (17.11 Uhr): Sehr verehrte Frau Präsident, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Seit Anfang dieses Jahres ist das Forschungszentrum in Seibersdorf als eines von einer Hand voll Labors berechtigt, Dopingkontrolluntersuchungen durchzuführen.

Anlässlich einer Studie, bei der etwa 50 Sporternährungsergänzungsmittel untersucht wurden, wie sie im Sportfachhandel, in Fitnessstudios, in Apotheken oder über das Internet zu beziehen sind, wurde festgestellt, dass fast ein Viertel dieser Sporternährungsergänzungsmittel mit anabolen Hormonen verunreinigt waren.

Es ist dies nicht ausschließlich ein österreichisches Problem. Auch in anderen Staaten, wie Deutschland oder Vereinigte Staaten, sind Untersuchungen zu ähnlichen Ergebnissen gekommen.

Bei den in Österreich untersuchten Nahrungsmitteln waren bis zu vier verschiedene Hormone in diesen Nahrungsmitteln nachzuweisen. Einschränkend dazu kann man sagen, dass in fast allen Proben diese Dosen unbedenklich von toxikologischer Seite her waren, dass aber in einem Präparat eine höhere Hormondosis vorhanden war, als in der zugelassenen Hormonspritze am österreichischen Markt.

Nun wissen wir aus Tierversuchen, dass diese Substanzen nicht nur zu teratogenen Schäden bei Schwangeren, sondern auch zu vermehrter Tumorbildung führen.

Es ist absurd, dass jedes Tierfutter strenger kontrolliert wird als diese Nahrungsmittel, die von den Athleten in dem Bewusstsein gekauft werden, etwas für ihre Fitness und Gesundheit zu tun. Sie können bei der Wahl aus den angebotenen Präparaten – es handelt sich um Pillen, um Pulver, auch um Flüssigkeiten, die als Inhaltsstoffe Elektrolyte, Vitamine, Kreatin, Melatonin, Pflanzenextrakte angeben – nicht wissen, dass in diesen Mitteln auch Hormone vorhanden sind, die eine schädigende Wirkung auf die Gesundheit haben können.

Ein zweiter Aspekt ist, dass Sportler, die unbewusst solche Nahrungsergänzungsmittel einnehmen, bei einer Dopingprobe positiv getestet werden könnten.

Es muss daher unser Bestreben sein, dieses Risiko zu minimieren. Wir haben in der Steiermark eine Reihe von Fitnessstudios, die mit dem Gütesiegel ausgezeichnet sind, ein Verdienst des Abgeordneten Kasic, und in diesen Fitnessstudios sollen nur unbedenkliche Nahrungsergänzungsmittel angeboten werden. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der ÖVP. – 17.15 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Abschließend zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dörflinger.

Landesrat Dörflinger (17.15 Uhr): Ich unterstütze den Antrag sehr, Herr Abgeordneter. Eine Frage stellt sich für mich natürlich schon bei dem, was du jetzt gesagt hast. Wenn es sich bei den Zusätzen, die in diesen Sportnahrungsmitteln drinnen sind, um Zusätze handelt, wie du sagst, die nicht dabei sein sollen, die Krebs erregend sind, dann würde ich doch den Antrag insofern erweitern, dass man sagt, dass die überhaupt vom Markt genommen werden müssen. Weil es wäre an und für sich widersinnig zu sagen, es ist uns egal, wenn es im Supermarkt, bei Billa oder sonst irgendwo verkauft wird, aber nur in den einzelnen Fitnessstudios, die überprüft werden, wird das nicht verkauft, sondern dann müsste man durchaus schon die Forderung an den Bundesgesetzgeber richten, dass die Kriterien, was das Reinheitsgebot von solchen Nahrungsergänzungsmitteln betrifft, heruntergesetzt oder neu gefasst werden. Eigentlich sollte dieses Zeug dann überhaupt vom Markt verschwinden und nicht nur aus den paar Fitnessbetrieben, die wir mit einem Gütesiegel auszeichnen. (Beifall bei der SPÖ. – 17.16 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

17. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1008/1, betreffend den Tourismusbericht 2001.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (17.16 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gemäß Paragraph 6 Absatz 4 des Steiermärkischen Tourismusgesetzes 1992 in der geltenden Fassung ist jährlich dem Landtag ein Bericht vorzulegen, der die Entwicklung des Tourismus, Angebot und Nachfrage sowie die Förderung touristischer Vorhaben, die Verbesserung der Struktur der Tourismusverbände und die Durchführung regionaler Vorhaben gemäß dem Steiermärkischen Tourismusgesetz 1992 in der geltenden Fassung umfasst.

Demgemäß legt die Landesregierung den Tourismusbericht für das Jahr 2001 vor. Ich bitte um Kenntnisnahme. (17.16 Uhr.)

Präsident Purr: Danke für die Berichterstattung. Erste Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt Herr Abgeordneter List, danach Tasch.

Abg. List (17.17 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

„Nix wie raus!“. Das ist der Titel eines 45-minütigen Reisefilmes, den der hessische Rundfunk zurzeit in der Steiermark dreht. Dabei ist das Kamerateam unter anderem im Gebiet des Gestütes Piber, in Graz, auf der Schlösserstraße, im Weinland und in der Hundertwasser-Therme in Bad Blumau unterwegs. Die deutschen Filmemacher kommen aus dem Staunen nicht heraus. So begeistert sind sie von der Schönheit und vom Facettenreichtum unserer Heimat. Der Produzent dieses Filmes sagte in einem Gespräch wörtlich: „Die meisten Menschen hier wissen gar nicht, wie schön sie es hier haben.“ Diese Feststellung klang auch etwas neidisch. Ich aber wage hier heute die Behauptung aufzustellen: „Die Steirerinnen und Steirer wissen ganz genau, welches Glück sie mit der Schönheit ihrer Heimat geerbt haben. Sie sind stolz auf ihre Heimat, auf die Steiermark und wollen, dass auch andere Menschen, nämlich die Touristen, die zu uns kommen, diese Heimat schätzen und lieben lernen!“

Geschätzte Damen und Herren dieses Hauses, unsere Anerkennung verdienen alle, die arbeiten oder beschäftigt sind, damit die Steiermark international diesen hohen Tourismusstandard überhaupt erreichen konnte. Dieses hervorragende Ergebnis spiegelt sich in den trockenen Zahlen erfolgreich im Tourismusbericht für 2001 wider. Ich darf meinerseits einige Auszüge aus diesem Bericht zitieren und nennen. Dabei möchte ich mich anfänglich bei allen Verfassern und Beteiligten, die für das Zustandekommen dieses Berichtes verantwortlich zeichnen, recht herzlich bedanken.

Im Tourismusbericht 2001 ist die Kurzfassung einer OGM-Studie vom Februar 2002 enthalten, die die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Tourismus- und Freizeitwirtschaft in der Steiermark massivst beleuchtet. Das Ergebnis dieser Studie: die Zahlen zeichnen ein neues Bild von der tatsächlichen wirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus und der Freizeitwirtschaft in der Steiermark und diese Zahlen sind beachtlich! Unter Hinzurechnung der tourismusnahen Freizeitwirtschaft klettert der Anteil an der gesamten steirischen Wertschöpfung von bisher rund 3,1 Prozent in bisherigen Tourismusstatistiken auf gewaltige 9 Prozent. Diese 9 Prozent am steirischen Bruttoregionalprodukt sollten die Basis für künftige Bewertungen der wirtschaftlichen Bedeutung von Tourismus- und Freizeitwirtschaft im Land Steiermark darstellen.

Geschätzte Damen und Herren dieses Hauses, diese Neubewertung nach objektiveren Kriterien ergibt jährlich rund 3,2 Milliarden Euro Gesamtumsätze der Tourismus- und Freizeitwirtschaft in der Steiermark. 40.600 Vollarbeitsplätze sind dafür notwendig. Ebenso viele Menschen sind im steirischen Tourismus- und Freizeitsektor beschäftigt. Damit ist die Tourismus- und Freizeitwirtschaft mit einem jährlichen Steuer- und Abgabenaufkommen von rund 150 Millionen Euro einer der größten Arbeitgeber im Land. Die Zahlen und Fakten im Tourismusbericht 2001 untermauern diese OGM-Studie eindrucksvoll. Dabei werden auch die Bundesländer

untereinander verglichen. Insgesamt konnte im Kalenderjahr 2001 österreichweit ein Plus von 1,3 Prozent auf über 115 Millionen Übernachtungen verzeichnet werden. Dabei ist die Steiermark mit einem 2,7-prozentigen Zuwachs weiterhin auf der Überholspur. Der Aufwärtstrend im steirischen Tourismus hält unvermindert an. Mit mehr als 9,7 Millionen Nächtigungen haben wir bereits einen Anteil von 8,4 Prozent und liegen hinter Tirol, Salzburg und Kärnten an der vierten Stelle. Gleichzeitig wurde unsere Spitzenposition beim Inlandstourismus ausgebaut. Für die Österreicher selbst ist die Steiermark als Urlaubsland klar die Nummer eins. 2001 konnten exakt 6.356.977 Inlandsübernachtungen registriert werden. Die liebsten Ausländer der Steirer sind nach wie vor die Deutschen. Auch sie bleiben als Touristen durchschnittlich 3,8 Tage in der Steiermark. Während es heuer in Salzburg und Tirol einen empfindlichen Rückgang deutscher Urlaubsgäste gibt, halten sie, die Deutschen, der Steiermark weiterhin die Treue. In Graz beträgt das Plus bei den Nächtigungen sogar 8 Prozent. Gepunktet bei den deutschen Interessenten wird mit Kongress, Business, Weltkulturerbe und Städtetourismus, die Graz als ihr Urlaubsziel angeben. Die steirischen Tourismusregionen, verglichen im Bericht 2001, zeigen keine wesentlichen Veränderungen. Die Dachstein-Tauern-Region, das Thermenland und Graz hatten die meisten Übernachtungen. Mit über 2,256.000 Übernachtungen hat die Dachstein-Tauern-Region die Nase vorne. Gefolgt vom steirischen Thermenland mit über 1,990.000 Übernachtungen, das einen Zuwachs von 8,9 Prozent verzeichnen konnte. Unsere Thermen, Kollege Gennaro, liegen voll im Trend. Du weißt, wenn es draußen kalt und schmutzig wird, werden unsere steirischen Wohlfühloasen besonders gestürmt. Das wird in den nächsten Tagen und Wochen passieren. Nur zu logisch, dass viele Gemeinden und Regionen vom Thermenboom profitieren wollen und jetzt und mitnaschen möchten. Das wird aber nicht überall möglich sein. Auch der Bundesrechnungshof hat sich im abgelaufenen Verwaltungsjahr 2001 mit den Thermen in der Steiermark auseinander gesetzt.

Das vorliegende Ergebnis der Querschnittsüberprüfung „Gesamtanalyse Thermenkonzept Land Steiermark“ umfasst verschiedene Empfehlungen und Anregungen. Darunter: „Es sollte ein Thermenkonzept erarbeitet werden, das möglichst in ein Gesamtkonzept zur touristischen und wirtschaftlichen Entwicklung eingebunden werden sollte. Die Thermen sollten sowohl bundesländer- als auch staatenübergreifend kooperieren. Die einzelnen Standorte sollten als Gesamtraum vermarktet werden und vieles andere mehr.“

Geschätzte Damen und Herren, über dieses Prüfungsergebnis werden wir noch in einer der nächsten Landtagssitzungen ausreichend diskutieren können und müssen. Trotzdem aber hätte die eine oder andere Anregung des Bundesrechnungshofes bereits ihren Niederschlag unter Punkt zehn „Tourismusplanung und Entwicklung“ im Tourismusbericht 2001 finden können.

Eine weitere Anregung unsererseits wäre, dass die steirischen Regionalverbände weiterhin im Tourismusbericht bilanzieren können. Diesmal kommt nur eine Selbstdarstellung des südsteirischen Weinlandes, der Region Graz, der Freizeitarena Oberes Murtal und der Weststeiermark vor. Vielleicht könnte man hier diesen Tourismusregionen oder den Tourismusregionalverbänden eine Art Verpflichtung für eine Berichterstattung auferlegen.

Abschließend: Im Vorwort und in der Legistik wird angemerkt, dass die Novellierung des Steiermärkischen Tourismusgesetzes unmittelbar bevorsteht. Geschätzte Damen und Herren, Sie wissen, dass wir morgen, Mittwoch, die dritte Sitzung des installierten Unterausschusses haben werden. Die Verhandlungen dürften in Bälde abgeschlossen werden. Der Chefverhandler der Sozialdemokraten, Kurt Gennaro, telefoniert gerade mit einem der Tourismusobleute. Ich denke, dass die Verhandlungen bald erledigt werden und die Novellierung des Tourismusgesetzes hier beschlossen werden kann. In den Verhandlungen müssen den Tourismusgemeinden, den Tourismusverbänden und den Regionalverbänden zum Teil neue, klare Organisationsstrukturen und exakte Aufgabenfelder übertragen werden.

Das Ziel für die Steiermark kann nur heißen: „Weniger und größere Regionalverbände, Abschaffung aller Parallelitäten und gesteuerter, gebündelter und konzentrierter Einsatz aller Mittel in der Tourismusförderung!“

Ich darf hier wörtlich zu guter Letzt aus dem Vorwort von Tourismuslandesrat Dr. Gerhard Hirschmann im Tourismusbericht 2001 zitieren: „Die touristischen Leistungen setzen sich aus vielen Teilen zusammen. Nur wenn alle Teile aufeinander abgestimmt sind, kann der bestmögliche Erfolg erzielt werden!“

Geschätzte Damen und Herren dieses Hauses, die Umsetzung dieses Zitates bedarf noch großer Anstrengungen. Sie ist sicherlich ein wesentlicher Beitrag für kommende steirische Erfolgsgeschichten, nämlich die Tourismusberichte der nächsten Jahre. Kombiniert mit steirischem Charme und Herzlichkeit bleiben wir auch weiterhin das Tourismusland Nummer eins. Ich danke für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 17.27 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Nächste Wortmeldung, Abgeordneter Prattes.

Abg. Tasch (17.28 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Kurtl List sprühte vor Selbstbewusstsein und Freude über den positiven Bericht des Tourismus. Es ist wirklich eine Freude, über diesen von 2001 und bereits für 2002 einige Worte sagen zu können.

Ich habe es ein bisschen leichter, ich wohne genau an einem Querschnitt zur Steirischen Salzkammergut- und Dachstein-Tauern-Region und ich kann also objektiv beurteilen, weil mir keiner nachsagen kann, dass ich für irgendwas besonders zur Verfügung stehe.

Die Steiermark, meine Damen und Herren, konnte ihre im Bundesvergleich besonders erfolgreiche Entwicklung, welche bereits mehrere Jahre anhält, auch im Tourismusjahr 2001 nachhaltig fortsetzen.

Während die Übernachtungen im Bundesdurchschnitt um 1,3 Prozent stiegen, betrug der Zuwachs in der Steiermark mehr als doppelt so viel, nämlich 2,7 Prozent. Die Inländerübernachtungen stiegen um 2,1 Prozent und die Ausländerübernachtungen um stolze 4 Prozent. Der Steiermarkanteil an den Gesamtübernachtungen betrug im Jahre 2000 8,3 Prozent, im Jahre 2001 war ein Anstieg auf 8,4 Prozent.

Dies bedeutet einen weiteren Anstieg der Einnahmen aus dem Tourismus, aber auch der Zahl der Arbeitnehmer im Bereich Hotel- und Gastgewerbe.

Die viel beachtete Studie der österreichischen Gesellschaft & Marketing vom Februar 2002 brachte folgende Hauptergebnisse:

Gesamtumsätze der steirischen Tourismus- und Freizeitwirtschaft: 3,2 Milliarden Euro.

Wertschöpfung in der Steiermark: 2,1 Milliarden Euro.

Anteil der Tourismus- und Freizeitwirtschaft am steirischen Bruttoregionalprodukt: 9 Prozent – bisherige Tourismusstatistik 3,1 Prozent.

Beschäftigungswirkung des steirischen Tourismus- und Freizeitsektors – meine Damen und Herren, hören Sie gut zu –: 40.600 Vollarbeitsplätze. Das ist wohl einer der größten Arbeitgeber in Österreich und darauf können wir sehr stolz sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Jährliches Steuer- und Abgabenaufkommen: 150 Millionen Euro.

Diese Ergebnisse zeichnen ein realistisches Bild von der tatsächlichen wirtschaftlichen Bedeutung der Tourismus- und Freizeitwirtschaft in der Steiermark. Schon bei Hinzunahme der Ausgaben von Tagesbesuchern und Zweitwohnsitzern – also Tourismusausgaben im engsten Sinn – steigt der Bruttoinlandsproduktanteil von 3,1 auf 4,9 Prozent. Bei Hinzurechnung der tourismusnahen Freizeitwirtschaft klettert der Anteil an der gesamten steirischen Wertschöpfung auf 9 Prozent.

Dies sind überaus erfreuliche Tatsachen, welche eine tragfähige Basis für die künftige Bewertung von Tourismus- und Freizeitwirtschaft darstellen sollten.

Mit rund 9,702.000 Übernachtungen liegt die Steiermark unangefochten an vierter Stelle der österreichischen Bundesländer und hat diesen Platz, wie erwähnt, noch weiter ausgebaut.

Überaus erfreulich ist auch der Zuwachs von 5,3 Prozent im Wintertourismus. Das ist überhaupt keine Frage, man hat also da wahnsinnig viel getan, um die Infrastruktur der Lifte zu verbessern. Der Zusammenschluss der Schiberge in der Dachstein-Tauern-Region, die Modernisierung der Riesneralm um 150 Millionen – noch in Schilling gerechnet –, die Neuerrichtung der Straße auf die Planner, die Neuerrichtung der Straße auf den Stoderzinken und die enorme Investition auf der Tauplitzalm, das wohl das älteste Familienschigebiet in der Steiermark darstellt, haben bereits gewaltige Nächtigungsplus erzielt. Aber ich glaube, gerade auf der Tauplitzalm war das nicht fünf Minuten vor Zwölf, sondern fünf Minuten nach Zwölf. Es sind sehr viele Schifahrer, die früher schon auf der Tauplitzalm ihren Schikurs, ihre Schilehrerprüfung gemacht haben, die wieder auf der Tauplitzalm Ski fahren und die Region hat damit sehr gut abgeschnitten und prozentuell wieder einen gewaltigen Aufwärtstrend.

Die Dachstein-Tauern-Region sowie das Steirische Salzkammergut sind also zum Topschigebiet nicht nur österreichweit, sondern europaweit unter den fünf Besten geworden. Darauf sind wir äußerst stolz.

Überaus erfreulich – und das habe ich bereits gesagt – ist der Wintertourismus mit 5,3 Prozent Zuwachs, wenn man bedenkt, dass mit Ausnahme von Kärnten, Vorarlberg und Salzburg, welche minimale Zuwächse zu verzeichnen haben, alle anderen Bundesländer zum Teil kräftige Rückgänge hinnehmen mussten.

Aus nahezu allen ausländischen Herkunftsmärkten konnten Zuwächse erreicht werden, ebenso auch aus dem Inland, mit Ausnahme von Wien. Dem Wiener Markt ist daher noch vermehrt Augenmerk zu schenken. Ich glaube, die Wiener sind früher sehr viel in die Steiermark gekommen. Die haben wir ein bisschen vernachlässigt, weil wir geglaubt haben, mit den Ausländern so weit punkten zu können. Ich glaube, es ist wichtig, dass man sich um den Wiener Gast wieder mehr kümmert. Da ist ein großes Reservoir vorhanden.

Die meisten steirischen Regionen hatten an diesem Erfolg nachhaltigen Anteil, wie zum Beispiel das Südsteirische Weinland – hören Sie gut zu – mit 11 Prozent, das Steirische Thermenland mit nahezu 9 Prozent, die Region Murau – und das ist besonders beachtlich und ich hoffe, der Hans Bacher, der sich immer aufregt, dass ich Murau vergesse, hört zu – mit 5,2 Prozent, aber auch die Dachstein-Tauern-Region, welche ihrem seit Jahren hohen Niveau weitere 2,1 Prozent zulegen konnte.

Meine Damen und Herren, ist es natürlich schwerer, bei einer Million Nächtigungsziffer 2,1 Prozent zuzulegen, als bei 100.000 Nächtigungsziffer, da ist man bei 200 bereits bei 100 Prozent. Die steirischen gewerblichen Betriebe legten insgesamt rund 2,7 Prozent zu, während die Privatunterkünfte mit 0,1 Prozent stagnieren. Ich glaube, den Privatunterkünften müsste man in Zukunft besondere Bedeutung zumessen. Insgesamt ist festzuhalten, dass die Ankünfte etwas stärker steigen als die Übernachtungen. Ein Trend, der aber auch in anderen Bundesländern bereits feststellbar ist. Der touristische Erfolg unseres Bundeslandes im Jahre 2001 ist ein Qualitätsbeweis der touristischen Leistungen, die in unserem Bundesland erbracht werden. Ich möchte hier ganz besonders unserem erfolgreichen Tourismuslandesrat Gerhard Hirschmann danken. (Beifall bei der ÖVP.) Ich glaube, er ist nicht zu Unrecht als der erfolgreichste Tourismuslandesrat und der erfolgreichste Tourismuspolitiker gewählt worden. (Abg. Gennaro: „Er ist nicht da, Kurt!“) Das ist mir egal, er wird es schon hören, ich bin

laut genug! Es ist nicht nur unserem Tourismuslandesrat zu danken, sondern auch unseren Beamten. Besonders herzlich danken möchte ich Herrn Dr. Hellmuth Schnabl, der sich besonders stark für den Tourismus engagiert (Beifall bei der ÖVP.), aber auch unserem Hofrat Dr. Hermann und Dr. Pögl mit seinen Mitarbeitern. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ohne diese großartigen Leistungen unserer Mitarbeiter wäre dieser Erfolg nicht machbar und dafür gebührt ihnen ein besonderer Dank und viel Applaus. (Beifall bei der ÖVP.)

Auch die bisherigen Ergebnisse im Jahre 2002 sind positiv. Von Jänner bis August 2002 wurden insgesamt 7,325.000 Übernachtungen erzielt. Das ist wiederum ein Plus von knapp einem Prozent, Inländer minus 0,5 Prozent, Ausländer plus 3,1 Prozent. Es ist daher davon auszugehen, dass im gesamten Jahr 2002 die erfolgreiche Entwicklung des steirischen Tourismus und der Freizeitwirtschaft fortgesetzt wird. Die Aussichten für die nächsten Jahre sind ebenfalls viel versprechend. Neben Faktoren der Konjunkturlage in unseren wichtigen Herkunftsländern, Schneelage, Wetter, stabile politische Verhältnisse – da ist es wichtig, dass wieder eine ÖVP-blaue Koalition besteht, um den guten Tourismus weiter fortzusetzen. (Beifall bei der ÖVP.) Zuallererst sind die steirische Gastfreundschaft und Leistungsbereitschaft der touristischen Unternehmer zu erhalten. Ich möchte mich aber auch besonders bei den über 40.000 vollzeitbeschäftigten Damen und Herren, die im Tourismus tätig sind, herzlich bedanken. Sie opfern sehr viel Freizeit und nehmen Wochenendarbeit in Kauf und auch vor allem an den Feiertagen. (Präsident: „Bitte das Zeitlimit einzuhalten!“) Es ist sehr schwer, solches Personal zu bekommen und dafür möchte ich ihnen einen besonders herzlichen Dank sagen. Auch den Unternehmern, den Hotelbesitzern und Gasthausbesitzern herzlichen Dank für den großen Einsatz für einen erfolgreichen steirischen Tourismus.

Herr Präsident, ich komme schon zum Schluss. Genauso wichtig wird die zeitgemäße Strukturierung der örtlichen regionalen Tourismusorganisationen sein, welche derzeit im Gange ist. Gemeinsam wird uns dies sicher gelingen. Optimismus für die Zukunft scheint daher gerechtfertigt. Meine Damen und Herren, halten wir die Ohren steif, sind wir Optimisten und krepeln wir die Ärmel auf! Weitergehen, nicht stehen bleiben soll unsere Zukunft bedeuten. (Beifall bei der ÖVP. – 17.39 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Prattes, danach der Herr Abgeordnete Tschernko.

Abg. Prattes (17.39 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Gestatten Sie mir eingangs eine Feststellung. Herr Kollege Tasch hat gerade vom Erfolg des Tourismus in der Steiermark gesprochen, hat sich sehr artig beim Referenten bedankt. Aber dieser Referent findet es nicht einmal der Mühe wert, bei der Präsentation des Tourismusberichtes anwesend zu sein. Vielmehr, Herr Präsident, ich würde einmal bitten festzustellen, ob wir überhaupt beschlussfähig sind, denn wenn ich in die Reihen hineinschaue, wie sich die gelichtet haben, dann muss ich sagen, das Interesse am Tourismus dürfte nicht sehr groß sein. Da werden Lippenbekenntnisse von sich gegeben, werden Tourismusberichte vorgelesen. Es ist ja eigentlich sehr nett, wir hätten uns alle sparen können, diese selbst zu lesen, so schöne Leseübungen haben wir gehört.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich stehe aber nicht an, gleich zu Beginn festzustellen, dass das Tourismusjahr 2001 in erfreulichem Ausmaß zeigt, dass die Steiermark bei den Nächtigungen und auch bei den Ankünften zugelegt hat, dass wir über dem Bundesschnitt liegen und lediglich bei der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer noch Nachholbedarf haben. Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen allen jenen gratulieren, die am Zustandekommen dieser überaus erfreulichen Zahlen mitgewirkt haben. Soweit einmal die positive Feststellung.

Eines, meine sehr verehrten Damen und Herren von FPÖ und ÖVP, drängt es mich doch zu sagen. Es ist ja ungeheuerlich, immer dann, wenn wir in der Sache kritisieren, uns vorzuwerfen, die SPÖ macht das Land schlecht. Ich frage Sie, haben Sie die Steiermark in Erbpacht übernommen? Oder dürfen wir nicht kritisieren oder aufzeigen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wo Versäumnisse vorliegen, wo man etwas besser machen kann? Wir sagen ja auch – und das sagen wir gerne – wenn etwas gut war. Das habe ich in der Einleitung gleich betont. Aber bitte lassen wir das weg, nur zu sagen „ihr macht das Land schlecht“, wenn wir berechtigt etwas kritisieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so erfreulich die Steigerung der Nächtigungszahlen ist, habe ich bereits im Zuge der Budgetdebatte darauf hingewiesen, dass besondere Umstände zu dieser speziell im Winterhalbjahr erfreulichen Steigerung beigetragen haben. Ich darf noch einmal erwähnen, der frühe und ausreiche Schneefall in Verbindung mit den frühen Ostern. Das heißt, wir werden den kommenden Winter beobachten müssen, ob dieser Nächtigungszuwachs ein anhaltender ist. Wir hoffen es! (Abg. Straßberger: „Sind wir verantwortlich für das Wetter?“)

Lieber Kollege Straßberger, wir hoffen es. Ich sage nur, wir dürfen nicht die Augen verschließen vor einer Momentaufnahme. Es ist sehr erfreulich, aber wir müssen beobachten, ob dieser Zuwachs nachhaltig ist. Nicht neu, meine sehr verehrten Damen und Herren – und das ist auch sehr wichtig –, ist der Hinweis, dass gerade in jenen Unterbringungsfacilitäten, nämlich in den Hotels mit besserem Komfort, ein stärkerer Zuwachs gegeben ist. Es kommt auch nicht von ungefähr, dass diese guten Betriebe in jenen Regionen liegen, die besondere Zuwächse verzeichnen können, hier sei – das hat ja auch Herr Kollege List angeführt – der erfolgreiche Thermen-tourismus erwähnt. Und da muss man es auch wieder sagen, es war unser Landesrat Hans-Joachim Ressel, der einen besonderen Schwerpunkt auf den Ausbau der Thermenregionen gelegt hat. Jetzt fahren wir die Ergebnisse ein! (Beifall bei der SPÖ.) Man muss ihm nachträglich noch einmal dazu gratulieren!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dort, wo es noch nicht möglich ist, weil eben die touristische Infrastruktur in dieser Form noch nicht vorhanden ist, müssen wir eben verstärkt schauen, dass wir Förderungen darüber legen, dass wir auch jene Betriebe fit machen für einen guten Fremdenverkehr.

Und ich meine, unsere Steiermark wird ja nicht umsonst das Land der Vielfalt genannt, es liegen noch sehr viele ungeschliffene Rohdiamanten, die man herrichten muss, damit sie auch an diesem wichtigen Wirtschaftszweig – ich werde dazu noch etwas sagen – Anteil haben können. Hier sollte eine wirksame und gezielte Förderpolitik betrieben werden. Ich meine nicht tröpferweise oder mit der Gießkanne, sondern effektiv und wirkungsvoll.

Ich frage mich überhaupt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ob es nicht sinnvoll wäre, den Bereich der Tourismusförderung überhaupt in die Wirtschaftsförderung einzugliedern. Wenn gerade im vorliegenden Tourismusbericht vom Wirtschaftsfaktor Tourismus gesprochen wird – wir haben es ja heute auch schon gehört, die OGM-Studie belegt das ja eindrucksvoll mit Zahlen –, wäre es meiner Meinung nach sinnvoll, im Sinne einer ökonomischen Verwaltung diesen Zusammenschluss durchzuführen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte in diesem Zusammenhang auch auf die wanderbare Steiermark verweisen und hier nochmals auf den erfreulicherweise mit Mehrheit beschlossenen Unselbstständigen Entschließungsantrag hinweisen, in dem das Land Steiermark aufgefordert wird, die Einrichtung einer Koordinations- und Lenkungsstelle, die eine optimale Umsetzung und Betreuung des Wanderwegekonzeptes auf Dauer ermöglicht, zu fördern und auch für die Erhaltung, den Ausbau und die Betreuung der Wanderwege zuständigen Organisationen Förderungsmittel in jener Höhe zur Verfügung zu stellen, die einen sicheren und attraktiven Zustand der Wanderwege auf Dauer gewährleisten.

Ich möchte den Kulturtourismus anführen. Sie wissen alle, dass mir dieser Kulturtourismus besonders auch ein Anliegen ist, trägt doch dieser Zweig wesentlich zur Wertschöpfung im heimischen Fremdenverkehr bei, wenn auch eher mit einem Schwerpunkt im Tagestourismus. Aber, und wenn wir die Zahlen hören, was sich die Hoteliers in Graz im Zusammenhang „Kulturhauptstadt 2003“ erwarten und auch jene Orte, die Festivals durchführen, dann weist auch der Kulturtourismus imponierende Zahlen auf.

Apropos imponierende Zahlen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin natürlich – und das möchte ich als Leobener erwähnen – sehr stolz, dass die heurige Sonderausstellung „Das Erbe des Dschingis Khan“ wieder rund 120.000 Besucher nach Leoben bringen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

All jenen, die noch nicht Gelegenheit gehabt haben, diese Ausstellung zu besuchen, bis 3. November wird das noch möglich sein. Und diese Ausstellung wird – und das glaube ich – eine der erfolgreichsten wieder in diesem Jahr in der Steiermark sein.

Es ist das Steiermärkische Tourismusgesetz bereits erwähnt worden und wir waren in zwei Unterausschusssitzungen mit dem zu novellierenden Tourismusgesetz befasst. Morgen werden wir uns wieder treffen.

Und jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss ich schon etwas sagen. Wir haben – das war ja eine Initiative unserer Fraktion – ersucht, dass wir die Experten hören, dass wir sie einladen dürfen und die waren auch hier. Ich muss sagen, aus der Sicht der Experten ist aber nicht ein allgemeiner Jubel erkennbar oder gar ausgebrochen. Hier scheint mir, dass sich die kleineren Regionen nicht mit allem identifizieren können. Ein wesentlicher Knackpunkt – und da bin ich nicht ganz deiner Meinung, Kollege List – wird sicher noch die Zusammenlegung beziehungsweise die Vergrößerung der Regionen sein und, wie immer, geht es um das liebe Geld. Hier will sich das Land elegant aus der Zahlungsverantwortung schleichen. Die 20-prozentige Regionalförderung aus dem Aufkommen der Nächtigungsabgabe scheint allen Betroffenen – das sagen auch die Praktiker – viel zu wenig zu sein. Der Wunsch nach Aufstockung auf wenigstens 30 Prozent wurde von den Experten immer wieder geäußert. Und auch hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich nochmals erinnern, dass gerade wir Sozialdemokraten im Rahmen der Unterausschussverhandlungen zur Anhebung der Nächtigungsabgabe eine Änderung des Aufteilungsschlüssels von 70 zu 30 auf 80 zu 20 gefordert haben. Wir waren und sind nämlich der Meinung, dass das Geld direkt in den Regionen verbleiben und dort direkt für touristische Maßnahmen eingesetzt werden soll. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei mir blinkt es, Herr Präsident, ich bin bald fertig.

Immer wieder wird auch die Verankerung der Steirischen Tourismusgesellschaft im Tourismusgesetz gefordert. Es ist auch wichtig, dass man das anspricht. Hier orten vor allem die Experten verstärkten Handlungsbedarf und fordern eine effizientere Arbeitsweise.

Ein letzter Punkt noch: Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine natürliche, intakte Landschaft ist ein Trumppfeiler im Werben um Gäste. Wir sollten daher auch an all jene denken, die uneigennützig und zum Wohl der Allgemeinheit sich dem Bewahren so wertvoller Ressourcen annehmen.

Ich darf hier an unseren Antrag erinnern, die Berg- und Naturwacht betreffend, den wir am 11. Juni in den Landtag eingebracht haben. Hier geht es um keine großen Beträge, sondern um die Anerkennung dieser wertvollen Arbeit. Zur Erinnerung, wir fordern die Übernahme der Kosten für die Ausrüstung der freiwilligen Einsatzorgane – ich meine damit die Bekleidung und das Schuhwerk – und eine Höherdotierung der Berg- und Naturwacht Steiermark.

Ich komme schon zum Schluss. Ich bedanke mich nochmals bei allen, die diesen Tourismusbericht erstellt haben und gratuliere allen Beteiligten zu den positiven Zahlen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 17.50 Uhr.)

Präsident Purr: Ich danke, Herr Abgeordneter.

Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Tschernko. Danach, glaube ich, die Frau Abgeordnete Gruber. Bin ich da richtig, weil ich die Initialen des Vornamens nicht genau entziffern konnte.

Bitte, Herr Abgeordneter Tschernko.

Abg. Tschernko (17.50 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Kollege Prattes, der Herr Landesrat Hirschmann arbeitet für den Tourismus und für die Zukunft, somit ist er nicht hier am Platz gesessen, sondern hinten und im Büro. Wir können ihn aber jetzt hier herzlich begrüßen.

Ich kann natürlich auch in das Hohelied meiner Vorredner einstimmen, denn der Tourismusbericht 2001, wer ihn gelesen hat und sich auch mit ihm auseinander gesetzt hat weiß, ist äußerst positiv für die steirische Tourismuswirtschaft und auch eine sehr erfolgreiche Entwicklung kann hier fortgeschrieben werden.

Dieser touristische Erfolg war und ist auch spür- und messbar in jenen Regionen der Steiermark, wo auch die touristischen Voraussetzungen geschaffen wurden, wo sie stimmen und auch weiterentwickelt wurden. Was stärkt diese Regionen? Das waren einmal in erster Linie konkrete Angebote in den Regionen, die entwickelt wurden mit Hilfe des Landes, Themenangebote, wie auch heute schon angesprochen – das Reiten, der Wein, Wandern, Rad fahren, die Alpentour, Leitprojekte, die Thermen und so weiter, aber auch die Qualitätsverbesserung in den Betrieben, in den Beherbergungsbetrieben und das Bettenangebot. Auch nicht zu unterschätzen ist der Zusammenschluss von vier Dreierverbänden, von Verbänden in den Ortschaften, damit sie gemeinsame Tourismusentwicklung und auch Marketing betreiben und sie dadurch auch besser kooperieren und koordinieren können.

Ein weiterer Punkt, der höchstwahrscheinlich auch noch zum Erfolg geführt hat, ist die rechtzeitige Planung im Tourismus, aber auch das Erkennen der Trends im Tourismus und dann auch die Planung fortzusetzen.

Das hat natürlich die Steiermark zum größten Nüchternungsjahr und -zuwachs geführt und die Zahlen sind heute schon hier angesprochen worden. Von 1997 bis 2001 gab es einen Zuwachs von plus 7,2 Prozent. Ich wiederhole jetzt die Zahlen nicht. Verglichen mit dem Jahr 2000 waren es immerhin noch plus 2,7 Prozent. Das heißt, wir liegen weit über dem Bundesdurchschnitt an Übernachtungen. Der Steiermarkanteil an Gesamtübernachtungen liegt noch immer bei 8,4 Prozent im Jahr 2001.

Das bedeutet natürlich auch einen Anstieg von Einnahmen im Tourismus, aber auch an Beschäftigten im Hotel- und Gastgewerbe und auch im Gewerbe und in der Wirtschaft. Dabei darf aber nicht außer Acht gelassen werden der Bereich der Tagesbesucher, der Zweitwohnsitze und vor allem – Kollege Prattes hat es auch angesprochen – der Kulturbereich und der Freizeitbereich. Somit konnten wir auch, laut Bericht, das Bruttoinlandsprodukt – wenn wir diese Bereiche dazurechnen – von 3,1 auf 9 Prozent anheben. Das heißt, Gesamtumsätze konnten erreicht werden in der Freizeitwirtschaft von 3,2 Milliarden Euro, eine Wertschöpfung in der Steiermark allein von 2,1 Milliarden Euro. Das hat natürlich für die Beschäftigungsentwicklung, die auch schon angesprochen worden ist, über 40.000 Vollarbeitsplätze zur Folge.

Heute haben wir unter dem Tagesordnungspunkt 12 die Beschäftigung, die Entwicklung, insbesondere auch Frauenarbeitsplätze diskutiert und gerade hier im Tourismus, im Dienstleistungsbereich tut sich eine Entwicklung auf. Hier kann auch eine Vollbeschäftigung verzeichnet werden.

Zum Schluss möchte ich noch etwas sagen, weil der Kollege Prattes die Verhandlungen vom Unterausschuss angesprochen hat. Also von meinem Wissensstand her sind wir uns ja so ziemlich einig, es gibt kleinere Knackpunkte, die noch besprochen werden müssen, ob Zusammenlegung oder Vergrößerung in den Regionen. Ich habe schon in meiner Budgetrede gesagt, das ist ein Bewusstseinsprozess. Wir müssen oder sollten auf jeden Fall diese Zusammenlegung in den Regionen hineinnehmen. Aber an sich, laut Expertenmeinung oder laut Touristikermeinungen aus den Regionen, die wir alle gehört haben, gibt es keine wesentlichen Wünsche zum Entwurf, die morgen im Unterausschuss noch weiterverhandelt werden. Ich denke mir, das Gesetz kann sehr rasch und sehr schnell beschlossen werden, wenn deine Fraktion da auch rasch zustimmt.

Ich möchte noch allen Tourismusverantwortlichen in den Orten danken, vor allem den Menschen, die dort arbeiten und den Betrieben, die ja eigentlich Tourismus vor Ort machen. Danke auch dem Herrn Landesrat Hirschmann mit seinem Team, sie sind entscheidend für die Entwicklung in unserem Land und für die Vorgaben der Themen. Ich hoffe, dass der steirische Tourismus diesen Rückenwind noch stärker zu spüren bekommt. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 17.56 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Gruber, danach Herr Abgeordneter Kasic. Ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (17.56 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Natürlich wissen wir um die Schönheit der Steiermark. Herr Kollege List, natürlich war die Steiermark schon schön, bevor die FPÖ Regierungsverantwortung übernommen hat und natürlich waren auch die Kalkalpen schon da, bevor die FPÖ Regierungsverantwortung übernommen hat. Schon in unserer Landeshymne wird die Vielfalt dieses Landes gepriesen, vom Dachstein an bis ins Rebenland. Es ist die Vielfalt der Regionen, es ist die Vielfalt der Menschen und der Projekte. Deshalb ist es auch erfreulich, dass die Nüchternungszahlen gestiegen sind, weil es eine Folge der Bemühungen in den Regionen, in den Städten und im ländlichen Raum ist und dies vor allem durch die Hilfe von sehr vielen Freiwilligen, die für den Tourismus arbeiten.

Die Statistik zeigt, dass die Steiermark eher ein Kurzurlaubs- und Ausflugsziel ist und das bedingt natürlich auch, dass es heißt, dass die Schiregionen und vor allem die Thermenregionen bevorzugt sind. Und wie es bei den Wortmeldungen für Politiker ein Ranking gibt, das zwar nicht immer objektiv zu sehen ist, gibt es auch ein Ranking der Regionen. Hier führt natürlich die Thermenregion. Aber Ziel dieses Landes Steiermark müsste sein, auch die anderen Regionen auf dieses Niveau zu bringen. Das bedeutet weiterhin Bemühungen, das bedeutet weiterhin einen Ausbau von Angeboten im Freizeitbereich und bei den Zimmern am privaten Sektor und am Hotelsektor in Qualität und Quantität. Wir haben unlängst ein Buch auf den Tisch bekommen: „Wer regiert die Steiermark?“ Ein wunderschönes Bilderbuch, aber unnötig. Wir hatten bis vor kurzem eine gute Arbeitsgrundlage im steirischen Tourismusbericht und ich schätze zwar, dass gespart wird, aber es ist hier nur eine Kopie und teilweise sehr schlecht erkennbar, weil es Farbdrucke sind, zusammengebunden mit einem Gummiringel. Vielleicht würden wir ein bisschen Farbe in diesen Tourismusbericht bekommen und ich darf dem Herrn Landesrat farbige Gummiringel überreichen.

Einen herzlichen Dank denen, die für den Tourismus tätig sind! (Beifall bei der SPÖ. – 17.59 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Kasic bitte. Sie sind am Wort.

Abg. Kasic (17.59 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Landesräte, meine Damen und Herren!

Weg von dem Kasperltheater mit bunten Gummiringern. Ich glaube, wir haben hier in diesem Hohen Haus anderes zu tun! Ein paar ehrliche Worte. (Abg. Stöhrmann: „Warum tun Sie es nicht?“ – Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Da habe ich wirklich Besseres zu tun, nämlich hinauszugehen!“)

Nachdem das Tourismusgesetz angesprochen wurde, das wir derzeit verhandeln. Lieber Kollege Prattes: Wir haben bereits zwei Verhandlungsrunden gehabt, aber ich will das hier in diesem Hohen Haus nicht im Raum stehen lassen, dass die Verantwortlichen nicht in große Begeisterungstürme ausgebrochen sind. Das stimmt einfach nicht, wenn Sie das hier in den Raum stellen. Denn seit über einem Jahr, meine Damen und Herren, und das wissen Sie sehr genau, Herr Kollege Prattes, werden mit allen Regionsgeschäftsführern, mit den Obmännern der einzelnen Verbände Gespräche geführt, wird genau erörtert, wie wir in diesem wunderschönen Bundesland Steiermark im Tourismus noch einen Schritt weiter kommen. Landesrat Gerhard Hirschmann setzt alles daran und das zeigt ja die Vergangenheit, dass aus diesen vielen kleinen Verbänden schon sehr schlagkräftige Regionalverbände geworden sind und wenn nun der nächste Schritt nach zehn Jahren gesetzt werden soll, wo es sozusagen einen weiteren Schritt geben soll zu größeren Verbänden, dann ist das natürlich auch eine Diskussionsphase in den einzelnen Regionalverbänden. Aber ich glaube, wir sind gut unterwegs. Dass natürlich jeder Einzelne gerne mehr Geld in seinem Ort hätte und natürlich auch noch zusätzlich mehr Geld vom Land, liegt auf der Hand, ist aber nicht machbar und das wissen Sie natürlich sehr genau. In allen Ihren Sitzungen gaukeln Sie ja den Menschen vor, Geld ist einfach vermehrbar, so nach dem Motto wir drucken es, dann es ist schon da. Es muss bitte klar sein, meine Damen und Herren, dass wir das Geld, das wir aus der Nächtigungsabgabe den Regionen belassen, dem Tourismusförderungsfonds entziehen. Ich glaube, dass wir insgesamt auf einem guten Weg sind, was vor allem auch das zukünftige Förderungsmodell vorsieht. Hier geht es dann um Förderung von Themen und Marken und nicht nur um Einzelinfrastruktur in den Regionen. Wir wollen die Steiermark in ihrer Gesamtheit darstellen, in ihrem Marketingauftritt, dass wir, was wir hier schon vielfach diskutiert haben, die Marke Steiermark präsentieren. Das wollen wir mit diesem Gesetz umsetzen. Das wird uns auch gelingen und ich lade die SPÖ sehr herzlich ein hier mitzutun. Denn was wir nicht brauchen, ist Verzögerungstaktik, wie ein Jahr die Richtlinien verlängern, dann verhandeln wir weiter und verhandeln weiter. Wir, seitens der ÖVP, wollen – und ich glaube, dass das auch andere Parteien in diesem Land wollen – möglichst rasch das Gesetz über die Bühne bringen. Es war auch der Wunsch der Verantwortlichen, etwa des Herrn Bliem, der gesagt hat, ein dringender Appell an die SPÖ: „Verzögert bitte nicht, schaut, dass ihr weitermacht, wir wollen das Gesetz rasch haben!“ Und ich lade Sie ein hier mitzumachen und das auch zu tun! (Beifall bei der ÖVP. – 18.02 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich dazu Herr Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Dr. Hirschmann (18.02 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wie immer bei dieser Tourismusdarstellung habe ich am Schluss nur zu danken. Allen Rednern, beginnend vom Kurt Tasch bis zum Wolfgang Kasic, darf ich danken, weil sie in unterschiedlicher Nuancierung die schönen Ergebnisse dieses Tourismusberichtes auch in ihrer Art und Weise dargestellt haben. Ich glaube, es ist einer der schönen Bereiche der Landespolitik und der Landesaufgaben, wo wir gemeinsam stolz sein können auf das, was wir wieder erreicht haben. Meine verehrten Damen und Herren, Sie kennen den Bericht und ich brauche das nicht zu wiederholen, aber die Steiermark ist einmal mehr mit Abstand die Nummer eins im Zuwachs der Ankünfte, ist an zweiter Stelle hinter Salzburg bei den Übernachtungen und mit Abstand vor allem die Nummer eins im Inländertourismus. Das hat seine schönen Seiten, aber auch seine nachteiligen Seiten. Wir werden uns natürlich in den nächsten Jahren besonders bemühen, hier auch auf den Ausländertourismus zusätzliches Augenmerk zu lenken. Ich bin besonders dankbar dafür, dass es landauf, landab viele kluge Initiativen gibt, um unsere Politik der Leitprojekte in allen Regionen zu unterstützen. Da ist auch im vergangenen Jahr einiges gut weitergegangen. Es wurde natürlich die unendliche – oder sagen wir die hoffentlich unendliche – Erfolgsgeschichte der Thermen, der Schiregionen angesprochen, aber es gibt erfreulicherweise in vielen, vielen Regionen darüber hinaus ganz beachtliche touristische Anstrengungen und auch Erfolge.

Meine verehrten Damen und Herren, es gibt vielleicht zwei, drei Regionen des Landes, wo wir gemeinsam schauen müssen, dass aus einer gewissen geografischen Benachteiligung heraus besondere Akzente gesetzt werden. Ich nenne das obere Feistritztal, ich nenne die Mariazeller Gegend, ich nenne Teile Muraus. In Murau haben wir in den nächsten Tagen ein erfreuliches Leitprojekt mit dem Vivarium, wo wir den Spatenstich vornehmen werden. Das ist aber nur ein Beispiel von sehr vielen erfreulichen, die uns in den nächsten Jahren ins Haus stehen werden.

Ich bin auch sehr dankbar, dass die ersten Privatisierungsschritte so erfolgreich über die Bühne gegangen sind. Wenn ich mich recht erinnere, waren das bis jetzt alles einstimmige Beschlüsse dankenswerterweise in der Regierung und auch hier im Haus, wenn ich mich nicht täusche. Es ist ein guter Schritt in doppelter Hinsicht. Auf der einen Seite wird dadurch die regionale Wirtschaft in den betroffenen Regionen gestärkt und auf der anderen Seite bekommen wir doch einiges an Geld zurück, das wir erfreulicherweise in sehr viele neue Leitprojekte stecken können.

Ich danke also, meine sehr verehrten Damen und Herren, den vielen, vielen Betrieben im ganzen Land mit all den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Und das ist natürlich die Substanz unserer Tourismuswirtschaft. Die vielen freundlichen Hände und Gesichter in diesen Betrieben sind die allergrößte Stärke des steirischen Tourismus. Dafür bin ich diesen Betrieben außerordentlich dankbar.

Ich möchte dann auch allen, die in den letzten Jahren besonders viel eigenes privates Geld in die Hand genommen haben, um die Beherbergungsbetriebe auszubauen, um neue Hotels zu bauen, um die Gaststätten auszubauen, besonders danken, weil Sie wissen, das ist ja keine Selbstverständlichkeit und in vielen, vielen Fällen immer auch ein sehr großes Risiko beziehungsweise eine sehr große Last, die die betreffenden Leute auf sich nehmen. Ein großes Danke diesen Betrieben mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Es ist auch teilweise angesprochen worden, meine verehrten Damen und Herren, Tourismus wäre heute undenkbar ohne die vielen Initiativen im Bereich des Sports und der Freizeitwirtschaft – auch dafür ein ganz großes Danke – und natürlich die vielfältigen kulturellen Veranstaltungen zwischen Bad Aussee, Schladming und Radkersburg und Klösch und Murau und Mürzzuschlag. Es ist eine wirkliche Freude, was hier vor allem in den Regionen des gesamten Landes an qualitativ hochwertigen Veranstaltungen in den letzten Jahren entstanden ist und ich sage jetzt mit großem Respekt dazu, oft unter sehr geringer möglicher Förderung des Landes. Hier bin ich den betreffenden Kommunen außerordentlich dankbar. Einige Beispiele wurden angesprochen.

Wir haben vor uns, liebe Freunde und meine verehrten Damen und Herren, mit dem Jahr der Kulturhauptstadt Europas 2003, mit Graz und mit dem Bau des Kunsthouses und vieler Institutionen in dieser Stadt eine Sache, die wir, glaube ich, wirklich mit großer Begeisterung und mit großer Freude auch mittragen, mitbegleiten sollen, denn das wird ganz sicherlich eine der, ich möchte nicht sagen Jahrhundertchancen, aber sicherlich eine Chance, die für die nächsten zehn, 20, 30 Jahre in der Form nicht wiederkommt. Ich bin wirklich dankbar für die phantastischen Bemühungen, die es auf allen Gebieten hier gegeben hat. Und ich sage das auch hier mit besonderer Deutlichkeit nochmals dazu, meine verehrten Damen und Herren, neben den vielen wunderbaren Initiativen in dem Zusammenhang, neben den vielen auch baulichen Investitionen, es wird das Kunsthaus das Aushängeschild dieser Stadt und das Aushängeschild der Steiermark werden. (Beifall bei der ÖVP und den Grünen.)

Meine verehrten Damen und Herren, darauf können wir gemeinsam stolz sein. Und ich freue mich, dass wir hier auch eine Führung in der neuen Joanneum-Ges.m.b.H. mit dem Peter Pakesch und mit dem Dr. Muchitsch haben, die alle guten Hoffnungen in einem berechtigten Licht erscheinen lassen.

Zuallerletzt, meine verehrten Damen und Herren, ich möchte den Damen und Herren vor allem in der Tourismusabteilung, dem Hofrat Schnabl, dem Hofrat Hermann und dem Dr. Pögl, mit all ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich danken für ihr vielfältiges Engagement. Ich möchte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Steirischen Tourismusgesellschaft sehr herzlich danken und den angesprochenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Tourismusregionalverbänden. Das, was hier gesagt wurde, ist wichtig und richtig, wir werden hier zu einer Konzentration dieser Verbände kommen müssen, weil das bedeutet auch eine Konzentration der Mittel. Meine verehrten Damen und Herren, nur damit Sie das vielleicht von den Zahlen noch in Erinnerung haben, darf ich das noch einmal unterstreichen, die STG bekommt von uns im Jahr ungefähr 40 Millionen Schilling oder so bei 3 Millionen Euro, die Verbände selbst und die Kommunen draußen haben aber einen sechs- bis siebenfachen Betrag pro Jahr zur Verfügung. Das ist gut und hat grosso modo seine Richtigkeit, muss aber natürlich richtig gebündelt werden. Und das ist eine unserer großen Aufgaben der nächsten Monate und Jahre, um die sich vor allem Dr. Pögl verdient macht.

Allerletztes Wort, meine verehrten Damen und Herren, ich möchte Ihnen allen sehr herzlich danken für diese Arbeit in allen Regionen, in allen Bezirken unseres Landes, die Sie gemeinsam mittragen. Ich kann nur sagen, der Tourismus ist eine ganz erfreuliche Erfolgsgeschichte der Steiermark und gemeinsam, stark steirisch, soll es auch weitergehen, meine verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP. – 18.11 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

18. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 239/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Halper, betreffend Förderung für freie Radios.

Berichterstatlerin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (18.11 Uhr): Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport.

Auf Grund eines grünen Antrages liegen eine Stellungnahme und eine ergänzende Stellungnahme der Landesregierung vor bezüglich Förderung für freie Radios. In der Stellungnahme wird auf eine eingerichtete Projektgruppe Bezug genommen, die festhält, dass die freien, nicht kommerziellen Radiosender, die einen wichtigen Beitrag zur Meinungsvielfalt in Österreich leisten, große Finanzierungsschwierigkeiten haben.

Von der Projektgruppe wurden Kriterien erarbeitet, die für eine Förderung seitens des Landes Steiermark herangezogen werden sollen, wobei die Definition eines „freien, nicht kommerziellen Radios“ eine zentrale Rolle spielt. Offener Zugang mit eigenständiger Programmgestaltung, Qualität und Vielfalt sowie Ausbildung wurden dabei mit diskutiert.

Für die Förderung freier, nicht kommerzieller Radios sind im Landesvoranschlag keine Mittel explizit ausgewiesen. Die Projektgruppe richtet daher den dringenden Appell an die Landesregierung, für eine brauchbare Finanzierung zu sorgen und gibt auch konkrete Eurobeträge für eine Basis- und Projektfinanzierung an.

Ich stelle den Antrag auf Annahme dieses Ausschussberichtes. (18.12 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Frau Abgeordnete Zitz hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es Ihnen. Sie sind bereits am Wort.

Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Halper, bitte in Vorbereitung.

Abg. Mag. Zitz (18.13 Uhr): Ich möchte meine Ausführungen in fünf Teile teilen. Das eine ist der Hinweis, dass wir ein Kulturförderungsgesetz aus dem Jahr 1985 haben, das von der Spartenerteilung nur mehr teilweise zeitgemäß ist und wo etwa die Bereiche neue Medien oder spartenübergreifende Formen der künstlerischen und kulturellen Gestaltung nicht vorkommen und somit auch die freien Radios nicht vorkommen.

Zweiter Hinweis: Freie Radios gibt es in der Steiermark, in Vereinsform organisiert, in mehreren Teilen des Landes. Die Grünen haben kontinuierlich seit dem Jahr 1999 Anträge eingebracht auf Basisfinanzierung für die freien Radios, die einfach per Definitionen keine Möglichkeit haben, Mittel aus dem tatsächlich marktwirtschaftlichen Bereich zu lukrieren, die also eindeutig auf Förderungen von Seiten der öffentlichen Hand angewiesen sind. Im Jahr 1999, im Jahr 2000 und im Jahr 2001 haben wir das versucht.

Dritter Punkt ist, wir sehen – das ist ein Teil der grünen Haltung im Bereich Kunst- und Kulturpolitik –, dass es Aufgabe einer zeitgemäßen und konsequenten Kunst- und Kulturpolitik gerade in der Steiermark ist, für neue Bereiche, die sich entwickeln, würdige Rahmenbedingungen zu schaffen. Und zu diesen würdigen Rahmenbedingungen gehört, zuerst einmal zur Kenntnis zu nehmen, dass in genau diesem Bereich sehr viel über Ehrenamtlichkeit läuft, sehr viel über Kreativität läuft, über Innovation läuft und dass es sich einfach gehört aus politischer Sicht, da eine adäquate Unterstützung zu geben: einerseits über Basisunterstützung und andererseits natürlich entsprechend unterschiedlichen inhaltlichen Ausgestaltungen auch von Seiten des Landes den freien Radios finanzielle Zuwendungen zuzukommen zu lassen.

Vierter Punkt, in den beiden Regierungsvorlagen wird über einen Abschlussbericht einer Projektgruppe berichtet. Dieser Abschlussbericht wird kurz dargestellt. Die Gruppe bestand aus dem Radio Helsinki, Radio Freequenns, Förderstelle des Bundes für Erwachsenenbildung, Medienprojektverein und Landespressediens. Was ich zu schätzen weiß ist, dass dieser Abschlussbericht der Projektgruppe nicht geschönt in die Regierungsvorlage übernommen wurde. Da steht einfach explizit drinnen, dass diese Gruppe einen dringenden Appell an die Landespolitik äußert, zu schauen, dass die endlich besagte Basis- und Projektfinanzierung auf die Reihe kommt. Ich halte das deswegen für sehr gut, weil das eine klare Äußerung von Leuten ist, die in dem Bereich professionell arbeiten, die auch auf Grund ihrer beruflichen Erfahrung in der Entwicklung der Landschaft der freien Radios und neuen Medien in der Steiermark abschätzen können.

Der Punkt, der mich aber dann irritiert hat, ist, dass es im Kultur-Ausschuss einen ÖVP-Antrag gegeben hat, wo diese Regierungsstellungen noch einmal zusammengefasst werden, wo auch konkrete Eurobeträge genannt werden, allerdings immer nur mit einem vorgeschalteten Konjunktiv: „Man könnte, man müsste und man sollte.“ Das ist der Grund, weshalb wir gegen diesen ÖVP-Antrag stimmen werden, der jetzt praktisch auch Basis für diesen Ausschussbericht ist. Michaela Halper von der SPÖ hat einen Antrag formuliert, den sie dann auch selbst einbringen wird, wo sie diese zögerlichen Finanzierungsabsichten ins sehr konkrete umbaut. Ich beantrage somit auch die punktuelle Abstimmung dieses Antrages, also die getrennte Abstimmung der vier Punkte.

Und ein Letztes noch. Ich finde einerseits die Arbeit, die von der Arbeitsgruppe gemacht wurde, hoch qualitativ, auch mit Unterstützung der Kulturabteilung. Ich halte es aber für medienpolitisch und übrigens auch jugendpolitisch und demokratiepolitisch durchaus problematisch, wenn man die Arbeitsgruppe arbeiten lässt, sie schließlich konkrete Resultate bringt und wenn sich dann letztendlich dieser dringende Appell zwar in der Regierungsvorlage findet, sich aber nicht in einer konkreten finanziellen Umsetzung im Haushalt 2003 und 2004 niederschlägt. Das wäre aus meiner Sicht die konsequentere, elegantere, aber sicher auch konfrontativere

Variante, da eindeutig ja zu sagen oder – was ich natürlich nicht teilen würde – nein zu sagen. Aber man ist da leider einen Weg in der Mitte gegangen und deswegen bringen die SPÖ und die Grünen besagten Entschließungsantrag ein. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 18.18 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Halper.

Abg. Halper (18.18 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, Hohes Haus!

Frau Kollegin Zitz hat ja eigentlich schon sehr klar und deutlich die Argumente, die für die Förderung von freien Radios sprechen, dargebracht. Deswegen mache ich es jetzt kurz und bündig und bringe einen Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Halper und Mag. Zitz ein.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens an die Bundesregierung mit dem dringenden Ersuchen heranzutreten, eine Wiederaufnahme der bis inklusive 2000 praktizierten Fördertätigkeit zu erwirken und zweitens den freien Radios eine Hilfestellung bei der Schaffung von gesetzlichen Voraussetzungen für die Förderung freier, nicht kommerzieller Sender zuzusichern, drittens eine Basisfinanzierung für freie Radiosender in der Höhe von zumindest 130.811 Euro in die Budgetvoranschläge ab dem Jahr 2004 aufzunehmen und viertens eine jährliche Projektfinanzierung für freie Radios in der Höhe von zumindest 283.424 Euro ab dem Jahr 2003 zuzusichern. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 18.20 Uhr.)

Präsident: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Doch, Herr Landesrat Hirschmann hat sich gemeldet.

Landesrat Dr. Hirschmann (18.20 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich finde das sehr sympathisch, was die beiden Damen hier gesagt haben, wie alles fast, was sie hier sagen. Ich bin prinzipiell auch sehr mit der Intention, die dahinter steht, einverstanden. Es müsste mir nur irgendwer einmal sagen, woher ich das Geld nehmen soll. Mir ist das sehr sympathisch und ich werde das gerne auch im Rahmen des Möglichen betreiben, nur, was ich hier nicht zusagen kann und deswegen habe ich meine Fraktion auch gebeten, hier der Summe nicht zuzustimmen, ich wüsste nicht, wem ich das Geld wegnehmen soll. Wir haben erfreulicherweise einiges mehr an Geld. (Abg. Gennaro: „Der Paiarl hat mehr Geld als der Meinel Kaffeebohnen. Weißt du das?“)

Es ist aber das Geld der Steuerzahler, Kurti, wie wir wissen. Der langen Rede kurzer Sinn: Ich finde das sehr sympathisch und ich werde auch der Evaluierungskommission, die wir ja eingesetzt haben, gerne diese Vorschläge weitergeben. Die soll ja auch darüber befinden. Ich täte mir nur schwer, eine solche Summe hier zuzusagen, weil das können wir einfach nicht, wir haben das Geld nicht in diesem Ausmaß. Aber wenn ein Teil davon realisiert werden kann, will und würde mich das freuen. Ein steirisches Glückauf den freien Radios! (Beifall bei der ÖVP. – 18.22 Uhr.)

Präsident: Danke. Meine Damen und Herren, damit komme ich nunmehr zur Abstimmung. Wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um Ihr Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ und der Grünen, betreffend Förderung für freie Radios, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. (Abg. Mag. Zitz: „Ich habe eine punktuelle Abstimmung verlangt!“)

Soeben wurde eine punktuelle Abstimmung verlangt. Ich komme diesem Verlangen nach.

Wir kommen zur Abstimmung des Entschließungsantrages der Abgeordneten Halper und Zitz. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens an die Bundesregierung mit dem dringenden Ersuchen heranzutreten, eine Wiederaufnahme der bis inklusive 2000 praktizierten Fördertätigkeit zu erwirken. Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme fest.

Punkt zwei, den freien Radios eine Hilfestellung bei der Schaffung von gesetzlichen Voraussetzungen für die Förderung freier, nicht kommerzieller Sender zuzusichern. Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

(Abg. Dietrich: „Zur Geschäftsordnung bitte!“)

Bitte.

Abg. Dietrich (18.23 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Dieser Antrag war nicht in der Präsidiale und wir haben auch deshalb gegen diesen Antrag gestimmt, weil wir der Meinung sind, man sollte schon Usancen, die üblich sind, einhalten und nicht erst dann im Laufe der Sitzung Anträge einbringen. Ich glaube, es würde der Fairness entsprechen, wenn wir die Spielregeln auch einhalten, die wir uns selbst gestellt haben. (18.23 Uhr.)

Präsident: Frau Abgeordnete, es ist nach der Geschäftsordnung zulässig, diesen Antrag auch am Ende dieser Behandlung des Tagesordnungspunktes zu verlangen. (Abg. Mag. Zitz: „Herr Präsident, zur Geschäftsordnung!“)

Frau Mag. Zitz, wie meinen? Ich würde ganz gerne zuerst die punktuelle Abstimmung durchführen und Sie können sich dann gerne zu Wort melden. Aber lassen Sie mich das bitte auf Grund des sachlichen Zusammenhanges durchführen und selbstverständlich kommen Sie dann zwecks Geschäftsordnung zu Wort.

Punkt drei: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Basisfinanzierung für freie Radiosender in der Höhe von zumindest 130.811 Euro in die Budgetvoranschläge ab dem Jahr 2004 aufzunehmen. Wenn Sie dem zustimmen, ersuche ich Sie um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Der Punkt drei hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Punkt vier: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine jährliche Projektfinanzierung für freie Radios in der Höhe von zumindest 283.424 Euro ab dem Jahr 2003 zuzusichern. Wenn Sie dem zustimmen, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Punkt vier ist in der Minderheit geblieben.

Frau Abgeordnete Zitz, bitte, jetzt sind Sie am Wort.

Abg. Mag. Zitz (18.25 Uhr): Waltraud Dietrich, du hast Recht, die SPÖ hat übernommen diesen Antrag vorzubereiten. Offenbar hat es da ein Missverständnis gegeben. (Abg. Gennaro: „Der ist gestern um 17 Uhr hineingestellt worden, so wie es ausgemacht war!“) Er ist gestern ins Netz gestellt worden, aber er ist heute in der Präsidiale nicht ausgeteilt worden. Also zu deiner Wortmeldung: Vom Ablauf her hast du Recht und es tut mir Leid, dass es so gelaufen ist, abgesehen von der inhaltlichen Geschichte. (Abg. Gennaro: „Aber Ihr habt alle einen Zugang, das ist schon richtig!“ – 18.25 Uhr.)

Präsident: Aber hinzufügen darf ich, bitte, wir halten uns hier an die Geschäftsordnung des Landtages.

Bei den Tagesordnungspunkten 19 bis 21 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

19. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1059/1, betreffend stichprobenweise Prüfung des Rechnungswesens der Gemeinnützigen Grazer Wohnungsgenossenschaft reg.Gen.m.b.H., 8010 Graz, Neuholdaugasse 5.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Dr. Ilse Reinprecht. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (18.26 Uhr): Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle.

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 8. Oktober 2002 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nummer 48, betreffend stichprobenweise Prüfung des Rechnungswesens der Gemeinnützigen Grazer Wohnungsgenossenschaft reg.Gen.m.b.H., 8010 Graz, Neuholdaugasse 5, Einl.-Zahl 1059/1, beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend stichprobenweise Prüfung des Rechnungswesens der Gemeinnützigen Grazer Wohnungsgenossenschaft reg.Gen.m.b.H., 8010 Graz, Neuholdaugasse 5 wird zur Kenntnis genommen. (18.27 Uhr.)

Präsident:

20. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1060/1, betreffend Prüfung eines von der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft der Arbeiter und Angestellten Köflach reg.Gen.m.b.H. errichteten Seniorenwohnhauses in 8580 Köflach, Schulweg 11.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Georg Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ferstl (18.28 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 8. Oktober 2002 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nummer 49, betreffend Prüfung eines von der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft der Arbeiter und Angestellten Köflach reg.Gen.m.b.H. errichteten Seniorenwohnhauses in 8580 Köflach, Schulweg 11, Einl.-Zahl 1060/1, beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Prüfung eines von der oben genannten Genossenschaft errichteten Seniorenwohnhauses in 8580 Köflach, Schulweg 11 wird zur Kenntnis genommen. (18.28 Uhr.)

Präsident:

21. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1061/1, betreffend Prüfung einer von der Brucker Wohnbau- und Siedlungsvereinigung reg. Gemeinnützige Gen. m.b.H. errichteten Wohnanlage Bruck an der Mur, Frauenedergasse 6 a.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (18.29 Uhr): Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 8. Oktober 2002 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nummer 54, betreffend Prüfung einer von der Brucker Wohnbau- und Siedlungsvereinigung errichteten Wohnanlage, beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Prüfung einer von der Brucker Wohnbau- und Siedlungsvereinigung errichteten Wohnanlage, wird zur Kenntnis genommen. Ich stelle den Antrag auf Annahme. (18.29 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ferstl. Danach Herr Abgeordneter Hagenauer. Weitere Wortmeldungen vorläufig noch nicht.

Bitte, Herr Abgeordneter Ferstl.

Abg. Ferstl (18.29 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Viele dieser stichprobenweisen und umfangreichen Prüfungen des Rechnungshofes haben durchschnittlich gute und sehr gute Ergebnisse gebracht. Es wurden diese Baugenossenschaften und Baufirmen geprüft. Aber oft und fast regelmäßig sind bei diesen Bautagebuchführungen und bei diesen Bauberichtsaufzeichnungen kritische Bemerkungen gewesen. Viele oder fast alle Kollegen Berichterstatter erwähnten dieses Manko in den Ausschüssen.

Mir scheint, dass dies eine sehr wichtige, nachvollziehbare Handlung ist und wir sollten uns wirklich zusammensetzen und nachdenken, ob wir hier etwas Gescheiteres finden könnten, eine Lösung, die diese Nachvollziehbarkeit in den Bautagebüchern besser dokumentiert. Es ist wirklich eine sehr wertvolle und wichtige Nachweiserbringung des ganzen Baugeschehens.

Ich möchte nur nachträglich noch – die Abgeordnete Halper ist jetzt nicht da – ich wollte ihr nur sagen, dass die Bauaufsichtsorgane bei diesem in Köflach entstandenen Bau die durchschnittliche Schuhgröße 42,5 haben. Sie hat nämlich bei der Ausschusssitzung danach gefragt. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 18.30 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für die präzise Wortmeldung.

Es kommt nun zu Wort Herr Abgeordneter Hagenauer. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Hagenauer (18.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat – ich weiß nicht, weilt der Herr Landesrat Hirschmann noch unter uns? Ja, sehr erfreulich.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörer!

Ich fasse mich kurz. Der Herr Kollege Ferstl hat es schon angeschnitten, einer dieser Prüfberichte der drei, die uns hier vorliegen, betrifft ein Projekt, das in Köflach errichtet wurde, ein Altenheim.

Der Prüfbericht des Landesrechnungshofes hat eine Ansammlung von Missständen ergeben, und zwar die in ihrem Zusammentreffen, in ihrer Anhäufung alle diese Eigenschaften, alle diese Hinweise zeigen, dass hier bei diesem Projekt nicht – vorsichtig formuliert – korrekt vorgegangen wurde. Es sind das die typischen Eigenschaften, die da hier auftauchen, nämlich dass von vornherein schon die Masseermittlungen mangelhaft sind und man damit dann nachträglich einfach die Möglichkeit hat, mit den Firmen, wo man ein besonderes Interesse hat, zusammenzuarbeiten, einzelne Abschlüsse zu tätigen. Es hat natürlich, sage ich, bei der Eröffnung der Angebote Verstöße gegeben. Die war nicht Önorm-gerecht. Es wurde natürlich keine Niederschrift – jedenfalls keine nachvollziehbare – angefertigt. Natürlich erfolgte keine Kennzeichnung der eingegangenen Angebote. Und es war das Bautagebuch in der Folge natürlich auch mangelhaft. Es war weiter keine Begründung der Preisverhandlungen, die durchgeführt wurden, drinnen, was Wunder, und es wurden natürlich keine abschließenden Verhandlungen geführt mit dem Erstgereihten, obwohl das verpflichtend vorgesehen ist.

Die Stellungnahme des Ressorts ist aus meiner Sicht allzu knapp und bescheiden ausgefallen, Herr Landesrat. Es ist da drinnen die Rede von formalen Fehlern, die das Ressort zur Kenntnis nimmt.

Nach meiner Sicht waren das keine formalen Fehler, sondern aus meiner Überzeugung sind das hier Eigenschaften einer eben bedenklichen Vorgangsweise. Es ist das nicht – das kommt dazu – der erste derartige Bericht. Es ist einfach ärgerlich und bedenklich, dass so etwas in dieser Häufung vorkommt. Ich bin mir durchaus bewusst, dass man das nicht vermeiden kann, dass dort und da immer irgendwelche auch Bestimmungen unter Umständen nicht eingehalten werden können, aus welchen Gründen immer, dann wird man das begründen und wird das auch zur Kenntnis nehmen. Aber das hier ist eine andere Liga. Und – auf das will ich hinaus – ich denke, es ist Ihre politische Verantwortung, Herr Landesrat, dass Sie nicht, mit welchen Worten immer, solche Berichte

dann zur Kenntnis nehmen, sondern es ist Ihre Verantwortung Konsequenzen zu ziehen. Erfolge nämlich keine Sanktionen auf eine derartige Vorgangsweise, dann ist das Ganze alles umsonst. Dann ist auch die Tätigkeit des Landesrechnungshofes umsonst. Dann sind da nicht nur Objekte errichtet worden, die, wie auch im konkreten Fall, Mehrkosten verursachen, sondern dann ist auch alles andere drum herum umsonst. Dann können wir uns den Landesrechnungshof ersparen, wir können uns die ganzen Beamten in der Rechtsabteilung 14 ersparen, die das zu prüfen haben. Wir können uns die Ausschusssitzungen des Kontroll-Ausschusses ersparen und so weiter.

Das heißt, es ist natürlich nicht möglich, hinter jede einzelne Genossenschaft eine Heerschar von Beamten hinzustellen. Das werden Sie gut verstehen, wenn ich das richtig verstehe. Das ist nicht der Sinn der Sache. Aber was mache ich denn sonst, wenn ich das verhindern will? Da muss ich Sanktionen ergreifen. Ich muss einfach irgendwann einmal als verantwortlicher Landesrat Sanktionen ergreifen, damit die anderen Bauträger in Zukunft von selbst wissen, ohne dass ich jedes Mal Dutzende von Beamten hier jeweils in Marsch setzen muss, jedes Mal mit hohen Verlusten, damit die anderen praktisch umsonst und gratis für mich wissen, was sie zu tun haben. Das ist diese Geschichte.

Auf einen zweiten Bericht gehe ich ein, weil das ist auch notwendig an der Stelle das zu sagen. Das ist der Bericht Nummer 54, betreffend eine Wohnanlage in Bruck, errichtet von der Brucker Wohnbau- und Siedlungsgenossenschaft. Hier sind 19 Wohnungen errichtet worden, die auf Grund eines baukünstlerischen Wettbewerbes errichtet wurden, das heißt, wo – und der Bericht hält das ausdrücklich fest – ganz besondere Kriterien angelegt wurden und wo auch ganz besondere Erfolge, was die Ausführung des Projektes anbelangt, was die architektonische Qualität, was die städtebauliche Situation anbelangt, erreicht wurden. Ein mustergültiges Projekt, ein qualitativ hochwertiges Projekt und trotzdem nicht einen Euro die Baukosten überschritten. Ich sage das aus zwei Gründen. Der erste, um zu betonen, dass es eben geht, dass man mit dem Geld auskommt, und zwar leicht auskommt, hohe Qualität erreichen kann mit den bestehenden Fördersätzen und zweitens, dass es ganz offensichtlich sogar möglich ist, architektonische Vorzeigeprojekte auch noch finanziell unterzubringen in den bestehenden Fördersätzen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 18.39 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Deshalb komme ich nunmehr zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 1059/1 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Danke, ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1060/1 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Ich bin da sehr deutlich, weil wie soll ich die Abstimmung vollziehen, wenn mir hier zu wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht wird.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1061 Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Meine Damen und Herren, wir haben Landtag. Ich bitte um Ihre Anwesenheit. Ich setze das voraus, die Einladungen gehen rechtzeitig zu und die Termine sind einzuhalten.

22. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 630/1, der Abgeordneten Wiedner und Ferstl, betreffend Einführung eines umfassenden Lehrlingsförderungsprogramms.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (18.40 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat!

Ich berichte zum Schriftlichen Bericht 630/3 des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft. Es geht um die Einführung eines umfassenden Lehrlingsförderungsprogrammes.

Hiezu liegt uns ein Bericht der Landesregierung vor, der sich auf mehrere Punkte bezieht und ich ersuche um Annahme. (18.40 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro.

Abg. Gennaro (18.41 Uhr): Meine Damen und Herren!

Wir haben einen Unselbstständigen Entschließungsantrag zum Tagesordnungspunkt 22 vorgelegt, Bezug nehmend auf die Forderung der FPÖ-Abgeordneten mit dem Beschlusstext in sechs Punkten. Der Antrag liegt Ihnen ja schon sehr lange vor und ich nehme an, Sie haben ihn gelesen und ich darf mich daher auf das Wesentliche beschränken.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens den auch von der steirischen Wirtschaft geforderten Lastenausgleich von Betrieben, die keine Lehrlinge ausbilden, zu Betrieben, die Ausbildung leisten, umzusetzen, zweitens eine Ausbildungsgarantie für steirische Lehrlinge abzugeben, drittens eine Qualifizierungsoffensive für jugendliche Arbeitslose zu starten und eine dem Ziel entsprechende ausreichende

finanzielle Beteiligung des Landes dafür sicherzustellen sowie viertens für eine ausreichende Kofinanzierung des Landes bei den Maßnahmen gemäß Jugendausbildungssicherungsgesetz zu sorgen. Ich ersuche um Annahme. (18.42 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner gemeldet.

Abg. Wiedner (18.43 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf kurz einige Worte zu dem Antrag der SPÖ sagen. Wir haben deswegen der Stellungnahme zugestimmt, weil inzwischen einiges auf Ebene der Bundesregierung mit dem Konjunkturpaket passiert ist. Deshalb können wir in weiten Bereichen damit leben. Wir können aber auch mit einigen Punkten des Antrages der SPÖ leben und bitten daher auch in diesem Falle um eine punktuelle Abstimmung der vier Punkte. Danke! (18.43 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 22 liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Der Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Schaffung eines umfassenden Lehrlingsförderungsprogrammes, wird punktuell abgestimmt. Ich komme zum Punkt eins, der folgend lautet:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den auch von der steirischen Wirtschaft geforderten steirischen Lastenausgleich von Betrieben, die keine Lehrlinge ausbilden, zu Betrieben, die Ausbildung leisten, umzusetzen. Die Damen und Herren, die zustimmen, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt. (Abg. Schrittwieser: „Es sitzen von Grün und Rot mehr Abgeordnete hier als von Schwarz und Blau!“)

Nach der Abzählung war der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme zum Punkt zwei: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Ausbildungsgarantie für steirische Lehrlinge abzugeben. Die Damen und Herren, die dem zustimmen, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Punkt drei: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Qualifizierungsoffensive für jugendliche Arbeitslose zu starten und eine dem Ziel entsprechende ausreichende finanzielle Beteiligung des Landes dafür sicherzustellen. Die Damen und Herren, die dem zustimmen, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Punkt vier: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, für eine ausreichende Kofinanzierung des Landes bei den Maßnahmen gemäß Jugendausbildungssicherungsgesetz zu sorgen. Die Damen und Herren, die dem zustimmen, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

23. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1011/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2002 (sechster Bericht für das Rechnungsjahr 2002).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tschernko (18.47 Uhr): Die Landesregierung berichtet, dass in der Zeit vom 17. Juni bis 8. Juli 2002 dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 9,877.809,64 Euro durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden. Die genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben sind in der beiliegenden Aufstellung übersichtlich angeführt.

Der Mehraufwand wurde durch Bindung von Ausgabenersparungen und Mehreinnahmen bedeckt.

Ich stelle daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der sechste Bericht für das Rechnungsjahr 2002 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 9,877.809,64 Euro wird gemäß Paragraph 32 Absatz 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. (18.48 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Eine Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 23 liegt nicht vor.

Ich ersuche daher die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Bei den Tagesordnungspunkten 24 und 25 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

24. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1004/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft Grundstücke Nr. .12, 13/1 und 13/2 der EZ. 342, GB. 67110 Sankt Gallen im Flächenausmaß von rund 1435 Quadratmeter inklusive Wohn- und Wirtschaftsgebäude um einen Kaufpreis von 231.463 Euro an Hofrat Dipl.-Ing. Dr. Jürgen Thum, 8933 Sankt Gallen, Markt 30.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tschernko (18.49 Uhr): Der Verkauf der landeseigenen Liegenschaft, Grundstücke Nr. .12, 13/1 und 13/2 der EZ. 342, GB. 67110 Sankt Gallen im Flächenausmaß von rund 1435 Quadratmeter inklusive Wohn- und Wirtschaftsgebäude um einen Kaufpreis von 231.463 Euro an Herrn Hofrat Dipl.-Ing. Dr. Jürgen Thum, Markt 30 in Sankt Gallen soll genehmigt werden.

Es handelt sich dabei um ein bislang als Dienstwohnung für den Direktor der Steiermärkischen Landesforste zur Verfügung gestelltes Wohnhaus. Das Objekt wird nach der Pensionierung von Dipl.-Ing. Dr. Thum nicht mehr benötigt, da für den Forstmeister der Forstverwaltung Sankt Gallen im Gebäude des Forstamtes eine Forstmeisterwohnung zur Verfügung steht.

Ich stelle daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen, den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft, wie schon angeführt, zu genehmigen. (18.50 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

25. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1012/1, betreffend den Verkauf der Liegenschaft Grundstücke Nr. 263 teilweise, Nr. .43 und Nr. .44, EZ. 1006, KG. 60038 Palbersdorf im Ausmaß von zirka 7470 Quadratmeter und Grundstück Nr. 410 teilweise, EZ. 1005, KG. 60066 Thörl im Ausmaß von zirka 9180 Quadratmeter nach Durchführung einer Neuvermessung zum Kaufpreis von a) 63.225 Euro ohne Denkmalschutz oder b) 49.000 Euro unter Denkmalschutz an die Marktgemeinde Thörl.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (18.50 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mit der Regierungsvorlage soll der Verkauf der Liegenschaften Grundstücke Nr. 263 teilweise, Nr. .43 und Nr. .44, EZ. 1006, KG. 60038 Palbersdorf im Flächenausmaß von zirka 7470 Quadratmeter und des Grundstückes Nr. 410 teilweise, EZ. 1005, KG. 60066 Thörl im Flächenausmaß von zirka 9180 Quadratmeter nach Durchführung einer Neuvermessung und unter Zugrundelegung von Quadratmeterpreisen in Höhe von 15,25 Euro pro Quadratmeter für die verbaubare Fläche, 2,25 Euro pro Quadratmeter für die Siedlungsstraße und den Gebäudestreifen nördlich der Siedlungsstraße und von 1,30 Euro pro Quadratmeter für Böschungsflächen zum Gesamtpreis a) unter der Annahme, dass das Objekt aus der Unterschutzstellung durch das Denkmalschutzgesetz entlassen wird, von 63.225 Euro oder b) unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes in Höhe von 49.000 Euro an die Marktgemeinde Thörl genehmigt werden. Ich bitte um Genehmigung. (18.53 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Eine Wortmeldung zu den beiden Tagesordnungspunkten 24 und 25 liegt nicht vor.

Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1004/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1012/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 26 bis 29 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese vier Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

26. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1007/1, betreffend den Umweltschutzbericht 2001.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Günther Köberl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Köberl (18.54 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1007/1, betreffend den Umweltschutzbericht 2001.

Gemäß Paragraph 8 des Gesetzes über die Einrichtung zum Schutze der Umwelt legt die Landesregierung den Umweltschutzbericht 2001 vor.

Ich darf daher folgenden Antrag für den Ausschuss stellen:

Der Landtag wolle beschließen, der vorliegende Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Umweltschutzbericht 2001, wird zur Kenntnis genommen. (18.54 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

27. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 716/1, der Abgeordneten Kasic und Gödl, betreffend Veto-Möglichkeit bei Abfallimporten.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Ernst Gödl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gödl (18.55 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Antrag 716/1 wurde eingebracht von den Abgeordneten Kasic und Gödl und betrifft die Vetomöglichkeiten bei Abfallimporten.

Auf Grund bundesgesetzlicher Bestimmungen unterliegt die Bewilligung grenzüberschreitender Verbringung von Abfällen dem Bund. Das Land, konkret der Landeshauptmann, ist im Bewilligungsverfahren nur zu hören.

Im Anhörungsverfahren beim Import italienischen Hausmülls nach Frohnleiten wurden von Landeshauptmann Waltraud Klasnic massive Einwände erhoben. Es wurde geltend gemacht, dass die direkte Deponierung unbehandelter Restabfälle jedenfalls und eindeutig den Zielen und Grundsätzen des Abfallwirtschaftsgesetzes widerspricht, diese Vorgangsweise dem Gebot zur Einsparung von Deponievolumen widerspricht, dem Gebot zur Ablagerung von Abfällen zur Minimierung des Gefährdungspotenziales für nachfolgende Generationen widersprochen wird und auf Grund der beantragten Importmenge von insgesamt 150.000 Tonnen Siedlungsabfällen Mengen zur Ablagerung kommen sollen, die mit dem jährlichen steirischen Hausmüllaufkommen vergleichbar sind. Es ist im Interesse der betroffenen Bürger und des Landes von großer Bedeutung, dass derartige Einwände in Zukunft berücksichtigt werden und gesetzlich verankert wird, dass Genehmigungen derartiger Abfallimporte der Zustimmung des jeweiligen Landeshauptmannes bedürfen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, die gesetzlichen Bedingungen dafür zu schaffen, dass für die Bewilligung grenzüberschreitender Verbringung von Abfällen die Zustimmung des jeweiligen Landeshauptmannes erforderlich ist. Ich bitte um Annahme. (18.56 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Danke dem Berichterstatter.

28. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 713/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend Gipsabbau am Dörfelstein in der zukünftigen Nationalparkregion Gesäuse.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (18.57 Uhr): Zum betreffenden Antrag berichtet die Landesregierung in ihrer Stellungnahme, dass das Gipsabbauprojekt im Landschaftsschutzgebiet gelegen ist, acht Kilometer entfernt vom Gesäuseeingang.

Gemäß Paragraph 6 des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes ist eine Bewilligung zu erteilen, wenn die Ausführung des Vorhabens keine wesentlichen Auswirkungen zur Folge hat. Eine Bewilligung kann auch erteilt werden, wenn die vorstehenden wesentlichen Auswirkungen zwar zu erwarten sind, jedoch besondere volkswirtschaftliche oder besondere regionalwirtschaftliche Interessen die des Landschaftsschutzes überwiegen.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Bericht des besagten Ausschusses wird zur Kenntnis genommen. (18.57 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

29. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 146/10, betreffend Telekommunikationsgesetz zum Beschluss Nr. 296 des Steiermärkischen Landtages vom 23. Oktober 2001 über den Selbstständigen Antrag der Abgeordneten Gödl, Dr. Bachmaier-Geltewa, Wiedner und Mag. Zitz, betreffend die Bewilligung von Antennentragmastenanlagen im Naturschutzgesetz.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Ernst Gödl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gödl (18.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Mit Beschluss Nr. 296 des Steiermärkischen Landtages wurde die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, die Grenzwerteverordnung zum Telekommunikationsgesetz baldigst zu erlassen und einen Entwurf zum Telekommunikationsgesetz in den Nationalrat einzubringen, mit dem eine Verpflichtung zur Durchführung einer Verhandlung unter Ladung aller Betroffenen für die Errichtung von Mobilfunkanlagen verankert wird.

Dazu liegt nun eine Stellungnahme des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie vor.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Telekommunikationsgesetz, zum Beschluss Nr. 296 des Steiermärkischen Landtages vom 23. Oktober 2001 über den Selbstständigen Antrag der Abgeordneten Gödl, Dr. Bachmaier-Geltewa, Wiedner und Mag. Zitz, betreffend die Bewilligung von Antennentragmastenanlagen im Naturschutzgesetz, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (18.59 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (19.00 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Wir haben jetzt einen Umweltblock zu behandeln auf Basis des Umweltschutzberichtes des Landes Steiermark vom Jahr 2001, der wie üblich in sehr umfassender Art und Weise und aus meiner Sicht auch in guter Qualität erstellt wurde und einen Überblick über aktuelle umweltpolitische Entwicklungen in der Steiermark gibt. Ich erlaube mir jetzt, mich für eine Einschätzung dieses Berichtes auf drei Themen zu konzentrieren, die alle drei einen internationalen Bezug haben.

Das eine ist die Frage „konsequenter Gentechnikverzicht in der Landwirtschaft“. Hier ist insofern ein internationaler Bezug gegeben, als in Staaten, wo es längere Zeit schon landwirtschaftspolitische Praxis ist, mit gentechnisch veränderten Organismen und Pflanzen zu agieren, also den USA, Brasilien, teilweise auch China, viele Erfahrungen vorliegen, dass Gentechnologie tatsächlich eine Risikotechnologie ist. Das führt dazu, dass deutlich mehr Pestizide und Herbizide eingesetzt werden, dass diverse Pflanzen einfach resistent werden, spezifische Unkräuter resistent werden und letztendlich, dass für die Teile des Agrarsektors, die kleinstrukturiert sind, die auch nicht so gut verdienen, die Gentechnik de facto finanziell sehr wenig Gewinn bringend ist.

Sie wissen, dass in der Steiermark das Naturschutzgesetz novelliert werden soll im Rahmen einer – wie es die ÖVP jetzt wünscht – nur kleinen Novelle. Das Erfreuliche ist, dass in diesem Novellierungsvorschlag zu dem Gesetz aus dem Jahre 1976 der Satz drinnen ist: „Das Aussetzen oder Aussäen von gentechnischen Organismen in der Natur ist verboten.“ Ich zitiere jetzt die nachfolgenden Sätze nicht, die diesen Satz nämlich leider Gottes wieder ziemlich relativieren. Aber ich denke, das ist doch einmal ein Statement von Seiten der Landesregierung. Ich gehe stark davon aus, dass alle Landtagsparteien diesen Gentechnikverzicht teilen, und zwar einfach deswegen, weil wir im Jahr 1997 einen einstimmigen Beschluss als Leitlinie des Landes angenommen haben, uns darauf verständigt haben. Dieser legt fest, dass Maßnahmen getroffen werden müssen, um sicherzustellen, dass die Steiermark den Status einer gentechnikfreien Zone im Sinne des Gentechnikvolksbegehrens haben kann. Das ist ein ganz konkreter Beitrag im Rahmen des Naturschutzgesetzes dazu.

Zweiter Punkt, auch wieder mit einem internationalen Bezug, Luftgüte in der Steiermark. Ich möchte das jetzt präzisieren in Bezug auf die Frage Feinstaubentwicklungen in der Steiermark. Feinstaub wird in den USA seit ungefähr 20 Jahren gemessen, und zwar deswegen, weil man draufgekommen ist, dass diese Ministaubpartikel PM10 stark lungengängig sind, zu höherem Infarktrisiko führen, zu mehr Herz-Kreislaufkrankungen führen und dass das eine umweltpolitische Entwicklung ist, die zum Glück von der EU seit einigen Jahren auch zur Kenntnis genommen wurde. Auf Grund einer EU-Luftgüterichtlinie ist Österreich jetzt auch seit kurzer Zeit verpflichtet, Feinstaub zu messen. In der Steiermark passiert das erst seit kurzem und im Umweltschutzbericht 2001 wird berichtet, dass die Grenzwerte bei Feinstaub massiv und oftmals überschritten werden. In der zweiten Hälfte des Jahres 2001 wurden in Graz-Don Bosco diese Werte 78-mal überschritten, in Graz-Mitte 46-mal, in Graz-Ost 39-mal und in Graz-Nord 27-mal, in Köflach 48-mal, Gratwein 27-mal und in Bruck an der Mur 26-mal. (Abg. Gennaro: „Ich lebe dort unten und lebe noch!“) Ich bringe Ihnen diese Zahlen, Herr Kollege Gennaro, um zu zeigen, dass diese Feinstaubbelastung, die ganz stark von Dieselmotoren kommt, aus dem Verkehrsbereich kommt. Ein Phänomen, das in der ganzen Steiermark anzutreffen ist.

Ich finde es sehr korrekt, dass im Umweltschutzbericht diese Grenzwertüberschreitungen im Detail festgehalten sind und zitiere jetzt wieder aus dem Umweltschutzbericht: „Auch die Anzahl der erlaubten jährlichen Überschreitungen wird – soweit sich bisher abschätzen lässt – an einigen Messstandorten nicht ausreichen, die Vorgaben des Immissionsschutzgesetzes zu erfüllen.“ Das heißt, in diesem Bereich sind Maßnahmen dringend notwendig.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Grünen bereits am 23. Oktober, also vor einem Jahr, einen Landtagsantrag dazu gestellt haben. Der ist damals mit Stimmen der Freiheitlichen Partei, der SPÖ und unseren beschlossen worden, wobei die Landesregierung aufgefordert wurde, bei diesen Grenzwertüberschreitungen im Großraum Graz und Leoben weitere so genannte Statuserhebungen, sprich konkrete Messungen, zu veranlassen und einen entsprechenden Maßnahmenkatalog zu erstellen.

Das ist bis jetzt leider nicht erfolgt. Ich stelle deswegen im Namen der Grünen den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, auf Grund der Luftgütegrenzwertüberschreitungen, insbesondere im Raum Graz, weitere Statuserhebungen zu veranlassen und einen Maßnahmenkatalog unverzüglich zu verordnen.

Ein letztes Wort noch zu dieser Feinstaubluftgüteangelegenheit: Wie gesagt, es ist eine in Österreich ganz aktuelle umweltpolitische Entwicklung. Es ist mir ein großes Anliegen herauszukehren, dass das die Aufgabe von mehreren Teilen der Landesregierung ist. Es geht da natürlich auch um das Verkehrsressort, das Mobilitätsressort, weil in dem Bereich entsprechend auch Unterstützungsmaßnahmen kommen sollten. Es geht da natürlich auch um die Frage Infrastrukturpolitik, Raumordnung beziehungsweise wie man Mobilität organisiert und gestaltet.

Ein dritter Punkt, also neben Gentechnikfreiheit in der Steiermark sowie den Feinstaubemissionen, ist unsere Hoffnung, dass sich der Nationalpark Gesäuse sehr gut entwickelt und dass man ihm von Anfang an eine faire Chance gibt, wirklich attraktiv und auch international in einer Liga zu spielen, dass er nicht nur als Ökologieprojekt anerkannt wird, sondern auch als hochwertiges Tourismusprojekt und somit als Projekt einer sehr authentischen und der Obersteiermark gut angepassten Regionalentwicklung.

Für uns war es jetzt besonders irritierend, dass der Gipsabbau am Dörfelstein in der Nähe des Gesäuseeinganges von der Landesregierung sehr unklar gehandhabt wird. Es gibt, wie gesagt, einen schriftlichen Bericht des Landwirtschafts- und Umweltschutz-Ausschusses, den ich als Berichterstatterin vorher vorgelesen habe, wo Sie sehen, dass die Landesregierung sich bezüglich dieses Projektes nicht klar deklariert. Ich möchte jetzt noch einmal einige Elemente herausarbeiten.

Vom Abbau dieses Gipsvorkommens wären das unmittelbar angrenzende Wohngebiet und die landwirtschaftliche Fachschule Grabnerhof ganz massiv betroffen. Man würde den Gips natürlich in der Tagbautechnik gewinnen und per Lkw zu seinem Produktionsstandort nach Liezen transportieren. Der Gemeinderat der Gemeinde Weng hat sich einstimmig gegen dieses Gipsabbauprojekt ausgesprochen.

Das Interessante ist, dass jetzt die IUCN, die eine Kategorisierung von Nationalparkprojekten vornimmt, schriftlich mitgeteilt hat, dass sie sich sehr gut vorstellen kann, dass man auf Grund dieses Gipsabbaues den Nationalpark Gesäuse einer Evaluierung unterziehen müsste und dadurch möglicherweise sogar eine neue Kategorisierung notwendig wäre.

Ich bringe deswegen im Namen der Grünen den Antrag ein, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das Gipsabbauprojekt am Dörfelstein in der Gesäuseregion zu stoppen und den Betreiber dahin gehend zu unterstützen, einen annehmbaren und ökologisch verträglichen Alternativstandort zu finden.

Das waren jetzt einmal drei grüne Schwerpunkte, herausgeholt aus diesem Umweltschutzbericht, den ich von der Gestaltung und auch vom Inhaltlichen als sehr seriös betrachte. Ich erlaube mir jetzt auch, mich bei den Leuten, die ihn mitgestaltet haben, zu bedanken, weil er für uns einfach immer wieder ein Nachschlagewerk ist und uns die Möglichkeit gibt, bei einigen doch sehr konfliktbeladenen Themen, wie etwa Gentechnikfreiheit oder Luftgüte, einfach mit gutem, seriösem und fundiertem auch statistischem Material arbeiten zu können. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 19.10 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste hat sich die Frau Abgeordnete Halper zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Halper (19.10 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, Hohes Haus!

Es liegt uns nun der 17. Umweltschutzbericht des Landes Steiermark vor, der wiederum sehr interessante Kapitel aufzuweisen hat und vor allem auch sehr viele neue Informationen beinhaltet.

Ich möchte von dieser Stelle aus einmal den Erstellern und Erstellerinnen dieses umfangreichen Nachschlagewerks danken für diese hervorragende Arbeit, die uns jährlich erneut in unserer Arbeit begleitet.

Aus Zeitgründen kann ich allerdings leider nicht auf alle Themen in diesem Umweltschutzbericht eingehen, deswegen habe ich mir einige einzelne herausgeholt.

Beginnen möchte ich mit dem Kapitel „Abfall- und Stoffflusswirtschaft“. Hierbei sieht man ganz deutlich einen Anstieg des Mülls. Und wenn man sich die Tabellen hier anschaut, dann muss man feststellen, dass es im Bereich des Restmülls vom Jahr 1999 auf 2000 – und wenn man auch die anderen Umweltschutzberichte aus den vergangenen Jahren vergleicht, dann wird dieser Anstieg immer deutlicher werden – einen Anstieg gibt. Wir haben in den letzten Jahren einen Anstieg von 0,8 Prozent beim Restmüll zu verzeichnen, das heißt eine Steigerung auf 134.072 Tonnen, im Vergleich zu 133.055. Aber auch beim Sperrmüll ist der Abfall gestiegen und wir haben eine Steigerung von 2,7 Prozent zu verzeichnen. Zusätzlich kommen noch die Problemstoffe hinzu mit einer einprozentigen Steigerung, die auch über die Jahre durchgeht. Anders zu werten sind natürlich die Steige-

rungen bei Altpapier und bei Altglas. Da kann man sicherlich davon ausgehen, dass die Trennung dieser Materialien besser funktioniert als in anderen Bereichen. Verpackungskunststoffe stellen aber nach wie vor ein großes Problem dar. Hierbei haben wir eine Steigerung von 8,6 Prozent. Ich denke mir, das ist eine Steigerung, wo es dringend notwendig sein wird, sich mit der Wirtschaft auseinander zu setzen, um eine ernsthafte Diskussion über Verpackungsmaterialien und die Art und Weise, wie Verpackung vonstatten geht, zu führen, wenn wir vor allem daran interessiert sind, den Abfall- und Stoffwirtschaftsfluss in der Steiermark zu senken.

Auch werden wir anhand dieser Grafiken, die wunderbar im Umweltschutzbericht nachzulesen sind, die Prognosen, die wir uns eigentlich selbst gesetzt haben, nicht erreichen.

Wenn man sich somit die Entwicklung der kommunalen Gesamtabfallmenge anschaut im Zeitraum von 1989 bis 2000, so haben wir uns eine Prognose gesetzt für das Jahr 2003 von 322 Kilogramm pro Einwohner. Wir sind aber im Jahr 2000 bereits auf eine Kilozahl pro Einwohner von 410 gekommen. Das heißt, es wird unwahrscheinlich sein, bis zum nächsten Jahr eine Senkung dieser Zahl zu erreichen.

Genauso ist im Umweltschutzbericht im Kapitel Abfall- und Stoffflusswirtschaft die Problematik des Restmülls festgehalten. Hierbei darf ich zitieren: „Das im Steiermärkischen Abfallwirtschaftskonzept 1995 prognostizierte Pro-Kopf-Aufkommen von rund 93 Kilogramm im Jahr 2003 konnte und wird augenscheinlich auch nicht erreicht werden.“ Ich denke mir, hier wird es sicherlich notwendig sein, noch verstärkt Aufklärungskampagnen, aber auch Veranstaltungen zu diesem Thema zu betreiben und die Bevölkerung aufzuklären, wie wichtig eigentlich Mülltrennung im gesamten Ausmaß für unsere Umwelt ist.

Ein zweites Kapitel, auf das ich kurz eingehen möchte, ist der Lärmschutz.

Der Umweltschutzbericht hält hier ganz klar und deutlich fest, dass die Lärmstörungen in den Wohnungen um die Hälfte gesunken ist, allerdings Verkehrslärm überwiegt. Jetzt haben wir in den letzten Jahren durchwegs versucht, mit Lärmschutzmaßnahmen, die vor allem den Straßenverkehr und in geringen Anteilen auch den Schienenverkehr beziehungsweise auch den betriebswirtschaftlichen Lärm betreffen, entgegenzusetzen. Paradebeispiel für alle hier in diesem Raum – es ist jeder sicherlich schon in Richtung Wien gefahren – ist die multifunktionelle Lärmschutzanlage bei Gleisdorf. Es ist ein Paradeprojekt, von dem wir natürlich noch mehrere in der Steiermark brauchen werden, aber zusätzlich werden wir uns gerade im Bereich des Lärmschutzes auch noch verstärkt für den Aufbau von Lärmschutzwänden einsetzen müssen, denn eines wird uns allen hier sicherlich ganz klar sein: Lärm ist Stress und Stress ist einfach eine Gesundheitsbelastung, die alle in diesem Bundesland betrifft.

Ein Thema, über das ich sehr positiv erfreut bin im Kapitel Lärm ist die Windenergie. Ich danke den Verfassern dieses Umweltschutzberichtes, dass sie dieses neue Thema aufgenommen haben und erstmals eine umfangreiche Information darüber geben. Windenergie – unsere Energie für die Zukunft ist die Überzeile, mit denen die Verfasser versuchen, uns dieses Thema näher zu bringen. Sie haben uns ganz klar und deutlich gezeigt im Umweltschutzbericht, wie wichtig und sinnvoll Windenergie ist. Windenergie ist unerschöpflich, Windenergie ist saubere Energie, Windenergie reduziert die CO₂-Emissionen, Windenergie ist kostengünstig, die Bevölkerung steht positiv zur Windenergie, Windenergie schafft Arbeitsplätze, Windenergie stärkt die Regionalwirtschaft im ländlichen Raum und Windenergie verursacht keine Folgekosten. Ich denke mir, diese Aufzählung, die unsere Experten und Expertinnen in diesem Lande, die diesen Umweltschutzbericht verfasst haben, sollten wir uns sehr klar und deutlich zu Herzen nehmen und uns vermehrt im nächsten Jahr mit der Windenergie auseinander setzen, um auch von Seiten der Politik einen positiven Beitrag zu diesem Thema zu leisten. Denn wenn ich mir die Entwicklung der Windenergie in Österreich anschau, die anhand einer wunderbaren Tabelle angeführt wird, muss man doch ganz klar und deutlich sagen, der jährliche Zubau ist eigentlich um die Hälfte gesunken.

Ein Thema, auf das ich nun zu sprechen komme, das in unserem Umweltschutzbericht sehr gut festgehalten ist, ist der Klimaschutz. Wir hatten schon unzählige Debatten zum Klimaschutz und den Kyoto-Verträgen in diesem Landtag geführt und eigentlich ist immer wieder von Seiten der ÖVP die Versicherung gekommen, dass wir eigentlich so viel zum Thema Klimaschutz machen. Ich darf dich, lieber Ernst Gödl, zitieren vom 22. Jänner 2002, aus dem Stenographischen Protokoll: „Seit dem Zusammentritt dieser Bundesregierung wurde wieder ein neuer Anlauf unternommen, um eine österreichweite Strategie zur Erreichung des Kyoto-Zieles auszuarbeiten.“ (Abg. Gödl: „Ist gemacht!“) Ich denke mir, Papier ist sehr geduldig. (Abg. Gödl: „Ist gemacht worden!“) Diese Regierung ist sicherlich nicht nur am Klimaschutz zugrunde gegangen und wenn ich mir den Umweltschutzbericht dazu anschau, dann sehe ich nicht viel davon, was im Bereich des Klimaschutzes passiert ist. So werden wir heute erneut über das Thema Klimaschutz sprechen und vor allem über Klimaerwärmung, Wetterkapriolen, Treibhausgase. Denn eines ist und bleibt eine Tatsache, Österreichs Beitrag zur Reduktion des Schadstoffausstoßes ist schlichtweg nicht vorhanden. Im Rahmen der Weltklimakonferenz im japanischen Kyoto hat sich Österreich 1997 dazu verpflichtet, die Treibhausgasemissionen bis 2012 um 13 Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken. Anstatt weniger wird in Österreich aber immer mehr an Kohlendioxid, Methan, Lachgas, Kohlenwasserstoffen und Schwefelhexafluorid in die Luft geblasen. Von 1990 bis 2000 hat in Österreich die Treibhausgasemission um 3 Prozent zugenommen, während der Schadstoffaustausch im gesamten EU-Raum um 3,5 Prozent gesenkt werden konnte. Deutschland und Großbritannien haben ihre Reduktionsziele bereits nahezu erreicht. Österreich und auch die Steiermark haben sich hingegen entfernt von diesen Zielen. Das ist nicht nur klar und deutlich aus einer Studie der Kepler-Universität Linz hervorgegangen, die davor warnt, dass sich Österreich immer weiter von seinen Reduktionszielen entfernt, das geht auch ganz klar und deutlich aus dem Umweltschutzbericht hervor.

Ich darf kurz die Passage zitieren auf Seite 246, für alle zum Mitlesen: „Im Bezug auf den Klimaschutz sind bestehende Instrumente einfach zu wenig. Bund und Länder müssten besondere Anstrengung unternehmen, um wenigstens das Kyoto-Ziel zu erreichen. Gerade diese Voraussetzungen aber fehlen. Bund und Länder haben versucht, bestehende Instrumente, zum Beispiel die Förderungen, mehr im Sinne des Klimaschutzes einzusetzen. Maßnahmen, die ursprünglich anderen Zielen gedient hatten, für den Klimaschutz umzuinterpretieren und ganz allgemein möglichem Widerstand aus dem Weg zu gehen. Chancen, wie die im letzten Finanzausgleich vorgesehene Klimamilliarde, wurden dank unscharfer Formulierung nicht genutzt. Der große Erfolg musste demnach ausbleiben. Österreich und auch die Steiermark liegen deutlich hinter den Zielvorgaben zurück. Nach den Daten des Bundesumweltamtes wurden 1997 80,8 Millionen CO₂ freigesetzt, 1998 und 1999 jeweils 79,2 Millionen Tonnen CO₂, womit das Toronto-Ziel, die Reduktion bis 2005 auf 45,62 Millionen Tonnen und das Kyoto-Ziel in weite Ferne gerückt sind.“ Ich denke mir, diese Zeilen sprechen für sich und es wird sicherlich nicht die letzte Klimaschutzdebatte sein, die wir in diesem Haus führen werden. Meine Zeit ist leider schon um. Ich hoffe diesmal auf eine realistischere und objektivere Einschätzung manch anderer Kolleginnen und Kollegen hier in diesem Haus, damit wir dieses Thema ernsthaft bestreiten können und im nächsten Klimaschutz- oder Umweltschutzbericht ein positiveres Zeichen bekommen. (Beifall bei der SPÖ. – 19.20 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gödl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gödl (19.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, meine verehrten Damen und Herren!

Der Umweltschutzbericht 2001 wurde ja schon von meinen Vorrednern etwas erörtert und auch durchaus gelobt. Das 423 Seiten dicke Buch ist naturgemäß eine Beschreibung des Ist-Zustandes, eine Beschreibung, ein Nachweis für doch einige Erfolge in der Umweltpolitik, aber natürlich auch eine Darstellung der Zielsetzungen, die wir noch nicht erreicht haben. Jedenfalls ist es eine tolle Informationsquelle, mit einer Auflage von 3000 Stück erreichen wir auch alle steirischen Schulen, 850 Schulen in der Steiermark, ist somit auch ein wertvoller Beitrag zur Bildungsarbeit. Ich denke, dass gerade in dieser Woche ein Meilenstein in der Umwelt- und Naturschutzpolitik unseres Landes erreicht wird, wenn am Samstag unser Herr Landesrat im Gesäuse die 15 a-Vereinbarung unterschreiben wird und wir als Steirer einen Nationalpark unser Eigen nennen können.

Schon beim Gipfel in Rio und auch in Johannesburg wurde das Wort Nachhaltigkeit sehr stark strapaziert. Nachhaltigkeit ist, denke ich, in unserer Umweltschutzpolitik in der Steiermark ein Querschnittsanliegen, es zieht sich durch alle Politikfelder und das Landesumweltprogramm der Steiermark aus dem Jahre 2000 hat auch diese Nachhaltigkeit quasi als Über-Überschrift, als Leitthema gesetzt. Und wenn du mich, liebe Mischa, zitierst aus einem Jännerprotokoll, dann kann ich durchaus dankenswerterweise auf die Erfolge der Bundesregierung hinweisen, die mittlerweile eine Klimaschutzstrategie ausgearbeitet hat, die auch den Ministerrat passiert hat. Übrigens hat inzwischen auch der Nationalrat das Kyoto-Protokoll ratifiziert, auch das ist ein wertvoller Fortschritt in all unseren Bemühungen, wobei ich natürlich zugeben muss, dass wir von unserem selbst gesteckten Ziel beträchtlich weit weg sind.

Aber naturgemäß ist es schon meine Aufgabe auf die Erfolge hinzuweisen und ich denke, eine der großen Auszeichnungen, die unser Land Österreich von einem internationalen Forum erhalten hat, ist Folgende: 142 Länder haben sich einer Bewertung gestellt, dem so genannten Nachhaltigkeitsindex und Österreich ist an sehr, sehr gute siebente Stelle gereiht worden, also durchaus ein Land mit einer guten Qualität in der Umweltpolitik. Natürlich muss das Ziel sein, besser zu werden, natürlich muss es Ziel sein, Erster zu werden. Auf diesem Weg dorthin wurden gerade in der Steiermark ganz tolle Aktionen gestartet. Ich denke, gerade ausgehend von der Agenda 21 von Rio, bei dieser Umsetzung der lokalen Agenda in den Gemeinden – meine Gemeinde Zwaring-Pöls ist selbst Mitglied dieses Prozesses – werden mit ganz vielen kleinen Projekten ganz wertvolle kleine Schritte erzielt. Ein ganz wichtiger Beitrag zu einer Bewusstseinsbildung, die damit geschieht.

Es ist dies unserem Landesrat Erich Pötl zu verdanken, dass er diese Initiative ins Leben gerufen hat, auch mit dem Verein ökologische Landentwicklung.

Viele Erfolge der Umweltpolitik – auch das geht aus diesem Bericht hervor – haben natürlich ihre Wurzeln in einer längeren Vergangenheit. Gerade als Bürgermeister einer Gemeinde im Grazer Feld mit Verbindung zum Leibnitzer Feld haben wir im letzten Jahr und auch in diesem Jahr auf eine sehr gute Wasserversorgung zurückgreifen können, trotz der Trockenheit. Warum ich das sage? Gerade die Sanierung der Grundwässer, wie sie auch im Umweltschutzbericht beschrieben wird, war ein Prozess über Jahre, über Jahrzehnte. Aber es ist ein erfolgreicher Prozess. Es gibt kaum mehr Überschreitungen der Nitratgrenzen.

Gleichzeitig mit den gezielten Programmen einer umweltgerechten Landwirtschaft mit ÖPUL, denke ich, haben wir ja insgesamt – und im internationalen Vergleich schlagen wir ja die meisten mit Längen, das muss man auch einmal im Haus festhalten – tolle Erfahrungen und gute Erfolge erzielen können. (Abg. Mag. Erlitz: „Niemand hört zu was du zu sagen hast!“) Macht nichts, Hauptsache du hörst mir zu.

Ein paar Worte zum Abwasser: 87 Prozent unserer Bevölkerung können auf eine geregelte Abwasserentsorgung zurückgreifen. 456 Anlagen in der Steiermark tragen dazu bei. Wir haben diesen dualen Weg eingeschlagen, den wir sicherlich nicht verlassen werden, der heißt, so zentral wie nötig, so dezentral wie möglich. Auch ein Verdienst unseres Landesrates in den letzten Jahren und Jahrzehnten, diese umweltgerechte Entsorgung der Abwässer gewährleisten zu können.

Insgesamt sind die Bemühungen zu mehr Kreislaufdenken auch eines der Markenzeichen unserer Umweltpolitik.

Ich denke da gerade an das letzte Wochenende, wo unser Herr Landesrat in Sankt Oswald bei Plankenwarth im Bezirk Graz-Umgebung wieder ein Shop in Shop, ein kleines Geschäft in einem größeren Geschäft, eröffnet hat, wo sich also Direktvermarkter mit einem örtlichen Lebensmittelkleinhandel zusammenschließen und gemeinsam die Stärken noch stärken. Der Lebensmittelhandel hat damit Zukunft und der Direktvermarkter nutzt die Infrastruktur eines bestehenden kleinen Geschäftes im Ort, um als Nahversorger in einer Gemeinde auch tätig sein zu können. Auch das sind ganz wichtige Beiträge zu einer erfolgreichen Umweltpolitik, die Kreisläufe im kleinen Bereich wieder neu zu beleben.

Abfall- und Stoffflusswirtschaft, liebe Mischa Halper, ich hätte mir schon gewünscht, dass du auch auf die vielen positiven Seiten in diesem Bericht hingewiesen hättest, wenn der Herr Hofrat Himmel im Auditorium sitzt, das hat er sich verdient.

Ich kann von einigen besonders kreativen Ansätzen berichten. Ich denke an die Aktion „Gscheit feiern“, wo einfach mit einer neuen Festkultur in den Gemeinden versucht wird Müll zu reduzieren, mehr Bewusstsein zu schaffen. Oder ich denke an das wirklich köstliche Reparaturhandbuch, wo viele kleine Anleitungen sind, um den Produktnutzen zu verlängern.

Ich denke, das soll hier erwähnt werden, und nicht nur die stagnierenden Zahlen des Restmüllaufkommens. Das kann man auch so sehen, ist das Glas halb leer oder halb voll. Ich würde sagen, es ist halb voll. Man ist von einem hohen Gewicht ausgegangen. Es waren um die 183 Kilo Restmüll pro Einwohner. Und wir stagnieren seit Jahren auf 110 Kilo pro Einwohner und Jahr. Ich denke, wir sollten die erfolgreiche Entwicklung zuvorderst sehen, und nicht nur negativ von hier aus sprechen.

Klimaschutz bleibt die große Herausforderung, keine Frage. Ich darf nur auch darauf hinweisen, weil du so tust, als ob wir nichts dazu täten, ich denke, wir haben auch das letzte Mal das hier erörtert, die Frage der Wohnbauförderung. Und ich würde in deinen Reihen nachfragen, liebe Mischa Halper, es war ein Abgeordneter von euch, der diese Umstellung der Wohnbauförderung auf Klimaschutzmaßnahmen, nämlich auf erneuerbare Energie, durchaus massiv bekämpft hat und mit einigen Leuten der Öllobby bei unserem Landesrat vorstellig geworden ist. Bitte rede das in deinem Klub aus und stimme das ab. Wir versuchen neue Schritte.

Zur Staubbelastung ein paar Worte, weil der Antrag der Grünen eingebracht wurde. Wir stimmen dem Antrag insofern zu, als dass der Antrag selbst durchaus in Ordnung ist, es müssen Maßnahmen getroffen werden. Nicht überein stimmen wir mit der Begründung des Antrages, nämlich dass die Landesregierung oder unser Landesrat in dieser Sache säumig wäre. Das ist einfach nicht wahr, denn du weißt sehr genau, liebe Edith Zitz, dass es ein Bundesgesetz gibt, wo die Schritte genau vorgezeichnet sind, in Gesetzesform, in Paragraphen vorgezeichnet. Und darin heißt es, in diesem Gesetz, das 2001 in Kraft getreten ist, dass ein Jahr ein Beobachtungszeitraum ist. Und wenn dann eine gewisse Anzahl an Überschreitungen der Staubbelastung vorkommt, dann müssen Stuserhebungen durchgeführt werden. Und in diesem Stadium befinden wir uns jetzt und erst dann kann ein Maßnahmenkatalog in Form einer Verordnung über den Landesrat erlassen werden. Deswegen ist es nicht fair zu sagen, wir oder unser Herr Landesrat wären säumig. Das stimmt einfach nicht. Wir sind auf dem richtigen Weg, der gesetzlich vorgegeben ist. Ich bitte, auch das anzuerkennen.

Obwohl meine Redezeit bald zu Ende geht, auch ein paar Worte zu den Handymasten, weil ein Antrag auch die Handymasten betrifft. Wir haben die Grenzwertverordnung gefordert. Eine völlig richtige Forderung, sie wurde noch nicht erfüllt.

Wenn man den Umweltschutzbericht liest, dann kann man die Vergleichszahlen anderer Länder sehen, und da ist es natürlich für mich jetzt ein Leichtes zu argumentieren, denn gerade die rot-grüne Regierung in Deutschland hat es nicht verabsäumt, eine Verordnung zu erlassen. Es gibt die Bundesemissionsverordnung in Deutschland. Aber was hat sie gemacht? Sie hat die Grenzwerte, die von der Kommission vorgegeben werden, sogar noch erhöht. Das bitte ich auch bei euren Überlegungen zu bedenken.

Nebenbei sei erwähnt, dass alle 101 Messungen im vergangenen Jahr diesen Salzburger Vorsorgewert von einem Milliwatt sogar unterschritten haben.

So bleibt es mir am Schluss, allen Dank zu sagen für den Bericht – es ist ein Teamwork im Amt der Steiermärkischen Landesregierung, an der Spitze Herrn Hofrat Dr. Rupprecht. Dank an alle Fraktionen im Hause, die Umweltpolitik ernst nehmen. Der größte Dank gebührt unserem Herrn Landesrat Erich Pörtl. Er ist ein unermüdlicher Kämpfer, ein Fels in der Brandung, der sich auch in schwierigen Zeiten vom richtigen Weg nicht abbringen lässt.

Und so wünsche ich heute – ein paar Tage vor der Eröffnung des Nationalparks – ein weiß-grünes Glückauf und wünsche dem Kollegen Odo, der jahrelang in seiner Region für den Nationalpark gekämpft hat, ein gutes Gelingen, ein weiß-grünes Glückauf und dass der Feiertag, am 26. Oktober, wirklich ein Feiertag für die Steiermark wird. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 19.32 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (19.32 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube, meine Vorredner haben schon sehr viel zu diesem Themenbereich gesagt. Ich möchte nur auf zwei Punkte eingehen.

Erstens einmal die Feinstaubemissionen. Ich glaube, da müssten wir auch die Ursache hinterfragen und so viel mir Experten gesagt haben, sind das meistens Rußteilchen von der Dieselerbrennung. Das ist etwas, was wir wahrscheinlich steiermarkweit nicht regeln werden können, sondern da wird es bundesweiter, österreichweiter oder sogar EU-weiter Maßnahmen bedürfen, um in diesem Bereich etwas weiterzubringen.

Es gibt aber ein anderes Thema, das mir persönlich ein großes Anliegen ist, das Thema der Gentechnik. Wir im Landtag haben uns ja schon mehrmals gegen das Aussetzen von gentechnisch veränderten Organismen ausgesprochen. Ich möchte diesbezüglich einen Beschlussantrag einbringen.

Antrag der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Erlassung eines Steiermärkischen Gentechnik-Verbotsgesetzes.

In Oberösterreich wird gerade ein solches Gesetz beraten, wo genau die Kompetenzzuteilung erfolgt, wo allfällige Entschädigungen geregelt werden, Überwachung und vieles andere mehr.

Wir stellen daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag eine Regierungsvorlage zu einem steirischen Gentechnik-Verbotsgesetz nach oberösterreichischem Vorbild zuzuleiten. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 19.33 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wöhry. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (19.34 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist schon angesprochen worden, dass wir am 26. Oktober, also noch diese Woche, den Nationalpark Gesäuse eröffnen werden. Es wird am 26. Oktober der Paragraf-15 a-Vertrag zwischen der Republik Österreich und dem Land Steiermark unterzeichnet, namentlich von Bundesminister Molterer und Landeshauptmann Klasnic und somit steht der Umsetzung des Nationalparkes nichts mehr im Wege. Formal ist es natürlich so, dass einige Beschlüsse noch nachzuholen sind. Ich glaube aber auf Grund der Drei-Parteien-Einigung in Land und Bund wird es durchaus möglich sein, diese Beschlüsse in relativ kurzer Zeit herbeizuführen.

Ich möchte mich in dieser Wortmeldung insbesondere auf den Entschließungsantrag der Grünen hinsichtlich des Gipsabbaues am Dörfelstein beziehen, weil es meiner Meinung nach auch in Wahlkampfzeiten nicht besonders seriös ist, den Naturschutz gegen Regionalentwicklung auszuspielen. Es ist für mich das alte Strickmuster der Grünbewegung insbesondere in unserem Bezirk, dass man ständig versucht, wichtige regionalpolitische Projekte, Projekte, die die Wirtschaft dringend braucht, die wir im Wirtschaftsstandort dringend brauchen, durch das Vorschieben des Naturschutzes zu verhindern. Ich glaube, das ist ein Stil und eine Art, die unserer Region in der Vergangenheit schon sehr geschadet hat und auch in der Zukunft entsprechenden Schaden zufügen wird. Sie dürfen nicht ständig damit spielen, dass Sie unseren Wirtschaftsstandort dadurch gefährden, dass Sie versuchen, Naturschutzprojekte aus dem Hut zu zaubern, die an bestimmten Plätzen nichts verloren haben. Ich denke nur, beim Gipsabbau am Dörfelstein da zieht sich der rote Faden der grünen Verhinderungspolitik wirklich vom Anfang bis zum Ende durch. Sie waren eigentlich in letzter Konsequenz die, die über Entschließungsanträge und Abänderungsanträge das Projekt Nationalpark noch zu einem Zeitpunkt gefährdet haben, als wir uns im Landtag schon einig waren, dass dieses Projekt umzusetzen ist. Das Nationalparkgebiet – und das ist hinlänglich bekannt – befindet sich in etwa acht Kilometer Entfernung zum geplanten Gipsabbau am Dörfelstein und so ist aus Sicht aller, die halbwegs praxisbezogen denken und arbeiten, eine Beeinträchtigung des Nationalparkes durch den Gipsabbau absolut nicht gegeben. Sie wissen auch, dass das abbauwürdige Vorkommen am Dörfelstein, wo in der Gemeinde Hall eine Volksbefragung durchgeführt worden ist, die Gemeinde Hall am wenigsten betrifft, sondern vorwiegend die Gemeinde Weng. Was mich aber besonders gestört hat, Sie wissen, der Nationalpark Gesäuse strebt die Kategorisierung nach IUCN II an, dass Ihr regionaler Grün-Vertreter bei einer öffentlichen Anhörung den beiden Sachverständigen, namentlich Herrn Dr. Knapp und Frau Dr. Marija Zupancic mehrere Gründe genannt hat, warum aus seiner Sicht der Nationalpark nicht umgesetzt werden kann, weil er gefährdet ist durch Raumplanung, durch Gipsabbau, durch Verkehr. Bitte, wo gibt es verantwortungsbewusste Politiker in unserem Land, die ein derartig wichtiges Projekt für den Tourismus und für den Naturschutz in unserem Land mit derartigen – sagen wir es höflich – unsachlichen Argumenten zu verhindern versuchen? Mich wundert es, weil die grüne Partei eigentlich von Anfang an gesagt hat, sie ist für den Nationalpark, aber in Wahrheit hat man den Eindruck, dass ihr den Nationalpark überhaupt nur dazu braucht, um andere Projekte, die wir eben wollen, zu verhindern. In unserer Diktion kann es nicht heißen, dass es entweder den Nationalpark gibt oder den Gipsabbau, sondern es muss die Möglichkeit geben, dass wir sowohl den Nationalpark Gesäuse umsetzen, als auch den Gipsabbau am Dörfelstein zulassen. Was mich in dem Antrag besonders stört, ist, dass die Landesregierung aufgefordert wird, den Gipsabbau zu stoppen. Wir befinden uns in einem Rechtsstaat und da sind derartige Verfahren nach den geltenden Gesetzen abzuhandeln. Wir haben hohe Umweltstandards, hohe Naturschutzstandards und wir haben gesetzliche Bestimmungen, die Anrainerschutz wie Naturschutz in jedem Fall gewährleisten und sehr dafür Sorge tragen, dass mit unserer Umwelt und Natur sehr sorgsam umgegangen wird. Was würden sich Investoren denken, wenn sie in einem Land investieren müssten, in dem politische Will-

kür entscheidet, ob ein Projekt stattfinden darf und wo nicht die gesetzlichen Grundlagen dafür herangezogen werden, ob man einen Gipsabbau machen darf, ob man einen Nationalpark eröffnen darf. Das bitte kann es ja wirklich nicht sein, dass wir von politischer Seite uns über die Gesetze hinwegsetzen und in letzter Konsequenz politisch alles zu verhindern versuchen, was der Region und unserem Land gut tut.

In diesem Sinne hoffe ich, dass Sie noch zur Besinnung kommen, was den Gipsabbau und den Nationalpark Gesäuse betrifft. Und weil Sie die Kategorisierung angesprochen haben nach IUCN II und Sie einen Brief in Händen haben, wo drinnen steht, dass, wenn ein Gipsabbau in der Nähe des Nationalparkes stattfinden wird oder soll, dass dann eine neue Kategorisierung stattfinden wird. Es ist bei allen Nationalparks üblich, dass Evaluierungen nach bestimmten Zeiten und Zeiträumen stattfinden. Das ist üblich, das ist absolut nichts Neues. Es hat eine öffentliche Anhörung gegeben, anlässlich der die beiden Gutachter der IUCN klar gefragt worden sind, ob der Gipsabbau in Hall vereinbar ist mit dem Nationalpark Gesäuse. Herr Dr. Knapp hat, so wie sein Name auch lautet, sehr knapp geantwortet: „Er hat alles zu beurteilen, was innerhalb der Nationalparkgrenzen ist, und sonst überhaupt nichts!“ Die Evaluierung ist keine Sensation, sondern das ist üblich bei einem Projekt, wo sehr viel Geld hinfließt.

In diesem Sinne hoffe ich, dass wir den Gipsabbau wie den Nationalpark in Zukunft aus den politischen Querelen heraushalten können und dass wir dafür sorgen, dass der Bezirk Liezen, der es bei Gott nicht einfach hat, was den Arbeitsmarkt, was Wirtschaft und andere Dinge betrifft, sich auch in diesem Bereich sehr positiv entwickeln kann. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 19.41 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier-Geltewa. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (19.41 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zum Thema Handysendemasten hatten wir schon im Vorjahr Unterausschussverhandlungen, die zu dem Ergebnis führten, dass wir nun im Baugesetz eine entsprechende Regelung haben, die das Aufstellen von Handysendemasten an gewisse Verfahrensschritte bindet. Das ist gut und richtig so. Wir haben weiters im Ausschuss einen Vier-Parteien-Antrag formuliert, und zwar betreffend Änderung von gesetzlichen Bestimmungen, die nicht im Land, sondern im Nationalrat beziehungsweise von der Bundesregierung zu beschließen sind. Es handelt sich hier einerseits um die Erlassung einer Grenzwerteverordnung – dies wurde vom Herrn Kollegen Gödl heute bereits angesprochen – und andererseits um eine Änderung des Telekommunikationsgesetzes. Nunmehr liegt die entsprechende Antwort der Bundesregierung vor, die für mich persönlich nicht befriedigend ist, weil sie die Entscheidungen teilweise von der EU abhängig macht und die Angelegenheit auf die lange Bank schiebt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich lege Wert auf die Feststellung, dass ich keine Handygegnerin bin. Ich halte das Handy für eine sehr gute Einrichtung, die sogar Leben retten kann. Man ist nicht nur im Notfall immer erreichbar, sondern hat durch dieses Gerät auch selbst einen gewissen Schutz. Ich bin aber nicht dafür, dass Handys exzessiv benützt werden und die Umgebung dadurch belästigt wird oder dass bereits in der Volksschule jedes Kind ein Handy besitzt, das möglicherweise auch im Unterricht läutet und wo die Eltern die teuren Gesprächskosten bezahlen müssen für zumeist sinnlose Telefonate. Das ist die andere Seite der Medaille. (Abg. Wiedner: „Aber geh!“)

Ich bin der Meinung, dass nicht jedes Volksschulkind unbedingt ein Handy besitzen muss. Und wenn es eines hat und dieses so verwendet, wie es notwendig ist, dann ist das auch in Ordnung. Nur, das findet meistens nicht statt, und die Eltern müssen dann die teuren Gesprächsgebühren bezahlen, ob sie wollen oder nicht.

Gut, das ist die eine Seite der Medaille. Tatsache ist, dass die Handys boomen, die Nachfrage wird immer größer. Wir haben bereits UMTS-Lizenzen vergeben, unter dem damaligen Infrastrukturminister Schmid leider viel zu billig, und wir können nun mit den neuen Typen auch bereits Fotos verschicken. Es gibt also auf diesem Gebiet fast nichts, das es nicht gibt.

Die Wirtschaft beziehungsweise die Unternehmen überschlagen sich förmlich mit Angeboten und lassen die Handysendemasten nur so aus dem Boden beziehungsweise aus den Häusern, den Dächern, ja sogar Kirchtürmen sprießen. Auch dagegen hätte ich prinzipiell nichts einzuwenden, wenn man einmal vom Ortsbild absieht. Aber ich war mit einer Bürgerinitiative in Kapfenberg konfrontiert, die größte Probleme mit der Errichtung einer Handysendemastenanlage auf dem Dach eines Hochhauses mitten in einem Wohngebiet hatte. Manche der Betroffenen wurden krank, bekamen Kopfschmerzen, Schlafstörungen, Konzentrationsstörungen. Ein Bewohner hatte einen Herzschrittmacher und bekam in der Folge größere Probleme mit dem Herzen. Und das ist der Punkt. Es ist wissenschaftlich nicht gesichert, dass die Abstrahlung von Handysendemasten nicht gesundheitsgefährdend ist. Umgekehrt ist es allerdings medizinisch auch nicht erwiesen, dass diese Abstrahlung die Gesundheit beeinträchtigt. Tatsache ist aber, dass sich sehr viele mit dieser Thematik auseinander gesetzt haben und Experten fundiert gesundheitliche Bedenken äußerten.

Auch die Beeinträchtigung des Hörvermögens und die mögliche Erwärmung des Gehirnes, was insbesondere bei Kindern schädlich ist, wurde medizinisch begründet. So wurde zum Beispiel festgestellt, dass auch die Mikrowelle sowie das Schnurlostelefon Wellen beziehungsweise Strahlen aussenden, die alles andere als gesundheitsfördernd sind.

Ich meine daher, dass wir Politiker uns um die Sorgen und Ängste der Betroffenen auch in diesen Belangen kümmern und diese nicht als lächerlich abtun sollten. Ich will daher sagen, dass mit etwas gutem Willen die Grenzwerteverordnung, die Höchstwerte für die Abstrahlung festlegen soll, längst beschlossen hätte werden können. Wir werden aber dennoch dieser Vorlage zustimmen, weil sie grundsätzlich eine Regelung nicht in Abrede stellt, sie schiebt sie nur leider auf.

Ich werde aber nicht müde werden, auf der Seite der Betroffenen zu stehen und werde weiterhin dafür eintreten, dass die Handyproduzentenlobby nicht machen kann was sie will – ohne Rücksicht auf die Menschen, die sich vielfach dadurch beeinträchtigt fühlen. (Abg. Wiedner: „Das werden Sie schaffen, ja?“)

Entschuldigung, Herr Kollege Wiedner, es ist doch legitim, sich für etwas einzusetzen, wo die Bürger Sorgen und Nöte haben? Soll man da einfach sagen, das ist egal, das können wir sowieso nicht ändern? (Abg. Gennaro: „Waltraud, dein Handy läutet!“) Meines ist sicher jetzt nicht eingeschaltet. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 19.48 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Abgeordneten Gennaro für diese Meldung.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Köberl. Ich erteile es ihm.

Abg. Köberl (19.48 Uhr): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Ein komplexer Block, wo es um die Themen Umweltschutz und Landwirtschaft geht.

Ich darf mich zu einem Punkt dabei noch einmal zu Wort melden und auch auf den Antrag kommen, der von der Frau Kollegin Zitz hinsichtlich des Gipsabbaues am Dörfelstein gestellt wurde.

Der Kollege Wöhry hat eines schon ausgeführt, dass es hier um ein Projekt geht, das außerhalb des Gebietes des Nationalparks ist, der am 26. Oktober, dem Nationalfeiertag und auch, glaube ich, einem Feiertag der Region eröffnet wird durch die Unterzeichnung der 15 a-Vereinbarung.

Wir haben vor wenigen Stunden eine lange und hitzige Diskussion zum Thema Arbeitsmarkt, Wirtschaftssituation und Ähnliches in unserem Land geführt, meine Damen und Herren. Wenn wir auf der einen Seite darüber diskutieren, wie wir etwas verbessern können und uns auf der anderen Seite gleichzeitig unterhalten, wie wir Leitbetrieben einer Region sprichwörtlich das Wasser oder den Gips abgraben können, dann verstehe ich die Diskussion nicht. Es heißt hier lapidar, es geht um einen Betrieb in Weißenbach bei Liezen, das ist die Firma Knauf für diejenigen Damen und Herren, die es nicht wissen sollten, einen Leitbetrieb im gesamten Ennstal und im Bezirk Liezen mit zirka 240 Beschäftigten und – das darf man nicht vergessen – zirka 1000 mittelbaren Arbeitsplätzen, die mit diesem Unternehmen in der Region in Verbindung stehen. Wir wissen auch, und das ist Tatsache, dass die Gips- oder die Rohproduktreserven am Pyhrnpass in zirka sechs bis acht Jahren zu Ende gehen werden. Es war also an der Zeit, sich darüber Gedanken zu machen, um dieses Unternehmen in der Region zu halten, was kann getan werden, damit der Standort in der Steiermark, im Bezirk Liezen gesichert wird. So einen Musterbetrieb bekommt man nicht alle Tage. Gegründet in den siebziger Jahren, war er ein Flaggschiff, das auch in der Zeit der Krise, nach dem Niedergang der Verstaatlichten, hier vielen Arbeitsplätze gegeben hat und vor allem auch viele Ausbildungsplätze bietet. Meine Damen und Herren, hier reden wir darüber, wie wir in einer schwierigen Situation, und glauben Sie mir, warum ich sage schwierige Situation, weil wir auch in Bad Aussee einen ähnlichen Betrieb haben, die Firma Rigips, die damit zu kämpfen hat, dass andere Standorte – im Osten Europas – natürlich auch dieses Rohprodukt haben, dass zudem dort auch noch die Arbeitsmarktsituation so ist, dass die Gesteungskosten zirka ein Drittel oder sogar ein Zehntel dessen sind, was sie hier in der Region erfordern.

Was diese Betriebe in unserer Region hält, ist das Know-how und die Kompetenz der Mitarbeiter. Es ist eine Gratwanderung in der Wirtschaft zwischen der Abwägung des Unternehmensstandortes auf der einen Seite, der Verfügbarkeit der natürlichen Ressourcen auf der anderen Seite und auch einer internationalen Konzernplanung. Hier daran zu rütteln, dass wir sagen, wir wollen diesen Gipsabbau nicht, die sollen sich, lapidar, etwas anderes suchen, es wird schon irgendetwas geben, hat zwangsläufig zur Folge, dass man sich auch um andere Standorte umschaute, um Standorte, die nicht in der Steiermark liegen.

Ich kenne Beispiele, wo Gipskartonwerke in Deutschland, die einst federführend waren, innerhalb von sechs Wochen geschlossen wurden, weil es zum Thema Betriebsstandort Probleme gegeben hat, Probleme, die mit der Raumordnung zusammenhängen, aber auch Probleme, die mit den Gipsreserven der Region zusammenhängen.

Eines, meine Damen und Herren, hat mich ein bisschen verwundert, das Tourismusargument auf der Naturschutzseite. Gerade in der Region Liezen, Ausseer Land kommt es immer wieder zur Konfrontation, dass Naturschutzargumente Tourismusprojekte behindern, erschweren oder gar verhindern. Aber eines – davor warne ich auch – sollten sich all jene ins Stammbuch schreiben, die jetzt zu den glühenden Befürwortern des Nationalparks zählen. Wer nicht, wenn etwas Tolles vorhanden ist, ist gerne bereit, auf den fahrenden Zug aufzuspringen, wengleich ich auch der Kollegin Zitz zugestehen muss, dass sie von Anfang an dabei war und sich dafür eingesetzt hat.

Eines, bitte, ist aber kontraproduktiv und das wissen Sie sehr genau. Es gibt noch immer Ängste und Befürchtungen in der Region. Was wird denn dieser Nationalpark für die Betroffenen bringen? Mit solchen Argumentationen, dass nichts mehr geht, leisten Sie genau jenen Vorschub, die zu den Kritikern dieses Nationalparks zählen. Dann stimmt dieses Argument, da kommt die Käseglocke mit dem Naturschutz von oben, wo in der Region nichts mehr geht.

Diese Region – Sie kennen sie, das weiß ich – hat es nicht leicht gehabt. Es ist ein Strukturwandel im Gange, ein Strukturwandel einer klassischen Industrie- und Landwirtschaftsregion hin zu einer Tourismusregion. Ich glaube, dass es hier vertretbare Standards des Miteinander geben wird. Ich weiß auch, dass am Grundlsee, im Ausseer Land, ein Gipsabbau in Tagbauweise vorhanden ist und das durchwegs eine renommierte Tourismusgemeinde auch sein kann.

Ich glaube, es geht da – und der Kollege Wöhry hat es angesprochen – um die Evaluierung und diese Einstufung. Hier wird es sehr daran gemessen werden, was im Nationalpark in den nächsten Jahren passieren wird. Da geht es nicht nur um die Einflüsse von außen, sondern hier geht es auch um die Entwicklung und die Umsetzung der gesteckten Ziele und Vorhaben. Ich glaube, hier sind wir alle gut beraten, wenn wir jenen eigentlich helfend unter die Arme greifen, die sich für die Umsetzung innerhalb des Gebietes bemühen.

Noch einmal: Wir leisten jenen Vorschub, die zu den Befürchtern und eigentlich zu den Gegnern zählen, weil sie sagen, es geht nichts mehr.

Und zum Dritten, und das ist wohl das Hauptargument, es geht hier um eine Existenzgrundlage für ein Paradeunternehmen der Region, das 240 Arbeitsplätze direkt und 1000 indirekt bietet.

Solche haben wir nicht sehr viele und mit solchen sollten wir auch möglichst kooperieren und versuchen auch ihre Bedürfnisse zu verstehen. Ich bitte deshalb sehr, dass man auch diese Grundlagen überdenkt und in der Argumentation auch diese Richtlinien gelten lässt. Dieses Miteinander, wie es Herr Landesrat Erich Pörtl auch bei der Entwicklung gefordert hat und sich dafür eingesetzt hat, soll etwas sein, wo man nicht jemandem, der noch nicht ins Fahren gekommen ist, weil er erst eröffnet, einen furchtbar schweren Waggon oder eine Bürde anhängt, damit er eine schlechte Startphase hat. Bitte bedenken Sie das bei Ihrer weiteren Vorgangsweise. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 19.55 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Nochmals zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zitz zu diesem Tagesordnungspunkt.

Abg. Mag. Zitz (19.55 Uhr): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte jetzt konkret den beiden Kollegen von der ÖVP einige Dinge in Erinnerung bringen. Der eine Punkt, der mich absolut erstaunt hat: Wir haben im Herbst einen Antrag gestellt, dass man ein Jahr, nachdem der Nationalpark eingeführt wurde, in der Region eine Befragung machen und einfach schauen soll, wie der Nationalpark angenommen wird. Was die Leute gut finden, was verbesserungswürdig ist, was die Leute schlecht finden. Für uns war das eine gute Möglichkeit konkret zu schauen, wie dieser Park, für den wir uns seit längerer Zeit einsetzen, von der Bevölkerung angenommen wird. Und das, was mich hoch erstaunt hat, war, dass die ÖVP gegen diese Evaluierung des Nationalparks Gesäuse gestimmt hat. Ich habe das überhaupt nicht verstanden und ich finde es einfach nicht in Ordnung, wenn Sie jetzt mich mit Ausdrücken wie „unsachlich“, „politische Willkür“ und so weiter „erfreuen“ beziehungsweise damit auch den Lambert Schönleitner in der Region meinen.

Zweiter Punkt, es ist klar, dass das ein Thema ist, für das sich die Bevölkerung sehr interessiert und auch mit Positionen zu Wort meldet, die ich als Grüne nicht teile. Die Leute haben aber sehr wohl ein Recht sich zu artikulieren. Es gibt da unterschiedliche Vereine, Aktivisten, Aktivistinnen. Wenn Herr Landesrat Flecker heute da gewesen wäre, befürchte ich, dass er den beiden ÖVP-Rednern begeistert applaudiert hätte, weil er nämlich lange Zeit in der Regierung und in der Region der war, der teilweise mit höchst fragwürdigen Allianzen konsequent gegen den Nationalpark vorgegangen ist. Ich möchte einfach in Erinnerung rufen, dass eine Zeit lang im Landtag von den anwesenden Fraktionen die ÖVP in der Regierungsverantwortung und dann aber unter Garantie die Grünen als Opposition die Fraktionen waren, die sich für die Umsetzung des Nationalparks Gesäuse eingesetzt haben. Ich hätte es einfach politisch in Ordnung gefunden, wenn das von Ihnen bei Ihrer Wortmeldung jetzt auch einmal angesprochen worden wäre. Zum Herrn Flecker, der Sie ganz anders drangsaliert hat – ich habe da einige Publikationen gesehen – und zu den seltsamen Allianzen, die er eingegangen ist, haben Sie nämlich kein Wort gesagt. Das finde ich nicht in Ordnung.

Dritter Punkt, was die Kategorisierung durch das IUCN betrifft, die besagt, dass ein Gipsabbau im Tagabbau in der Nähe von einem sehr wertvollen Nationalparkgebiet eine Beeinträchtigung ist. Aus meiner Sicht ist das natürlich so und aus meinem tourismuspolitischen Verständnis auch eine wirtschaftspolitische Beeinträchtigung. Ich halte es für absolut nicht in Ordnung, wenn man das eine gegen das andere auseinanderdividiert. Ich möchte Sie kurz an unseren Entschließungsantrag erinnern. Da haben wir nämlich hineingeschrieben, das Land soll den Betreiber des Gipsabbauprojektes unterstützen, einen annehmbaren und ökologisch vertretbaren Alternativstandort zu finden!

Ein letzter Punkt noch zum Nationalpark Gesäuse. Also wie gesagt, ich bin absolut erstaunt, wie gut bei Ihnen jetzt in dieser Debatte Landesrat Flecker weggekommen ist und dass Sie den Grünen da eine drübergeben, das finde ich nicht in Ordnung. Sie wissen sehr genau, dass das ein Projekt ist, das nur gut auf die Reihe kommt, wenn der Bund in der Startphase anständig mitzahlt. Der Bund hat die längste Zeit gesagt: „Freunde, in der Steiermark, wie schaut es bei euch aus mit der finanziellen Ausrüstung? Steht bei euch im Landeshaushalt 2001 etwas drinnen?“ Es war kein Schilling drinnen. 2002 war kein Schilling drinnen. Endlich 2003 ist etwas budgetiert worden und ich glaube, dass diese Finanzverhandlungen mit dem Minister Molterer als Landwirtschaftsminister wesentlich günstiger gewesen wären, als – (Abg. Gennaro: „Ihr habt schon Recht, dass im Jahre 2002 kein Schilling drinnen war, weil da haben wir den Euro gehabt!“) Das ist ein gutes Argument, das nehme ich sofort zur Kenntnis, Herr Kollege. Sie sehen, Herr Kollege Gennaro hat einfach auch Umweltkompetenz. Um

auf den Punkt zurückzukommen, es wäre wesentlich leichter gewesen, da Mittel aufzustellen, damit die Steiermark sagen hätte können, wir haben soundso viel bereits budgetiert. Und das wäre für die Artikel-15 a-Vereinbarung eine gute Verhandlungsposition gewesen, die die Steiermark leider Gottes nicht anbieten konnte.

Ganz zuletzt noch zum Luftgüteantrag. Wir haben vor einem Jahr bereits einen Antrag gestellt, bezogen auf Staubmessungen, nicht Feinstaub, sondern Staub, wo der Feinstaub aber dazu gehört. Ich habe sehr bewusst in meinen Antrag hineingeschrieben, Großraum Graz, weil in diesem Umweltschutzbericht 2000 Leoben und Graz angeführt worden sind mit katastrophalen Messwerten. Unser Begriff „unverzüglich“ als heftige Anforderung an die Landesregierung bezieht sich darauf, dass dieser Antrag, der jetzt ein Jahr alt ist, bis jetzt noch nicht umgesetzt ist. Danke! (20.01 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Pörtl. Ich erteile es ihm.

Landesrat Pörtl (20.01 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte zu einigen Diskussionsbeiträgen und Fragen ein paar Dinge dazulegen und ich möchte festhalten, dass der Umweltschutzbericht des Landes Steiermark österreichweit, im Grunde vor allem nicht nur die Qualität des Berichtes, sondern vor allem die ausgezeichnete, gute und mühsame Arbeit der Verantwortlichen des Landes, aber insbesondere der Gemeinden ebenfalls mit unterstreicht. Ich möchte mich, wie die Abgeordneten, vorweg sehr, sehr herzlich bei Hofrat Rupprecht, Hofrat Himmel – ist anwesend – und bei all meinen verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr, sehr herzlich bedanken. Denn wenn es still wird und die harte Arbeit beginnt, sind wir sehr, sehr oft sehr einsam. Da müssen wir uns sehr gut auf rechtliche Positionen beziehen, um gewisse Dinge gewissermaßen vor allem auch zu knacken. Ich denke da an einige Dinge, wo ich ganz ehrlich sagen muss, wenn wir nicht so toll kooperieren würden, auch menschlich – ich denke da nur an die thermische Abfallbehandlung oder an die Kooperationen mit Lafarge, den neuen Modellen der Reject-Verwertung, so ist das vor allem auch eine menschlich persönliche gewaltige Leistung der Unternehmungen, aber auch vor allem der Landesverwaltung, der Techniker und letzten Endes auch der Forschung. Wir haben daher auch – und ich komme da auf ein paar Dinge noch einmal zurück – was die Abfallvermeidung betrifft, ich möchte schon zuerst einmal ehrlich sagen, die Abfallvermeidung, die die Frau Kollegin Halper angesprochen hat, da haut es mich fast um. Das Hohelied auf die Handys auf der einen Seite. Jetzt werden schon Modehandys erzeugt, die Computer kommen kartonweise und waggonweise ins Land und dann soll es nicht mehr Sperrmüll geben. Das heißt, Arbeit, Wohlstand und Wirtschaftskraft leiten auch gewisse Stoffe ab, die wir aber versuchen, in der Abfallwirtschaft wieder in den Kreislauf einzubinden. Abfall ist nicht automatisch Abfall im negativen Sinn, der vergraben wird, sondern wir haben eine Veredelungsstrategie entwickelt in der Forschung und Wirtschaft, wo wir Grundlagen schaffen können, dass Abfall im Grunde auch neue Wertstoffe sind.

Zur Frage, was vor allem die Gentechnikfrage betrifft. Fest steht – und das ist nach wie vor rechtlich klar –, dass die Zuständigkeit derzeit nach wie vor beim Bund ist.

Wir haben selbstverständlich Interesse, in der Frage der vorbeugenden Maßnahmen behilflich zu sein. Wir haben ja das erlebt bei diesen Häckselmethoden, wo Mais, der gentechnisch verunreinigt war, die rechtliche Abwicklung abzuwarten. Ich habe bereits von Greenpeace eine Klage in Sicht gehabt. Das ist überhaupt die, möchte ich fast sagen, menschlichste Form der politischen Auseinandersetzung. Und ich habe gesagt, bitte kommt, da hat der Staatsanwalt sicher einmal eine Chance, dass er es weglagt. Es ist geklärt, dass gentechnische Fragen ganz klar beim Bund geregelt sind.

In weiterer Folge haben wir in unserem Entwurf, wie angesprochen, im Naturschutzgesetz einen Ansatz, wo wir versuchen wollen, vor Ort diese Chance der gentechnikfreien Produktion für unser Land als eine Position zu erlangen. Aber es ist die verfassungsrechtliche Frage nach wie vor – genauso in Oberösterreich – nicht geklärt. Es muss dieser Entwurf von der EU auch genehmigt werden, ob wir auf dieser Ebene Landesregelungen im Konkreten überhaupt durchführen können. Unsere Position ist damit klar.

Diese Frage der Feinstaubprobleme. Ich möchte da nur bitten, dieses Thema wird uns noch länger verfolgen. Es ist die irre Annahme gewesen, moderne Dieselmotoren seien umweltschonend. (Abg. Gennaro: „Bitte schön, hört jetzt einmal dem Herrn Landesrat zu. Herr Kasic, hört dem Landesrat zu, der bemüht sich so und ihr tratscht da!“) Kollege Gennaro, ich danke dir, als Ordner des Landtages einzuschreiten.

Fest steht, wenn wir jetzt sofort ohne diese Stuserhebungen Maßnahmen ergreifen, wissen Sie, was das für Maßnahmen dann sind? Das müssen Sie dann sagen. Straßensperren! Menschen vom Zugang nach Graz abzusperren.

Das ist die einzige Maßnahme, die derzeit Faktum ist. Daher wollen wir mit der Stadt Graz, mit den Verantwortlichen der Verkehrspolitik und vor allem mit klaren Positionen, was die Stuserhebungen ergeben, die Maßnahmen darauf abstimmen. Und ich bitte um Verständnis.

Wir haben diesen Arbeitskreis Österreich initiiert – wir waren die Ersten, Hofrat Rupprecht an erster Stelle –, wo wir in diesem Arbeitskreis, in dem wir momentan den Vorsitz haben, diese Vorgangsweise ganz klar nach diesem Bundesgesetz regeln werden.

Meine Damen und Herren, nach meiner Überzeugung – und ich bin da kein Allwissender – wird es auch eine technische Lösung bei Dieselmotoren geben müssen, ansonsten ist es nach derzeitigem Gefühl nicht regelbar. Das ist derzeit die Hauptursache.

Ich glaube vor allem, dass Städte wie Leoben, der Grazer Raum auf dem Gebiet ansonsten eine ganz gewaltige Problematik in vielen Bereichen – ich will da keine Details ansprechen – haben werden.

Ja, die Frage, was die Klimadiskussion betrifft, die möchte ich relativ kurz abwickeln, und zwar wie es einem geht, wenn man etwas macht.

Meine Damen und Herren, das hohe Lob auf die Windenergie, das ist da locker zu singen. Aber wenn Sie wo einen Masten anfahren, dann müssen Sie einmal den Vorlauf betrachten. So ähnlich wie oben in Niklasdorf bei der Müllverbrennungsanlage. Landtag einstimmig beschlossen, Regierung einstimmig beschlossen und vor Ort ist ein Schwächeanfall zu verzeichnen gewesen von meinen Regierungsmitgliedern da, jetzt sind wir schon ein wenig weiter herüber, habe ich mich auch rübergehaut. Da habe ich mir gedacht, abwarten, bis die Sache reif wird. Und jetzt bauen wir sie Gott sei Dank und werden für 2004 eine gewisse Komponente haben.

Und die zweite Schiene – ich will nicht noch einmal zurückgehen auf das Gleiche, aber ich habe schon gesagt, was uns beim Abfall blüht. In der Abfallwirtschaft haben wir eben dieses Problem, dass in Zukunft der Elektronikschrott massiv zunehmen wird. Aber in der Frage des Klimaschutzes, wir sind – alles gesagt – an siebenter Stelle. Nur, wenn der Kollege Schützenhöfer nachher eine Maßnahme ergreift und dann für den Wohnbau die Förderung festlegt, dass nur für nicht fossile Heizungen eine Wohnbauförderung kommt, kommt von den gleichen Abgeordneten – Frau Abgeordnete Halper, ich will Ihnen nicht nahetreten –, und ein ganzer Schock dazu, der Antrag, dass man so etwas gar nicht machen kann. Im Grunde ist in zwei bis drei Jahren nachweisbar berechenbar, mit Förderung und Zusätzen, dass das der richtige, klare und einzige Weg ist.

Ich bitte um Verständnis, gehen Sie mich und uns ja nicht an, wenn wir etwas tun, dass man dann nachher nicht wieder, wenn es warm wird – es tun ja viele sehr groß reden, Umweltpolitik muss weh tun, ich habe noch keinen gefunden, der dabei gelacht hat. Das heißt, da wird es relativ kitschig. Und daher möchte ich da um Verständnis bitten, ich glaube, wir haben ja auch – gleich wie bei den Handys – die psychischen und physischen Emissionen. Jeder hat sein Handy eingesteckt, alle fluchen, wie schlecht das ist.

Die Barbara, also nicht die Frau Abgeordnete, sondern meine Barbara, die jüngste Tochter, wenn ich das Handy da drinnen habe, pfaucht sie mich an wie eine Raubkatze und sagt: „Papa, das ist nicht gesund, es haut dir das Herz zusammen!“ Jetzt habe ich es da herübergehängt.

Ich glaube daher, dass wir bei solchen Dingen den klugen Kompromiss suchen müssen und nehmen wir da nicht jungfräuliche Positionen ein. Ich muss ganz ehrlich sagen, was wir da auf dem Gebiet der Klimaänderungen – wir haben 100 Gemeinden mit lokaler Agenda, wir haben dort eine menschliche aufbereitete Phase. Der Kollege Gödl als Bürgermeister kennt das. Wir haben gar nicht gedacht zuerst, dass die Nahversorgung ein ganz wesentlicher Schlüssel ist. Wir haben derzeit einen Schwung von 140 Projekten, wo wir versuchen, dass Menschen, die kein Fahrzeug haben, vor Ort einkaufen können. Das ist nur ein kleiner Splitter. Aber die anderen Bereiche, angesprochen „Gscheit feiern“, „Reparaturhandbuch“, sind alles Dinge, die in diesem Gesamtnetzwerk laufen.

Meine Damen und Herren, und jetzt ein paar Dinge zum Nationalpark. Ich möchte sehr klar und offen sagen, ich bin da, wissen Sie eh, ich kann austeilern und ich kann einstecken, das habe ich schon alles bewiesen, aber ich stelle nur fest, ich nehme trotzdem an, dass alle Parteien diesen Nationalpark wirklich wollen. Wir haben ihn eh beschränkt. Und ich bedanke mich da beim Landtag und bei der Landesregierung, dass wir nur auf Landesbesitz diesen Nationalpark machen. Wir haben uns ein gutes Zeugnis ausgestellt, das möchte ich ganz ehrlich sagen. Daher möchte ich da bitten, dass man das Frische, Gesunde, aber es ist noch ein Baby, nicht überbelastet. Und dort kommt ja genau der Kollege Wöhry zu diesem Ansatz, weil man vor Ort das miterlebt – Ihr grüner Kollege hat vor kurzem wieder sozusagen ein Schmuserl gehabt mit ihm bei einer Sitzung in diesem zukünftigen Nationalparkforum. Ja, ich muss ehrlich sagen, wir müssen einmal schauen, dass wir das Baby großziehen und dann erst die Kalkalpen.

Selbstverständlich werden wir mit den Kalkalpen kooperieren in diesem internationalen Konzert der Nationalparke. Aber wir sind momentan in keinster Weise in der Lage zusammenzuschließen. Damit haben wir diese Rohkraft, die wir jetzt sozusagen haben, wirklich verwirkt.

Bitte, wir haben die Berufsjäger, die Angestellten, die Landesforste, die Bürgermeister, über alle Parteien hinweg, eine tolle Gemeinschaft hat sich dort entwickelt. Wenn wir dort permanente Hinterfragungen machen, wären wir abgestürzt. Und wir haben fünf vor Zwölf mit dem Bund diese Vereinbarung fixiert und wir haben auch in unserem Budget die Finanzierung fixiert. Ich möchte das schon sagen. Natürlich wäre es besser gewesen, wenn wir mit den Tausendern hätten wacheln können, aber das war trotzdem das Maximum, das wir bei diesen Verhandlungen geschafft haben.

Ich möchte mich da abschließend sehr, sehr herzlich bedanken vor allem beim Kollegen Wöhry als Troubleshooter, insbesondere beim Hofrat Thum, Hofrat Kahls, der sich in den Endverhandlungen massiv und strategisch ausgezeichnet hat und vor allem bei den vor Ort Verantwortlichen.

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, ich glaube daher, dass eben diese nächste Frage Gipsabbau mit der gleichen Leidenschaft naturschutzrechtlich, selbstverständlich in Verfahren, in Bezug auf keine Schädigung des Naturraumes oder minimale oder erträgliche Schädigung des Naturraumes möglich ist.

Wer fürchtet sich vor dem Ausseer Land, dass es dort schiach zugeht? Ich habe noch keinen getroffen. Herr Androsch rennt mit der Lederhose herum und alle Künstler und die, die glauben, dass sie welche sind und auch andere Leute, die viel Geld haben, suchen dort sozusagen die ewige Heimat und das ewige Leben der Ursprünglichkeit. Ich bitte da um Verständnis, dass man uns gerade auf einem solchen Gebiet eine gewisse Zeit lässt.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für die Beiträge, vor allem auch für die Anregungen. Es ist nichts fertig, das muss man auch ganz ehrlich sagen. Unsere Umweltpolitik tut nicht irgend etwas verwischen, sondern wir blättern auf und setzen Ziele, die vor allem auch in gewissen Zeiträumen erreichbar sind. Wir wissen, dass die Klimafrage eine nationale und vor allem eine europäische, besser wäre es eine globale, Frage ist. Nur, wenn wir auf die Amerikaner warten, kommen wir nie zu Rande und daher gibt es genug Betroffene, die in dieser Klimafrage ursprünglich und unmittelbar betroffen sind. Denken wir nur an die letzten Ereignisse, die sich im letzten Jahr in unserem Land abgespielt haben. Wir haben – wenn ich das gleich so sagen darf und ich will da jetzt niemandem die Schuld geben, von der Agentur bis zum Management –, wir haben beim Ausschicken der Einladungen zur Eröffnung des Nationalparks Probleme gehabt. Ich habe die Einladung selbst erst heute bekommen. Ich bitte da um Vergebung. Sie beginnt um 14 Uhr in Gstatterboden, gute Schuhe anlegen, dann machen wir eine kleine Rallye und dann ist in weiterer Folge in der Bibliothek beziehungsweise im Festsaal in Admont der eigentliche Festakt. Ich darf Sie da sehr, sehr herzlich einladen. Ich glaube, dass wir uns bei diesem Jahrhundertereignis sicherlich wiedersehen. Ich bin mir sicher, dass wir da der Steiermark und eigentlich uns selbst eine gute und ausgezeichnete Visitenkarte ausgestellt haben. (Beifall bei der ÖVP. – 20.16 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zu den Tagesordnungspunkten 26 bis 29 liegt nicht vor. Ich komme daher zu den Abstimmungen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1002/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Erlassung eines Steiermärkischen Gentechnik-Verbotgesetzes, zum Tagesordnungspunkt 26 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Luftgüte in der Steiermark, zum Tagesordnungspunkt 26 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 716/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 713/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Gipsabbau am Dörfelstein, zum Tagesordnungspunkt 28 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 146/10 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

30. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Anträge, Einl.-Zahl 459/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend Tierhaltung in Zirkussen, und Einl.-Zahl 528/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend Tierschutz- und Tierhaltegesetz.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (20.19 Uhr): Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zu den Anträgen, Einl.-Zahl 459/1, der Abgeordneten Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Tierhaltung in Zirkussen, und Einl.-Zahl 528/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend Tierschutz- und Tierhaltegesetz, wird zur Kenntnis genommen.

Ich stelle den Antrag auf Annahme dieses Berichtes. (20.19 Uhr.)

Präsident Purr: Danke für die Berichterstattung. Zu Wort hat sich Herr Abgeordneter Böhmer gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Böhmer (20.20 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen des Landtages, werte Zuhörer!

Gestatten Sie mir noch zu 27 bis 29 zwei oder drei Bemerkungen. Ich finde den Umweltschutzbericht für äußerst gelungen und möchte sagen: Er ist für mich ein Lebenserhaltungsprogramm, welches ständig zu evaluieren ist und er gibt uns auch die Chance für viele neue Arbeitsplätze, vor allem im Bereich der Umwelttechnologie. Den Admontern beziehungsweise den Ennstalern und allen Politikerinnen und Politikern, die zum Gelingen des Gesäusenationalparks geholfen haben, danke ich und wünsche alles Gute. Als ehemaliger Ennstaler darf ich das sagen. Ich gratuliere euch!

Ich komme nun, Frau Kollegin Graf, zum Tierhaltethema in Zirkussen, denke dabei aber nicht an den Landtag. In der Natur – wenn ich heute an den Tagesordnungspunkt 12 denke – gibt es keinen Lehrplatz und keine Lehrlinge, sondern in der Natur gibt es Meisterstücke. Auf diese Art und Weise sollten wir auch mit den Mitgeschöpfen Tieren umgehen. Ich möchte nur ganz kurz den Ist-Zustand des Gesetzes in Österreich darlegen. Tierschutz ist bei uns in Österreich mit neun Bundesländern Landessache, das sagt die Bundesverfassung. Ich halte das für eine – gestatten Sie mir – unüberlegte und auch schon etwas obsolekte Tatsache, wenn ich an die Entwicklungen in Österreich und EU-weit denke. Wie viel Leid, wie viel Unannehmlichkeiten und wie viel Missbrauch an Tieren – und ich halte mich nur an die Tierhaltung in Zirkussen – oder in Volieren oder in diversen Zoos könnten wir uns ersparen. Ist das Tier, das Zirkustier, nicht auch oft letztendlich ein Mittel zur Geldbeschaffung oder ein Mittel zur Stillung unserer Sensationsgier, ein Mittel für besondere Events? Zehn verschiedene Tierschutzgesetze bei neun Bundesländern. Warum zehn? Das Land Salzburg hat eines für Nutztiere und eines für alle anderen Tiere. Nur, die Salzburger sind uns ein Stück voraus. In Salzburg wurde im März in der Landesverfassung verankert, dass Tiere als Mitgeschöpfe des Menschen, und nicht mehr als Ware zu bezeichnen sind. Ich komme zu meiner vorigen Ausführung zurück. Ich sage, das Landesgesetz in Salzburg ist für mich eine Einzigartigkeit, eine löbliche Einzigartigkeit. Ein unverzichtbarer Passus für die Landes-, aber auch für jede Bundesverfassung Europas. Wie schaut es derzeit in Österreich aus? Ab 2004 gibt es keine Massentierhaltung in Käfigen in Kärnten, seit 2001 ist in Oberösterreich bereits die EU-Richtlinie, dass das Massentierhaltungsgesetz umgesetzt wird. Seit 1. Oktober 2002 sind in Oberösterreich größere Käfige und Voliere für Tierheime und Zoos vorgeschrieben. Bei uns in der Steiermark sind ab nächstem Jahr Legehennenbatterien untersagt, und erst ab 2012 – und hören Sie mir bitte wirklich zu – ab 2012 sind generelle Richtlinien, was den Tierschutz, was allen voran, was eine artgerechte Haltung von Tieren anlangt, vorgesehen. Die EU-Richtlinie freilich sagt jetzt schon, dass Tiere, auch Nutztiere artgerecht zu halten sind.

Ist es artgerecht, wenn sich Seehunde nach ihren vollbrachten Kunststücken selbst mit den Flossen applaudieren? Ist es artgerecht, frage ich Sie, wenn Tiger von einem Dompteur zu besonderen Stücken gezwungen werden, wenn man weiß, dass der Tiger ein Einzeltier ist und im Dschungel lebt? Ist es artgerecht, wenn vor hunderten Schulen in der Steiermark Tierherzeiger – ich möchte sie so nennen – in verschiedensten tierunwürdigen Behältern Reptilien zeigen? Vor allem sind es Schlangen, mit denen in kürzester Zeit Geld geschneffelt wird.

Ein Schreiben vom Direktor des Wiener Tiergartens Schönbrunn, aber auch Direktor Kaufmann vom Tierpark Herberstein sagt: „Artgerechte Haltung von Wildtieren ist in Zirkussen einfach nicht möglich und muss daher verboten werden!“

Diesem sind bereits die größeren Zirkusse, wie der Österreichische Nationalzirkus und der Zirkus Althoff Jacobi, nachgegangen, denn diese beiden Zirkusse verzichten vorbildlichst bereits auf Nummern mit Wildtieren. Einige kleine Zirkusse machen das nicht. Noch immer werden Affen, Lamas, Kamele, Kängurus zur Schau gestellt und zu diversen Kunststücken einfach gezwungen. Und ich sage, es ist ein Missgriff gegen die Natur, es ist ein Missgriff gegen das Wesen Tier. Ich halte es für eine besondere Barbarei, wenn man übertriebene Tierliebe betreibt oder sich an Kunststücken von Wildtieren ergötzt.

Es muss daher das oberste Ziel des Tierschutzes und Tierhaltegesetzes sein, nicht nur in der Steiermark, Herr Landesrat, sondern ich denke da an einen österreichweiten Konsens in allbaldigster Zeit, in Blickrichtung Massentierhaltung, auch in der Handhabung von Kampfhunden und in der Handhabung von Zirkustieren. Es muss einen österreichweiten Konvent geben, weil wir als Gesetzesbeschließer auch Moral und Ethik in die Parlamente bringen sollten. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 20.27 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor. Pardon, Entschuldigung, Herr Landesrat Pörtl, bitte.

Landesrat Pörtl (20.27 Uhr): Ich mache nur einen Zwischenruf, der Landtag hat beschlossen, der Pörtl Erich hat es umgesetzt für die Kampfhunde und der Verwaltungsgerichtshof hat es aufgehoben. Und dann bin ich fertiggefahren gewesen. Das möchte ich nur dem Hohen Landtag berichten, wie lustig das ist, bei solchen emotionalen Themen Flagge zu zeigen. Ich berichte nur.

Die Welt ist ein bisschen verdreht. Manchmal haben die Hundsviecher mehr Bedeutung als das normale Leben. Es ist nichts Gescheites, aber ich möchte es so sagen. (Beifall bei der ÖVP. – 20.27 Uhr.)

Präsident: Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zur Abstimmung.

Wenn Sie dem Antrag der Berichtstatterin zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

31. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1058/1, betreffend stichprobenweise Prüfung der Abwicklung von Förderungen „Wohnungserwerb im Rahmen der Hausstandsgründung von Jungfamilien und Errichtung von Eigenheimen, Erweiterung von Eigenheimen und Eigenheimen in Gruppen“.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Christopher Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (20.28 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 8. Oktober 2002 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nummer 55, betreffend stichprobenweise Prüfung der Abwicklung von Förderungen „Wohnungserwerb im Rahmen der Hausstandsgründung von Jungfamilien und Errichtung von Eigenheimen, Erweiterung von Eigenheimen und Eigenheimen in Gruppen“, Einl.-Zahl 1058/1, beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend stichprobenweise Prüfung der Abwicklung der oben angeführten Förderungen, wird zur Kenntnis genommen. (20.29 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Frau Abgeordnete Lackner, ist das richtig, haben Sie sich gemeldet? Wenn dem so ist, dann sind Sie bereits am Wort. Danke.

Abg. Mag. Lackner (20.29 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich melde mich zu Wort in einer tatsächlichen Berichterstattung zu einer Wortmeldung, die der Herr Kollege Majcen heute beim Tagesordnungspunkt 12, Stichwort Wohnbeihilfe, getätigt hat. Da hat er nämlich bedauert, dass ich mit falschen Zahlen operiere, was den Fall Christl Berger und die Wohnbeihilfe, die ihr gestrichen worden ist, betrifft. Ich weise das aufs Schärfste und Entschiedenste zurück diese Unterstellung, die hier in den Raum gestellt worden ist.

Frau Berger hat nämlich mittlerweile ein Fax geschickt – das ist auch an den ÖVP-Landtagsklub gegangen, das muss vor zirka eineinhalb Stunden gewesen sein. Ich bringe jetzt in ihrem und im Namen der SPÖ diese Berichtigung vor und ich bitte Sie dann, darüber weiter zu entscheiden.

„Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter!“ – der Herr Kollege Majcen ist genannt, der jetzt leider nicht da ist – „Wie mir heute bekannt wurde, haben Sie im Landtag über meine Person eine Unwahrheit verbreitet, was ich auf das Schärfste zurückweisen muss. Es wäre erfreulich,“ – sagt Frau Berger – „wenn ich das von Ihnen unsachgemäß behauptete Einkommen hätte. Zur Richtigstellung halte ich fest, im Schreiben an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic habe ich bereits mitgeteilt, dass ich, die ich für zwei Kinder zu sorgen habe, durch meine Scheidung auf das Existenzminimum exekutiert werde. Weiters sollte bekannt sein, dass dieser Umstand bei der Berechnung für die Wohnbeihilfe nicht berücksichtigt wird.“ Dann führt sie noch einige Beispiele an, wie das ist mit einem Lehrling im gemeinsamen Haushalt, der in Tirol seine Ausbildung macht, was mehr Geld kostet und der Tochter, die noch ins Gymnasium geht. Zum Schluss schreibt sie: „Ich hoffe nicht, dass Sie und Ihre Familie jemals mit solchen Sorgen und finanziellen Belastungen konfrontiert werden. Ich fordere Sie daher zu einer öffentlichen Richtigstellung der von Ihnen unsachgemäß geäußerten Behauptungen auf!“

Wenn Sie, Herr Majcen, und wenn Sie, ÖVP, so mit den Menschen umgehen, so die Daumenschraube anziehen, ist es nicht verwunderlich, dass sich niemand von denen, die jetzt durch die Streichung und Kürzung der Wohnbeihilfe betroffen sind, an die Öffentlichkeit traut. Die Frau Berger ist mutig, die traut sich das zu sagen. Und sie sagt auch selbst, sie hat nichts zu verlieren. Und sie weiß auch, dass es vielen noch viel schlechter geht.

Und wir wissen aus Untersuchungen, dass zirka 20.000 Steirerinnen und Steirer von dieser Kürzung der Wohnbeihilfe existenziell betroffen sein werden.

Die Frau Berger steht auch gerne für Auskünfte zur Verfügung. Sie ist mutig und sie will Mut machen, nämlich jenen Menschen Mut machen, die in der gleichen Situation oder in einer schlechteren Situation sind.

Wir von der SPÖ werden es uns nicht nehmen lassen, von Ihnen schon gar nicht, uns an die Seite jener zu stellen, denen so etwas Schlimmes widerfahren ist.

Herr Kollege Majcen, eine Richtigstellung liegt nun bei Ihnen. (Beifall bei der SPÖ. – 20.32 Uhr.)

Präsident Purr: Eine weitere Wortmeldung dazu liegt nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

32. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1013/1, betreffend den zweiten Vierteljahresbericht 2002 über den Stand der Europäischen Integration.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Ing. Josef Ober. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Ober (20.33 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, wertere Landesräte, wertere Mitglieder des Steiermärkischen Landtages!

Gemäß Paragraf 5 des Landesverfassungsgesetzes vom 23. Juni 1992 über den Ausschuss für Europäische Integration, LGBl. Nr. 48, hat die Landesregierung dem Steiermärkischen Landtag vierteljährlich einen Bericht über den Stand der Europäischen Integration zu erstatten.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 9. September 2002 den Antrag, der Steiermärkische Landtag wolle beschließen:

Der beigeschlossene Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über den Stand der Europäischen Integration für das zweite Vierteljahr 2002 wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Kenntnisnahme. (20.33 Uhr.)

Präsident: Es liegen mir hier zwei Wortmeldungen dazu vor.

Herr Abgeordneter Ober, Sie sind am Wort. Danach die Frau Abgeordnete Graf, bitte in Vorbereitung. Danke.

Abg. Ing. Ober (20.34 Uhr): Der Bericht ist allen zugegangen und ich möchte aus diesem Bericht vielleicht ein paar Punkte erwähnen, weil sie doch – wenn es auch schon spät ist – erwähnenswert sind. Einer der wesentlichsten Punkte in diesem Bericht war auch der Bericht über die Einführung des Euro, den wir vielleicht schon vergessen haben und ich möchte aus diesem Bericht vielleicht zitieren, dass es sehr gut gelungen ist, in Österreich und vor allem auch in der Steiermark diesen Euro einzuführen. Es ist der Wirtschaft zu gratulieren, dass sie dieses großartige Werk der neuen Währung ohne größere Probleme, eher bravourös geschafft hat. Die Beitrittsverhandlungen gehen zügig voran und es sind nur mehr einige Kapitel offen. Der Punkt drei, der in diesem Bericht sehr gut vorkommt, ist die Zukunftsregion, die mit unserem Nachbarland Burgenland, der Steiermark, Kärnten, aber vor allem auch mit Venetien, Veneto, einem Teil von Slowenien, Kroatien und vor allem auch mit einigen Komitaten von Ungarn geschlossen worden ist, gibt vor allem die Symbolik frei, dass dieser Südostraum sozusagen eine Zukunft hat und in diesem Begriff Zukunftsregion sehr viele Bürger, aber vor allem auch sehr viele Unternehmer eine große Zukunft sehen und damit auch sehr positiv davon inspiriert sind.

Eines der ersten Projekte, das erwähnenswert ist, ist dieses European Wellness Project, ein Projekt zusammen mit der Region Oststeiermark, zusammen mit Burgenland, Westungarn, Nordslowenien, die zusammen ein Gesundheitsdestinationsprojekt gestartet haben und somit gemeinsam mit den Betrieben, mit den Tourismusverbänden dieser Regionen gemeinsam am europäischen Markt auftreten wollen. Es ist, glaube ich, großartig gelungen, ein Projekt in der Größenordnung von 100 Millionen Schilling gemeinsam mit diesen Partnern zu starten und hier ein wirkliches Beispiel zu setzen, wie man in dieser Zukunftsregion auch zusammenarbeiten kann. Die Steiermark ist mit dem Projekt Gesundheitsregion, Wellnesscluster Steiermark hier vertreten, mit den Schwerpunkten Mensch, Natur und Produkte. Durch die gute Politik der letzten Jahrzehnte, zumindest der letzten zehn Jahre haben wir eine positive Voraussetzung in dieser europäischen Liga auch mitzuspielen, dass neben den Thermen vor allem auch der Mensch ausschlaggebend ist, die Kulturlandschaft, die in dieser Region sehr schön ist und vor allem auch die wunderbaren Produkte, die von vielen Produzenten erzeugt werden. Hier sollen wir einen guten Zugang finden.

Ich wünsche uns gemeinsam in dieser Frage der wichtigen europäischen Integration weiterhin so viel Erfolg und dass auch weiterhin über INTERREG und andere PHARE-Programme immer mehr Kooperationen gelingen, so dass diese Annäherung mit der Idee „Alte Nachbarn – neue Freunde“ sozusagen gelingen möge. Alles Gute! (Beifall bei der ÖVP. – 20.37 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Graf, danach Lechner-Sonnek.

Abg. Graf (20.38 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf zu diesem Tagesordnungspunkt einen Entschließungsantrag einbringen, der sich mit der Sicherstellung der österreichischen Interessen beim Europäischen Rat in Brüssel beschäftigt. Es gilt für uns, die Erweiterungsverhandlungen erst dann abzuschließen, wenn aus der Sicht Österreichs wesentliche Problembereiche einer Lösung zugeführt wurden und ein geordneter Haushalt der EU 15 die Stabilität in Europa gewährleisten wird.

Denn Sie wissen ja, die verantwortlichen Politiker von Deutschland und Frankreich sowie der EU-Kommissionspräsident Prodi wollen von den Prinzipien der bisherigen Stabilitätskriterien der EU abrücken und die jüngste Entwicklung in Deutschland und Frankreich führt auch dazu, dass das Vertrauen der Bürger in die Weiterentwicklung der Europäischen Union schwindet, wenn einzelne Staaten trotz verpflichtender Regelung sich selbst Ausnahmen genehmigen.

Für uns gibt es auch noch andere zentrale Fragen, daher unser Antrag:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, dass die österreichischen Regierungsvertreter bei den Verhandlungen betreffend die Erweiterung der EU ersucht werden klarzustellen, dass es vor Abschluss der Beitrittsverhandlungen der Lösung folgender für Österreich zentraler Fragen bedarf:

Aufhebung menschenrechtswidriger Benes-Dekrete und AVNOJ-Bestimmungen und Klärung der Vermögensrestitution, Stilllegung von nicht nachrüstbaren Kernkraftwerken, der Schaffung einheitlicher und hoher Sicherheitsstandards für noch in Betrieb befindliche Kernkraftwerke und Nullvariante für das AKW Temelin, finanzierbare und langfristige Lösung in der gemeinsamen Agrarpolitik, Lösung hinsichtlich der nachhaltigen Reduktion der Schadstoffemissionen im Straßenverkehr in und durch Österreich, Stabilisierung der österreichischen Nettozahlungen, Berücksichtigung der besonderen wirtschaftlichen Situation des österreichischen Grenzlandes, Sicherstellung von Übergangsfristen für den Zugang von Bürgern der neuen EU-Mitgliedsstaaten zum Arbeitsmarkt.

Ich hoffe, dass Sie im Sinne von Österreich diesem unserem Entschließungsantrag zustimmen werden. (Beifall bei der FPÖ. – 20.40 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Sie sind am Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (20.40 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist uns ein Entschließungsantrag zur Kenntnis gebracht worden der Abgeordneten Dr. Lopatka und Schrittwieser, der inhaltlich unsere Zustimmung findet. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass das der zweite Antrag an diesem Tag ist, für den das Procedere, das in der Präsidiale vereinbart wurde, nicht eingehalten worden ist. Es gibt klare Regeln und ich finde es nicht in Ordnung. Es schaut so aus – und ich habe mich gerade mit Dr. Lopatka unterhalten –, als wäre es heute schon egal, es ist schon einmal passiert, jetzt passiert es eben noch einmal. Ich kann mir nicht vorstellen, wenn die Grünen spontan in der Sitzung so etwas machen wollen, dass wir mit Ihrer inhaltlichen Zustimmung rechnen können und Sie würden uns formal vermutlich auch darauf hinweisen, dass es da Vereinbarungen gibt, die einzuhalten sind. Resümee: Ich erwarte mir, dass ab jetzt diese Regel eingehalten wird, wenn das nicht der Fall ist, müssen wir in der Präsidiale darüber reden. (20.41 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter List.

Abg. List (20.41 Uhr): Geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Zu diesem Tagesordnungspunkt darf ich zwei Unselbstständige Entschließungsanträge der freiheitlichen Abgeordneten einbringen.

Der erste betrifft die Bekämpfung des Asylmissbrauches. Die Begründung im Wesentlichen ist Ihnen allen bekannt. Ich beschränke mich nur im Kurzen auf einige Details.

Im Internet ist zu beobachten, dass Anleitung zum illegalen Grenzübertritt in die EU-Staaten gegeben wird. Dagegen sollte von den Sicherheitsbehörden dem Gesetz entsprechend vorgegangen werden. Auf der Homepage von SOS Mitmensch ist ein Link zu finden, der auf ein Projekt von „Künstlern“ namens „Border rescue“ hinweist. Ziel dieses Projektes ist es, Routen für illegale Grenzgänger zwischen Österreich und Tschechien im Internet bekannt zu machen und zu verbreiten. Ein derartiges Vorgehen ist wohl gemäß Paragraph 282 Strafgesetzbuch beziehungsweise Paragraph 104 ff. Fremdenengesetz zu bestrafen und derartigen Organisationen, die Anleitungen für strafbare Handlungen geben, sollten sämtliche Subventionen von öffentlicher Hand entzogen werden. Deshalb dieser Antrag der unterfertigten freiheitlichen Abgeordneten.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, dass erstens das Asylverfahren dahin gehend geändert wird, dass die Verfahrensdauer wesentlich verkürzt wird sowie zweitens Asylwerber während des laufenden Verfahrens sich regelmäßig bei den Sicherheitsbehörden zu melden haben und drittens von allen Asylwerbern Fingerabdrücke genommen werden, um zu verhindern, dass Asylwerber in mehreren Staaten Asylanträge stellen, viertens gegen Personen, die Anleitung zum illegalen Grenzübertritt geben, konsequent nach dem Strafrecht und dem Fremdenengesetz vorgegangen wird, fünftens Organisationen im Bereich der Unterstützung von Flüchtlingen und Ausländern, die Anleitung zum illegalen Grenzübertritt geben, die Subventionen von öffentlicher Hand gestrichen werden.

Das ist der erste Unselbstständige Entschließungsantrag, der zweite betrifft die Neuverhandlung der Zuteilungsquote von Asylanten.

Aus zeitlichen Gründen verzichte ich auch hier auf die Begründung. Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit der Bundesregierung Verhandlungen aufzunehmen, damit die Zuteilungsquote an Asylanten, die von der Steiermark aufgenommen werden muss, entsprechend dem Ergebnis der letzten Volkszählung gesenkt wird.

Ich bitte Sie, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages, um Ihre Unterstützung zu beiden Unselbstständigen Entschließungsanträgen. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 20.44 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Lopatka. Danach Dipl.-Ing. Grabner.

Abg. Dr. Lopatka (20.44 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Diese Frage ist ja eine Frage, wie wir heute in der Früh schon gemerkt haben, die uns schon beschäftigen sollte, weil sie eine sehr ernst zu nehmende Frage ist und die Länder hier von Seiten des Bundes – und das muss man auch kurz vor einem Wahlgang sagen – mit vielen Aufgaben belastet worden sind. Daher hat sich sowohl die Landeshauptmännerkonferenz im Juni dieses Jahres als auch die Landesfinanzreferentenkonferenz im September dieses Jahres mit dieser Frage beschäftigt. Wir wollen daher – und das ist ein Antrag vom Kollegen Schrittwieser und mir – hier, was die Vereinbarungen gemeinsame Maßnahmen zur Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde in Österreich betrifft, folgenden Entschließungsantrag einbringen.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund heranzutreten, dass die vorliegende Artikel-15 a-Bundes-Verfassungsgesetz-Vereinbarung, die die Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde zum Gegenstand hat, umgehend beschlossen wird, sowie an den Bund mit dem Ersuchen heranzutreten, dass dieser die erforderliche personelle Vorsorge trifft, dass entsprechend dem Gebot der Rechtsstaatlichkeit und unter Berücksichtigung der Menschenrechte die Abwicklung von Asylverfahren unter Einhaltung der Mindestgarantien im Asylverfahren, zum Beispiel Information, Berufungsrecht, Aufenthaltsrecht bis zur endgültigen Entscheidung, möglichst effizient erfolgt.

Ich bitte, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Er ist ein Antrag, der sich auch mit dem deckt, was österreichweit auf Ebene der Landeshauptleute beschlossen worden ist und dies soll mit diesem Entschließungsantrag unsere Unterstützung finden. (Beifall bei der ÖVP. – 20.46 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Grabner. Danach Frau Abgeordnete Dietrich. Bitte, Herr Abgeordneter, Sie sind schon am Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (20.46 Uhr): Nur um kurz darzulegen, dass wir diesem durchaus von uns maßgeblich mitformulierten Antrag selbstverständlich den Vorzug geben gegenüber jenen Anträgen, die also von den freiheitlichen Kollegen zum Thema Asylanten und deren Problemen hier vorgelegt wurden, weil auch wir der Meinung sind, dass das eine Thematik ist, die durchaus im gesamteuropäischen Kontext betrachtet gehört und jedenfalls nicht in dem Maße, in dem Sie sich dieser Thematik bedienen, um nämlich die Frage Europa, europäische Integration und die Bevölkerung in dieser Frage zu emotionalisieren.

Ich halte das für äußerst problematisch, wenn ich heute der Presse entnehme, dass sich Ihr derzeitiger Chef momentan vor Plakaten fotografieren lässt, die da heißen: „Wer die EU kritisiert, wählt FPÖ!“ Das heißt, ich sage es umgekehrt, wer für die FPÖ ist, ist gegen die EU. (Abg. Wiedner: „Falsch gelesen!“) Nicht falsch gelesen, Herr Kollege, dann fragen Sie Ihren Kollegen, wer die EU kritisiert, der wählt FPÖ. (Abg. Graf: „Wer EU-kritisch ist!“)

Bitte nachschauen. Für mich heißt das umgekehrt, wie auch immer Sie Ihren derzeitigen Parteivorsitzenden kritisieren oder wie auch immer. Ich weiß es nicht, was Sie damit meinen, wenn Sie sagen, er hat das nicht gesagt. Er lässt sich ja vor diesen Plakaten fotografieren. (Abg. Wiedner: „Sie haben falsch gelesen, Herr Kollege. Sie haben falsch gelesen!“) Nehmen Sie zur Kenntnis, dass ich für mich den Umkehrschluss ziehen darf, wer für die FPÖ ist, ist gegen die EU.

Und das muss ich aber wieder jemandem sagen, der momentan und wohl auch weiterhin mit der FPÖ liebäugelt. Der Herr Bundeskanzler Schüssel, der sich immer wieder als der große Europäer darstellt, muss wissen, musste es bisher wissen und muss es auch in Zukunft wissen, wenn er sich mit Ihnen liiert, liiert er sich mit jemandem, der klar gegen die EU Stellung bezieht und der gegen die EU Stimmung macht. Und das ist etwas ganz Verwerfliches. (Abg. List: „Heinz, du machst dich lächerlich!“)

Es ist etwas ganz Verwerfliches. Apropos lächerlich würde ich hier nicht in den Mund nehmen, wenn ich sage, lies nach bei jemandem, der sich hier entschieden besser auskennt als jeder von uns hier im Haus, lies nach bei Michael Jungwirth, der unlängst geschrieben hat: „Eine feige Regierung wie diese ...“ – und ich zitiere das andere gar nicht mehr. Am Schluss sagt er: „Solange nationale Regierungen aus Feigheit Brüssel als Sündenbock missbrauchen, wird sich an dem Unbehagen der Bevölkerung in Europa nichts ändern!“

Lesen Sie das nach. Überlegen Sie das ganz genau und vor allem die Kollegen der ÖVP, überlegt euch das ganz genau, wie das ist mit jemandem, der so eindeutig auf Stimmenfang geht zu Lasten der EU, der auf Stimmenfang geht, der seine Wahlkampagne darauf ausgerichtet hat, eine EU-kritische Stimmung zu lancieren, zu erzeugen und noch dazu auf dem Rücken von Asylanten. Auf diese Art und Weise auf Stimmenfang zu gehen, das können nicht in Wahrheit die Partner von jenen sein, die sich als die großen Europäer bewerten. (Beifall bei der SPÖ. – 20.50 Uhr.)

Präsident: Vorläufig letzte Wortmeldung dazu Frau Abgeordnete Dietrich. Sie sind am Wort.

Abg. Dietrich (20.50 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der vorliegende zum Schluss eingebrachte Entschließungsantrag der SPÖ und ihrer Partner – wahrscheinlich der neuen Koalition – wurde nicht in die Präsidiale eingebracht und wir werden unser Stimmverhalten ganz gleich, so wie beim grünen Antrag, ausüben. Das heißt, wir werden dagegen stimmen, weil wir der Meinung sind, dass Vereinbarungen über Vorgangsweisen eingehalten werden sollen, egal ob es einem kurzfristig zum Vorteil reicht oder nicht. (Abg. Dr. Reinprecht: „Ihr hättet sowieso dagegen gestimmt!“)

Ich möchte dieses Thema in der nächsten Präsidiale aktualisieren und genau hinterfragen, ob wir ab nun Entschließungsanträge nach Lust und Laune innerhalb von fünf Minuten gleich bei der Behandlung des Tagesordnungspunktes einbringen oder ob wir, wie bisher, am Vorabend bis 18 Uhr diese Anträge weitergeben. Das wird der Punkt sein, über den wir uns ganz genau unterhalten werden müssen. (Beifall bei der FPÖ. – 20.51 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Ich komme damit zur Abstimmung. Ich darf Sie um Ihre Aufmerksamkeit ersuchen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Bekämpfung des Asylmissbrauches, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP und SPÖ, betreffend Artikel-15 a-B-VG-Vereinbarung, betreffend gemeinsame Maßnahmen zur Grundversorgung hilfs- und schutzbedürftiger Fremder in Österreich, zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Neuverhandlung der Zuteilungsquote von Asylanten, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Sicherstellung der österreichischen Interessen beim Europäischen Rat in Brüssel, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

33. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 398/1, der Abgeordneten Beutl, Pußwald, Wicher und Mag. Koller, betreffend Landtagsenquete zum Thema „Gender Mainstreaming“.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Walburga Beutl. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Beutl (20.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich berichte über das Ergebnis des Ausschusses für Generationen und Bildung zum Antrag, Einl.-Zahl 398/1, betreffend Landtagsenquete zum Thema „Gender Mainstreaming“.

Wir haben in drei Beratungen des Unterausschusses Einvernehmen erzielt und ich ersuche Sie, den Ihnen schriftlich vorliegenden Ausschussantrag anzunehmen und zuzustimmen, dass wir eine Landtagsenquete zu diesem Thema am 27. November 2002 abhalten. (20.54 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Wortmeldungen dazu liegen mir keine vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, ersuche ich nun um ein Handzeichen. Danke.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

34. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 613/1, der Abgeordneten Gross, Halper und Mag. Lackner, betreffend minderjährige Flüchtlinge.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Ursula Lackner. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Lackner (20.54 Uhr): Verehrte Damen und Herren!

Das ist der Schriftliche Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten zum Antrag, Einl.-Zahl 613/1, der Abgeordneten Gross, Halper und Lackner, betreffend minderjährige Flüchtlinge.

Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten hat in seinen Sitzungen vom 4. Dezember 2001 und 8. Oktober 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Es liegt eine ausführliche Stellungnahme der Landesregierung vor. Ich darf das zusammenfassen. Es geht um die Punkte Schubhaft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, um qualifizierten Rechtsbeistand für minderjährige Fremde und um volle Handlungsfähigkeit erst ab der Volljährigkeit und Zuständigkeit des Jugendwohlfahrtsträgers bis zur Volljährigkeit und um kostenlosen Zugang zu Deutschkursen für alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Der Punkt sechs behandelt den Zugang zur Ausbildung und Arbeit für minderjährige Flüchtlinge mit Ziel der vollen sozialen Integration.

Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten zum Antrag, Einl.-Zahl 613/1, betreffend minderjährige Flüchtlinge, wird zur Kenntnis genommen. (20.56 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Frau Abgeordnete, Sie haben sich auch zu Wort gemeldet. Sie sind bereits am Wort. Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Zitz.

Abg. Mag. Lackner (20.56 Uhr): Es schließt sich eine Brücke. Vor zirka elf Stunden haben wir uns mit der Debatte über das Asylrecht und die Handhabung seit 1. Oktober beschäftigt. Jetzt sind wir bei dem Antrag von uns zu den minderjährigen Flüchtlingen in Österreich.

Der Antrag von uns basiert auf dem Bericht der steirischen Kinder- und Jugendanwaltschaft 2000 und dieser Bericht enthält eine Position der Kinder- und Jugendanwaltschaften in ganz Österreich zur Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Ich habe als Berichterstellerin bereits die Punkte umrissen, um die es in diesem Antrag geht. Er reicht eben von Nichtverhängung von Schubhaft bis hin zur Unterbringung und Betreuung in adäquaten Einrichtungen nach Standards der Jugendwohlfahrt. Die Stellungnahme, die als ausführlich bezeichnet wird, zitiert das entsprechende Schreiben des Bundesministeriums. Es ist aber auch nicht mehr als das, ein klassischer, trockener Ministerialbericht. Über die Zahlen, über die Praxis und über die tatsächliche Situation der minderjährigen Flüchtlinge in der Steiermark erfahren wir gar nichts.

Aus dem Sozialressort sind aber folgende Zahlen abrufbar und ich möchte diese Zahlen auch zu später Stunde noch hier einbringen, weil ich mir denke, es geht schon um eine Größenordnung, um eine zahlenmäßige Größenordnung, mit der wir uns emotionell oder wirklich mit Kopf beschäftigen. Im Jahre 2001 waren zirka 170 unbegleitete Jugendliche in der Steiermark erfasst. In der Clearingstelle Franziskushaus, von der ich heute schon einmal gesprochen habe, befinden sich jährlich zirka 110 Personen und bis Juli 2002, also bis heuer Mitte des Jahres wurden zirka 100 Jugendliche erfasst. Das Projekt „Welcome“, das wir so oft hören, dieses Wort, es heißt „Willkommen“ und zumindest in diesem Projekt heißen wir die jugendlichen Emigranten und Emigrantinnen willkommen, dann reicht es auch schon wieder? In diesem Projekt werden therapeutische, freizeitgestaltende und kursmäßige Maßnahmen für diese Zielgruppe angeboten.

Ich hole nicht mehr so weit aus wie heute am Vormittag, wo es um die restriktive Asylpolitik des Innenministeriums und des Innenministers gegangen ist, aber klarerweise betrifft diese restriktive Asylpolitik in allererster Linie diese minderjährigen unbegleiteten Jugendlichen und das ist heute in Wirklichkeit auch das Hauptthema, zumindest jetzt auch zum Schluss dieser Sitzung.

Dieses Gesetz oder die Handhabung wirkt sich natürlich auch auf ältere Flüchtlinge und auf Frauen mit Kindern aus und die sind, auch wie viele andere, über Nacht obdachlos geworden. Die meisten unbegleiteten Minderjährigen stellen einen Asylantrag. Da möchte ich jetzt nur ein Beispiel zitieren, um die Schwierigkeit irgendwie zu erläutern, in der sich diese Jugendlichen befinden. Wenn sie dieses Schutzbegehren, also dieses Asylbegehren, für sich beanspruchen und begründen, dann ist es gerade für extrem Traumatisierte sehr, sehr schwierig, diese Lage, das Erlebte, das sie in ihrer Heimat über sich ergehen lassen mussten, zu begründen und genauso schwierig ist es für minderjährige Flüchtlinge, die politischen Hintergründe zu erkennen, auf Grund derer sie in diese Dinge verstrickt worden sind, die ihnen in ihrer so genannten Heimat widerfahren sind. Erklären können sie das in den meisten Fällen nicht und deswegen ist es auch sehr schwierig, positive Asylentscheide zu bekommen. Sowohl die Erlebnisse in der Heimat als auch die Flucht sind für die Jugendlichen eine enorme Belastung in psychischer Hinsicht.

Problematisch ist und bleibt die altersadäquate Unterbringung. Es ist nach wie vor so, auch wenn wir eine Clearingstelle in der Steiermark haben, die hervorragende Arbeit leistet, dass die Jugendlichen keine entsprechende Begleitung durch erwachsene Bezugspersonen haben und dass die traumatisierenden Erlebnisse in Wirklichkeit einer speziellen und intensiven Betreuung bedürfen. Wer Näheres wissen will, kann das im Bericht „Integration von Emigrantinnen und Emigranten in der Steiermark“ nachlesen. Das ist eine sehr interessante Lektüre, die ich Ihnen ans Herz legen darf und die im Auftrag von Landesrat Kurt Flecker gemacht worden ist. Sie ist auch sehr aktuell, bis auf die neue Asylpolitik, die ab 1. Oktober in Österreich Einzug gehalten hat. Wie gesagt, ich schlage mit diesem Antrag, mit diesem Tagesordnungspunkt die Brücke zum Beginn dieser Landtags-sitzung und rufe noch in Erinnerung, dass die Frau Landeshauptmann davon gesprochen hat, dass sie menschenwürdige Behandlung ablehnt. Wir konnten dazu klarerweise auch applaudieren, wir haben das sehr, sehr gerne gehört, im Gegensatz zu anderem. Sie hat auch von einem „Stück Glück“ gesprochen, das den Asylantinnen und Asylanten bisher in vielen Fällen verwehrt worden ist. In diesem Zusammenhang stelle ich einen Unselbstständigen Entschließungsantrag, der dieses „Stück vom Glück“ auch für diese Zielgruppe ermöglichen soll. Sie kennen diesen Entschließungsantrag, er ist von den Abgeordneten Gross, Halper, Lackner, Reinprecht und Kröpfl und ich lese nur mehr den Antrag vor.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit folgender Aufforderung heranzutreten:

Die 15 a-Vereinbarung über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde in Österreich umzusetzen und die Verhandlungen ernsthaft aufzunehmen, was die Wiederaufnahme der NGOs, wie zum Beispiel die Caritas, in die Rückkehrberatung betrifft, weil diese Organisation und andere seit langer Zeit eine hervorragende Arbeit leisten.

Ich ersuche Sie um Annahme dieses Antrages. (Beifall bei der SPÖ. – 21.03 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (21.03 Uhr): In der Aktuellen Stunde heute in der Früh, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, haben wir zu dem Thema schon gesprochen. Ich will deswegen nicht wiederholen, was ich in der Früh zur Gruppe unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge gesagt habe, außer dass Jugendliche und junge Leute neben den Gründen, wegen denen Erwachsene flüchten, noch kind- und jugendspezifische weitere Gründe aufweisen können. Deshalb ist das eine besonders sensible Gruppe.

Wir stellen deswegen den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert sicherzustellen, dass die Jugendwohlfahrtsträger für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach dem dreimonatigen Clearingverfahren ihre Zuständigkeit wahrnehmen und in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen, NGOs, den Bedarf von Nachbetreuungseinrichtungen konzipieren und koordinieren.

Das ist ein Antrag, der Jugendpolitik, Sozialpolitik und Menschenrechtspolitik zusammenzuführen versucht. Ich ersuche um Ihre Annahme. (Beifall bei den Grünen. – 21.04 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor.

Damit komme ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend minderjährige Flüchtlinge, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

35. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 547/1, der Abgeordneten Wiedner, Dietrich und Ferstl, betreffend keine Verrechnung der Stranded costs.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (21.06 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte über die Stellungnahme zur Einl.-Zahl 547/3. Es geht hier darum, dass keine Stranded costs den Stromkunden verrechnet werden.

In diesem Sinne gibt es eine Stellungnahme, die die Entscheidung der Kommission vom 25. Juli 2001 anführt und auch die positive Entscheidung der Kommission als einzige Voraussetzung für die Gewährung von Beihilfen für das Kraftwerk Voitsberg sieht. Ich ersuche in dem Fall um Annahme. (21.06 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Am Wort ist der Herr Abgeordnete Dirnberger.

Abg. Dirnberger (21.06 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Kurz zu diesem Antrag. Unter Stranded costs versteht man bestimmte, in der Vergangenheit vorgenommene Investitionen oder abgeschlossene Rechtsgeschäfte im Bereich der Elektrizitätswirtschaft, die durch Erlösminderungen infolge der Marktöffnung unrentabel werden können und geworden sind.

Warum betrifft das die Steiermark? Sie alle wissen, wir haben einen Braunkohlebergbau, die GKB, im Bezirk Voitsberg und auch ein Kohlekraftwerk, die ÖDK 3. Beide Unternehmen haben 1977 einen Vertrag abgeschlossen, einen Kohleliefervertrag, der ursprünglich bis 2008 laufen hätte sollen, zu einem Preis von 37,6 Euro pro Tonne. Das sind 517 Schilling. Aus Gründen des Wettbewerbs konnte der Verbund, die ÖDK, diesen Kohlepreis nicht halten und so wurde ein verminderter Kohlepreis von 21,3 Euro, das sind 293 Schilling, vereinbart.

Ohne diese Zuerkennung der Stranded costs wäre natürlich ein Rechtsstreit entstanden, der Vertrag wäre aufgekündigt worden, einseitig. Das hätte wohl zur Folge gehabt, dass die GKB sofort Pleite gegangen wären und sofort wären über 300 Personen arbeitslos gewesen.

So haben beide Unternehmen im Hinblick, dass die Stranded costs anerkannt werden, im September 2000 in ihren Aufsichtsratssitzungen beschlossen, diesen Kohleliefervertrag nicht bis 2008 laufen zu lassen, sondern nur bis 2004, unter Hinblick, dass man einen möglichst günstigen Ausstieg sucht. Wäre alles sofort geschlossen worden, dann hätte das einen Verlust gebracht von in etwa 3 Milliarden Schilling. Eine Fortführung hätte bedeutet einen Verlust von 2,3 Milliarden Schilling. Die Variante bis Mitte 2004 ist die günstigere, aber immerhin bedeutet das noch ein Defizit von 1,8 Milliarden Schilling.

Die gewählte Methode, bis Mitte 2004 laufen zu lassen, bedeutet einen geordneten Ausstieg, bedeutet für die Region, dass auch die GKB der gesetzlichen Verpflichtung, die Rekultivierungsmaßnahmen durchzuführen, Folge leisten kann, auch im Hinblick, dass wir eine Tourismusregion sind oder noch stärker werden. Die Nichtgewährung der Stranded costs hätte bedeutet, wie ich schon erwähnt habe, dass ein Rechtsstreit entstanden wäre und hunderte Arbeitsplätze sofort verloren gegangen wären.

Es ist auch so zu sehen, dass der überwiegende Teil der Stranded costs, die bezahlt werden, im Ausmaß von 0,13 Milliarden Euro, aus anderen Bundesländern kommt, das sind 1,8 Milliarden Schilling. Ich glaube, das kann man durchaus auch als Strukturhilfe zugunsten der Steiermark ansehen.

Das Kraftwerk wird noch eineinhalb Jahre nach Mitte 2004, also bis Ende 2006, betrieben werden können und danach als Regelkraftwerk weiterlaufen.

So ein Verfahren bei der EU-Kommission ist natürlich eine aufwändige Geschichte. Schlussendlich war es erfolgreich für Österreich. Ursprünglich haben die EVUs ja 70 Milliarden Schilling angemeldet, 1998 35 Milliarden und schlussendlich 1999 waren es dann 8,4 Milliarden, die in Brüssel beantragt wurden für die Kraftwerke Freudenau, Mittlere Salzach, Drau und auch ÖDK 3 mit der GKB, mit diesem Liefervertrag.

Üblicherweise ist so ein Verfahren in einem halben Jahr abgeschlossen, aber auf Grund von Interventionen von österreichischer Seite, von österreichischen EVUs dauerte dieses Vorverfahren in Brüssel zweieinhalb Jahre und schlussendlich wurde es dann im Juli 2001 in Brüssel genehmigt. Nicht nur Österreich hat in Brüssel solche Stranded costs beantragt, sondern auch Holland, Belgien, Spanien. Spanien zum Beispiel 170 Milliarden Schilling.

Die Zuerkennung hat dann 0,57 Groschen betragen, also nicht einmal einen Groschen, sondern 0,57 Groschen bis zum Zeitpunkt Juni 2006. Nutznießer dieses Betrages sind zu 70 Prozent die ÖDK, 15 Prozent die KELAG, 10 Prozent die STEWEAG und 5 Prozent die TIVAK, also die Tiroler.

Diese Verordnung hat dann nicht standgehalten, es musste eine neue erarbeitet werden, unter anderen Gesichtspunkten, unter neuen Berechnungsmethoden, wo jedes EVU selbst einen eigenen Tarif bekommen hat. So zahlen jetzt pro Kilowatt die Tiroler zum Beispiel 0,1 Groschen, weil es leichter zu rechnen ist, die Burgenländer den höchsten Betrag mit einem Groschen. Wir in der Steiermark zahlen bei der STEWEAG 0,35 Groschen und bei der STEG 0,27 Groschen.

Diese neue Verordnung wird größtenteils von allen EVUs auch anerkannt. Das Paradoxe ist – und warum ich mich auch gemeldet habe –, dass im Hauptausschuss des Nationalrates nicht nur ÖVP und SPÖ zugestimmt haben, sondern auch die freiheitliche Fraktion, und hier im Landtag kommt dieser Antrag auf Nichteinhaltung dieser Verordnung oder dass die Beiträge nicht einbezahlt werden sollen.

Die Einzahlungsmoral ist sehr unterschiedlich. Nach der alten Verordnung sollten derzeit 45 Millionen Euro einbezahlt sein, tatsächlich sind es 18 Millionen. Bei der neuen Verordnung sind es 13,5 Millionen Euro, die einbezahlt werden sollten, tatsächlich bezahlt wurden 12,3 Millionen. Also die neue Verordnung wird auch von allen EVUs akzeptiert.

Für unsere Region ist es wichtig, dass diese Gelder fließen. Es wäre unverantwortlich, auf diese Gelder zu verzichten. Wir haben immerhin eine 200-jährige Bergbaugeschichte und die muss auch geordnet zu Ende geführt werden.

Ich habe es mir angeschaut und es ist fast lächerlich, über welche Beträge wir hier sprechen. Einen Haushalt in der Steiermark berührt das mit zirka 2 Euro jährlich.

Aus diesen Gründen können wir diesem Antrag natürlich keine Zustimmung erteilen und befürworten den Ausschussantrag. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 21.13 Uhr.)

Präsident: Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir keine weitere Wortmeldung vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Majcen, der zu den Ausführungen der Frau Abgeordneten Lackner Stellung nimmt. Herr Abgeordneter Majcen, bitte.

Abg. Majcen (21.14 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich war leider nicht da, habe das also nicht gehört, was die Frau Kollegin Lackner gesagt hat, habe mich mit ihr schon verständigt und möchte nur feststellen, ohne ins Detail zu gehen, dass ich vollinhaltlich bei dem bleibe, was ich gesagt habe. Es beruhen die Angaben, die ich Ihnen gemacht habe, auf den Angaben, die die Person selbst gemacht hat. Sie sind mit Unterschrift auf die Richtigkeit sozusagen bestätigt und daher ist das von den Zahlen her ganz eindeutig so, wie ich Ihnen das gesagt habe.

Ich möchte nur noch eines dazu sagen, damit auch dieser Punkt voll geklärt ist. In diesem Härtefonds, von dem wir heute hier gesprochen haben, steht: Erstens einmal muss jemand das, was er dort angibt, wahrheitsgemäß machen, sonst kann man sich ja kein Bild machen. Zweitens müssen sämtliche weiteren Einschränkungen, die bestehen, angegeben werden, sonst werden sie nicht gewusst, wenn also dann von Exekution oder Ähnlichem geredet wird, dann muss das angegeben werden, sonst kann das niemand wissen. Und drittens, bei Existenzgefährdung, nämlich Gegenüberstellung Einnahmen und Ausgaben des Haushaltes, kann gemäß

Regierungsbeschluss vom Februar 2001 eine darüber hinausgehende Hilfestellung bei Bedarf ermöglicht werden, hat allerdings zur Voraussetzung, dass man alles angibt, was man angeben muss, damit die Situation richtig eingeschätzt werden kann. Ich danke vielmals. (Beifall bei der ÖVP. – 21.15 Uhr.)

Präsident: Ich ersuche nun die Mitglieder des Ausschusses für Gemeinde und Sicherheit sich zur Beratung der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1017/1, Beilage Nr. 137, Gesetz, mit dem das Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetz 1974 geändert wird, und Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1018/1, Beilage Nr. 138, Gesetz, mit dem die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz geändert wird, in den Rittersaal zu begeben.

Weiters ersuche ich auch die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft sich im Anschluss an die Sitzung des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit zur Beratung der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1051/1, betreffend Stahlcord Austria AG., 8280 Fürstenfeld, Jahnstraße 11 bis 13; Beteiligung der Firma Trefil Arbed, Bettembourg S.A., Luxemburg, an der Firma Stahlcord Austria AG. – Einräumung einer Option zum Rückerwerb der per 3. April 1998 der Firma Stahlcord Austria AG. veräußerten landeseigenen Liegenschaft EZ. 1715, KG. 62212 Fürstenfeld, ebenfalls in den Rittersaal zu begeben.

Im Anschluss an Sitzung des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit sowie an die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft findet die 31. Sitzung des Steiermärkischen Landtages statt.

Gegenstand dieser Sitzung sind die Berichte des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit und die Berichte des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die genannten Regierungsvorlagen.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 21.17 Uhr.)